

die hochschule. journal für wissenschaft und bildung

Herausgegeben von HoF Wittenberg – Institut für
Hochschulforschung an der Martin-Luther-Universität
Halle-Wittenberg

Redaktion:

Peer Pasternack & Martin Winter

Anschrift: Redaktion *die hochschule*, HoF Wittenberg, Collegienstr. 62, 06886
Wittenberg. Telefon: 03491/466-143; Funk: 0177/3270900; E-Mail:
winter@hof.uni-halle.de; Internet: <http://www.diehochschule.de>
Vertrieb: 03491/466-254; Fax: 03491/466-255.
ISSN 1618-9671. Dieser Band: ISBN 3-9806319-6-6

die hochschule versteht sich als Ort für Debatten aller Fragen der Hochschulforschung sowie angrenzender Themen aus der Wissenschafts- und Bildungsforschung.

Von 1991 bis 2001 erschien *die hochschule* unter dem Titel *hochschule ost* in Leipzig (vgl. <http://www.uni-leipzig.de/~hso>). Die Zeitschrift *die hochschule* steht in der editorischen Kontinuität von *hochschule ost* und dokumentiert dies durch eine besondere Aufmerksamkeit für ostdeutsche und osteuropäische Hochschul- und Wissenschaftsentwicklung sowie -geschichte.

Manuskripte werden in dreifacher Ausfertigung erbeten. Ihr Umfang sollte 30.000 Zeichen nicht überschreiten. Die Manuskripte unterliegen einer anonymen Begutachtung; daher sollen sie keinen Vermerk des Autorennamens enthalten.

Als Beilage zum Journal *die hochschule* erscheint der *HoF-Berichterstatter* mit aktuellen Nachrichten aus dem Institut für Hochschulforschung Wittenberg.

HoF Wittenberg, 1996 gegründet, ist ein An-Institut der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg; es hat seinen Sitz in der Stiftung Leucorea Wittenberg und wird von Prof. Dr. Reinhard Kreckel, Institut für Soziologie der Universität Halle-Wittenberg, geleitet.

Neben der Zeitschrift *die hochschule* publiziert das Institut die *HoF-Arbeitsberichte* (ISSN 1436-3550) sowie die Schriftenreihe *Wittenberger Hochschulforschung* beim Beltz Verlag Weinheim/Basel. Die Homepage des Instituts ist unter <http://www.hof.uni-halle.de> zu erreichen.

Reinhard Kreckel & Peer Pasternack:
Zweites Jahrzehnt. Begrüßung in einer alten Zeitschrift
mit einem neuen Namen..... 4

SZENARIEN DER HOCHSCHULENTWICKLUNG

Peer Pasternack & Martin Winter:
Szenarien der Hochschulentwicklung..... 14

Georg Krücken:
Hinab in den Maelström.
Drei Szenarien der Hochschulentwicklung..... 16

Ulrich Teichler:
Die Zukunft der Hochschulen in Deutschland. Was sich aus der
Perspektive der Hochschulforschung dazu sagen lässt..... 29

Ada Pellert:
Einmal hin und zurück: Universitäten im Jahre 2012..... 46

Michael Daxner:
Hochschulreform und Politik. Ein sehr kurzer Essay..... 59

Frauke Hamann & Frank Nullmeier:
Bildungswunder. Rückblick auf die
deutsche Wissenschaftszukunft..... 69

Frank Meier & Uwe Schimank:
Szenarien der Profilbildung im deutschen
Hochschul-System. Einige Vermutungen..... 82

Margret Bülow-Schramm:
Der systemische Umbau der Universität Hamburg.
Rückblick und Vision..... 92

FORUM

Sigrun Nickel:

Erduldete Transformation.

Hochschulreform als Spielball der Politik..... 101

Christine Musselin:

Differenzierung durch Rekrutierung. Personalauswahlstrategien

an deutschen und französischen Universitäten..... 113

GESCHICHTE

Michael Ploenus:

Innerer Aufbruch und Reform.

Die Wende an der Universität Jena 1988 – 1991..... 131

Sven Heitkamp:

Walter Markov. Ein Leipziger DDR-Historiker zwischen

Parteilichkeit und Professionalität..... 148

Günter Wirth:

Eine ideologische Hallstein-Doktrin? Polemische Anmerkungen

zu einem Buch von Werner Mittenzwei..... 159

MITTEL-OST-EUROPA

Nachrichten (*Christine Teichmann*)..... 180

Bibliografie: Wissenschaft und Hochschule in Osteuropa

von 1945 bis zur Gegenwart (*Peer Pasternack*)..... 194

PUBLIKATIONEN

Peer Pasternack:

Bibliografie: Wissenschaft und Hochschulen in Ostdeutschland

von 1945 bis zur Gegenwart 201

Karin Zimmermann: Spiele mit der Macht in der Wissenschaft,

Berlin 1999 (*Anke Burkhardt*)..... 219

Anke Hanft (Hg.): Hochschulen managen?, Neuwied 2000

(*Martin Winter*)..... 224

Anke Hanft (Hg.): Grundbegriffe des Hochschulmanagements,

Neuwied 2001 (*Martin Winter*)..... 229

Autorinnen & Autoren..... 233

Zweites Jahrzehnt

Begrüßung in einer alten Zeitschrift mit einem neuen Namen

Reinhard Kreckel
Peer Pasternack
Halle/Wittenberg/Berlin

Mit dem vorliegenden Heft beginnt der elfte Jahrgang einer Zeitschrift, die es so bislang noch nicht gab. Dahinter steckt zunächst ein Namenswechsel: „hochschule ost“ heißt von jetzt an „die hochschule“. Dahinter wiederum steckt indessen mehr, nämlich: eine neue Herausgeberschaft, ein neuer Untertitel, ein neues Konzept und eine neue Marktpositionierung.

1. Die neue Herausgeberschaft – institutionell und personell

„hochschule ost“ war seit 1991 an der Universität Leipzig vom Arbeitskreis Hochschulpolitische Öffentlichkeit ediert und von Peer Pasternack herausgegeben worden. Der StudentInnenRat der Universität Leipzig, die Robert-Bosch- und die Friedrich-Ebert-Stiftung, die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und die Stiftung Mitbestimmung hatten das Projekt dieser Zeitschrift in den ersten Jahren gefördert und damit die wirtschaftliche Stabilisierung ermöglicht. So konnte das Blatt im Jahre 2001 erfolgreich seinen 10. Jahrgang erleben.¹ Unterdessen war der Herausgeber bereits vier Jahre am Wittenberger Institut für Hochschulforschung tätig. Die Zeitschrift war schon damals in mancherlei Hinsicht mit der Arbeit des Instituts verzahnt, das nun, ab 2002 auch formell die Trägerschaft übernimmt.

Ebenso wie „hochschule ost“ ist „HoF Wittenberg – Institut für Hochschulforschung an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg“ ein

¹ Für verwunderte Nachrechner: der zehnte Jahrgang wurde erst im Jahre 2001 erreicht, weil die Zeitschrift ursprünglich eine Jahrgangszählung hatte, die sich am akademischen Jahr orientierte, d.h. von Oktober bis September lief.

Ergebnis der Transformationsprozesse im ostdeutschen Wissenschaftssystem: 1991 war aus dem Bestand des bisherigen DDR-Zentralinstituts für Hochschulbildung Berlin (ZHB) zunächst die „Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst“ gegründet worden. Deren Gründung verdankte sich wesentlich einer Initiative westdeutscher HochschulforscherInnen sowie einem Interesse des Bundesbildungsministeriums, die ostdeutsche Hochschultransformation zu begleiten.²

Die „Projektgruppe Berlin-Karlshorst“ hatte zeitweise bis zu zwölf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und betrieb während der Zeit ihres Bestehens (1991-1996) empirische Hochschulforschung mit besonderer Betonung quantitativer Erhebungen. Die erarbeiteten Studien sollten zu meist politischen und administrativen Beratungsbedarf befriedigen. Adressaten waren insbesondere das Bundesbildungsministerium und die hochschulpolitischen Akteure auf Länderebene. In den Studien der Projektgruppe wurden ostdeutsche Entwicklungen verdichtend dokumentiert und prognostiziert, so zu hochschulischen Ausbildungsprofilen, studentischem Nachfrageverhalten, Hochschulzugangsentwicklung, Studienberatungs- und Studentenbetreuungskonzepten, Studierverhalten, Übergangsprozessen von AbsolventInnen in die Berufstätigkeit, zum personellen Wandel an den ostdeutschen Hochschulen und zu deren Wissenschaftsbeziehungen nach Mittel- und Osteuropa.³ Daneben wurden als Querschnittsproblematik zeitweise frauenspezifische Fragestellungen bearbeitet.⁴ Die Forschungsergebnisse der Projektgruppe waren fortlaufend in

² Fritz Schaumann: Hochschulforschung und Hochschulinnovation. Erwartungen des Staates und der Hochschulen, in: *HoF-Berichte* 1-2/1997, S. 2-4, hier 2; zur Gründungsgeschichte der Projektgruppe vgl. auch Carl-Helmut Wagemann: Die Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst. Zur Geschichte einer ‚Auf‘-Wicklung, in: *Beiträge zur Hochschulforschung* 3/1991, S. 179-184.

³ Vgl. Gertraude Buck-Bechler: Hochschulforschung in Berlin-Karlshorst, in: *hochschule ost* 5/1994, S. 9-15; Ulrich Teichler: Hochschulforschung unter transitorischen Bedingungen. Zum Wirken von Gertraude Buck-Bechler, in: *HoF-Berichte* Sonderheft 2000, S. 19-22.

⁴ Vgl. dazu das Heft 3/1993 der Zs. *Beiträge zur Hochschulforschung*, das Beiträge von MitarbeiterInnen der Projektgruppe Hochschulforschung enthält, in denen sie die Ergebnisse ihrer jeweiligen Forschungsprojekte fokussiert auf das Thema „Frauen in der Ost-Wissenschaft/ostdeutsche Akademikerinnen“ referieren.

Projektberichten und 1997 in einem umfanglichen „Handbuch zur Hochschulenerneuerung“ zusammenfassend veröffentlicht worden.⁵

Nachdem die Projektgruppe Hochschulforschung 1996 planmäßig ausgelaufen war, schloss sich eine weitere Neugründung an: „HoF Wittenberg – Institut für Hochschulforschung“ wird gemeinsam von Bund und Land Sachsen-Anhalt getragen und ist als An-Institut der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg assoziiert. Die Ansiedlung des Instituts in Wittenberg stand in Verbindung mit dem erklärten Willen des Landes Sachsen-Anhalt, am historischen Universitätsstandort Wittenberg erneut universitäres Leben zu entfalten. Gesichert werden konnten mit der HoF-Gründung nicht zuletzt auch die Bestände der Bibliothek des ZHB, darin u.a. eine große Anzahl grauer, d.h. nichtbuchhändlerischer Literatur (Forschungsberichte, Studien, unveröffentlichte Materialien u.ä.) zum DDR-Hochschulwesen sowie – infolge stark ausgebauter internationaler Schriftentauschbeziehungen des ZHB – umfangliche Forschungsliteratur aus den osteuropäischen Ländern zu deren Hochschulsystemen.⁶

Das neue Institut setzte und setzt sich teils aus früheren ProjektgruppenmitarbeiterInnen, teils aus WissenschaftlerInnen anderer Herkunft zusammen. Es hat heute 19 Beschäftigte, davon 14 Forscher und Forscherinnen. Das Institut beschränkt sich – im Unterschied zur Projektgruppe Hochschulforschung – nicht mehr auf die Betrachtung der regionalen Entwicklungen in Ostdeutschland, sieht dort aber weiterhin einen seinen Schwerpunkte. Im Mittelpunkt der Arbeit stehen handlungsfeldnahe Analysen des aktuellen Hochschulreformgeschehens. Damit ist HoF Wittenberg das einzige Institut, das in Ostdeutschland mit Forschung über Hochschulen befasst ist. Auch deshalb sieht sich das Institut seit seiner Gründung 1996 in einer besonderen Verantwortung für die wissenschaftliche Bearbeitung spezifisch ostdeutscher Themen, wie es ebenso eine

⁵ Buck-Bechler, Gertraude/Hans-Dieter Schaefer/Carl-Hellmut Wagemann (Hg.): *Hochschulen in den neuen Ländern der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch zur Hochschulenerneuerung*, Deutscher Studien Verlag, Weinheim 1997.

⁶ vgl. Kerstin Martin/Rosemarie Kohls: Sammlungen zu den Hochschulsystemen der DDR und Osteuropas. Informationsservice des HoF Wittenberg – Institut für Hochschulforschung, in: *Deutschland Archiv* 4/1999, S. 712f.; Kerstin Martin: Die DDR-bezogenen Bestände der HoF-Bibliothek, in: Peer Pasternack (Hg.), *DDR-bezogene Hochschulforschung*, Weinheim/Basel 2001, S. 307-312.

besondere Affinität zu Fragen der Hochschulentwicklung in den mittel- und osteuropäischen Ländern hat.

Im Juli 2001 hatte sich HoF Wittenberg einer externen Evaluation gestellt. Anlass dafür war das Ende der ersten fünfjährigen Förderphase.⁷ Diese Evaluation erbrachte ein positives Ergebnis, was die wesentliche Voraussetzung dafür bildete, dass das Land Sachsen-Anhalt und der Bund eine weitere mittelfristige Grundfinanzierung des Instituts zusagten. Damit ist die institutionelle Stabilität von HoF Wittenberg für die nächsten Jahre gesichert. Hierdurch wiederum war eine wichtige Bedingung erfüllt, um die zwischen Redaktion und Institut seit geraumer Zeit diskutierte Übernahme der Zeitschrift nach Wittenberg mit zufriedenstellendem Abschluss verhandeln zu können.

In diesem Zusammenhang dürfen auch bestimmte personelle Veränderungen am HoF Wittenberg nicht unerwähnt bleiben. Der Gründungsdirektor des Instituts, der hallesche Erziehungswissenschaftler Jan-Hendrik Olbertz, gab Ende 2000 sein Amt auf und übernahm die Leitung der Francke'schen Stiftungen zu Halle an der Saale (und wurde soeben zum sachsen-anhaltischen Kultusminister ernannt). Zu seinem Nachfolger wurde mit Reinhard Kreckel ein theoretisch orientierter Makrosoziologe gewählt, der – nach zwei Amtsperioden als Rektor der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg – auch über eine breite hochschulpolitische Praxiserfahrung verfügt. In dem bald nach Kreckels Amtsantritt geschaffenen Institutsvorstand war Peer Pasternack für die Forschungskoordination zuständig, und es entstand die Idee der Fortführung der Zeitschrift am Institut. Mit der Berufung Peer Pasternacks zum Wissenschaftsstaatssekretär des Landes Berlin und seiner Beurlaubung vom Institut seit Februar 2002 wird nun ein weiteres Stück Praxiserfahrung in die Zeitschrift einfließen. Peer Pasternack wird auch in Zukunft an der Gestaltung der Zeitschrift mitwirken, zusammen mit dem Sozialwissenschaftler Martin Winter, der neu in die Schriftleitung der Zeitschrift eintritt.

⁷ Die Ergebnisse dieser ersten fünf Jahre sind zusammenfassend dokumentiert in: Jan-Hendrik Olbertz/Peer Pasternack/Reinhard Kreckel (Hg.), *Qualität – Schlüsselfrage von Hochschulreformen*, Beltz Verlag, Weinheim/Basel 2001; Barbara M. Kehm/Peer Pasternack, *Hochschulentwicklung als Komplexitätsproblem. Fallstudien des Wandels*, Beltz Verlag, Weinheim/Basel 2001; Reinhard Kreckel/Peer Pasternack (Red.), *Fünf Jahre HoF Wittenberg – Institut für Hochschulforschung an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Ergebnisreport 1996–2001 (=HoF-Arbeitsberichte 1'02)*, Wittenberg 2002.

Künftig soll die – nunmehr „die hochschule“ heißende – Zeitschrift ein „Journal für Hochschulforschung“ sein. Das heißt, einerseits soll sie keine Institutszeitschrift im Sinne eines vorrangigen Präsentationsortes der Institutsforschungsergebnisse sein, andererseits aber durchaus eine Institutszeitschrift im Sinne fachlicher und programmatischer Prägung. Welche Prägungen stehen da im einzelnen zu erwarten?

Den handlungsleitenden Rahmen der Forschungsarbeiten von HoF Wittenberg bildet eine institutsinterne Leitidee – das Konzept der *Akteursorientierung*.⁸ Damit soll zweierlei verdeutlicht werden: Zum einen werden Veränderungsprozesse im Hochschulbereich als Ergebnisse von Konflikten, Strategien, Ideen und Interessen individueller und kollektiver Akteure im Politikfeld Hochschule begriffen und untersucht. Zum anderen zielen die Arbeiten des Instituts in besonderem Maße darauf, handlungsrelevantes Wissen zu produzieren und dieses auch in nutzerfreundliche Formen zu transferieren.

Nach dem Verständnis der Wittenberger HochschulforscherInnen können und dürfen Forschungsfragen nicht allein aus praktischen Zufallskonstellationen entstehen. Sie müssen aus der wissenschaftlichen Debatte generiert bzw. auf sie bezogen werden. Dies ist für die Hochschulforschung – ebenso wie für eine hochschulwissenschaftliche Zeitschrift – unerlässlich, weil es nur so gelingen kann, die Problemhorizonte der Akteure an den Hochschulen bzw. in der Hochschulpolitik zu überschreiten bzw. neu zu kontextualisieren. Im Zusammenhang mit der Leitidee der ‚Akteursorientierung‘ ergibt sich zudem die Anforderung, den Umsetzungsbezug der Forschungen besonders herauszustellen. Neben und aus den theoretischen Entwürfen soll immer auch praxisnahes Handlungswissen hervorgebracht werden.

2. Der neue Untertitel

Die Hochschulforschung als Forschung über Hochschulen ist ein gegenstandsbezogener Forschungsbereich, in dem sich mehrere Fächer kreuzen. Er kann nicht anders als inter- bzw. polydisziplinär organisiert sein: Empfängt die Hochschulforschung ihre wesentlichen methodischen und theo-

⁸ Vgl. dazu R. Kreckel: Zur Standortbestimmung der Hochschulforschung in Wittenberg, in: Jan-Hendrik Olbertz/Peer Pasternack/Reinhard Kreckel (Hg.), *Qualität - Schlüsselfrage der Hochschulreform*, Beltz Verlag, Weinheim/Basel 2001, S. 301–312.

retischen Anregungen aus der Soziologie, Politikwissenschaft und Pädagogik/Erziehungswissenschaft, so ist sie systematisch zwischen den strukturell ähnlich verfassten Forschungsbereichen Bildungsforschung und Wissenschaftsforschung angesiedelt; Schnittstellen weist sie insbesondere zur Verwaltungs-, Rechts- und neuerdings verstärkt zur Wirtschaftswissenschaft auf, daneben aber auch zu vergleichbar interdisziplinär angelegten Bereichen wie der Arbeitsmarktforschung. Dem trägt der neue Untertitel Rechnung.

„hochschule ost“, 1991 gegründet, nannte sich anfangs im Untertitel „politisch-akademisches journal aus ostdeutschland“, dann, ab 1998, „leipziger beiträge zu hochschule & wissenschaft“. Hinter dem seinerzeitigen Wechsel steckte bereits ein Öffnungsprogramm: Die Herkunft sollte nicht verschwiegen, jedoch durch schlichte Ortsangabe in ihrer programmbestimmenden Funktion ein wenig neutralisiert werden. „beiträge zu hochschule & wissenschaft“ signalisierte den Willen zur stärkeren Akademisierung, der seither auch umgesetzt worden war.

„die hochschule“, deren erstes Heft hiermit vorgelegt wird, treibt beide Anliegen weiter voran: „journal für wissenschaft und bildung“ lautet nunmehr der Untertitel.

3. Das neue Konzept

Der neue Titel und Untertitel bedeuten zunächst nicht, dass nun die Beschäftigung mit DDR-Hochschul- und Wissenschaftsgeschichte sowie ostdeutscher Hochschul- und Wissenschaftstransformation abgeschlossen werden. Im Gegenteil: Die im HoF Wittenberg auf Grund seiner geographischen Lage und seiner Geschichte gegebene besondere Kompetenz und Sensibilität für spezifisch ostdeutsche Themen wird auch künftig wirksam bleiben. Dazu gehört sowohl die DDR-Hochschul- und Wissenschaftsgeschichte – unlängst legte das Institut eine erste Bilanz seiner diesbezüglichen Bemühungen vor;⁹ ebenso hat HoF Wittenberg eine Reihe von Beiträgen zur hochschulspezifischen Transformationsforschung erbracht und plant weitere Beiträge zur zweiten Phase der Transformati-

⁹ Peer Pasternack (Hg.): DDR-bezogene Hochschulforschung. Eine thematische Eröffnungsbilanz aus dem HoF Wittenberg, Beltz Verlag, Weinheim/Basel 2001.

onsforschung – die wesentlich auch Transformationsfolgenforschung sein wird.¹⁰

So wie HoF Wittenberg sich zwar als ein Institut der gesamtdeutschen und internationalen Hochschulforschung versteht, aber zugleich eine besondere Aufmerksamkeit für ostdeutsche Entwicklungen und Themen pflegt, so hat sich umgekehrt „hochschule ost“ zwar dominant ostdeutschen und gelegentlich osteuropäischen Gegenständen gewidmet, aber zugleich und in den letzten Jahren zunehmend auch übergreifenden Themen zugewandt. Derart gibt es eine inhaltliche Schnittmenge zwischen der Zeitschrift und dem Institut, die tragfähig für die Zukunft erscheint. Die Zeitschrift wird ihre Wurzeln nicht kappen, und die Herausgeber-schaft des Instituts wird der weiteren thematischen Öffnung dienlich sein. Das Institut wird seine öffentliche Wahrnehmbarkeit durch die bereits etablierte Zeitschrift steigern können, und die Zeitschrift wird von akademischen Imagetransfereffekten profitieren.

Das künftig angestrebte thematische Spektrum der Zeitschrift lässt sich in fünf Punkten beschreiben:

- Der gesamte Bereich der Forschung über Hochschulen wird in „die hochschule“ eine publizistische Heimat haben – von Hochschulgeschichte über Hochschulmanagement, -recht und -verwaltung, Hochschulorganisation und Hochschulpolitik über Hochschuldidaktik, Studenten- und Curriculumforschung bis hin zu Problemen der Eingangs- und Ausgangsschnittstellen, also des Verhältnisses von Schule und Hochschule bzw. Hochschule und Beschäftigungssystem.
- Ausflüge in die Wissenschaftsforschung, auch wenn es dabei um außerhochschulische Gegenstände geht, und ebenso Ausflüge in allgemeine Themen der Bildungsforschung werden, wie bisher, ihren Platz in der Zeitschrift haben, da Hochschulentwicklung nicht abgekoppelt von allgemeiner Wissenschafts- und Bildungsentwicklung betrachtbar ist.
- In spezifischer Anknüpfung an die „hochschule ost“-Geschichte der Zeitschrift wird eine spezielle Aufmerksamkeit für ostdeutsche Hochschul- und Wissenschaftsgeschichte und -entwicklung beibehalten,

¹⁰ Vgl. etwa Peer Pasternack: Gelehrte DDR. Die DDR als Gegenstand der Lehre an deutschen Universitäten 1990 – 2000. Unter Mitarbeit von A. Glück, J. Hüttmann, D. Lewin, S. Schmid und K. Schulze. Hrsg. von HoF Wittenberg, Wittenberg 2001.

nicht zuletzt indem die Bibliographie zur ostdeutschen Nachkriegsentwicklung von Hochschule und Wissenschaft fortgeführt wird.¹¹

- Osteuropäische Entwicklungen werden verstetigte Behandlung erfahren: hierzu ist eine regelmäßige Rubrik „Mittel-Ost-Europa“ geplant.¹²
- Als Supplement wird das bislang selbständig erschienene Newsletter des Instituts für Hochschulforschung – künftig unter dem Namen „HoF-Berichterstatter“ – der Zeitschrift beigelegt.

Mit diesen thematischen Ausrichtungen wird „die hochschule“ eine Zeitschrift sein, die den schmalen Sektor vergleichbarer Journale in Deutschland prägnant ergänzt.

4. Die neue Marktpositionierung

Der deutschsprachige Zeitschriftenmarkt im Themenfeld Hochschul- und Wissenschaftsforschung ist nicht sehr dicht besetzt. Im Bereich der Wissenschaftsforschung dominieren historisch orientierte Journale, in denen Zeitgeschichte und Gegenwartsanalyse nur marginal vorkommen. Im hochschulforscherischen Bereich sind mehrere der existierenden Titel im engeren Sinne weniger wissenschaftliche Zeitschriften, sondern z.T. Verbandsorgane, z.T. nur Quasi-Zeitschriften, d.h. de facto Sammelbände. Fachjournale im Überlappungsbereich von Hochschul- und Wissenschaftsforschung zeichnen sich überwiegend durch einen sehr präzise bestimmten inhaltlichen Fokus – etwa Wissenschaftsmanagement oder Wissenschaftsrecht – aus.

¹¹ Womit zugleich die einschlägigen bibliographischen Werke zum Thema, beide erschienen in HoF-Schriftenreihen, fortgesetzt, mithin bereits seit Jahren andauernde gemeinsame Aktivitäten von Zeitschrift und Institut kontiniert werden: Peer Pasternack, Hochschule & Wissenschaft in SBZ/DDR/Ostdeutschland 1945-1995. Annotierte Bibliographie für den Erscheinungszeitraum 1990-1998, Deutscher Studien Verlag, Weinheim 1999; ders., Hochschule & Wissenschaft in Osteuropa. Annotierte Bibliographie der deutsch- und englischsprachigen selbständigen Veröffentlichungen 1990-1998, Wittenberg 1999.

¹² Auch dies knüpft an bisherige Institutsaktivitäten an, vgl. etwa Christine Teichmann: Die Entwicklung der russischen Hochschulen zwischen Krisenmanagement und Reformen. Aktuelle Trends einer Hochschulreform unter den Bedingungen der Transformation, Wittenberg 2001.

„die hochschule“ soll sich in diesem Feld als akademisches Journal mit Ausstrahlung auf Entscheider in Politik und Verwaltung positionieren und inhaltliche Offenheit praktizieren, ohne in Beliebigkeit abzugleiten.

Bisherige und neue Leser(innen) wie auch bisherige und neu sich angesprochen fühlende Autor(inn)en sind herzlich eingeladen, diese Entwicklung durch Feedback und Beteiligung jeglicher Art aktiv zu begleiten.

**Peer Pasternack
Martin Winter
(Hrsg.)**

Szenarien der Hochschulentwicklung

Szenarien der Hochschulentwicklung

Auch in der Hochschulreform stellt sich mitunter die Sinnfrage. Wozu das Ganze eigentlich, worauf zielen die Anstrengungen? Manche Akteure müssen gegen den vermeintlichen Anschein der Folgenlosigkeit motiviert werden. Andere haben Motivationsprobleme, weil ihnen die Folgen dessen, woran sie mitwirken, gelegentlich problematisch erscheinen. Wieder andere lassen sich aufsaugen von der suggestiven Kraft der gerade mehrheitsfähigen Reformideen, gelegentlich solcher Ideen, die zwar modern genannt werden, aber oft nicht mehr als modisch sind.

Sowohl Verzagtheit wie reformerische Atemlosigkeit verweisen insbesondere auf eines: Benötigt wird ein perspektivischer Rahmen, in dem die notwendig beschränkten Problemwahrnehmungen, die sich aus dem aktuellen Handeln speisen, kontextualisiert und überschritten werden. Häufig ist es die „Idee der Universität“, die dafür herhalten muss, die Identifikations- und Sinndefizite der Hochschulreformakteure auszugleichen. Das Charakteristische an dieser Idee ist, dass sich ihre Diskussion in wunderlicher Weise nicht abzunützen scheint. Gleich einem metaphorischen Kaleidoskop muss man es nur wieder einmal schütteln – und schon ist das Design eines weiteren Kongresses fertig gestellt. Die managerialistische Wende der Hochschulpolitik hat indes auch eine pragmatisierte Variante der „Idee der Universität“ hervorgebracht: das sogenannte Leitbild.

Doch es bleibt die Sehnsucht nach dem ‚Eigentlichen‘, dem Essenziellen im Universitätswesen, das über den gerade herrschenden Moden, den politischen Sachzwängen und den Zumutungen des Alltagsgeschäfts schwebt und – wenigstens symbolisch – Sinn- und Identitätskrisen kompensiert. Realitätsnähe ist dabei kein zwingendes Kriterium, weshalb sie häufig auch keine Rolle spielt. Doch wie wäre diese Realitätsnähe herzustellen? Dazu muss die Pragmatik des gegenwärtigen Handelns mit dem Blick darauf verbunden werden, was entstehen wird und was dann wiederum im Rückblick entstanden sein wird.

Dieser Perspektivwechsel soll im thematischen Schwerpunkt dieses Heftes versucht werden. Die Absicht ist, sich der aktuellen Hochschulreformdebatte von einer anderen als der üblichen Seite zu nähern. Dabei ist von zweierlei auszugehen: Zum einen findet auch die gegenwärtige Hochschulreform nicht voraussetzungslos statt, sondern vor dem Hintergrund jahrzehntelanger Erfahrungen des Gelingens und Scheiterns von Reformen. Zum anderen erscheint es nötig, die vielerorts zu beobachtende Überidentifikation mit dem operativen Reformgeschäft und den damit verbundenen Hang zur Betriebsblindheit zu relativieren.

Angestrebt wird daher, den Blick vom ‚Ende‘ (wenn es das gäbe) der gegenwärtigen Hochschulreform zurück auf deren Verlauf zu simulieren. Derart können wir der Beantwortung zweier Fragen näherkommen: Welche reformierte Hochschule *sollte* idealiter am Ende der aktuellen Hochschulreformphase stehen? Welche Art von Hochschule *wird* realistisch am Ende der aktuellen Hochschulreform zu erwarten sein?

Ein solcher simulierter Rück-Blick vom Ende her verspricht eine Schärfung des Blickes auf das gegenwärtige operative Geschäft und seine strategischen Implikationen. Dabei versteht es sich von selbst, dass die einzelnen Autorinnen und Autoren durchaus unterschiedliche Daten wählen, die sie als fiktiven Endpunkt der gegenwärtigen Hochschulreformphase und damit als Ausgangspunkt für ihre eigene vorausschauende Retrospektive wählen. Der fiktive Blick aus der Zukunft zurück auf die Gegenwart kann nicht den Anspruch erheben, ‚Wahrheiten‘ zu generieren. Aber ungewohnte Einsichten schon.

Peer Pasternack & Martin Winter

Hinab in den Maelström

Drei Szenarien der Hochschulentwicklung

Georg Krücken
Bielefeld

Edgar Allen Poe verdanken wir die wunderbare Erzählung „Hinab in den Maelström“. Hier geht es um einen Fischer, dem es gelang, sich aus einem für seinen Begleiter tödlichen Strudel auf hoher See zu befreien, indem er trotz seiner Verzweiflung mit distanzierter

Neugier die Besonderheiten des Strudels zu ergründen versuchte, um sich solchermaßen zu retten. Norbert Elias griff später diese Erzählung auf und erkannte in ihr ein einfaches Gedankenmodell für seine große gesellschaftshistorische Arbeit über Engagement und Distanzierung (Elias 1983). Weitaus banaler erscheint es da, sich mit Szenarien der Hochschulentwicklung zu beschäftigen. Aber gerade bei diesem Thema ist es, ganz im Sinne der Erzählung Poes, für Hochschulangehörige ebenso schwierig wie notwendig, den Versuch zu unternehmen, mit distanzierter Neugier die Besonderheiten des Strudels und seiner möglichen Entwicklungsverläufe zu ergründen. Hieraus resultieren Handlungsoptionen, die dem engagierten Aktivismus und der fatalistischen Hingabe gleichermaßen verschlossen bleiben.

Mit dem Versuch, primär aus der Beobachter- und nicht aus der Handlungsperspektive den Prozess der Hochschulreform selbst sowie Szenarien seiner Entwicklung zu erfassen, geht man zugleich auf Distanz zum gegenwärtigen Reformdiskurs und der darin zum Ausdruck kommenden Gestaltungsemphase. Die Relevanz des Reformdiskurses, von dessen Vielschichtigkeit hier nur abstrahiert werden kann, soll keineswegs unterschätzt werden. Dennoch wird an dieser Stelle eine grundlegend skeptische Perspektive im Hinblick auf hochschulpolitische Reformvorhaben insgesamt eingenommen, und zwar aus drei Gründen: Erstens stellen Reformen einen prinzipiell unabgeschlossenen Prozess dar, in dessen Verlauf nicht nur Veränderungen sichtbar werden, sondern auch

Resistenzen und ein oft erstaunliches Beharrungsvermögen. Aus der allgemeinen Organisationsforschung weiß man seit langem um die weite Kluft zwischen den Reform- und Veränderungserwartungen auf der einen Seite und den faktischen Veränderungen auf der anderen Seite. Diese Einsicht wird von dem schwedischen Organisationssoziologen Nils Brunsson und dem norwegischen Politikwissenschaftler Johan P. Olsen zu der These verdichtet, dass gerade die permanente Reformierung von Organisationen in erster Linie dazu dient, den Status Quo im Wesentlichen unangetastet zu lassen (Brunsson/Olsen 1993). Die Autoren belegen ihre These vor allem mit Material zu Organisationen, die, wie der Großteil der deutschen Universitäten, dem öffentlichen Sektor zuzuordnen sind. Zweitens finden Reformen vielfach hinter dem Rücken der Akteure statt. Der Reformdiskurs orientiert sich zwar ständig an Personen, ihren Intentionen und Handlungen. Faktische Verläufe sind jedoch eher durch eine Gemengelage von unterschiedlichen Einflüssen charakterisiert, die sich einer eindeutigen Zurechnung entziehen. Und drittens sind Reformen nicht mit Verbesserungen in eins zu setzen. Die Bewertung einer Reform als Verbesserung oder Verschlechterung entzieht sich einer unabhängigen Beobachterperspektive. Anstelle eines archimedischen Punktes existiert eine Vielzahl unterschiedlicher und standortgebundener Perspektiven, die zu völlig gegensätzlichen Bewertungen führen können. Dies gilt für hochschulpolitische Reformen in besonderer Weise, wie nicht zuletzt die Diskussion um das kürzlich verabschiedete Hochschulrahmengesetz gezeigt hat.

Im Folgenden sollen drei Szenarien der Hochschulentwicklung skizziert werden. Szenarien, in die unterschiedliche Annahmen einfließen, leisten die gedankliche Strukturierung einer immer unbekannt bleibenden Zukunft über die Identifizierung möglicher Entwicklungslinien. Sie zeigen Alternativen in einer Zuspitzung auf, mit der man bewusst davon abstrahiert, dass die tatsächlichen Entwicklungsverläufe selten dieser Reinform und Ausschließlichkeit entsprechen. Es fällt schwer, sich einen allgemein konsentierten Abschluss des gegenwärtigen Reformprozesses vorzustellen. Vielmehr ist zu vermuten, dass der Reformprozess des deutschen Hochschulsystems uns auf Dauer begleiten wird. Gerade weil die faktischen Veränderungen systematisch hinter den Erwartungen zurückbleiben, kontrovers diskutiert und bewertet werden sowie Korrekturen nach sich ziehen, die dann selbst wiederum als Reformen behandelt werden, bleiben Universitätsreformen ein Dauerthema.

Für die Szenarien ist zu berücksichtigen, dass nicht nur unterschiedliche Annahmen zu gesellschaftlichen Entwicklungsverläufen und ihren Veränderungsimpulsen in sie einfließen, sondern auch unterschiedliche Annahmen zu dem Gegenstand der Reformen, also den Universitäten selbst. Mit anderen Worten: Welches Bild bzw. welche implizite Theorie verbindet man mit Universitäten? Im ersten Szenario werden Universitäten als gegenüber externen Einflüssen ohnmächtige Einrichtungen verstanden, die sich widerspruchsfrei an ihre gesellschaftlichen Rahmenbedingungen anpassen. Genau entgegengesetzt erscheinen Universitäten im zweiten Szenario. Hier werden so starke Trägheiten und Widerstände angenommen, dass gesellschaftliche Wandlungserwartungen weitgehend folgenlos verpuffen müssen. Im dritten Szenario werden beide Vereinfachungen vermieden. Universitäten gelten als intern fragmentierte Handlungssysteme, die über materielle Ressourcen und legitimatorische Unterstützung mit ihren gesellschaftlichen Umwelten verbunden sind. Der Erhalt von Ressourcen und Legitimation bedeutet eine aktive Gestaltung der relevanten Umwelten. Wenngleich ungesteuerte Anpassungsleistungen (wie in Szenario 1) und selbstbezügliche Schließungsprozesse (wie in Szenario 2) keineswegs unterzubewerten sind, so ist nach meiner Einschätzung der Aspekt des aktiven Umwelthandelns (Szenario 3) besonders hervorzuheben. Wie im Folgenden ausgeführt wird, sind die ersten beiden Szenarien nicht nur wenig wahrscheinlich, sondern auch wenig wünschenswert. Das dritte Szenario erscheint demgegenüber als wahrscheinlicher und ist offener und ambivalenter zu bewerten. Da die Zunahme des Wettbewerbs ein zentrales Charakteristikum des dritten Szenarios darstellt, gilt der Frage besonderes Augenmerk, ob und unter welchen Bedingungen Wettbewerb zur hochschulpolitisch angestrebten Diversifizierung des Angebots auf der universitären Anbieterseite führen wird. Indem diese Frage als Forschungsfrage und nicht unter politisch-normativen Prämissen behandelt wird, lassen sich nicht-intendierte und paradoxe Folgen der Wettbewerbsintensivierung aufzeigen, die es im hochschulpolitischen Diskurs stärker als bislang zu beachten gilt. Die folgenden Ausführungen sind vor dem Hintergrund dieser Vorbemerkungen zu verstehen. Als zeitlicher Horizont der Skizzierung universitärer Zukünfte wird für alle drei Szenarien ein Zeitraum von 10-15 Jahren angenommen.

Forschung im Schatten der Lehre: die Ausbildungsanstalt (Szenario 1)

Diesem Szenario liegt die zentrale Annahme zugrunde, dass die öffentliche Ressourcenzuteilung für die Universitäten nicht mit dem Studierendenzuwachs, wie er für die nächsten Jahre erwartet wird, Schritt halten wird – allen hochschulpolitischen Programmen und Appellen zum Trotz. Diese Annahme ergibt sich nicht nur aus grundlegenden soziologischen Überlegungen zur gestiegenen Bedeutung von Bildung in einer Gesellschaft, die sich zunehmend als Wissens- und Informationsgesellschaft beschreibt, sondern ist auch durch Prognosen gedeckt. So erwartet die Kultusministerkonferenz nach den schwachen Wachstumsraten von 1999 und 2000 und den sinkenden Studierenden zahlen in den Jahren zuvor eine bis in das Jahr 2008 stark ansteigende Studierendenzahl (vgl. BMBF 2001: 34). Damit würde sich die prekäre Balance zwischen universitären Lehr- und Forschungsaufgaben, von der heute in stark frequentierten Studienfächern wie Betriebswirtschaft und Jura ohnehin kaum noch die Rede sein kann, folglich weiter zuungunsten der Forschung verschieben. Der von Uwe Schimank (1995) schon für Mitte der 1970er bis Anfang der 1990er Jahre in den alten Bundesländern festgestellte Trend einer Verdrängung der Forschung durch die Lehre würde sich also fortsetzen. Differenzierungen sind jedoch angebracht. Zwar vermute ich, dass es verstärkt einzelne Disziplinen sowie ganze Universitäten geben wird, die primär Ausbildungsfunktionen wahrnehmen werden; es ist jedoch wenig wahrscheinlich, dass sich das Szenario „Ausbildungsanstalt“ flächendeckend durchsetzen wird und die Universität der Zukunft beschreibt. Es scheint mir zudem aus zwei Gründen als wenig erstrebenswert:

Erstens kommt der Verknüpfung von personenbezogener Ausbildung und wissenschaftlicher Forschung im Rahmen einer zentralen Organisationsform der Gesellschaft eine hohe strategische Bedeutung zu. Diese Verknüpfung leisten forschungsorientierte Universitäten. Der weltweite Modellcharakter deutscher Universitäten zu Beginn des 20. Jahrhunderts war hierin begründet. Dieser Modellcharakter kommt ein Jahrhundert später US-amerikanischen Universitäten wie Stanford, Harvard und dem MIT zu. Sie zeichnen sich dadurch aus, dass sie konsequent Lehr- und Forschungserfordernisse zu verbinden suchen und so, über die forschungsnahe Ausbildung ihrer Studierenden, den Transfer von Wissen zwischen der universitären Forschung und Wirtschaftsorganisationen er-

möglichen. Dieser vermeintliche Nebeneffekt des Universitätsstudiums würde im Szenario „Ausbildungsanstalt“ verloren gehen und langfristig vermutlich nicht nur die wissenschaftliche, sondern auch die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit schwächen. Zweitens weisen Systeme, die auf einer klaren Trennung von universitärer Ausbildung und wissenschaftlicher Forschung basieren, gravierende Probleme auf. Hierbei handelt es sich um das so genannte französische bzw. napoleonische Universitätsmodell, das im Umweg über die Sowjetunion auch für die ehemalige DDR maßgeblich war. Für sein Stammland Frankreich wird in international vergleichenden Darstellungen schon seit einigen Jahren darauf hingewiesen, dass dort nicht nur der Wissenstransfer systematisch unterausgeschöpft bleibt, sondern auch, dass die Universitäten durch sehr hohe Studierendenzahlen überlastet sind und das Personal in den Forschungsakademien überaltert ist (vgl. *The Economist*, 04.10.1997).

Beide Gründe, die gegen die Wünschbarkeit des Szenarios „Ausbildungsanstalt“ sprechen, sind auch im hochschulpolitischen Diskurs fest verankert. Ob das Zusammentreffen von hochschulpolitischem Sein und Sollen langfristig Bestand haben wird, ist jedoch fraglich. Obwohl eine bewusste Reduzierung der Forschungsfunktion von Universitäten nicht anzunehmen ist, gilt es, die Struktureffekte politischer Entscheidungen, die über die relative Ressourcenverknappung das Szenario „Ausbildungsanstalt“ wirklichkeitsnäher werden lassen, in den nächsten Jahren kritisch zu verfolgen. Dann spräche aber immer noch ein dritter Grund gegen das Szenario, der weitgehend unabhängig von der Hochschulpolitik ist: die aus den Hochschulen selbst heraus resultierende Dynamik, die in Richtung Forschung geht. Dies konnte man in der Vergangenheit gut am Beispiel der Polytechnical Schools in Großbritannien studieren, die sich zunehmend auch als Forschungseinrichtungen verstanden haben. Diese dort als „academic drift“ bezeichnete Tendenz lässt sich gegenwärtig auch bei ihrem deutschen Gegenstück, den Fachhochschulen, feststellen – auch wenn man die englische Übersetzung deutscher Fachhochschulen als „universities of applied sciences“ zunächst als Programmatik verstehen muss. Nicht zuletzt aufgrund dieser Eigendynamik, die der ohnmächtigen Umweltanpassung von Organisationen des Hochschulsystems entgegensteht, erscheint mir das Szenario „Ausbildungsanstalt“ nicht nur als wenig wünschenswert, sondern auch als wenig wahrscheinlich.

„business as usual“: die deutsche Universität (Szenario 2)

Während sich für das erste Szenario zumindest auf den ersten Blick starke Evidenzen finden lassen, erscheinen „business as usual“ und das Festhalten an tradierten Identitätskonzepten und Praktiken angesichts des gegenwärtigen Reformdrucks als wenig plausibel. Es gibt jedoch gute Gründe für die Annahme des Fortbestehens von zentralen Charakteristika der deutschen Universität, auch wenn ich vermute, dass der Reformdruck in dem Zeitrahmen, der den Szenarien zugrunde liegt, nicht abnehmen wird. Universitäten lassen sich sowohl als Institutionen als auch als Organisationen begreifen, und auf beiden Ebenen ist Skepsis gegenüber weitreichenden Wandlungsannahmen geboten. Als Institution stellt die Universität einen vom konkreten Einzelfall abstrahierenden Erwartungszusammenhang dar: Man weiß, was eine Universität ist, ohne die entsprechenden Hintergrundannahmen reflexiv zu überprüfen. Dieses Wissen um die institutionelle Identität wird hierzulande vor allem durch die im deutschen Idealismus begründeten Überlegungen Wilhelm von Humboldts hergestellt. Lehren, lernen und forschen in sozialer Isolation und unabhängig von sozialen Zwecken (also: in Einsamkeit und Freiheit) widerspricht zwar den im gegenwärtigen Reformdiskurs vertretenen Anforderungen an Universitäten. Hier werden unter dem Stichwort „Wissensgesellschaft“ die am Arbeitsmarkt orientierte Qualifikation breiter Bevölkerungsschichten und die Vernetzung der akademischen Forschung mit Organisationen des Wirtschaftssystems gefordert, also eine Neupositionierung jenseits von „Einsamkeit und Freiheit“. Dennoch überlebt der „Mythos Humboldt“ (Ash 1999) als Identitätskonzept und institutioneller Bezugsrahmen.

Universitäten stellen jedoch nicht nur Institutionen, sondern auch Organisationen dar. Als solche werden sie in diesem Szenario in erster Linie als strukturkonservative Einrichtungen verstanden, die in einer zum Teil Jahrhunderte langen Geschichte gelernt haben, mit externen Reformertwartungen umzugehen, ohne diese direkt in Organisationswandel umzusetzen. Insbesondere eine Reaktionsweise auf die hochschulpolitische Erwartung, sich zu verändern, erscheint typisch: Man richtet Stellen ein. Man denke, um Beispiele aus der jüngsten Vergangenheit zu erwähnen, an Lehrstühle für Technikfolgenabschätzung, Umweltethik und Existenzgründung oder an Gleichstellungsbüros und Technologietransferstellen. Das Vorhandensein von Stellen ist jedoch keineswegs ein Indikator für

weitreichenden organisatorischen Wandel. Im Gegenteil: Gerade ihre Existenz erlaubt es der Organisation, auf der Ebene des tatsächlichen Universtitätshandelns weiterhin „business as usual“ stattfinden zu lassen.

Empirische Belege für institutionelle und organisatorische Trägheitsmomente konnten im Rahmen eines dreisemestrigen Lehrforschungsprojekts mit Studierenden der Fakultät für Soziologie an der Universität Bielefeld gesammelt werden, in dem es um die Rolle von Technologietransferstellen an deutschen Hochschulen ging (vgl. Krücken 1999). Unsere Grundannahme, in diesen Einrichtungen einen Indikator für den institutionellen und organisatorischen Wandel deutscher Universitäten zu sehen, bestätigte sich nicht. Die von Humboldt'schen Universitätsideale sind weiterhin dominant; Universitäten geben sich insgesamt kein transferorientierteres Profil als zuvor; und diejenigen, die Transfer betreiben, tun dies in der Mehrzahl weiterhin auf direktem Weg und nicht über die Transferstelle vermittelt. Es ist zu vermuten, dass auch andere Reformvorhaben der nächsten Jahre solchermaßen in bestehende Strukturen eingepasst und abgeschwächt werden. Dennoch erscheint es mir auf Dauer kaum möglich zu sein, durch Stellen nach außen symbolisierte Reformbereitschaft und nach innen praktiziertes Handeln so zu entkoppeln wie in dem genannten Beispiel. Langfristig werden sich die universitären Umwelten, von denen Universitäten materielle Ressourcen und kulturelle Legitimation beziehen, nicht mit reiner Symbolpolitik zufrieden geben. Zudem zeichnen sich Universitäten nicht nur durch das hier beschriebene Beharrungsvermögen aus, sondern verändern sich auch selbst, indem sie aktiv auf ihre relevanten Umwelten einwirken. Diesen Aspekt berücksichtigt das dritte Szenario.

Struktureller Wandel und organisatorische Diversifizierung: die Multiversität (Szenario 3)

Das dritte Szenario ist das des strukturellen Wandels der Universität. Dieser Wandel stellt die in dem Begriff „die Universität“ zum Ausdruck kommende Einheitsfiktion weitgehend in Frage. Universitäten haben bereits heute ein solches Differenzierungsniveau erreicht, dass es schwer fällt, in einem Zukunftsszenario der mit dem Label „von Humboldt“ symbolisierten Einheit große Chancen einzuräumen, die über die Funktion als sinnstiftendes Identitätskonzept hinausgehen. Um diesen strukturellen Wandel auch begrifflich auszudrücken, empfahl der US-amerikanische

Hochschulforscher Clark Kerr in einem visionären Aufsatz bereits 1963 die „Universität“ durch die „Multiversität“ zu ersetzen. Kerr versuchte mit diesem Begriff, dem auch seine Erfahrungen als Kanzler und Rektor der Universität Berkeley zugrunde lagen, die interne Differenzierung und Fragmentierung einer einzelnen Universität zu fassen. Die universitäre Wirklichkeit der Gegenwart, so Kerrs These, lässt sich nur schwerlich mit einer Einheitsidee in Einklang bringen, wie sie von der griechischen Antike bis zur deutschen Forschungs- und Ordinariatenuniversität des 19. Jahrhunderts in ganz unterschiedlicher Tönung vertreten wurde. Moderne Universitäten stellen ihm zufolge keine organische Einheit dar, sondern vielmehr ein nur lose miteinander verbundenes Netz unterschiedlicher Aktivitäten.

Ich möchte diesen Grundgedanken aufgreifen und zum Ausgangspunkt meiner Überlegungen zum dritten Szenario machen. Im Unterschied zu Kerr möchte ich das Konzept der Multiversität allerdings nicht auf die einzelne Universitätsorganisation beziehen, sondern auf das deutsche Universitätssystem insgesamt. Damit soll die Vermutung zum Ausdruck gebracht werden, dass die von Kerr als zentral erachteten Differenzierungs- und Fragmentierungsprozesse den zentralen Trend der deutschen Hochschulentwicklung des nächsten Jahrzehntes insgesamt darstellen. Dieser strukturelle Wandel muss, in Einklang mit den in das zweite Szenario eingeflossenen Befunden, allerdings nicht zwangsläufig zur Aufgabe der „Idee der Universität“ führen. Im Gegenteil: Gerade wenn sich der Trend zur Multiversität fortsetzt, ist verstärkt mit kollektiven Ritualen zu rechnen, in denen die Einheitsfiktion zeremoniell zum Ausdruck gebracht wird.

Der strukturelle Wandel des deutschen Hochschulsystems, so die dem dritten Szenario zugrunde liegende Vermutung, setzt Tendenzen fort, die multiple organisatorische Kerne an die Stelle „der Universität“ treten lassen. Diese Auflösungserscheinungen sind das Resultat einer Reihe von Faktoren, die dazu führen, dass deutsche Universitäten ihr geschütztes Habitat verlieren und sich neu positionieren müssen. So wird von Seiten der Wissenschaftsforschung behauptet, dass Universitäten unter heutigen Bedingungen nicht mehr den zentralen Ort der gesellschaftlichen Wissensproduktion darstellen (vgl. Gibbons et al. 1994). In sich sehr heterogene Erzeugungskontexte, die von Industrielaboratorien über staatliche Behörden bis hin zu Think-Tanks und Beratungsfirmen reichen, haben die Forschungslandschaft weitgehend verändert und die traditionelle

Sonderstellung von Universitäten untergraben. Diese These ist zwar aus historischer und soziologischer Perspektive fragwürdig. Dennoch lässt sich eine Verflüssigung traditioneller Grenzziehungen und Aufgabenteilungen im Bereich der Forschung nicht von der Hand weisen.

Noch dramatischer erscheinen Veränderungen, die herkömmliche Verortungen im Bereich der Bildung in Frage stellen. Hier sind drei Prozesse zu beobachten, die sich wechselseitig verstärken. Erstens ist es mehr und mehr realistisch, von einem global vernetzten Hochschulsystem zu sprechen. Nicht nur internationale Studienabschlüsse und Studiengänge spielen hierbei eine Rolle, sondern auch die zunehmende kommunikative Erreichbarkeit von Staaten, Universitäten und Studierenden. Dies verweist auf den zweiten Prozess. Dieser besteht in der Nutzung neuer Informations- und Kommunikationstechnologien. Vor allem das Internet stellt nationale Traditionen dadurch in Frage, dass rascher Datenzugriff und -austausch ermöglicht wird. Darüber hinaus werden so die räumlich gebundenen face-to-face Interaktionen in Hörsaal, Seminarraum und Labor ergänzt, auch wenn die flächendeckende Durchsetzung der „virtuellen Universität“ wohl kaum zu erwarten ist. Drittens finden auch auf der nationalen Ebene eine Vervielfältigung von Erzeugungskontexten in der Bildungslandschaft und eine Auflösung traditioneller Grenzziehungen statt. Man denke hierbei an langwierige Ausbildungsprogramme in großen Unternehmen im Anschluss oder als Alternative zum Universitätsstudium sowie den explodierenden Markt der so genannten Weiterbildungseinrichtungen, deren Besuch in verschiedenen Berufsfeldern zum Standard erhoben wird und dadurch das Universitätsstudium nur als eine, wenngleich zentrale, Episode im individuellen Bildungsverlauf erscheinen lässt. Des Weiteren ist an die in verschiedenen Bundesländern beobachtbare Neugründung privater Universitäten sowie an die zunehmende Einebnung der Differenz zwischen Universitäten und Fachhochschulen zu denken. Unterstützt von der ebenfalls zunehmenden Tendenz zu Evaluation und standardisierten Rankings wird das bisherige Ordnungsgefüge kräftig durcheinander gewirbelt werden.

Interessanterweise reflektiert der Hochschulbereich damit genau die gesamtgesellschaftlichen Entwicklungstendenzen, die von Seiten der Soziologie seit den achtziger Jahren in ganz unterschiedlichen Bereichen aufgezeigt wurden. Die Auflösung starrer Grenzen und Ordnungen sowie die daraus resultierende Notwendigkeit der Neudefinition und Neupositionierung gelten gesellschaftsweit, von Individualisierungsprozessen bis

hin zum Verhältnis von Markt und Staat. Diesen Tendenzen kann meiner Meinung nach auch normativ keine vernünftige Alternative entgegengesetzt werden. Der traditionelle Status der Universität lässt sich letztlich nur im Rahmen einer ständischen Ordnung begründen. Da ich vermute, dass die zuvor skizzierten Tendenzen die Hochschulentwicklung der nächsten Jahre prägen werden, möchte ich deshalb innerhalb dieses Szenarios einen wünschbaren von einem weniger wünschbaren Entwicklungsverlauf voneinander unterscheiden, wobei im tatsächlichen Entwicklungsverlauf vermutlich beide auf unauflösbare Weise miteinander verknüpft sein werden. Die beschriebenen Tendenzen bedeuten für die Hochschulentwicklung vor allem eines: die Intensivierung des Wettbewerbs, sei es zwischen den einzelnen Universitäten, sei es zwischen dem gesamten deutschen Hochschulsystem und seinen Konkurrenten im In- und Ausland. Im gegenwärtigen hochschulpolitischen Diskurs wird „mehr Wettbewerb“ mit Formenvielfalt, Innovativität und Reformfähigkeit gleich gesetzt. Das würde dem wünschbaren Entwicklungsverlauf entsprechen. Grundsätzlich gilt jedoch, dass „mehr Wettbewerb“ das Gegenteil bewirken kann. Die Chance zur Multiversität würde solchermaßen vertan. Mit diesem wenig wünschbaren Entwicklungsverlauf möchte ich mich zunächst kurz beschäftigen.

Mit der Intensivierung des Wettbewerbs wird eine Entwicklung vollzogen, die für die deutsche Hochschullandschaft insgesamt und ihre einzelnen Elemente neu ist. Es kann also kaum auf Erfahrungen im Umgang damit zurückgegriffen werden. Bereits jetzt zeichnet sich hier erheblicher Forschungsbedarf ab, insbesondere für Begleitforschungen. Als heuristisches Hilfsmittel kann man in dieser Situation Forschungen zu Organisationen in anderen Gesellschaftsbereichen betrachten, die von ihrer Grundstruktur her in besonders hohem Maße wettbewerbsartig strukturiert sind: Wirtschaft und Politik. Im Hinblick auf die Konkurrenz zwischen Unternehmen in der Wirtschaft und die Parteienkonkurrenz in der Politik zeichnet die sozialwissenschaftliche Organisationsforschung ein eher ernüchterndes Bild (March 1999; Hasse/Krücken 1999, insbesondere 45 ff.). Organisationen werden grundsätzlich als risikoavers beschrieben; die Risikoaversion von Organisationen nimmt unter Wettbewerbsbedingungen zu und führt zur Orientierung an erfolgreichen Vorbildern. Die Tendenz, Vorbilder zu imitieren, wird durch das Vorhandensein eines dichten organisatorischen Netzwerkes verstärkt, in dem Informationen rasch übertragen und ausgetauscht werden können. Diese allgemeinen Struktur-

merkmale sind auf andere Gesellschaftsbereiche übertragbar. Sie gelten in besonderer Weise für das Organisationsfeld „Universitäten“ in Deutschland. Die Risikoaversion der dort versammelten Organisationen, von den staatlichen Bürokratien bis hin zu den Universitäten selbst, ist sprichwörtlich. Sie stehen unter wechselseitiger Beobachtung und orientieren sich dabei vor allem an Vorbildern wie einzelnen in Deutschland preisgekrönten Hochschulen sowie Universitäten und Hochschulsystemen, die im internationalen Kontext als besonders erfolgreich wahrgenommen werden. Auch abstraktere Modelle (zum Beispiel „die unternehmerische Universität“ oder „die Service University“) werden immer wieder als Leitbilder der Hochschulentwicklung präsentiert. Informationsaustausch und -übertragung spielen im Organisationsfeld „Universitäten“ eine zentrale Rolle. Man denke nicht nur an die gestiegenen technischen Möglichkeiten, sondern auch an Verflechtungsstrukturen im föderativen System Deutschlands, an die Mitgliedschaft in nationalen und internationalen Organisationen sowie nicht zuletzt an die ständig steigende Zahl von Organisationsberatungen im Feld, die Universitäten und Ministerien standardisierte „best management practices“ empfehlen. Auch wenn dieser etwas skeptische Ausblick auf die weitere Hochschulentwicklung auf den ersten Blick kontraintuitiv erscheint, so deutet doch vieles für die nächsten Jahre auf einen wettbewerbsinduzierten Vereinheitlichungs- und Verdrängungsprozess hin. Die angenommene Tendenz zur Multiversität würde hierdurch gebrochen und die Lernfähigkeit des Gesamtsystems geschwächt.

In dem Szenario „struktureller Wandel und organisatorische Diversifizierung“ liegen jedoch auch Chancen, die man nutzen sollte. Es gilt, dass die Frage nach der wünschbaren Universität der Zukunft wiederum nicht auf der Ebene der Einzelorganisation, sondern nur auf der Ebene des Gesamtsystems zu beantworten ist. Hinsichtlich wünschbarer Entwicklungen ist zu berücksichtigen, dass sich ungeplant und nicht-intendiert Abweichungen von Vorbildern und Modellen einstellen werden. Der Versuch, übergreifende Konzepte in einen spezifischen Kontext zu übertragen, wird nie in Reinform gelingen. Da sich das aktive Umwelthandeln von Universitäten mit den im zweiten Szenario benannten Trägheitsmomenten und Pfadabhängigkeiten überkreuzen wird, ist bei der Reform des deutschen Hochschulsystems zwangsläufig mit Brüchen und Implementationsproblemen zu rechnen. Das bedeutet jedoch keineswegs einen Verlust an Innovativität. Im Gegenteil: Aus fehlgeschlagenen

Kopierversuchen kann Neues entstehen, und Verunreinigungen bzw. Hybridisierungen sind die Grundlage multipler organisatorischer Kerne, die sich nicht auf eine Einheitsformel bringen lassen. Sie erweitern die Hochschullandschaft, während perfektes Gelingen die Formenvielfalt reduziert. Dieser naturwüchsig verlaufende Prozess wird in der hochschulpolitischen Kommunikation vermutlich unter dem Etikett des Scheiterns behandelt werden. Da er an dieser Stelle allerdings grundsätzlich positiv bewertet wird, stellt sich hier vielmehr die Frage, wie er sich unterstützen lässt. Eine in der gegenwärtigen Diskussion viel zu wenig beachtete Möglichkeit besteht meiner Meinung nach in internationalen Zusammenschlüssen von Universitäten, sowohl im Rahmen der EU als auch weltweit. Die Vorstellung der territorialen Gebundenheit von Universitäten wird im Zeitalter post-nationalstaatlicher Gebilde und informationstechnologischer Revolutionen zunehmend obsolet, und die im Rahmen von Zusammenschlüssen von Universitäten entstehenden Flüsse von Personen, Texten, Arbeits- und Lernstilen könnten überlieferte Selbstverständlichkeiten nachhaltiger in Frage stellen sowie institutionelle und organisatorische Innovationen eher hervorbringen als der gegenwärtige Reformdiskurs. Doch die gegenwärtige Fixierung auf die Reform des deutschen Hochschulsystems verstellt den Blick auf die Chancen, die in der Forcierung des Aufeinandertreffens unterschiedlicher nationaler und organisatorischer Traditionen und den hieraus resultierenden Verunreinigungen bzw. Hybridisierungen liegen.

Literatur

- Ash, M.G. (Hrsg.), 1999: *Mythos Humboldt. Vergangenheit und Zukunft der deutschen Universitäten*, Wien et al., Böhlau.
- BMBF, 2001: *Zahlenbarometer 2000/2001*, Bonn, BMBF.
- Brunsson, N./Olsen, J.P., 1993: *The Reforming Organization*, Chichester et al., Wiley.
- Elias, N., 1983: *Engagement und Distanzierung*, Frankfurt a.M., Suhrkamp.
- Gibbons, M./Limoges, C./Nowotny, H./Schwartzman, S./Scott, P./Trow, M., 1994: *The New Production of Knowledge. The Dynamics of Science and Research in Contemporary Societies*, London et al., Sage.
- Hasse, R./Krücken, G., 1999: *Neo-Institutionalismus*, Bielefeld, transcript-Verlag.
- Kerr, C., 1963: *The Idea of a Multiversity*, in: ders., *The Uses of the University*, Cambridge, MA/London, Harvard University Press: 1-34.

- Krücken, G. (Hrsg.), 1999: Jenseits von Einsamkeit und Freiheit. Institutioneller Wandel von Universitäten. Eine Untersuchung zum Wissens- und Technologietransfer an den Universitäten des Landes Nordrhein-Westfalen. Projektbericht (elektronisch unter wwwhomes.uni-bielefeld.de/kruecken/lfp erhältlich), Bielefeld, Fakultät für Soziologie.
- March, J.G., 1999: *The Pursuit of Organizational Intelligence*, Oxford, Blackwell.
- Schimank, U., 1995: *Hochschulforschung im Schatten der Lehre*, Frankfurt a.M./New York, Campus.
- The Economist, 1997: *The Knowledge Factory. A Survey of Universities*, 04.10.1997.

Die Zukunft der Hochschulen in Deutschland

Was sich aus der Perspektive der Hochschulforschung dazu sagen lässt

Ulrich Teichler
Kassel

1. Probleme und Chancen von Prognosen

So wie ein Naturwissenschaftler voraussagen kann, dass ein Meteorit, der irgendwo am Firmament erscheint, im Jahre 2084 haarscharf an der Erde vorbeisaußen wird und wir (?) noch einmal Glück haben werden, kann sich die Sozialforschung nicht gegen den fremd- und teils auch selbst-gesetzten Anspruch wehren, dass es möglicherweise ein Zeichen von wissenschaftlicher Reife wäre, wenn sie zu guten Prognosen in der Lage wäre.

Natürlich wissen wir, dass uns Innovationswellen (z.B. Computer) und Sozialkatastrophen (z.B. Kriege) alle Trendaussagen durcheinanderbringen. Uns ist auch klar, dass in der Vergangenheit bestenfalls sehr globale Prognosen prognostische Validität bewiesen, kaum jedoch detaillierte Prognosen – z.B. zum Bedarf an Hochschulabsolventen in einzelnen Berufskategorien und Studienfächern. Nicht zuletzt klingen viele Aussagen über „wahrscheinliche Zukünfte“ langweilig, weil sie meist nur das schon Sichtbare mit kleinen Varianten extrapolieren. Wir können natürlich auch aus der Not – nicht völlig zu Unrecht – eine Tugend machen und erklären, dass die Zukunft gerade deshalb reizvoll und die Entwicklung der Gesellschaft nur interessant ist, weil eben Nichtprognostizierbares eintreten kann.

Was ebenfalls nicht zu schnellen Aussagen über die Zukunft ermutigt, ist die Tatsache, dass innerhalb der letzten Jahrzehnte die Hauptthemen der Hochschulpolitik in einem Tempo von deutlich weniger als einem Jahrzehnt wechselten: Bildung und Wirtschaftswachstum, Expansion und Chancengleichheit, Wissenschaftskritik und Studienreform, Beschäftigungsprobleme von Absolventen, Differenzierung und Wettbewerb, Deregulierung und Stärkung des Hochschulmanagements, Internationalisie-

rung und Globalisierung. Allerdings war das jeweilige Thema, wenn es aus dem Rampenlicht der hochschulpolitischen Diskussionen verschwand, nicht erledigt, sondern Probleme und Veränderungen schritten unter geringerer Beachtung fort.

Gerade die sozialwissenschaftliche Forschung kann sich der Frage nach der Prognostizierbarkeit nicht entziehen. Soziale Relevanz erhält die Erforschung vergangener und gegenwärtiger Tatsachen daraus, dass sie für zukünftige Tatbestände bedeutsam ist. Forschung, die sich zugleich der theoretischen und methodischen Weiterentwicklung ihres wissenschaftlichen Bereichs und der kritischen Auseinandersetzung mit der Realität zum Zwecke der Reflexion sinnvoller Veränderungen verpflichtet fühlt, kann der Frage nach der Zukunft nicht ausweichen. Das gilt umso mehr, je gründlicher Forschung die Komplexität der heutigen Wirklichkeit analysieren will. Je langwieriger der Forschungsprozess ist, desto stärker sollte die Entwicklung des Forschungsdesigns von Überlegungen über Veränderungen in der Zukunft geprägt sein, um mit großer Wahrscheinlichkeit beim Abschluss des Forschungsprojekts Anregungen zur Auseinandersetzung mit akuten Problemen bieten zu können. Sozialwissenschaftliche Forschung sollte versuchen, das Gras schon unterhalb der Narbe wachsen zu sehen.

Der Autor dieses Artikels hat eine implizite Prognostik in der Forschungsarbeit immer für notwendig gehalten und auch häufig Aussagen über erwartbare Zukünfte gemacht: Dass eine Hochschulexpansion, die über die Bedarfvorstellungen hinausgeht, weiter voranschreiten werde. Dass mit der Hochschulexpansion die soziale Relevanz kleiner Unterschiede – Examensnoten oder die Reputation der einzelnen Hochschule – wachsen werde. Dass die Fachhochschulen trotz aller möglichen Erfolge immer an einer „Identitätskrise“ leiden werden. Dass die Professoren, die die „Gewinner“ der Hochschulgesetzesnovellierungen der achtziger Jahre waren, die „Verlierer“ der in den neunziger Jahren zu erwartenden Gesetzeswelle sein dürften. Schließlich schon zu Beginn der neunziger Jahre: Dass das Thema „Management“ nach einigen Jahren gegenüber dem Thema „Internationalisierung“ in der öffentlichen Diskussion um Reformen in den Hintergrund geraten werde. Manches scheint also aus inhärenten Spannungen der gegenwärtigen Situation als wahrscheinliche Folge prognostizierbar zu sein.

2. Expansion

Im Laufe der sechziger Jahre und zu Beginn der siebziger Jahre des zwanzigsten Jahrhunderts gewann die Vorstellung weite Verbreitung, dass eine Zunahme von Studierenden wirtschaftlich wünschenswert sei und auch zum Abbau von ungleichen Chancen und von begrenzter Talententfaltung beitragen werde. Es folgten zwei Jahrzehnte, in denen dagegen die Sorge im Vordergrund stand, zu Viele besuchten die Hochschule. Seit etwa Mitte der neunziger Jahre hat sich die Stimmungslage wieder verändert. Wenn in den Medien über die jährliche Veröffentlichung von Bildungsindikatoren durch die OECD berichtet wird, dann gibt es heute eine Fülle von besorgten öffentlichen Bekundungen, wir täten zu wenig für eine Erhöhung der Zahl der Studierenden und Absolventen.

Nach der Publikation „Education at a Glance“, die die OECD im Jahre 2001 veröffentlichte, nahmen im Jahre 1999 in den reicheren Ländern der Welt im Durchschnitt 45 Prozent eines Jahrgangs ein Hochschulstudium in einem zumindest drei Jahre dauernden Studiengang auf. Deutschland gehörte mit einer Studienanfängerquote von 28 Prozent zu den Schlusslichtern, falls „viel“ als „gut“ interpretiert wird. Hinzu kamen im Falle von Deutschland 13 Prozent Anfänger in anderen tertiären Ausbildungen im Vergleich zu 15 Prozent der OECD-Mitgliedsstaaten. Hier ist zu bedenken, dass die OECD Ausbildungen mitzählt, die in der öffentlichen Diskussion in Deutschland nicht als „tertiär“ firmieren: die Ausbildung zur Kindergärtner(in), höhere Fachschulen für Labor- und Gesundheitsberufe, Techniker- und sogar Meisterausbildung.

Wesentlich niedriger liegen die Hochschulabsolventenquoten, da in den industrialisierten Ländern im Durchschnitt wohl weniger als zwei Drittel der Studierenden einen Hochschulabschluss erreichen und da neuere Steigerungen in den Anfängerzahlen sich erst einige Jahre später in entsprechenden Absolventenquoten niederschlagen. Die OECD berechnete für Deutschland eine Hochschulabsolventenquote von 16 Prozent im Jahre 1999 im Vergleich zu 25 Prozent im Durchschnitt der OECD-Mitgliedsstaaten. Andere tertiäre Abschlüsse hätten in Deutschland wie im OECD-Durchschnitt 12 Prozent betragen (OECD 2001).

In den siebziger und achtziger Jahren war es für Deutschland interessant, auf die USA und Japan zu schauen, wenn man Erkenntnisse über die Folgen höherer Studier- und Absolventenquoten gewinnen wollte. Ein solcher Vergleich wurde aber häufig mit der These in Frage gestellt, dies

sei wegen eines wenig elaborierten Systems der Berufsausbildung, auch wegen der vielen kurzen Studiengänge von zwei Jahren in diesen Ländern und wegen des hohen Qualitätsgefälles der Hochschulen eben „nicht vergleichbar“.

Heute lassen sich andere Vergleiche heranziehen. Interessant ist das Beispiel Finnland. Die OECD-Statistiken wiesen Ende der achtziger Jahre noch Studienanfängerquoten von wenig mehr als zwanzig Prozent, dagegen für 1999 eine Studienanfängerquote von 67 Prozent aus. In diesem Zusammenhang ist auch darauf zu verweisen, dass in Deutschland in letzter Zeit die Sorge über das Leistungsniveau von Sekundärschülern gewachsen ist; die im Jahre 2001 veröffentlichte PISA-Studie (Baumert 2001) lässt vermuten, dass es innerhalb Europas inzwischen in Finnland am besten gelingt, ein hohes Leistungsniveau herzustellen.

Was ist in Finnland geschehen, das die Experten in Deutschland in den nächsten Jahren beschäftigen könnte? Alle Ausbildungsgänge, bei denen ein höheres kognitives Anspruchsniveau besteht als bei primär manuell geprägten Facharbeiterausbildungen, sind im Laufe der neunziger Jahre in Finnland zu Fachhochschulstudiengängen aufgewertet worden. Für eine moderne Gesellschaft, so die unterliegenden Grundannahmen, sollte sich der Abstand in der Befähigung zu systematischer Wissensverarbeitung zwischen dem sechsten Dezil und dem zweiten Dezil in der Statuspyramide der Berufe nicht mehr so stark unterscheiden, wie wir das aus der Vergangenheiten gewohnt sind. Und: In allen mittleren Berufen geht es nicht mehr allein um die Beherrschung von Regeln guter Praxis, sondern auch um die Befähigung, die Angemessenheit dieser Regeln ständig selbständig in Frage stellen zu können.

In Deutschland ist der Übergang zu einem solchen Modell einer hochqualifizierten Gesellschaft (Teichler 1991) angesichts des Abstandes, den wir weiterhin zwischen der Hochschulbildung und der Berufsausbildung perzipieren, schwieriger. Hier sei die These vertreten, dass die Einführung eines dreijährigen Hochschulstudiums mit Bachelor-Abschluss, die in diesem Jahrzehnt an den deutschen Hochschulen flächendeckend erfolgen dürfte (die „Kann“-Bestimmung in der Novellierung des Hochschulrahmengesetzes von 1998 war nur ein politisch geschickter Schachzug zur Verringerung des Widerstands gegen diesen Trend), im öffentlichen Bewusstsein als Abstandsverringerung zwischen Hochschulstudium und beruflicher Ausbildung wahrgenommen werden wird. Dann ist es nur noch eine Frage der Zeit, wann zum Beispiel die Techniker-Ausbildung

mit einem Bachelor endet – und das, wie in den Kommentaren zur Entwicklung in Finnland unterstrichen, dürfte mehr sein als nur ein „Schilderwechsel“.

3. Differenzierung

Allgemein wird unter Experten die These vertreten, dass ein expandiertes Hochschulsystem einer Differenzierung bedarf (siehe dazu Teichler 1999). Wie groß aber die gewünschte oder notwendige Diversität zu sein hat und nach welchen Dimensionen die Differenzierung vor allem erfolgt, wird sehr unterschiedlich eingeschätzt. Die vier wichtigsten Dimensionen der strukturellen Differenzierung des Hochschulwesens (sehen wir einmal von der selbstverständlichen Gliederung nach Disziplinen bzw. Studienfächern ab) sind

- Typen von Hochschulen und Studiengängen,
- Ebenen von Studienabschlüssen,
- substantielle Profile von Hochschulen und Studiengängen des gleichen Typs bzw. der gleichen Ebene und schließlich
- Ränge in der Reputation bzw. Qualität von Hochschulen und Studiengängen des gleichen Typs bzw. der gleichen Ebene.

Seit langem wurde in Deutschland die Gliederung nach den beiden häufigsten Hochschultypen Universität und Fachhochschule als die wichtigste empfunden. In den achtziger Jahren begann jedoch eine intensive Diskussion darüber, ob die Reputations- und Qualitätshierarchie als zweite Differenzierungsdimension immer größere Bedeutung gewinne. Mit dem Beginn des Aufbaus von konsekutiven Studiengängen an den Universitäten und Fachhochschulen wurden gegen Ende der neunziger Jahre dafür die Weichen gestellt, dass demnächst die Differenzierung nach Ebenen von Abschlüssen als dritte wichtige Dimension der Differenzierung in Erscheinung treten wird. Mit großer Sicherheit lässt sich also prognostizieren, dass die Konfiguration der Differenzierung des deutschen Hochschulwesens immer komplexer wird.

Die Fachhochschulen in Deutschland haben kräftig daran mitgearbeitet, dass das in den siebziger Jahren gewachsene Bild einer dominanten Differenzierung nach Hochschultypen mit klar unterscheidbaren Mandaten einer weniger klaren, stärker komplexen Konstellation Platz macht. Nicht nur nimmt die Bedeutung eines Differenzierungskriteriums notwendigerweise ab, wenn andere hinzutreten. Auch die Funktionen der

beiden Hochschultypen überschneiden sich immer mehr, je mehr Bedeutung diese anderen Dimensionen der Differenzierung gewinnen. Dies wird seitens der Fachhochschulen als Schritt zur graduellen Aufwertung aktiv betrieben; hinzu kommt, dass auch bei den Universitäten das Interesse wächst, den weniger forschungserfolgreichen Bereichen ein zunehmend den Fachhochschulen ähnlicher werdendes Funktionsbündel zuzuschreiben.

Was wird aus den Fachhochschulen? Am unwahrscheinlichsten ist, dass sie als real klar abtrennbare Typen neben den Universitäten bestehen bleiben. Eher schon ist vorstellbar, dass das Wort Fachhochschule zu einem Symbol für das Ende eines Kontinuums wird – eines Kontinuums, das von einer starken Orientierung auf hohe wissenschaftliche Qualität der Forschung, die sich kaum mit Fragen des Verhältnisses von Wissenschaft und Praxis befasst, bis hin zu stark anwendungsorientierter Lehre unter Rezeption des Forschungsstandes reicht. Die ehemaligen Universitäten und Fachhochschulen würden sich dann auf diesem Kontinuum mit einer gewissen Überschneidung nach den Hochschultypen einordnen. Daneben ist natürlich denkbar, dass der Name „Fachhochschule“ bald abgeschüttelt wird.

Größere Aufmerksamkeit hat jedoch inzwischen die Frage auf sich gezogen, welche Unterschiede in Reputation und Qualität zwischen den Universitäten bestehen und in Zukunft bestehen sollen. Oft wird die These vertreten, dass ein deutliches Wachsen der vertikalen Unterschiede zwischen den Universitäten zu beobachten sei und dass dies so weitergehen werde. Es ist nicht ganz einfach nachzuweisen, dass hier ein eindeutiger Trend vorliegt. Es gibt auch Untersuchungen, die nachweisen, dass es derartige Unterschiede schon lange gegeben habe, dass dies aber das Grundvertrauen in die weitgehende Homogenität der Hochschulen nicht erschüttert habe. Unterschiede lassen sich immer nachweisen; die Frage ist jedoch, ab welcher Größenordnung sie so bedeutsam werden, dass die meisten Lernenden – nicht Minoritäten von Glücksrittern – und die meisten Arbeitgeber sie für äußerst wichtig halten und somit sozial relevante Schichtungen und möglicherweise Klassifikationen entstehen.

In einer Untersuchung zu Beginn der achtziger Jahre unter dem Titel „Hochschulzertifikate in der betrieblichen Einstellungspraxis“, die der Autor dieses Beitrags koordiniert hatte, wurde festgestellt, dass drei Viertel der Personalleiter großer Unternehmen, die Absolventen bestimmter Hochschulen bevorzugten, dabei an fachliche Spezialisierungen dachten,

dagegen nur ein Viertel an Qualitätsränge, und dass die genannten Hochschulen sehr stark streuten; umgekehrt wurden zwei Universitäten immer wieder als Negativ-Beispiele genannt (siehe Teichler, Buttgerit und Holtkamp 1984). Diese Gesamtkonfiguration ließ sich kaum als sozial-relevante Reputationshierarchie deutscher Universitäten bezeichnen.

Inzwischen hat es eine Fülle von Untersuchungen über vertikale Rangordnungen deutscher Universitäten gegeben. Soweit sich diese auf die Einwerbung von Forschungsmitteln oder die Reputation unter Wissenschaftlern beziehen, lässt sich auf den Spitzenplätzen eine gewisse Stabilität beobachten. Geht es dagegen um eine Bewertung von Lehre und Studium seitens der Studierenden, ergibt sich bei verschiedenen Studien keine hohe Übereinstimmung; auch scheint die Einschätzung der Studierenden ihrer Lernbedingungen wenig mit Forschungsreputation zu tun zu haben. Eine eindeutige Antwort auf die Frage der Relevanz von Reputations- und Qualitätsunterschieden gibt es also nicht.

Möglich ist jedoch, dass mit der Einführung der staatlichen Mittelverteilung mit Hilfe von Indikatoren und Kontrakten eine neue Welle der Betonung von Rangunterschieden einhergeht. Wahrscheinlich werden die Hochschulen jetzt selbst zu Propaganda-Apparaten des kleinen Unterschieds.

Relativ verbreitet scheint bei genauerer Betrachtung die Vorstellung zu sein, dass Deutschland unbedingt ein paar hervorgehobene Spitzen-Universitäten haben sollte, aber keine deutliche Ausdehnung der Qualitätshierarchie nach „unten“. Es ist allerdings nicht ganz einfach, eindeutig festzustellen, was sich in den Köpfen von Politikern und Experten in dieser Hinsicht festgesetzt hat. Der Autor dieses Beitrags hat dazu ein Experiment unternommen.

Als in der Strukturkommission eines Landes Nordrhein-Westfalen (siehe Profilbildung im Dialog, 2001) Stimmen laut wurden, eigentlich sollte die eine oder andere Universität wegen mangelnder Forschungsqualität geschlossen werden, legte er eine Berechnung vor, die die Größenordnung des Qualitätsgefälles zu messen suchte. Im Hinblick auf das am häufigsten diskutierte Kriterium für die Qualität der Forschung, die Einwerbung externer Forschungsmittel, war festzustellen, dass die multidisziplinäre Universität am untersten Ende – bezogen auf die Zahl der Professoren bzw. aller Wissenschaftler – etwa 70 Prozent so viel externe Forschungsmittel einwarb wie die in dieser Hinsicht erfolgreichste multidisziplinäre Universität des Landes. Die Interpretation, dies sei im Ver-

gleich zu Ländern mit einer ausgeprägten Qualitätshierarchie eine sehr geringe Differenz, wurde von denjenigen Experten, die eine Schließung von einzelnen Universitäten für erwägenswert hielten, als Verteidigung von mediokren Universitäten abgekanzelt. Das Experiment scheint geglückt; eine eindeutige Einschätzung wurde evoziert: Harvard ja, ausgeprägte Stratifizierung des Universitätssystems nein – so ist wohl die vorherrschende Vorstellung.

Was ist nun zu prognostizieren? Verschiedene Szenarien lassen sich formulieren. Erstens lässt sich vorstellen, dass der Glaube vieler Wissenschaftler, dass nur Wenige zu Spitzenleistungen berufen seien und der Rest nicht so wichtig sei, sich mit Vorstellungen von Politikern trifft, dass die Auflösung der Einheit von Forschung und Lehre für alle Universitätsprofessoren interessante Sparpotentiale erbringt. Dann könnte das Reputations- und Qualitätsgefälle deutlich zunehmen.

Daneben wäre, zweitens, zu fragen, was denn mit der Vision, die wir gerne mit dem Wort „Wissensgesellschaft“ beschreiben, vor uns liegt. Geht es da um den Durchbruch zu neuen Weisheiten und Technologien an wenigen Stellen, die Wirtschaft und Gesellschaft immer eindrücklicher, immer einheitlicher und immer schneller revolutionieren, oder geht es darum, dass die Mehrheit der Bevölkerung ein hohes Wissen und selbständiges Denken braucht? Je nachdem, wie diese Fragen beantwortet werden, ist auch ein anderes Bild von der Differenzierung des Hochschulwesens als wahrscheinliche Zukunft zu zeichnen.

Drittens bleibt zu fragen, wie wichtig in Zukunft Hochschulen oder Fakultäten als Ganzes für die wissenschaftliche Leistungen ihrer Mitglieder sein werden. In der deutschen Universitätstradition hat sich der Glaube an die relativ hohe Homogenität der Universitäten gerade dadurch gehalten, dass eben nicht an die Hochschule als Ganzes oder an die Fakultät als Ganzes als Leistungsträger geglaubt wurde. Es galt als ganz normal, dass sich die exzellenten Professoren (zuweilen auch Professorinnen) für exzellent hielten und unter weniger exzellenten Nachbarn überhaupt nicht zu leiden schienen. Auch galt es als normal, dass die stärker ambitionierten Studierenden einer Universität ihre Kompetenz eher in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit den qualitativ anspruchsvolleren Professoren fortzuentwickeln suchten, während die weniger ambitionierten Studierenden sich auch bei den Dozenten bescheidenere Angebote suchten.

Bei den in letzter Zeit zunehmenden Versuchen zur Leistungsmessung in Hochschule und Wissenschaft zeigen sich zwei nicht spannungsfreie Ansätze. Auf der einen Seite kommen Versuche, die Forschungsleistungen der Wissenschaftler mit Hilfe von Indikatoren zu messen, konsistent zu dem Ergebnis, dass es eine kleine Minderheit sehr aktiver und anerkannter Wissenschaftler gibt. Dies scheint dem Ideal, dass man ganze Fakultäten als sehr gut oder weniger gut bezeichnen möchte, nur in Ausnahmefällen Raum zu geben. Auf der anderen Seite haben die Versuche dramatisch zugenommen, die Qualität ganzer Fakultäten oder ganzer Hochschulen am Durchschnitt ihrer Professoren oder Wissenschaftler – in der Einwerbung von Forschungsmitteln, der Häufigkeit ihrer Publikationen o. ä. – zu messen. Dem scheint die Vorstellung zugrunde zu liegen, dass die Gesamtsituation vor Ort ungeheuer wichtig für die Leistungen der einzelnen beteiligten Forscher und der Studierenden ist. Was können wir für die Zukunft annehmen: Wird die Leistung immer stärker oder immer weniger vom örtlichen Umfeld abhängig sein?

Hier sei die These gewagt, dass der Ruf nach einer Stärkung des Qualitätsgefälles von ganzen Fakultäten und ganzen Hochschulen, um dadurch angeblich die Leistungskraft eines Hochschulsystems zu stärken, ein Anachronismus ist, selbst wenn er sich vermeintlich auf die Erfolge des US-amerikanischen Universitätssystems stützen kann. Es geht nicht darum, noch einmal zu wiederholen, dass der Verweis auf die USA als Vorbild meistens gar nicht ernst gemeint ist, weil man ja nur die Schokoladen-Seite eines stärker differenzierten Systems haben will. Wichtiger ist der Befund, dass aus zwei Gründen die Bedeutung der wissenschaftlichen Kooperation „vor Ort“ immer geringer wird. Erstens gibt es einen so starken Trend zu fachlicher Spezialisierung, dass die Wissenschaftler mit großer Wahrscheinlichkeit immer häufiger Kollegen in weiter Ferne als Kommunikationspartner suchen und sich von der Kommunikation mit den Nachbarn an der eigenen Universität weniger versprechen. Zweitens hat die rasante Entwicklung der Kommunikationstechnologie dazu geführt, dass wissenschaftliche Kommunikation immer weniger von der Örtlichkeit abhängt. Informationsaustausch unter Wissenschaftlern kann sehr schnell erfolgen, und auch die Lehre kann sehr schnell durch virtuellen Angebote von anderen Orten ergänzt werden.

Damit wachsen die Möglichkeiten von einzelnen Universitäten, bei Fakultäten und Forschungsbereichen durch dynamische Strategien einer drohenden Reputations- und Qualitätserosion erfolgreich entgegenzutreten.

ten und neue Innovationsakzente zu setzen. Daher kann man prognostizieren, dass überörtliche – disziplinäre bzw. thematische – Netzwerke immer stärker zu Trägern der Qualität werden, wodurch Versuche, Fakultäten bzw. Universitäten nach Qualität und Reputation in Rangordnungen zu bringen, immer mehr zu einem „Glasperlenspiel“ werden.

4. Chaos durch Übersteuerung oder Fortschritt durch Reflexivität?

Die deutschen Hochschulen erleben um 2000 eine sehr dynamisches Szenenerie. Ähnlich wie um 1970 scheint „wieder etwas los“ zu sein. Es werden Sachgründe gesehen, die Aktionen in Bewegung setzen, und es gibt eine Steuerungskonstellation, die „aufmischt“.

Für die Steuerung der Universitäten in der Bundesrepublik Deutschland galt bis in die sechziger Jahre hinein ein Miteinander von „Ordinarien-Universität“ und Staat, der sich teils als „Nachtwächter“, teils als interventionistischer „Schutzengel“ gerierte, als die probate Lösung. Der studentische Protest der späten sechziger Jahre mag zwar aus heutiger Sicht überzogen erscheinen, aber offensichtlich war die Krise der Ordinarien-Universität hinreichend groß, um nach Ablösung zu verlangen.

Das dann entstehende Miteinander von starker staatlicher Lenkung und partizipativer Selbst-Verwaltung der Universitäten hielt auch nicht das, was es versprach. Es zeigten sich sowohl eine Krise des planenden Staates als auch Sackgassen in den Steuerungsversuchen einer „Gruppen-Universität“.

Ein Vorwärts war nicht zu erkennen, und ein Rückwärts ging auch nicht. Das Ergebnis war eine untersteuerte Hochschule. Die Bewältigung der geburtenstarken Jahrgänge und die Bewältigung der deutschen Vereinigung schufen ein wenig Ablenkung gegenüber der „Versuchung“, diese Situation selbstkritisch aufzuarbeiten.

Mit einigem zeitlichen Verzug gegenüber vielen anderen europäischen Ländern wird jetzt auf ein Modell gesetzt, bei dem der Staat stärker durch Vorgaben als durch Prozesskontrolle Einfluss nimmt, innerhalb der Hochschulen die Exekutiv-Funktionen gestärkt werden und die Bewertung der „Leistungen“ der Hochschule zu einem zentralen Ankerplatz gestalterischer Entscheidungen wird. Dieses Steuerungs-dreieck von politischer Vorgabe, starkem Management und output-bezogenem Evaluations-Feedback, wie es klassisch von der niederländischen Regierung Mitte

der achtziger Jahre des 20. Jahrhunderts formuliert worden war (siehe Westdeutsche Rektorenkonferenz 1988), bietet eine neue Hoffnung auf rationale und effektive Problembewältigung im Hochschulsystem.

Mit deutscher Gründlichkeit wird jedoch derzeit dafür gesorgt, dass keine schlanken Entflechtungslösungen entstehen, sondern ein „over-kill“ von Steuerung. Jeder möglichen Schwäche einer Lösung wird durch die gleichzeitige Installierung anderer Lösungen prophylaktisch entgegen gewirkt. Es entstehen so viele Gremien, dass Staat, andere gesellschaftliche Vertreter, Hochschulmanagement und Vertreter der Wissenschaft jedem vermeintlichen Verlust an einer Stelle mit einer Offensive an einer anderen Stelle entgegentreten kann.

Die Chancen, die Evaluation für eine regelmäßige Reflexion und Verbesserung des eigenen Handelns eröffnet, drohen durch ein inkompatibles Wirrwarr zunichte gemacht zu werden. Neben die bisher vorherrschende Evaluation aus Anlass von – potentiell oder real – positiven Leistungen (Anträge auf Forschungsförderung bzw. auf Publikation in selektiven Settings) treten mindestens

- indikatorenbezogene Ressourcensteuerung,
- Kontrakt-Management,
- periodische Individualbewertungen (z.B. bei Auslaufen temporärer Berufungszusagen bzw. Zeitverträgen),
- regelmäßige Lehrveranstaltungsbewertungen,
- periodische Lehrevaluation von Fakultäten bzw. kleineren institutionellen Einheiten,
- periodische Forschungsevaluation von Fakultäten bzw. kleineren Einheiten,
- periodische Akkreditierungen von Studiengängen und
- Zusatzevaluationen von selbst ernannten Schiedsrichtern (Zeitschriften, Zentrum für Hochschulentwicklung u.a.m.).

Dieses System der Übersteuerung (siehe dazu Teichler 1999a) ist durchaus noch „ausbaufähig“. Mindestens könnte es noch eine Evaluation des Hochschul-Managements geben, in die dann eine Evaluation der funktionsbezogenen Leistungen als ein wirkungsbezogenes Maß eingeht, und eine regelmäßige Personalbewertung durch die Dekane hinzutreten.

Im Augenblick ist an den deutschen Hochschulen noch nicht die volle Wirkung des aufgebauten Instrumentariums sichtbar geworden. Viele Verfahren sind bisher so langsam, vorsichtig und schlecht auf die Gleise gesetzt worden, dass das Zusammenstoßen der Züge immer noch eine

Ausnahme ist. Aber ein Wirrwar angesichts der großen Verfahrensmenge ist programmiert.

Nicht weniger spannend ist die Frage, was im Konflikt der unterschiedlichen Kriterien der Evaluation passiert. Wir haben nebeneinander eine Auseinandersetzung auf verschiedenen Dimensionsebenen, so zum Beispiel

- Bewertung nach einheitlichen Maßstäben gegenüber Bewertung nach selbstgesetzten Zielen („fitness for purpose“),
- Qualität aus der Binnensicht der Wissenschaftler gegenüber Qualität im Hinblick auf Ertrag für Technologie, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur,
- Einheitlichkeit gegenüber Vielfalt von Paradigmen, Methoden usw.,
- etablierte Qualitätseinschätzung gegenüber risiko-orientierter Bewertung,
- effizienz-dominante Bewertung gegenüber ziel-dominanter Bewertung,
- objektivierbare Bewertungen gegenüber komplexen, aber bedingt transparenten Experten-Urteilen,
- unterschiedliche Gewichtungen von input-, prozess- und output-bezogenen Bewertungen.

Auch hier ist zu fragen, was als eine „Balance“ wichtiger Kriterien, was als „Konflikt“ und was als „Wirrwar“ zu bezeichnen ist.

Einige Zeit war die Befürchtung relativ weit verbreitet, dass die zunehmenden Evaluationsaktivitäten vor allem zwei Gefahren ausgesetzt seien: einer zu starken Ausrichtung der Hochschulen auf sichtbare externe Nützlichkeit, so dass erstens offene Suche nach wissenschaftlicher Wahrheit und zweitens riskantes Suchen nach Innovation auf der Strecke bleiben könnten. Inzwischen gibt es aber ebenso viele Zeichen dafür, dass wissenschaftliche Gralshüter die verschiedenen Evaluationsinstrumente erfolgreich dazu einsetzen, bestimmte wissenschaftliche Binnenschauen, bestimmte Theorien und bestimmte Methoden für alle diejenigen verbindlich zu machen, die innerhalb der Disziplin erfolgreich sein wollen, und dass dadurch kreative Vielfalt in der Wissenschaft ebenso wie der Dialog von Wissenschaft und Praxis gefährdet werden kann.

Ein drittes Problem zeichnet sich ab: Was wird aus der Qualität der Information, wenn Information so wichtig für folgenreiche Bewertungen wird? Nimmt der Schatz valider Information zu, und wächst so die Trans-

parenz? Wird Berichterstattung so sehr zur Reklame, dass wir das Vertrauen darauf verlieren müssen? Werden Daten immer mehr so „frisirt“, dass sie passen?

Wenn wir ein Jahrzehnt in die Zukunft blicken wollen, so können wir zweifellos feststellen: Es wird ein Druck zum Aussortieren der Evaluationsverfahren entstehen. Was bisher auf die Schiene gesetzt worden ist, bedarf eines neuen Arrangements. Ob eine höhere Reflexion einer Vielfalt von Profilen gelingt oder ob kreativitätshemmende gegenseitige Interventionen überwiegen werden, ist wohl reine Spekulation.

5. Internationalisierung

Seit einigen Jahren ist in Deutschland „Internationalisierung“ das hochschulpolitische Schlagwort, das die größte Aufmerksamkeit auf sich zieht (siehe dazu Teichler 2000). Viel Interessantes ist passiert: Es wird wieder mehr darauf geachtet, ob aus dem internationalen Vergleich Anregungen für die eigene Situation gewonnen werden können. Aktivitäten zur internationalen Kooperation und Mobilität sind nicht mehr ein exotisches Eckchen der Hochschulen, sondern bei allen alltäglichen Probleme steht zugleich die Frage im Raum, was angesichts der Internationalisierungstendenzen die beste Lösung ist. Für Studierende ist die Horizonterweiterung durch ein zeitweiliges Studium im Ausland zu einer normalen Option geworden, wenn es auch nach wie vor und wahrscheinlich ebenfalls in Zukunft nur von einer Minderheit realisiert wird.

Inzwischen wird „Internationalisierung“ in der deutschen hochschulpolitischen Diskussion für fast alles verwendet, was man gerne erreichen würde. So macht es durchaus Mühe, ausländischen Gästen plausibel zu machen, warum die Einführung eines nationalen Akkreditierungssystems in Deutschland gerne unter dem Stichwort „Internationalisierung“ eingeordnet wird.

Lange Zeit hatte man annehmen können, dass „Europäisierung“ in den Mittelpunkt gerät. Wobei auch dieses Schlagwort sehr unterschiedliche Interpretationen erfuhr: die Erfahrung des Andersartigen in der näheren Umgebung und in abgemilderter Form des Fremdseins; die Suche nach einer gemeinsamen „europäischen“ Dimension; das gemeinsame Starkmachen gegen den Rest der Welt (die „Festung Europa“). Gleichgültig, welche Interpretation vorherrschte: Ein Aufruf zu verstärkter Mobilität und Kooperation in gegenseitigem Vertrauen fand erstaunlich

schnell immer mehr Anklang, selbst wenn zum Beispiel die entsprechenden europäischen Förderprogramme an bürokratischer Hypertrophie litten.

Allmählich wandelte sich die Perspektive. Als deutlich wurde, dass selbst englischsprachige Länder ohne besonders beachtete Hochschultradition wie Australien eine immer stärkere Rolle als Gastländer für mobile Studierende spielten und dass kontinental-europäische Länder als mögliche Hochschulkooperationspartner für manche Schwellenländer kaum mehr sichtbar waren, entstand eine neue Idee von „Europäisierung“ und „Internationalisierung“: Gemeinsame Anstrengungen zur Anpassung der Strukturen von Studiengängen (und damit auch eine europäische Konvergenz der Strukturen) an britische und US-amerikanische Vorbilder.

In Deutschland schlug sich das 1998 in der Novellierung des Hochschulrahmengesetzes nieder: Es wurde den Hochschulen freigestellt, neben die bestehende oder an Stelle der bestehenden Studiengangsstruktur ein konsekutives Studiengangssystem einzuführen. In Deutschland wurde dies mit den Bedingungen verbunden, in solchen Studiengängen ein Credit-System vorzusehen und diese Studiengänge akkreditieren zu lassen. Europaweit kamen 1999 etwa 30 Erziehungsminister in Bologna überein, durchgängig ein gestuftes System einzuführen, wobei ein Bachelor-Studium drei bis vier Jahre und das darauf aufbauende Master-Studium ein bis zwei Jahre dauern sollte.

Nun ist beabsichtigt, bis zum Jahre 2010 einen „europäischen Hochschulraum“ zu schaffen. Wie sich das in Mobilität, Kooperation, Systemkonvergenz, Integration und Entwicklung gemeinsamer Grundlagen niederschlagen wird, bleibt abzuwarten.

Der in jüngster Zeit immer stärker in den Vordergrund rückende Terminus „Globalisierung“ hat andere Untertöne. Während bei „Internationalisierung“ davon ausgegangen wird, dass es Grenzen und nationale Systeme gibt, die sich immer mehr berühren, klingt mit Globalisierung die Erosion nationaler Entitäten in Richtung weltweiter Gemeinsamkeiten an. Zum einen wird angenommen, dass die Hochschulen in einen weltweiten Wettbewerb treten; die Aufgabe nationaler Politik wird in diesem Kontext dann oft darin gesehen, alles zu tun, dass die Hochschulen vor Ort an Fitness für diesen Wettbewerb gewinnen oder Startvorteile bekommen. Dies wird zum Teil als erfreulich gepriesen, um die jeweils eigenen Vorstellungen von erwünschter Struktur oder erwünschtem Management als unabdingbare Voraussetzung für Fitness im globalen Wettbe-

werb ausgeben zu können; zum Teil werden Befürchtungen geäußert, dass damit ein Imitationsdruck entsteht, unerwünschte Lösungen zu übernehmen.

Daneben wird mit dem Stichwort „Globalisierung“ auf die Zunahme von „trans-national education“ hingewiesen, d.h. das Angebot von Studieninhalten und Zertifikaten außerhalb der eigenen Landesgrenzen. Auch dies wird einerseits als Chance für den schnellen Zugang zu wertvollem Wissen angesehen, andererseits als Schritt der Erleichterung unkontrollierten Verkaufs niveauloser Studienangebote und des kulturimperialistischen Verkaufs von Inhalten, der die eigene Kultur gefährde.

In diesem Bereich lassen sich sicherlich zwei Prognosen mit großer Wahrscheinlichkeit stellen: Erstens wird die Struktur gestufter Studiengänge und -abschlüsse die alten Studiengänge und -abschlüsse ablösen. Zweitens wird die Bedeutung von Informations- und Kommunikationstechniken in der weltweiten Hochschulszene weiter wachsen.

Daneben ist vielleicht eine dritte Prognose möglich: Da bisher vor allem strukturelle und organisatorische Fragen der Internationalisierung und Globalisierung im Vordergrund gestanden haben, werden substantielle Fragen nach einiger Zeit wieder an Bedeutung gewinnen müssen: Was bedeuten die Veränderungen jeweils für die verschiedenen Disziplinen in Lehre und Forschung? Da grenzüberschreitende Kooperation und Kommunikation für Fächer wie Physik, Völkerkunde, Wirtschaftswissenschaften, Recht und Soziologie – um nur ein paar Beispiele zu nennen – jeweils völlig unterschiedliche Bedeutung haben, kann es nicht ausbleiben, dass übergreifende Kontexte, Konzepte und Modelle sehr unterschiedlich verarbeitet werden.

6. Komplexitätszunahme und Professionalisierung

Einige Trends sind sichtbar, die beim Versuch einer Prognose eine Extrapolation erlauben. So wurde bereits argumentiert, dass mit einer weiteren Steigerung der Studienanfängerquoten zu rechnen ist und dass die Struktur gestufter Studiengänge und -abschlüsse die vorher bestehende Struktur ablösen wird. Zunehmende Internationalisierung und Globalisierung ist zu erwarten, selbst wenn diese Thematik bald – wie das vorher bei ähnlichen Themen auch der Fall war – seine hochschulpolitische Aufmerksamkeit verlieren wird. Ansonsten lässt sich lediglich feststellen, dass in der derzeitigen Phase schneller Veränderungen und Reformen sich auch

manche Probleme angebahnt haben, deren wachsende Virulenz prognostiziert werden kann, ohne damit die wahrscheinlichste Richtung der Problemlösung voraussagen zu können.

In jedem Falle spricht vieles dafür, dass Entscheidungen zur Gestaltung der Hochschulen immer häufiger als so komplex empfunden werden, dass sie nicht mehr weitgehend dem richtigen „Riecher“ machtvoller Akteure überlassen werden können: vorgestern den rasonierenden Professoren, gestern den starken Staatsvertretern und heute den mächtigen Hochschulmanagern. Anzunehmen ist, dass der professionelle Unterbau der Entscheidungen und der Ausbau professioneller Services an den Hochschulen deutlich zunehmen wird. Brauchte man früher an den Hochschulen ein paar Juristen und jeweils vielleicht einen Spezialisten für Internationales, Forschung, Presse u.ä., so ist anzunehmen, dass nunmehr der Bedarf für professionelle Stützung der Hochschulen erheblich wächst, wobei eine immer stärkere Differenzierung auch in den Funktionsbereichen solcher „Hochschulprofessionen“ zu erwarten ist. Aufgrund der Erfahrungen in anderen Ländern würde es nicht überraschen, wenn sich die Zahl solcher Positionen an den Hochschulen in Deutschland im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts verdoppelt, verdreifacht oder sogar noch stärker wächst.

Darin liegen große Chancen für eine Steigerung der Rationalität und Qualität in der Grundlegung von Entscheidungen, in deren strategischer Durchführung sowie in verschiedenen Dienstleistungen. Dies erfordert jedoch eine bessere Qualifizierung dieser Professionellen sowie den Aufbau einer adäquaten Funktionszuschreibung und Karrierestruktur. Vor allen werden damit auch neue Muster des Umgangs zwischen Wissenschaftlern, Managern und solchen Professionellen für verschiedene Aufgabenbereiche neben Forschung und Lehre erforderlich. Die Komplexität der Handlungssituationen wird es erzwingen, dass dieser Bereich aus seinem bisherigen Schattendasein austritt. Je sorgfältiger diese neue Konstellation gestaltet wird, desto eher kann reflektierte und strategische Gestaltung der Hochschulen dazu gewinnen.

Literatur

OECD 2001: Education at a Glance: OECD Indicators. Paris

Baumert, Jürgen (Hrsg.) 2001: PISA 2000. Basiskompetenzen von Schülerinnen und Schülern im internationalen Vergleich. Opladen: Leske & Budrich

- Profilbildung im Dialog. Hochschullandschaft NRW im Aufbruch. Düsseldorf: Ministerium für Schule, Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen 2001
- Teichler, Ulrich 1991: Towards a Highly Educated Society. In: Higher Education Policy, 4. Jg., H. 4, S. 11-20
- Teichler, Ulrich 1999a: Hochschulevaluation und Hochschulmanagement im internationalen Vergleich – einige Thesen. In Röbbcke, Martina und Simon Dagmar (Hg.): Qualitätsförderung durch Evaluation? Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, S. 13-26
- Teichler, Ulrich 1999b: Profilierungspfade der Hochschulen im internationalen Vergleich“. In Olbertz, Jan-Hendrik und Pasternack, Peer (Hg.): Profilierung – Standards – Selbststeuerung. Weinheim: Deutscher Studienverlag, S. 27-38
- Teichler, Ulrich / Buttgerit, Michael / Holtkamp, Rolf 1984: Hochschulzertifikate in der betrieblichen Einstellungspraxis. Bad Honnef: Bock (Studien zu Bildung und Wissenschaft; 6)
- Teichler, Ulrich 2000: Internationalisierung als Aufgaben der Hochschulen zu Europa. In: Joerden, Jan C., Schwarz, Anna und Wagener, Hans-Jürgen (Hg.): Universitäten im 21. Jahrhundert. Berlin und Heidelberg: Springer-Verlag, S. 169-183
- Westdeutsche Rektorenkonferenz (Hg.) 1989: Staatliche Steuerung und die Erneuerung des Studiums an Hochschulen in Frankreich, den Niederlanden und der Bundesrepublik Deutschland. Bonn: WRK (Dokumente zur Hochschulreform 67/1989)

Einmal hin und zurück: Universitäten im Jahre 2012

Ada Pellert
Graz

Welche reformierte Hochschule sollte idealiter am Ende der aktuellen Hochschulreformphase stehen? Welche Art von Hochschule wird realistisch am Ende der aktuellen Hochschulreform zu erwarten sein? Diese beiden Fragen sind Thema dieses Heftes. Emotional ist mir zunächst die erste Frage sympathischer,

da ich erstens ein optimistischer Mensch bin und zweites einen Großteil meiner bisherigen beruflichen Energie der Frage der Hochschulentwicklung gewidmet habe. Da das Feld der Hochschulentwicklung nicht eines der schnellen Erfolge und kurzfristig sichtbaren Veränderung ist, ist man ohnehin anfällig für Zweifel und Depression. Daher beschäftige ich mich lieber mit den grundsätzlich optimistischeren Fragen, obwohl ich jeweils auch thematisieren werde, was unter Umständen realistischerweise der Fall sein wird. Ich möchte mir einen Zeitraum von etwa zehn Jahren vornehmen und zwei verschiedene Themenblöcke unterscheiden: Thema Nr. 1 ist die Modernisierung der Organisation, Thema Nr. 2 ist das der inhaltlichen Erneuerung.

1. Die Modernisierung der Organisation

Zunächst möchte ich nochmals Wurzeln und Gründe für die Organisationsreform in Erinnerung rufen. Seit fast zehn Jahren dominiert die Frage der Reorganisation des Hochschulsystems die Hochschuldiskussion im deutschsprachigen Raum. Es gibt viele Ursachen, warum die Diskussion zu diesem Zeitpunkt mit diesem Fokus gestartet wurde. Eine wichtige Ursache ist darin zu sehen, dass die deutschsprachigen Länder die Ausweitung von einem Eliten- zu einem Massenbildungssystem spätestens in den 70er Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts mit der selben Organisations-

form zu bewältigen versucht haben, die auf die kleinen, überschaubaren Elitesysteme der 50er Jahre zugeschnitten waren. In Amerika hingegen wurde das importierte, sehr erfolgreiche Modell der deutschsprachigen Universität des ausgehenden 19. Jahrhunderts nach dem zweiten Weltkrieg an das entstehende Massenbildungssystem adaptiert.

Somit entstand ein Hochschulsystem, das die Ausbildung von Massen sich zum Ziel setzte und trotzdem eine derartig differenzierte Struktur entwickelte, dass auch Spitzenforschungsleistungen möglich waren. In den deutschsprachigen Ländern, zumindest in Österreich, wurden hingegen nach dem Krieg Hochschulgesetze erlassen, die keine wesentlichen Neuerungen brachten, sondern das aus der Monarchie übernommene Universitätsmodell zum Vorbild hatten. Universitäten waren staatliche Anstalten, „gemanagt“ wurden sie von der Zentralbehörde, dem Ministerium, die Universitätsangehörigen waren Angestellte des Staates, die wichtigsten Entscheidungen wurden vom Staat getroffen. Die Universitäten waren kleine Eliteinstitutionen, die wichtigsten Belange wurden informell zwischen den Spitzen der Verwaltung und der akademischen Oligarchie abgesprochen. Der Koordinationsmechanismus des Hochschulsystems beruhte darauf, dass Universitätsleiter, Rektoren, enge Beziehungen zum politischen Bereich unterhielten im Sinne von informellen, persönlichen Beziehungen von Männern mit ähnlichem sozialen und bildungsmäßigem Hintergrund. Akademische Freiheit war ein individuelles Recht, das volle Ausmaß dieser Freiheit wird aber nur den hierarchischen Spitzen des Systems zugestanden – den Ordinarien.

Mit dem Ende der 60er Jahre kam es in den meisten deutschsprachigen Ländern zu einem immensen räumlichen und personellen Ausbau der Universitäten mit dem Schwerpunkt in den 70er Jahren. Im Zentrum der Hochschulpolitik der 70er Jahre stand die Bemühung um eine „Öffnung“ der Universität in dreierlei Hinsicht: Öffnung als erweiterte Zugangschance; Öffnung sollte aber auch eine größere Pluralität wissenschaftlicher Ansätze bedeuten; vor allem aber wurde Öffnung als eine Demokratisierung im Sinne einer Mitbestimmung von AssistentInnen und Studierenden verstanden. Die Demokratisierung musste inkonsequent bleiben, da der Spielraum für selbständige und autonome Entscheidungen der Universität nach wie vor sehr klein war, denn in vielem blieb die Universität eine nachgeordnete Dienststelle. Aber die erstmals vorgesehenen Mitbestimmungsrechte waren wichtige Errungenschaften.

Eine entscheidende Schwäche dieser Zeit bestand darin, dass keine Entscheidungsstrukturen geschaffen wurden, die der Komplexität, Größe und Aufgabenvielfalt der modernen Großorganisation Universität angemessen gewesen wären. Die Kollegialorgane neigten dazu, konfliktträchtigen Entscheidungen auszuweichen und diese an das Ministerium weiterzugeben.

Als die Ressourcenfrage im Laufe der 90er Jahre akut wurde, wurde dieser Mangel besonders deutlich. Die hohe staatliche Regelungsdichte im Hochschulsystem bildete daher unter dem Schlagwort Autonomie einen der wichtigsten Kritikpunkte bzw. Änderungswünsche in der universitären Reformdiskussion der 90er Jahre. Der Einfluss des Staates hatte auch zugenommen, weil sich der politische Stellenwert des Hochschulsystems erhöhte, seit die Universitäten nicht mehr nur unter kulturellen, sondern auch unter wirtschafts- und sozialpolitischen Gesichtspunkten betrachtet wurden. Außerdem nahm durch die Hochschulexpansion das Hochschulsystem mit der Zeit einen nicht unbeträchtlichen Anteil des öffentlichen Budgets in Anspruch.

Immer stärker setzte sich auch im deutschsprachigen Raum die Erkenntnis durch, dass differenziertere Hochschulsysteme die anpassungsfähigeren seien, dass sie besser mit Wandel umgehen können und eher in der Lage sind, auf die breite Vielfalt gesellschaftlicher Bedürfnisse und Anforderungen zu reagieren. Sowohl diese Einsicht als auch die Überforderung des Staates, derartig komplexe Systeme zu steuern, führt in vielen Ländern dazu, unter dem Schlagwort Autonomisierung weniger zentral lenken zu wollen und die Hoffnung vielmehr in die Selbstorganisationsfähigkeit der Hochschulen zu setzen.

Ein Ausdruck einer angestrebten Differenzierung ist auch die Ausbildung spezifischer Organisationsprofile der einzelnen Hochschulen. Differenzierung wird auch in der Studienorganisation angestrebt. Es scheint, als hätten jene Hochschulsysteme, die zwischen einer Undergraduate- und einer Graduate-Phase des Studiums unterscheiden – differenzieren –, den Umgang mit der Ausweitung des Hochschulsystems besser bewältigt. Die in homogenen Hochschulsystemen postulierte Einheit von Forschung und Lehre zerbricht oft an der Realität der Massenuniversität. Differenzierung ist jedenfalls eine Möglichkeit, den ganz unterschiedlichen Bedürfnissen der auch zunehmend heterogeneren InteressentInnen und Beteiligten gerecht zu werden.

Institutionelle Autonomie und Differenzierung sind die ersten beiden wichtigen Momente dieser Änderung des hochschulpolitischen Grundmodells, ein stärkeres Ernstnehmen von Management auf der institutionellen Ebene ist ein anderer wichtiger Aspekt dieser Entwicklung. Das Universitätsmanagement soll jene Kraft sein, durch die sich die Universität überhaupt erst zur selbststeuernden Organisation entwickeln kann. Es soll von der Ebene des Staates auf die Ebene der einzelnen Organisation Universität verlagert werden. Dazu werden bestehende Managementpositionen aufgewertet wie eben die/der RektorIn bzw. neue Positionen geschaffen. Bestimmte Managementaufgaben wie z.B. Leitbilderstellung, strategische Planung, Satzungserstellung kommen auf die Universitäten erstmals zu. Diese Managementaufgaben stehen teilweise in Konkurrenz zur akademischen Energie, teilweise in Ergänzung. Wenn die Universitäten gewisse neue Herausforderungen etwa auf dem Gebiet der Weiterbildungen annehmen wollen, so sind das meist Aufgaben mit einem besonders hohen Managementanteil.

Diese Organisationsreformen sind mit mehreren Kulturbrüchen verbunden. Experten des Wissens wie Universitätslehrende sollen Management erlernen, Beamte nicht nur verwalten, sondern Strategieentscheidungen vorbereiten, Studierende neben dem Studium ihr Berufsfeld schaffen und die Wirtschaft nicht nur kritisieren, sondern mitgestalten.

In folgenden beiden Bereichen sehe ich besonders große „Stolpersteine“. Erstens, dass die Universität lernt sich selbst als Organisation zu begreifen und ein anderes Verhältnis zum Thema Organisation zu entwickeln. Es muss das Bewusstsein dafür wachsen, dass es nicht nur einen Zusammenhang zwischen Idee und Organisation der Universität, sondern auch dem Inhalt und der Organisationsgestaltung gibt. Aber auch der wachsende Rechtfertigungsdruck, die knapperen Ressourcen erzwingen einen bewussteren Umgang mit Organisationsfragen. Nun ist die Expertenorganisation Universität geübt, sich als Plattform für die Entwicklung der einzelnen ExpertInnen und ihr Expertise zu sehen. Das vorhandene Wissen auf die eigene Organisation anzuwenden, fällt ihr hingegen schwer. Die Strukturen für gemeinsame Kommunikation und Entscheidung sind jedenfalls ungenügend entwickelt und die Glaubwürdigkeit der Universität nach außen wird stark davon abhängen, ob es ihr gelingt, die für die Zukunft des eigenen Systems notwendigen Lernschritte zu bewerkstelligen und eine entsprechende kollektive Handlungsfähigkeit als Organisation zu erlangen.

Die zweite Schwierigkeit bei der Modernisierung der Organisation bezieht sich auf die Grundeinstellung des politischen Systems zur Frage der Steuerung. Hier sehe ich den noch fast größeren Stolperstein: Wird es der Politik gelingen, sich selbst zurückzuziehen von der Detailintervention und dafür Strategieentwicklung für den Bereich der Hochschul- und Wissenschaftspolitik zu betreiben? An den Reformgesetzgebungen der letzten Jahre fällt auf, dass es der Politik extrem schwer fällt, sich von einer Regelung durch rechtliche Detailintervention zu verabschieden, vermutlich auch, weil sie damit Machtverlust verbindet. Wenn man etwa die neuen Formen der Steuerung wie Leistungsverträge, Zielvereinbarungen etc. genauer ansieht, so sind sie in der Durchführung vom bisherigen Geist der detailistischen Regulierung und genauen Input-Steuerung getragen. Der Übergang von einer „Input-Steuerung“ zur „Output-Steuerung“ scheint die Politik vor größere Rollen Krisen zu stellen als die Universitäten selbst. Kontextsteuerung wäre angesagt: Steuerung durch wenige Impulse, diese aber an den richtigen Stellen. Im Moment gibt es viele Impulse an einzelnen Stellen, an anderen gar keine, wie etwa im Bereich einer durchdacht konzipierten Wissenschafts- und Bildungsgesamtpolitik. Die institutionelle Autonomie der einzelnen Einrichtungen muss aber eingebettet sein in den größeren Kontext einer Wissenschaft-, Bildungs- und Hochschulpolitik eines Landes mit Eckpfeilern, mit politischen Absichten und mit Visionen zumindest für einen Zeitraum von fünf bis acht Jahren. Die nationale Hochschul- und Wissenschaftspolitik gerät dabei nicht nur unter Druck durch die Vorgabe an die dezentralen Einheiten wie Universitäten (scheinbar) Macht abzugeben, sondern auch durch das Erstarken der supranationalen europäischen Ebene.

Wenn ich versuche, den Themenkomplex „Wird die Modernisierung der Organisation der Hochschulen gelingen“ zusammenfassend zu beantworten, so bin ich im Bezug auf die Ebene der Hochschulen relativ optimistisch. Hier wird sich mit einer Vermehrung jener Stellen, deren hauptsächlich professionelles Interesse nicht die Entwicklung einer Fachdisziplin, sondern die Entwicklung einer Organisation ist, mit der Zeit genügend Engagement und Know-how einstellen, sodass die einzelnen Universitäten gut geführt werden. Auf diesem Weg gibt es zwar noch einige wichtige Erfolgsvoraussetzungen: dass sich das Hochschulmanagement als Karriere ausdifferenziert, gleichzeitig aber nicht abkoppelt vom wissenschaftlichen Bereich; dass eine andere Zusammenarbeit als derzeit zwischen Wissenschaft und Verwaltung entsteht; dass die einzel-

nen Universitäten direkten Kontakt mit der sie umgebenden Gesellschaft aufnehmen, nicht nur vermittelt durch Ministerien, die die Bedürfnisse der Gesellschaft im Wege der Verordnung interpretieren. Diese Seite des Wechsels im Grundmodell sehe ich zwar als nicht einfach an, aber doch in einer Zeitspanne von zehn Jahren machbar.

Der zweite Punkt ist meines Erachtens diffiziler: der Wechsel im politischen Steuerungsmodell. Hier kommt für den „Modellwechsel“ erschwerend hinzu, dass politische Entscheidungen nur eingeschränkte Reichweite beanspruchen, während Marktkräfte global operieren. Daher wächst auch die Skepsis gegenüber dem, was der Bereich des Politischen zu leisten vermag. Das ist demokratiepolitisch bedenklich. Die Politik muss erst lernen, sich von Detailaufgaben zu entlasten und die Fähigkeit zur strategischen Intervention in jene Bereiche aufzubauen, in denen es um die Herstellung zukunfts wichtiger, kollektiver Güter geht. Es geht um eine spezifische Form der Verschränkung von Wettbewerb und Kooperation von öffentlichen und privaten Interessen. Die alten Steuerungsformen stehen nicht wirklich zur Verfügung. Für differenzierte Gesellschaften geht es eben darum, zukunftsfähige Konsense in der pluralistischen Gesellschaft zu finden. Die Vorstellung der Politik als einer kybernetischen Instanz, die in der Lage ist den Rest der Gesellschaft zu kontrollieren, scheint die Realität unserer Gesellschaften nicht mehr zu treffen. Dezentrale Mechanismen müssen mit supranationalen Strukturen verbunden werden. Jedenfalls ist dieser Umbau des Politikmodells die viel schwierigere Aufgabe, die auf den Hochschul- und Wissenschaftsbereich zukommt, und hier bin ich skeptisch, ob dieser in einer Frist von zehn Jahren zu bewältigen ist. Auf der anderen Seite ist aber genau dieser wissenschaftspolitische Kontext die ganz wichtige „Hintergrundfolie“ für die einzelne Hochschule, um überhaupt sinnvolle Entwicklungen in Gang zu setzen.

Insgesamt ist die „Modernisierung der Organisation“ ein notwendiger Entwicklungsschritt, der mit dem eingangs erwähnten Umbau des Elite- zu einem Massenhochschulsystem und damit geänderten gesellschaftlichen Bedingungen zu tun hat. Er muss bewerkstelligt werden und das erscheint grundsätzlich innerhalb eines Jahrzehnts möglich. Es wird auch gut sein, wenn dieses Thema dann in den Hintergrund tritt. Solange diese, zugegebenermaßen notwendige, Beschäftigung des Hochschulsystems mit sich selbst anhält, wird eine andere Beziehung zur Gesellschaft, ein

anderer Austausch, eine andere Durchlässigkeit zwischen diesen Organisationen und der Gesellschaft insgesamt nicht möglich sein.

2. Inhaltliche Erneuerung

Daher komme ich nun zum zweiten Themenkomplex, der inhaltlichen Erneuerung. Es ist das meines Erachtens wesentlich schwierigere Unterfangen, da die Modernisierung der Organisation durchaus auch eine Oberflächenmodernisierung bleiben kann, weil all die neuen Worthülsen Evaluation, Qualitätssicherung, Leistungsvereinbarung auch dazu verwendet werden können, alten, verbrauchten Wein in neue Schläuche zu füllen. Gerade historisch gewachsene Strukturen wie Universitäten sind äußerst geübt darin, „Modernisierungsangriffe“ unverändert über sich ergehen zu lassen. Wirklich interessant wird Hochschulentwicklung für mich daher erst dann, wenn inhaltliche Innovationen statt finden. Dafür sehe ich die folgenden wichtigen Ansatzpunkte:

Eine Aufwertung der Vermittlungsfunktion

Die Zukunft der Universität als moderne Einrichtung hängt sehr stark von ihrer Beziehung zum Lehren und Lernen ab. Obwohl für die meisten die Universitäten Ausbildungsstätten sind, werden die Lehre und damit die Prozesse der Vermittlung vernachlässigt. Verrechtlichung, Massenandrang, Verschulung lassen die universitäre Lehre zur mühevollen Pflichtübung, die Freiheit der Lehre und die des Lernens, die daraus resultieren müsste, zur Farce werden. Mangelnde didaktische Ausbildung und Karrierekriterien, die die Forschung einseitig begünstigen, tun das ihre dazu. Hier wären Deregulierung, Experimentierlust, Teamteaching adäquate Reaktionsformen. Neue Medien etwa können Entlastung im Basisbereich der Lehre in der „Pflicht“ bringen, um so die „Kür“ umso lustvoller und intensiver gestalten zu können. Ohne die intensive Auseinandersetzung zwischen Lehrenden und Lernenden geht vieles an der Idee der Universität und der Einübung in eine Kultur des kritischen Argumentierens verloren. Das auch für die Forschung wichtige, weil im positiven Sinne betriebsblinde Potenzial der Studierenden wird nicht genützt.

Das kritische Reflexionspotenzial der Universität muss sich darüber hinaus insbesondere in ihrer Lehrfunktion realisieren. Sieht man überdies Wahrheit als diskursives Konzept, so müssen zur „Wahrheitsproduktion“ auch die Studierenden stärker zugelassen werden. Ein Ernsternehmen von

Lehre und Vermittlung wird auch eine wichtige Voraussetzung für ein erfolgreiches Engagement in der Weiterbildung, Erwachsenenbildung und in der verstärkten Zusammenarbeit mit Medien sein. Unter den Bedingungen der informationsüberflutenden „Wissengesellschaft“ wird die Lehre besonders wichtig, vor allem die Funktion universitärer Bildung – wenn es eine Form der Bildung ist, die Orientierung und auch die Fähigkeit, Orientierung auszuhandeln, vermittelt. Derzeit steht die Lehre in einem Spannungsfeld zwischen aktueller Lehrbelastung vieler Lehrender und eigentlichen Forschungsorientierung im Selbstbild der Lehrenden. Sie ist derzeit oft lustlose Pflicht ohne Reputation; das hat auch strukturelle Gründe: Die Finanzierung der Lehre ist viel zu wenig verbunden mit der Anzahl der Studierenden und der Qualität der Betreuungsleistung etc.

Die Frage des Zugangs ist (in Österreich) den Universitäten auch gänzlich entzogen. Es kann daher kaum Rücksicht auf Kapazitäten genommen werden, daher kommt es zum Hinausprüfen von Studierenden, um entsprechende Betreuungsverhältnisse zu erreichen. Summa summarum ist der Lehrbetrieb durch eine hohe Unverbindlichkeit von beiden Seiten, sowohl von Seiten der Lehrenden als auch von Seiten der Studierenden, gekennzeichnet. Kreative Lehrbeiträge werden in der Karriere des Lehrenden kaum honoriert.

Ich hoffe, dass sich das in zehn Jahren geändert haben wird. Dazu müssen die Anreize und die Rahmenbedingungen der Lehre geändert werden, es muss monetäre und nicht-monetäre Anreize (z.B. Reputation) sowohl für die Organisation Universität für die Aufnahme und Betreuung der Studierenden als auch für die individuelle Person gibt. Auch Evaluation kann helfen, den vernachlässigten Bereich Lehre aufzuwerten.

Dabei wird die Universität nicht nur ihr didaktisches Grundmodell auf den neuesten Stand bringen müssen, sondern auch die Besonderheit ihres Lehrmodells, nämlich die forschungsgeleitete Lehre, weiterentwickeln müssen. Die didaktische Struktur der Einheit von Forschung und Lehre ist das die Universität unterscheidende Merkmal. Allerdings wurde die Idee der Einheit von Forschung und Lehre durch die Realität der Massenuniversität stark ausgehöhlt. Sie wird auch gerne als Ausrede verwendet, um sich der mühsamen Aufgabe der gemeinsamen Curriculumentwicklung zu entziehen und die individuellen Spielräume möglichst groß halten zu können. Der ohnehin stark ausgeprägte Individualismus wird durch diese Strukturen gefördert. Eine Entkrampfung der Diskussion um Hochschuldidaktik, eine selbstverständliche Professionalisierung und Vorbe-

reitung auf diesen Aspekt des Hochschullehrerberufes, eine Belohnung für kreative Leistungen in der Lehre gehören zum Bereich „Aufwertung der Vermittlungsfunktion“.

Wahrscheinlich geht es um die schwierige Kombination von zwei entgegengesetzten Bewegungen: Differenzierung und Unterschiede zu lassen, somit Forschung und Lehre ein Stück weiter zu trennen und gleichzeitig die Einheit von Forschung und Lehre als wichtiges Charakteristikum von Universitäten und als Besonderheit einer Organisation zu begreifen, die im tertiären Bildung- und Forschungsbereich zunehmender Konkurrenz ausgesetzt ist und sich hier nach ihrem eigenen, unverwechselbaren Profil, auch hinsichtlich ihres Studienangebotes, fragen muss.

Eine Erweiterung des Wissenschaftsbegriffes

Man wird an den Universitäten den disziplinenorientierten, sehr spezialisierten Umgang mit Wissen durch einen problemorientierten ergänzen müssen. An den Universitäten wird meist einzeln und fachbezogen, nicht gemeinsam und problembezogen gearbeitet. Diese individualisierte Struktur stellt ein großes Hindernis für eine Öffnung der Universität hin zu verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen dar: „communities have problems – universities have departments“.

Das die Universität prägende Wissenschaftsverständnis, das durch Disziplinenorientierung und Methodenenge gekennzeichnet ist, wird sich auseinandersetzen müssen mit neuen Formen der gesellschaftlichen Wissensproduktion, die heute oft im außeruniversitären Bereich zu finden sind und bei der transdisziplinäre Teamarbeit eine starke Rolle spielt und multidimensionale Qualitätskriterien ausschlaggebend sind. Die Universität muss in ihrer Wissensproduktion durchlässig sein, sich in Beziehung setzen können mit diesen neuen, anderen Arten der Wissensproduktion, durch die ein über die gesamte Gesellschaft verteiltes Wissensproduktionssystem entstanden ist. Das bedeutet auch, sich stärker auf die Probleme des täglichen Lebens einzulassen, mit oder auch gegen EntscheidungsträgerInnen zu arbeiten und den ganzen Prozess von der Problemdefinition bis zur Umsetzung gemeinsam mit betroffenen WissenschaftlerInnen verschiedener Disziplinen, VertreterInnen verschiedener gesellschaftlicher Bereiche als wissenschaftliche Aufgabe zu sehen und mitzugestalten.

Die aktive Neugestaltung des Außenbezuges

Die bisherigen Außenbeziehungen von Universitäten sind durch eingefahrene Ausbildungsaufgaben, verdienstvolle Einzelaktivitäten und gezielte Gutachterwünsche gekennzeichnet. Die zahlreichen vorhandenen Außenkontakte der einzelnen Mitglieder reichen nicht aus, um einen neuen Bezug zwischen Universität und Gesellschaft herzustellen. Für eine Neukonzeption des universitären Außenbezuges möchte ich gerne drei Aufgaben von Universitäten, die unterschiedlich stark ausgeprägt sind, in Erinnerung rufen.

Gesellschaftsrelevanz

Universitäten waren in den letzten Jahrzehnten immer stärker dem Druck ausgesetzt, in ihrer Wissensproduktion und Ausbildung gesellschaftsrelevant zu sein. Durch die Entwicklung der Gesellschaft zu einer wissensbasierten Gesellschaft wird der Druck auf die Wissenschaft, gesellschaftsrelevant zu sein, verstärkt. Es wird von der universitären Wissenschaft zunehmend erwartet, auch ihren Beitrag für die ökonomische Weiterentwicklung eines Landes zu leisten. Die Wirtschaft ist in ihrer Innovationsfähigkeit in einem bislang nicht gekannten Ausmaß von der Wissenschaft abhängig. Da die Produktion forschungsintensiver wird, steigt die Kooperationsnotwendigkeit mit der Wissenschaft. Die Wirtschaft ist abhängig von hoch qualifiziertem Personal und benötigt die entsprechenden Vorleistungen von Wissenschaftsorganisationen.

Gesellschaftsrelevante Wissenschaft bedeutet aber keineswegs, sich einem ökonomischen Imperativ unterzuordnen. Sich mit der Praxis, sei es in der Ausbildung, aber auch in der Forschung sozusagen „kurzzuschließen“, muss nicht bedeuten, dass Wissenschaft ihre kritische Rolle aufgibt, sondern erst dann wird es oft möglich, sich tatsächlich auf Probleme und Widersprüche der Praxis zu beziehen. Wirtschaft ist, wie andere Felder auch, ein wichtiger Erfahrungsbereich, in dem man interessante Fragen für die Wissenschaft gewinnen kann. Wenn Wissenschaft ihr Wissen nicht immer wieder an solchen Praxisfeldern kontrolliert, so läuft sie Gefahr, dass ihre Erkenntnisse zu wenig mit dem tagtäglichen Leben und dem konkreten Handeln zu tun haben. Wissenschaft muss also die in diesen Praxisfeldern auftretenden Probleme selbständig wahrnehmen, deuten, werten, kritisieren. Nicht nur im Bezug auf das gesellschaftliche Subsystem Wirtschaft muss Wissenschaft relevanter im Sinne von „näher am Geschehen“ sein.

Dasselbe gilt auch für die Beziehung zum politischen System: In einer Gesellschaft, deren Entwicklungsfähigkeit zunehmend davon abhängt, ob es ihr gelingt, ihre kollektive Wissensbasis laufend zu erneuern, ist die Qualität der Kommunikation zwischen Politik und Wissenschaft essenziell. Es zeigt sich auch, dass sich die Orte und Formen der Politik wandeln. Herkömmliche Formen der Interessenspolitik geraten unter Druck, gleichzeitig entstehen neuen Ansprüche an politische Partizipation in neuen Formen wie z.B. Bürgerinitiativen, sozialen Bewegungen. Der Ruf nach verstärkter Gesellschaftsrelevanz von Wissenschaft scheint jedenfalls dort angebracht, wo es um das Eingehen der Wissenschaft auf die Probleme des Zusammenlebens, auf das tagtägliche Tun und damit um die Art der akademischen Wissensproduktion und die dadurch entstehende Kluft zwischen Wissenschaft und allgemeiner Öffentlichkeit geht. Gesellschaftsrelevanz darf allerdings nicht bedeuten, dass Wissenschaft reduziert wird auf einen ökonomischen Produktionsfaktor. Das ist eine eindimensionale und destruktive Betrachtung von Wissenschaft.

Gesellschaftsdistanz

Eine wichtige Aufgabe von Wissenschaft besteht darin, die Gesellschaft kritisch zu reflektieren. Gerade in einer Gesellschaft wie der unseren, die sich oft durch vermeintliche Sachzwänge an der Entwicklung von Alternativen gehindert sieht, ist die kritische Reflexion eine wichtige Dienstleistung von Wissenschaft für die Gesellschaft. Eine Gesellschaft benötigt organisatorische Einheiten, die die in einer Gemeinschaft vorhandenen „Selbstverständlichkeiten“ kritisch betrachten, anzweifeln und alternative Entwicklungsmöglichkeiten durchdenken. Damit ist die Funktion der Gesellschaftsreflexion/-kritik von Wissenschaft angesprochen.

Es scheint kaum ein anderer gesellschaftlicher Ort als die Universität in Sicht, wo es möglich ist, inne zu halten, sich auch mit Globalproblemen oder Randgruppen zu beschäftigen, blinde Routinen von gesellschaftlichen Praxisfeldern kritisch zu hinterfragen und Fehlentwicklungen im Sinne eines Frühwarnsystems der Gesellschaft wahr zu nehmen. Es ist dies die Aufgabe der Reflexion und Konstruktion, auch im Sinne neuer Zukunftsvorstellungen von Gesellschaft. Wissenschaft als ein Ort, an dem die Gesellschaft sich selbst denken kann, an dem Auseinandersetzungen darüber geführt werden, wie wir nicht nur als Individuen, sondern als kollektive Menschheit in einer Welt leben wollen, in der wir zunehmend mehr selbst entscheiden können, was früher von der Natur oder der

Tradition bestimmt wurde. Dazu brauchen wir Spiel- und Reflexionsräume, in denen wir öffentliche Debatten führen können und die Frage „Was ist sonst noch alles möglich“ kollektiv behandeln können.

Gesellschaftsmoderation

Eine weitere wichtige Aufgabe sehe ich auch vermehrt auf die Universität zukommen. Zukünftig ist Konsens in der Gesellschaft kaum etwas, was uns entweder die Politik oder auch die Wissenschaft vorgeben können, sondern vielmehr Ergebnis einer gemeinsamen Entscheidung, in der viele Argumente und Sichtweisen berücksichtigt werden müssen. Es ist eine wichtige wissenschaftliche Aufgabe, diese Entscheidungen bewusster zu gestalten. Wissenschaft selbst ist zwar immer notwendiger für die Lösung gesellschaftlicher Fragen, aber gleichzeitig auch immer weniger allein hinreichend. Sie allein kann uns die Lösung gesellschaftlicher Probleme kaum vorgeben, allerdings kann sie helfen, kollektive Entscheidungen zu moderieren. Das heißt, dass Wissenschaft sich auch bemüht um die Bedingungen für die Umsetzung ihrer Erkenntnisse.

Zuerst müssen Kommunikationssituationen geschaffen werden, um eine gesellschaftlich akzeptable Problemdefinition möglich zu machen. Es geht hier um ein Auflösen klarer Zuständigkeiten, zumindest partiell und um die gemeinsame Konstruktion adäquater Bedingungen kollektiver Entscheidungen. Es gilt hier, die scharfe Grenze zwischen „erkennen hier“ und „handeln dort“ und damit die Zuschreibung „hier Wissenschaft, dort Politik“ partiell aufzuheben, um gesellschaftlich akzeptable Problemdefinitionen möglich zu machen.

Die Steuerungsfähigkeit der Gesellschaft beruht auf der Gestaltung der Kommunikations-, Organisations- und Interaktionsmuster zwischen dem Staat und anderen Akteuren. Die Ausdifferenzierung der modernen, zunehmend globalisierten Gesellschaft bedeutet zum einen eine Erhöhung des Selbststeuerungspotenzials der Subsysteme, zum anderen einen erhöhten Koordinationsaufwand. Es müssen die Logiken unterschiedlicher gesellschaftlicher Subsysteme verknüpft werden können. Netzwerke sind hier oft soziale Innovationen und Organisationsmuster die Wissen verschiedener Akteure bündeln. Diese Unterstützung von Netzwerkbildung und die Moderationsfunktion von Wissenschaft ist eine neue, zugleich wichtige und spannende Aufgabe von Wissenschaft und WissenschaftlerInnen. Sie wird allerdings á la longue nur dann wahrgenommen werden, wenn wir unsere Auffassung darüber, was wir unter den Aufgaben

von Wissenschaft verstehen und auch im weitesten Sinne belohnen, entsprechend erweitern.

Dieser zweite Bereich der Universitätsreform – die inhaltliche Erneuerung – ist keinesfalls innerhalb von zehn Jahren zu bewältigen. Hier liegt allerdings auch das „Salz“ der Universitätsentwicklung, die wirklich spannenden Fragen, die auch je nach WissenschaftlerIn, Fachdisziplin, nach Fakultät und Universität ganz unterschiedlich beantwortet werden können. Für mich ist das auch der Grund, warum Universitäten trotz aller Behäbigkeit faszinierende Organisationen sind und Universitätsentwicklung mit all ihren Höhen und Tiefen aufregend bleibt.

Hochschulreform und Politik

Ein sehr kurzer Essay

Michael Daxner
Pristina/Oldenburger

Ich bin bis heute ungebrochen der Meinung, dass der Zweck von Hochschulpolitik die Reform ist. In Anlehnung an Hannah Arendts Freiheit als Zweck aller Politik verstehe ich darunter, dass die Reform der Universitäten die ständige Vermittlung sich entwickelnder und geordneter Wissenschaft an die gesellschaftliche Relevanz ihrer Praxis ist – ihrer öffentlichen Praxis wohlgemerkt, mit der Hochschule als republikanischem Ort.

Ich schreibe diese Zeilen in einem Pariser Hotelzimmer, auf Kurzurlaub von der Realität im Kosovo, wo ich lange Zeit für das gesamte Bildungswesen eine Art Regierungsverantwortung trug, und jetzt als internationaler Berater eines Ministers der Selbstverwaltung die Brücke zum internationalen Mandat der Vereinten Nationen (UNMIK) herstelle, bevor ich zu anderen Ufern aufbreche. Hier in Paris tauche ich in meine Vergangenheit ein, wieder OECD, UNESCO, französisches Bildungsministerium... wie in alten Tagen, auf dem 'Planeten 1', wie ich mein früheres Berufsleben nenne. 1970 war ich erstmals Delegierter bei einem Reformprogramm, IMTEC hieß das, und war ein Schulreformprojekt der OECD. Dazwischen liegen über 30 Jahre Berufserfahrung, die mir den Titel 'Hochschulreformer' eingetragen haben, obwohl ich mich selbst als politischer Wissenschaftler verstehe. Ich soll mich also zum Missverhältnis, denn ein solches ist es, von Reform und Politik äußern, und tu dies, nicht ohne ironische Selbstbegrenzung, ohne Apparat, Literatur- und Quellenfundus, aus dem gespeicherten und sicher nicht objektivistischen Resümieren heraus, das dieser Tage bei mir ohnedies angesagt ist. Auf diese Weise folgen meine Gedanken dem bilanzierenden literarischen Muster – einer bilanziert – und versagen sich dem x-ten Resümee zum ‚State of the Art‘.

Hochschulreform folgt entweder dem Markt und legitimiert, was dieser in Politik schon umgesetzt hat, oder sie legitimiert, was die Politik gegen den Markt durch- und umsetzen möchte, selbst eingebunden in den Kontext vieler Interessen, von Professoren, Studierenden, Medien, Wirtschaftlern, Gewerkschaften und Kulturkritikern.

Der Hauptstrang aller Reformen hat sich, mit unterschiedlichsten Begründungen, darin verfangen, immer mehr Studierende mit immer weniger umverteilten Steuergeldern durch öffentliche Hochschulen zu schleusen, und zugleich soviel Forschung wie nötig in diesen Hochschulen zu belassen, in einer undeutlichen Ahnung, dass damit die Qualitätsfrage besser beantwortet würde als durch zu starke Steuerung oder völlige Auslagerung der Forschung.

Das primäre vor-68er Reformmotiv, das europaweit, weltweit zu einer tatsächlichen Expansion und Erneuerung führen sollte, hatte etwas mit dem kalten Krieg und den dafür nötigen Qualifikationen zu tun: Nach dem Sputnikschock von 1957 wurde endlich die elitäre Vorstellung, dass die Hochschulen vor allem zur Reproduktion professioneller Eliten dienen sollten, aufgeräumt, und man entdeckte, dass die Massendemokratie auch im Bildungsbereich zur Befestigung des eigenen Lagers tauglich sein könnte. So kann man die Konzentration auf den tertiären Sektor bei der OECD verstehen. So erklärt sich das Entstehen einer bildungsökonomisch und sozialpolitisch fundierteren Hochschulforschung. So verstand sich die Expansion der 60er Jahre in Westdeutschland: Nutzbarmachung vorhandener Begabungs'reserven' für eine professionelle Aufrüstung der Gesellschaft, also eine direkte Korrelation von Hochschulbeteiligung und erhofftem Wirtschaftswachstum, incl. sozialer Befriedung.

Die Schritte im Hauptstrang der Reform waren damit vorgezeichnet: Expansion, Legislative Absicherung, Rationalisierung des Betriebs, Qualitätssicherung. Entsprechend wurden die diskursiven Strategien ständig angepasst: Ging es anfangs um den Zugang zur Hochschule (bildungsferne Schichten erschließen), so hat das Hochschulrahmengesetz die korporative Absicherung von ‚Universität' gegen den restlichen Tertiären Sektor bewirkt und Partizipation der Teilgruppen als Demokratie verkauft, um den Nebenstrang – der etwas später abgehandelt wird – zu befriedigen. Noch später entdeckte man, dass die Kosten nur gesenkt werden konnten, wenn man die Steuerzahler als ‚Stakeholder' dazu vorschoben konnte, damit die Kosten begrenzt werden und mehr Eigenbeteiligung der Studierenden und betriebswirtschaftliche Verantwortung der Anstalt ge-

fordert werden konnten, ohne Proteststürme zu provozieren, („Accountability“ hieß das Schlagwort).

Als der Markt sich endlich so verhielt, wie seine Propheten es lange vergeblich herbeigewünscht hatten, nämlich transnationale Konkurrenz produzierte, wurde der Reformkern hin zur Frage von Anerkennung von Qualität verschoben und eine riesige Legitimationsmaschinerie aufgebaut, die Evaluation, Akkreditierung und den Wandel von der staatlichen Anstalt zum autonomen Unternehmen mit sich bringen sollten. Hier halten wir zur Zeit, in der merkwürdigen Duldungsstarre eines Konsens zwischen Gruppen, die eigentlich jede etwas ganz anderes gewollt haben.

Paradoxe Zwischenbilanz: ‚Eigentlich‘ sind die meisten Reformen geglückt, wenn auch kontrafaktisch und gegen die Intentionen ihrer Protagonisten – das lässt sich europaweit so sagen, und gilt auch im vereinigten Deutschland so generell (nur die Aufstiegswege zu den oberen Professorenrängen sind hier und in Österreich noch mehr verkrustet als anderswo). Ich habe fast alle diese Bewegungen aktiv, oft konzeptionell mitgemacht und sie gegen die fundamentalistische Kritik des wichtigsten Nebenstroms, aus dem ich selbst kam und schöpfte, verteidigt. Dieses zweite Paradox gilt es, zu verdeutlichen.

Der Nebenstrom hatte in Westdeutschland leichtes Spiel, den Wirtschaftskonnex – mehr Bildungsbeteiligung, besser soziale Chancen – aufzugreifen, ohne gleich: mehr Wachstum oder hegemoniale Wirtschaftsmacht! zu schreien. Es genügte, die politisierte Basis auf die gesellschaftliche Relevanz von Bildung für das kapitalistische System selbst und für seine Überwindung (letztlich durch pädagogische Reformen und eine Öffnung zur Gesellschaft, also in einem radikalisierten Liberalismus) aufmerksam zu machen. Die Frage nach der gesellschaftlichen Relevanz ist für mich bis heute der Maßstab aller Reform geblieben, allerdings kann man sie ja sehr unterschiedlich beantworten: Da man die Universität nie in Frage stellte, ihr nur einen immer differenzierteren Tertiären Sektor zur Seite gab, konnte man die Relevanz von der Wissenschaft her aufdröseln, also von der Forschung und ihrem gesellschaftlichen Kontext ausgehend, man konnte auch die Frage nach dem, was gelernt und was angewendet werden sollte, in den Mittelpunkt stellen (wieweit sollen Universitäten auf konkrete Berufe vorbereiten – 10 Jahre Diskussion im Vorfeld des Hochschulrahmengesetzes!); man konnte seinen Generationenkonflikt zugleich ins faschismuskritische Große und ins mikrosozial Fa-

miliäre delegieren; man konnte etwas reflektierter die Potenziale anpeilen, die durch den Umgang von Menschen mit Wissenschaft freigelegt werden können (‚Bildung durch Wissenschaft‘), alles ‚im Dienste des Volkes‘, und so falsch lag der anti-elitäre, moralisch-visionäre Duktus ja nicht, wenn man sich das Ergebnis der Umwandlung der Universitäten in Massenhochschulen und den durchschnittlichen Erfolg der deutschen AbsolventInnen auf dem Binnenmarkt ansieht.

Festhalten muss ich, dass es schwer ist, ‚wir‘ zu sagen, denn es waren wenige, die dem Trend zum Diskurs verhalfen, und das ‚Man‘ deutet auf die Bewegungen außerhalb unser selbst hin. Die Wiederentdeckung der ‚Hodegetik‘ als Hochschuldidaktik trägt ein wenig die Ironie bei sich, dass das Professionalisieren einer Idee in Zeiten des Umbruchs den Pädagogen doch viel schwerer fällt als, sagen wir, den Informatikern. Und hier gäbe es in der Tat eine Kritik der politischen Ökonomie am kleinen Objekt zu leisten ... – aber wen kümmerte sie endlich?

Gut geglättet, sage ich mir. Der beinahe vollständige Allparteienkonsens einer etatistischen Reform ist in Deutschland besonders auffällig. Wir können ihn sozialdemokratisch nennen, um ihm das wohl größte Paradox entgegenzustellen, dass die ganzen linken Parolen, die leider auf ihren marxistischen Unterbau weitgehend verzichteten und hochsublime Existenzängste ausdrückten, dem liberalen Gegenpol zuarbeiteten, nämlich der Marktöffnung. Wie dies? Weil Studenten, Bildungsgewerkschaften, gesellschaftskritische Reformgruppen und hochegoistische ‚Maulwürfe‘ der Reform, wie die ständisch-vordemokratischen ASten, in der staatlichen Regelung interner Unverbindlichkeit ihre Freiräume am besten zu schützen versuchten, musste das Hochschulsystem dort in den Markt hinein aufbrechen, wo die Gesellschaft tatsächlich und kurzfristig andere Typen von Arbeitskraftangeboten und Produkten brauchte. Privathochschulen, privatisierte Forschungsinselfen in den Hochschulen, auch ein gewisser Brain Drain sind keine Folge schlechter Ausstattung allein oder zu großer bürokratischer Gängelung, sondern auch einer zu starken politischen Binnenstrukturierung (die Mitbestimmungsdebatte in der Hochschule hat sie um die Mitbestimmung in der Gesellschaft gebracht; letztere wird heute noch von einer winzigen Elite von Großordinarien = Consultants dominiert).

Zurück zur Eigentlichkeit, die ihre ‚Abers‘ schon bereithält. Die jeweiligen strukturkonservativen Gegner der Reformen stemmten sich rhe-

torisch gegen die massendemokratische Öffnung und die damit verbundene (tatsächliche) Entprivilegierung der Ordinarien sowie die (virtuelle, unechte) Entprivilegierung der Studierenden. Deren Lebenslüge ist, dass das Reformsystem unsozial sein muss, weil immer weniger Arbeiterkinder an der Hochschule zu finden sind, dabei übersehen sie, dass der Erfolg der Massenuniversität mit zum Untergang der Arbeiter'schicht' als Rollenmodell des Aufstiegs maßgeblich beigetragen hatte. Beide Lager schimpften – und schluckten, was sich durchsetzen konnte (nicht systemnotwendig musste, aber doch im großen, internationalen Trend der Verwandlung des Wissenschaftsmarktes in eine global Dienstleistung lag, die heute durch die WTO konsequent zum Abschluss gebracht werden will). Schimpfen und kaufen war gleichermaßen gefahrenarm: zwar hat die Gruppenuniversität nicht zur Demokratisierung beigetragen, aber sie hat der Wissenschaft auch nicht geschadet. Zwar hat die Öffnung zu kommerziellen Ausgründungen keine wirkliche Stärkung unternehmerischer Autonomie gebracht, aber auch keineswegs eine stärkere ‚Unterwerfung unter das Kapital‘ bewirkt als schon vorhanden. Zwar hat die Evaluationsindustrie gemessen am Aufwand nicht viel zur Qualitätsverbesserung beigetragen, ist aber arbeitsplatzaktiv und hindert das Ausbreiten von noch mehr Beliebigkeit.

Ich erkenne die dichtgedrehte Doppelhelix von kritischer Selbstreflexion auf Welt und Gesellschaft und Marktbedienung als den Normalfall von Hochschule, die sich immer reformieren muss, weil der eine Strang den andern bedrängt und blockiert. Darum geht es bei den Reformen auch: dass die eine der beiden Seiten die andre taktisch benutzt. In der Leitbilddiskussion wird das deutlich: Die Mission der sich profilierenden Hochschule muss so angepasst wie markttauglich nötig, so kritisch und originell wie nötig sein, und lässt darum die Ironie der ‚eigentlichen Kritik‘, welche die (Selbst-)Zensur ist, überklar aufblitzen...

Die Politik versteht das nicht so gut, weil sie von beiden Seiten opportunistisch beraten wird, und die Hochschulforschung traut sich nicht so richtig heran, weil sie um ihre Auftraggeber fürchten muss. Das Paradox der Eigentlichkeit liegt darin, dass die Massenuniversität die beiden Stränge stärker aneinander bindet als ihre feinen Vorgänger, und dass jede Hochschule zugleich Marktmacht und Störfaktor sein kann – jede gute, sagen wir vorsichtig.

An dieser Stelle hält es mein intellektuelles Über-Ich nicht mehr aus und geißelt das resignierte Nachgeben gegenüber der Geschichtsmächtigkeit des Modernisierungsprozesses der letzten Jahre. Und ich schlage zurück: ich sehe das alles, kann es belegen, und dennoch: quia absurdum; nicht: welche Alternativen waren jeweils vorstellbar, sondern welche waren machbar? Ich gehe nicht auf den deutsch-österreichischen Sonderweg besonderer Verspätung ein, aus dem sich die Phäaken von der Donau übrigens gerade schneller befreien als die Philister vom Rhein, aber das wäre ein Thema für Gift & Galle im nächsten Heft. Da uns als Alternative zur Ontologisierung der bestehenden Universität (ihres Bildes) nichts einfiel als Diversifizierung und Differenzierung (zu recht, mehr Stakeholder haben unterschiedlichere Interessen und Nachfrage als die chargierten Verbindungsbrüder der 50er Jahre), war die tatsächliche Reform konsequent, und sie war niemals ein echter Paradigmenwechsel, eine Wende. Sie war auch nie optimal, bei uns auch nicht maximal, wie es manchmal Nachbarn, Finnen oder Neuseeländer versuchten, aber sie belasteten auch das ‚loosely coupled system‘ nur soweit, dass einzelne Elemente im Reformkataklysmas nicht gleich das ganze Hochschulsystem gefährdeten.

Es kränkt meine Distinktionsfähigkeit, wenn die pragmatische Einführung der hochschulpolitischen Praxis den modellplatonischen oder nominalistischen Diskursen entgleitet (oder, sehr viel rüder: wenn politische Entscheidungen sich weder auf plausible Modelle noch auf eine sachzwänglerische Ausrede stützen, sondern einfach den Dingen durch scheinbare Eingriffe ihren Lauf lassen). Modellplatonisch: deskriptive Gemälde, das Burton'sche Dreieck, die vier Formen von Autonomie im Koordinatenkreuz, die Korrelation von Hochschulabschlüssen und BNP ...das wär's für die Einen, die Andern nennen alles, was sie tun, ‚autonom‘ oder ‚effizient‘.

Statt der Kränkung wünsche ich mir die Kraft zurück, diesen Diagrammen implementierbare Programme einzuschreiben, und die Autonomie an den harten Realitäten der politischen Ökonomie (man liest richtig!) zu testen: Erhalten die Hochschulen nun unternehmerische Freiheiten mit den Privilegien der Insolvenz und – in politischen Grenzen – der Extraprofite? (Für mich bis heute traumatisch, ein ‚Anlass‘ geringster Dimension, der mich zu Thomas Bernhard'schen Tiraden hinreißen möchte: Als ich endlich einen Globalhaushalt für meine Universität ertrötzt hatte, der ohnedies ministeriell ins Bonsaiformat beschnipselt wurde, als wir endlich unternehmerisch der Hochschule ein transparentes und

ertragreiches wirtschaftliches Handeln ermöglichen wollten, untersagte uns die Politik das Einkaufen in eine Kapitalgesellschaft, das ich anstrebte, damit die Universität, als Teil der Öffentlichkeit wohlgermerkt!, über die Verwertung ihrer eigenen Resultate Einfluss erhalten sollte.)

Die Kollateralschäden des Missverhältnisses von Reform und Politik sind beträchtlich. Studierende Subjekte sind aus beiden verschwunden, die ‚StudentInnen‘ oder gar Erstsemesterinnen und Erstsemester kommen als statistische Größe oder als Klienten vor, aber nicht als Subjekte der Reform. Die Politik hat sich von der Diskussion um Generationenkonflikte, um Tradition und Kulturrevolution, um die Hochschule als fundamental wichtigen Ort für Zivilgesellschaft und Demokratie verabschiedet, ohne je anders als oberflächlich in diesem Diskurs angekommen zu sein, und die Hochschulforschung ist, pardon, die Hure dieses Abschieds.

Andere Schäden: Es gibt keine Auseinandersetzung zwischen ‚Skills‘ und ‚Knowledge‘, wenn es um den Bedarf an einem wissenschaftlichen Anteil geht, den diese beiden Ausbildungsaspekte haben. Eine sozialpolitische Scheindiskussion der ewigen Nichtprofessoren gegen die Papiertigerordinarien verdeckt den Wandel der Profession, die eben nie so richtig ‚professionell‘ war, da sind uns die USA weit voraus. Das Jahrhundertthema Bafög und/oder Studiengebühren ist kleingemahlen worden von der Kioskmentalität feiger Koalitionen. Am schlimmsten aber: Die Dialektik von öffentlicher und privater Sphäre ist unbegriffen geblieben, im begrifflichen Netz des 19. Jahrhunderts (staatlich oder privat) gefangen. Worthülsen, wie das ‚Recht auf Bildung‘ zur Legitimation der etatistischen Juso-isierung des Diskurses, verdecken, dass es ja bei der Reform leider um Bildung nicht oder zuletzt geht, und die Nichtbildung an den Hochschulen muss ja auch jemand bezahlen...

Wer schimpft, der kauft. Das gilt auch für mich. Kühl beobachte ich, wie sie dennoch alle an die Uni wollen, Junge wie Alte, und wenn nicht in Deutschland, so an die London School of Economics (das ist deshalb so gut, weil es zeigt, dass sich Qualitäten auf die Dauer nicht zuschwätzen lassen). Ich beobachte, dass sich fast alle Hochschulen und die Politik den ‚Europäischen Standards‘ unterwerfen wollen, ‚Bologna‘ und jede andre Reform zu unterlaufen oder den sauberen Pelz ohne Waschgang vorweisen zu können. Ich beobachte, wie wir uns plötzlich internationalisieren, nicht aus Einsicht und mit Methode, aber mitgegangen in der Abwehrschlacht gegen das, was Globalisierung genannt wird.

Keine mir bekannte Hochschulreform der letzten 30 Jahre war wirklich inklusiv, demokratisch, im Austausch zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit. Alle Reformen aber haben tatsächlich massendemo-kratischen Fortschritt gebracht, zu Lasten des Referenzmodells ‚Europäi-sche Universität‘ modo Humboldt, Oxbridge, Sorbonne oder Konstanz. Sie funktionieren ... oder etwa nicht? Doch, und obwohl Hochschulen ‚langsame Systeme‘ sind, könnten sie ganz ohne Qualität und ohne ir-gendeine (empirisch auffindbare) gesellschaftliche Relevanz nicht über-leben – die gleichen Reformen haben ja tatsächlich viele Universitäten zum Tod verurteilt.

Naht sich das Rettende auch? Aber ja doch, ihr Kultusminister und Rektorenkonferenzen! Der Tertiäre Sektor wird auffangen, was die Uni-versitäten abschuppen. Da sehe ich kein echtes Problem. Die Politik al-lerdings sollte einsehen, es sollte ihr klargemacht werden, dass die ‚ei-gentliche‘ Hochschulreform nicht beschlossen, verkündet und gemacht werden kann. Sie sollte sich statt dessen das ‚Nicht-Eigentliche‘ der Hochschule, der Wissenschaft (Ulrich Teichler) zum Gegenstand ma-chen, um die Systemumgebung gründlich zu renovieren, Bafög, Prüfungen, Zulassungsbedingungen, Studentenheime, Lebenswelten...

Es gibt auch eine kleine Rettung. Peter Glotz etwa ist ihr Protagonist, letzthin in der ZEIT vom 4. April 2002. Da steht alles normativ, was sich vollzieht. Und was die letzte Novelle des Hochschulrahmengesetzes be-trifft, ist sie ein gutes Beispiel dafür, wie ernsthaft politisch Gemeintes doch wieder nur in den Mainstream eingeleitet wird, als Kontamination der beiden antagonistischen Ideen von Marktwirtschaft und aufgeklärter Wissenschaft.

Ich kann da immer wieder einsteigen, das gibt mir ein wenig Gelas-senheit. Ich erinnere mich an den Grundsatz zu Anfang dieses Versuchs, und ich denke mich in die Rolle eines verantwortlichen Politikers, der, um gute Hochschulen erhalten und ausbauen zu können, den Menschen klarmachen will: Der gesellschaftliche Mehrwert der Hochschulen sollte nicht infrage gestellt werden, aber auch nicht, dass er nicht größer sein kann oder soll, als die Summe seiner direkten und indirekten privaten Mitnahmeeffekte aus der öffentlichen Einrichtung. Der daraus sich erge-bende politische Handlungsspielraum ist groß genug, um gute Hochschu-len in breiter Vielfalt weiter entstehen und sich entwickeln zu lassen.

Ich reise aus Paris ab, zurück in den Kosovo. Wir versuchen dort, wie auf dem übrigen Balkan, so viele Hochschulen wie möglich den Standards der realisierten Reformen so schnell wie möglich anzunähern. Der Kosovo, als Beispiel, hat eine vierzigjährige Geschichte von Hochschuleinrichtungen, mit einer 1970 gegründeten Provinzuniversität, die, für die Zeit, den Ort, die Umstände, sogar recht gut sich anließ, Qualifikation und lokale Eliten produzierte, bevor sie politisch gemeuchelt wurde. Auferstanden aus ihr sind zwei Universitäten, eine albanisch-sprachige und eine in slavischen Sprachen, beide mit einiger öffentlicher Begleitmusik, die mir täglich klarmacht: bloß um den kümmerlichen Arbeitsmarkt von heute oder in 5 Jahren zu bedienen, braucht es dieser Universitäten nicht. Sie sind vielmehr nötig, um wieder einmal eine politische Klasse zu produzieren, eine, die demokratischer, zivilgesellschaftlicher, politischer (aber entpolitisiert) als die vorangegangenen Eliten diese ersetzen wird.

Irgendwie – auch so ein Wort wie ‚eigentlich‘ –, irgendwie erfinden wir die Universität dort neu, weil die Brüche zu den vorhandenen Modellen in Frankreich, Deutschland und Österreich noch zu groß sind, noch zu viele Adaptationen brauchen, um mit der Demographie fertig zu werden, die uns eine ganze Generation von unter 25-Jährigen an die Universität schickt ... – und weil das Land durch einen grausamen Krieg und Nachkrieg traumatisiert ist, sollten die Hochschulen auch noch die Rolle der Befestigung etwas friedlicherer Strukturen spielen. Aus der Sicht der Politik ist damit das Verhältnis nicht besonders gestört, nur regulär spannungsreich. Um die beiden zusammenzubringen, kann man sagen: Kosovo ist überall, nur die Problemlösungen sind lokal unterschiedlich.

Wie wird das erst werden, wenn, wie wir erwarten, sich die USA in der WTO durchsetzen und im Rahmen der Dienstleistungsliberalisierung den Bildungsmarkt, vor allem die Hochschulen, öffnen? Ich denke mir Szenarien, in denen wir diese Öffnung im Westen, sagen wir in den Niederlanden und Großbritannien begrüßen, und wo wir die Folgen schon beim ersten Franchising-Versuch auf dem Balkan perhorreszieren. Politik – weit und breit nicht zu sehen.

Streng, von der Redaktion meiner Gedankenpresse zur Ordnung gemahnt, fange ich meine Gedanken wieder ein. Derweilen sich in meinem Arbeitszimmer zu Hause und an meiner Mutteruniversität die hochschulpolitische Forschungsbibliothek in ein Archiv verwandelt, resigniere ich doch wieder. Mit der Vertreibung der Studenten und der Wissenschaft aus dem

Hochschuldiskurs, mit der Reduktion aller Beteiligten auf kostenrelevante Größen und aller Investitionen auf verlorene Zuschüsse hat sich die Politik amputiert, während die Hochschulen das schöne Leben von Invaliden noch eine Zeitlang weiterleben werden, und die Besten der Zunft werden im Ranking ganz oben stehen, und da gestehe ich meinen Wandel ein: zu Recht! rufe ich aus, und liebe den Grossen Bruder noch immer nicht.

Bildungswunder

Rückblick auf die deutsche Wissenschaftszukunft

Frauke Hamann

Frank Nullmeier

Hamburg / Essen

Zukunftsfesseln

Der Umbau der Bildung in der Wissensgesellschaft war schließlich unumgänglich geworden: Vehemente Verweise auf die amerikanischen Verhältnisse im universitären Sektor, zahlreiche aufrüttelnde Plädoyers¹ für ein wettbewerblich geprägtes und besonders die internationale Wettbewerbsfähigkeit steigerndes, effizienteres Hochschulwesen wurden vorgebracht, darüber hinaus führten Vereinbarungen auf europäischer Ebene zur „Förderung größtmöglicher Mobilität der Studierenden“² zur Besinnung auf die eigenen Befreiungs-, ja Zirkuskünste - zum Postulat der „entfesselten Hochschule“.³ Grundiert wurde die Debatte zur Krankheit wie zur Zukunft des deutschen Hochschulsystems von Meldungen über stagnierende Bildungs- und Forschungsausgaben,⁴ begleitet von Klagen über die daraus resultierende Unterausstattung der hiesigen Hochschulen wie über „strangulierende staatliche Regelungen“.⁵ Angesichts dessen konnte der überfällige Modernisierungsschub wohl nur mittels Verfahren gelingen, die - bei aller Unterstützung durch

¹ Roman Herzog: Berliner „Ruck“-Rede im Hotel Adlon, 26. April 1997, siehe: <http://www.bund.de>; George Turner: Hochschule zwischen Vorstellung und Wirklichkeit, Berlin 2000; Artur Woll: Reform der Hochschulausbildung durch Wettbewerb, Berlin 2001

² Gemeinsame Erklärung der Europäischen Bildungsminister vom 19. Juni 1999: Der europäische Hochschulraum, Bologna 1999

³ Michael Daxner: Die blockierte Universität. Warum die Wissensgesellschaft eine andere Hochschule braucht, Frankfurt a.M./New York 1999; Detlef Müller-Böling, Die entfesselte Hochschule, Gütersloh 2000; Peter Glotz: Raus aus der Zwangsjacke!, in: DIE ZEIT Nr. 15, 4. April 2002

⁴ dpa-Dienst für Kulturpolitik, 25. Februar 2002

⁵ George Turner: Signal ist fällig, in: DUZ 6/2002, S. 25

europäische Politik und internationale Abkommen - an Münchhausen denken lassen.

Heute wird offenbar: Die deutsche Bildungspolitik hat eine rasante Entwicklung vollzogen und sich am eigenen Schopf aus der Hochschulmisere gezogen - die Bundesrepublik konnte sich als europäisches Kernland zur Nummer zwei der Weltwissenschaft emporarbeiten. Jedes Jahr stellt Deutschland mittlerweile einen oder zwei Nobelpreisträger,⁶ die Forschungsausgaben sind weit überdurchschnittlich zum BSP-Wachstum angestiegen,⁷ die deutschen Hochschulabsolventen gelten mittlerweile als hervorragend ausgebildet, der Angriff der australischen und US-amerikanischen Universitäten auf das europäische Hochschulsystem ist abgewehrt bzw. eingedämmt.⁸ In der Weltrangliste der Hochschulen ist Deutschland mit zwei Hochschulen unter den ersten zehn vertreten, eine dritte wird den Sprung in die Top Ten wohl in den nächsten Jahren schaffen. Zufrieden konnte der ehemalige Präsident der Hochschulrektorenkonferenz und heutige Vorsitzende der Vereinigung Deutscher Hochschulkuratorien, Prof. Dr. Klaus Landfried, Anfang dieses Jahres konstatieren: "Was wir erreicht haben, kann sich sehen lassen. Deutschland ist erneut Spitze in der akademischen Ausbildung. Man blickt wieder auf uns wie im 19. Jahrhundert. Wir haben dazu keinen zweiten Humboldt gebraucht - aber beharrliches Voranschreiten auf dem einmal für richtig befundenen Weg."⁹

Entfesselungskünste

Gerade im Ausland wird gefragt, wie diese von P. P. Licht zu Recht als „deutsches Bildungswunder“¹⁰ bezeichnete Entwicklung innerhalb von nur einer Dekade gelingen konnte. Zunächst ist einschränkend zu sagen: Sicherlich wurde nicht alles innerhalb der letzten Jahre auf den Weg gebracht, die meisten grundlegenden Ideen existierten bereits. Die 1990er Jahre boten eine Fülle von Konzeptionen, die aber nicht konsequent um-

⁶ Artikelserie „Die Nobelpreisträgerschmiede“, in DUZ 11-15/2010

⁷ Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Hochschulstandort Deutschland 2010, Wiesbaden 2010

⁸ International German Organization for Higher Education Ranking and Evaluation: Standards, Quality Assurance, International Competitiveness, Annual Report 6 (2010), S. 4

⁹ Klaus Landfried: „Eine gute, eine sehr gute Bilanz“, in: DIE ZEIT Nr. 7, 15. Februar 2012

¹⁰ P. P. Licht: Das Bildungswunder, Hamburg 2011

gesetzt wurden.¹¹ Es gab viele Zögerlichkeiten, viele Bedenkenträger, viele rechtliche Hindernisse, auch neue Hürden wurden errichtet. Ebenso fehlte eine kohärente Vision der angestrebten Hochschulentwicklung.

Die Fülle der Modernisierungsimpulse musste erst zu einem implementierbaren und in sich stimmigen Reformplan zusammengefügt werden. Doch dann sorgte die ATLANTIS-Studie zum allgemeinen und fachbezogenen Wissensstand der deutschen Hochschulabsolventen¹² nach anfänglicher Untergangsstimmung für Auftrieb. Ihre niederschmetternden Ergebnisse gaben den Reformkräften den entscheidenden Schub. Erste HRG-Novellierungsschritte der Regierung Schröder/Westerwelle zwischen 2003 und 2004 hatten sich auf die lange geforderte Einführung von Studiengebühren in allen Studiengängen und die Auswahl der Studierenden durch die Hochschulen bzw. durch die Fakultäten selbst konzentriert.¹³ Die allgemein als „katastrophal“¹⁴ bezeichneten Resultate der universitären Ausbildung, wie sie die Anfang 2005 veröffentlichte ATLANTIS-Studie dokumentierte, führten zu einer kaum für möglich gehaltenen konzertierten Anstrengung aller politischen und hochschulpolitischen Kräfte. Nach Einigung mit den Unionsparteien beschloss die rotgelbe Bundesregierung den „Nationalen Bildungspakt“.¹⁵ Dieses umfangreiche Reformbündel veränderte das verfassungsrechtlich verankerte System der Kompetenzen in der Bildungs- und Hochschulpolitik zugunsten einer stärkeren zentralstaatlichen Finanzierung und Steuerung. Ein wesentliches Element des Nationalen Bildungspaktes von 2006 ist die inzwischen mehrfach verfeinerte rankingbasierte Steuerung der Hochschulfinanzen.

¹¹ Rückblickend: Hans-Uwe Erichsen: Vor dem großen Durchbruch. Zwei Jahrzehnte Hochschulpolitik und ihre Dynamik, Berlin 2009

¹² ATLANTIS-Studie: Studierendenleistungen im internationalen Vergleich, Berlin 2005

¹³ Jörg Dräger: Endlich auswählen dürfen. Von der neuen Freiheit der Hochschulen, in: Süddeutsche Zeitung, 2. Dezember 2004

¹⁴ Spiegel-Titel Heft 7/2005: „PISA war nur der Anfang. Vom Untergang der deutschen Universitäten“

¹⁵ Gerhard Schröder: Chefsache „Nationaler Bildungspakt“. Zukunftsentwurf für das deutsche Hochschulsystem, Berlin 2006

Profilierungen

Nach dem aktuellen Hochschulranking zählen elf deutsche Universitäten zur europäischen und internationalen Spitzenklasse, weitere 24 gelten als „European High Quality“-Universitäten. Als „nationale Hochschulzentren“ werden 91 Einrichtungen geführt, knapp achtzig Hochschulen als regionale Versorgungsinstitutionen (Regional Higher Education Institution).¹⁶ Ein Bericht der Kultusministerkonferenz aus dem vorigen Jahr enthält Überlegungen, wie angesichts der angespannten Haushaltslage der Hochschulfinanzierungsanteil der Länder (seit 2006 70% Länderfinanzierung, 30% Bundesfinanzierung) effektiver eingesetzt werden kann. Durch Mittelumschichtung soll die Zahl der Spitzen- und High Quality-Universitäten erhöht werden, was zur Folge haben kann, dass eine Reihe von Hochschulen in die Klasse der Regionalversorgungseinrichtungen abgestuft wird.¹⁷ Alternativ wird den potentiell betroffenen Hochschulen die - in den letzten Jahren vielfach erfolgreiche - Fusion nahegelegt. Einen ersten Höhepunkt hatte die noch junge Fusionsbewegung im Wissenschaftssektor 2003 mit dem Zusammenschluss der vormaligen Gesamthochschulen Essen und Duisburg zur Universität Duisburg-Essen.¹⁸ Die positiven Erfahrungen führten zu mehr als 15 Nachahmungen, die der Hochschulfusionsbericht der KMK aus dem Jahre 2010 resümiert.¹⁹

Prominentester Fall in der Hochschulfusionsgeschichte war sicherlich die Integration der Freien Universität Berlin in die Humboldt-Universität zu Berlin. Nach der dramatischen Berlin-Krise 2004, bei der die Insolvenz der Stadt nur durch das Berlin-Hauptstadt-Gesetz und das daraus resultierende erhebliche finanzielle Engagement des Bundes abgewendet werden konnte, und flankiert vom Nationalen Bildungspakt, erfolgte die anfangs konfliktbeladene Verständigung auf die zentralstaatliche Förderung *einer* Hochschuleinrichtung in Berlin. Deklariert als „nationale Ex-

¹⁶ Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.): Hochschul-Klassifizierung, Berlin 210

¹⁷ HRK: Hochschulkompass 2010, Berlin 2010

¹⁸ Ingrid Blooss-Nicht: Fusionsfieber. Die sieben Schlüsselfaktoren einer erfolgreichen Hochschulfusion, Essen 2004; Bertelsmann-Stiftung (Hrsg.): „Gemeinsam stark“. Fusionen im Hochschulsektor – von der Vision zur Wirklichkeit, Gütersloh 2005

¹⁹ KMK: Hochschulfusionsbericht. Diagnose und Perspektiven, Berlin 2010

zellenstätte“,²⁰ wurde sie gleichsam zu *dem* Demonstrationsobjekt der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wissenschaft.²¹ Die Humboldt-Universität konnte aus Privatisierungserlösen des Bundes durch einen bisher nie gekannten Mitteleinsatz in wenigen Jahren zu einem „deutschen Harvard oder Princeton“ ausgebaut werden, wie der Sonderbeauftragte im Bundeskanzleramt für die Umsetzung des Nationalen Bildungspaktes, Thomas Oppermann (SPD), unterstrich.²²

Neben die „einstufungsdifferenzierte Hochschulentwicklung“, wie es in der Terminologie des Nationalen Bildungspaktes heißt,²³ tritt unterdessen auch eine deutlich differenzierte Entwicklung der einzelnen Fächer und Disziplinen. Intensive Fächerkonkurrenz hat zu ausgeprägten Profilbildungen an den Hochschulen geführt. Das noch bis weit ins 20. Jahrhundert vorherrschende Ideal der Volluniversität gilt für die unteren Hochschulkategorien längst nicht mehr – es wurde abgelöst vom immer noch strittigen²⁴ Konzept des nachfragezentrierten Fächerangebots. Zwar sind zeitweise Fehlentwicklungen in diesem Bereich nicht zu leugnen: Die Strategie kleinerer Universitäten, sich von kostenstarken, aber nachfrageschwachen Bereichen der Naturwissenschaften zugunsten der expandierenden Managementwissenschaften zu trennen, hat die Bundesregierung veranlasst, das vor allem von Vertretern der Chemie und Physik unterstützte Sonderprogramm „Science“ auszuloben, ein zweites Sonderprogramm „Universitas“ ist im vorigen Jahr begonnen worden. Damit sollen bestimmte kleinere Fächer zumindest an drei deutschen Hochschulen der Kategorie „Nationales Hochschulzentrum“ oder höher vorgehalten werden. Zweifellos hat der zunehmende Anteil der Eigenfinanzierung

²⁰ Peter Gaetgens: Nicht in den kühnsten Träumen. Zur Entwicklung der FU Berlin und der Humboldt-Universität, Berlin 2008

²¹ So Bundeskanzler Gerhard Schröder in seiner so genannten „Brandrede“ zur Berlin-Krise: „Wir müssen die Hauptstadtkrise als einmalige Chance für eine nationale Bildungspolitik sehen.“, Berlin 2005, S. 14

²² Zuletzt Thomas Oppermann: „Die Implementierungsprobleme überwinden!“, in: Wilhelm Krull: Fünf Jahre „Nationaler Bildungspakt“, Hannover 2011, S. 45-62

²³ Gerhard Schröder: Chefsache „Nationaler Bildungspakt“. Zukunftsentwurf für das deutsche Hochschulsystem, a.a.O.

²⁴ Siehe Michael Daxner: Marktverdummungen. Hochschulen im Wettbewerb, Reinbek 2009; Ulrich K. Preuß: Wissenswirtschaft. Von der alten Gelehrtenrepublik zur Neuen Ökonomischen Politik, Berlin 2008; siehe McKinsey: Zur Nachfrageentwicklung einzelner wissenschaftlicher Fächer, Berlin 2009

der Hochschulen durch Studiengebühren vielerorts zu einer flexiblen Anpassung an die Fächernachfrage der Studierenden geführt.

Autonomien

Ohne wirkliche institutionelle Autonomie und eine neue rechtliche Verfassung der einzelnen Hochschulen wäre die revolutionär anmutende Entwicklung im Hochschulsektor nicht möglich gewesen. Niedersachsen schuf bereits 2002 die Voraussetzungen für die Umwandlung von Hochschulen in Stiftungsuniversitäten,²⁵ seither wird von dieser Option rege Gebrauch gemacht. Darüber hinaus bildete die Errichtung der International University Bremen, der heutigen Daimler-Chrysler-University, den Auftakt zu einer Folge von Rechtsform-Experimenten.²⁶ Allein die Hochschulen in Nordrhein-Westfalen sind als öffentliche Anstalten verfasst, alle anderen Bundesländer haben ihre Hochschulen in gemeinnützige GmbHs oder Stiftungen des öffentlichen Rechts umgewandelt. Besonders Interesse gilt derzeit den Universitäten Bayerns, von denen einige - nach ihrer Überführung in Aktiengesellschaften - nun den Börsengang wagen wollen.²⁷ Abgesichert wurde diese Entwicklung durch eine Reform des Insolvenzrechtes: Eine Sonderregelung für Hochschulen macht es möglich, dass Probleme bei den vermehrt auftretenden Schließungen kleinerer Hochschulen bewältigt werden können.²⁸

Verbunden mit einer gewandelten Rechtsform erhielten die Hochschulen nie gekannte institutionelle Autonomie - mit der Verfügung über Personal, Studiengangsangebot, Berufungspolitik, Gebäude und Grundstücke. Die neuen Möglichkeiten werden intensiv genutzt. Die Chancen einer Übertragung von Liegenschaften auf die Hochschule zeigen sich insbesondere am Beispiel Hamburg. Dort verkaufte die Universität unlängst ihre innerstädtisch gelegenen Grundstücke mit hohem Erlös an ei-

²⁵ Bertelsmann-Stiftung (Hrsg.): *Stiftungshochschulen. Wege zur Entstaatlichung der Hochschulen. Dokumentation des Symposiums in Hannover, 16. Januar 2002*

²⁶ Fritz Schaumann: *Neue Chancen im internationalen Wettbewerb*, Bremen 2004

²⁷ Monika Hohlmeier: *Die U-Aktie – Eine Investition in Deutschlands Bildungszukunft*, München 2011

²⁸ Frank Ziegele: *Universitäre Insolvenzverwaltung*, in: *Deutsche Zeitschrift für Wirtschafts- und Insolvenzrecht* 16 (2006), S. 13-17

nen ausländischen Investor und errichtet derzeit auf einem Gelände nördlich der Innenstadt die Universität von Grund auf neu.²⁹

Die Personalhoheit der Hochschulen gewinnt nach der großen Personalstrukturreform besondere Bedeutung - unterdessen gehört das Beamtenrecht an Hochschulen der Vergangenheit an. Seit vier Jahren werden Professoren generell nur noch nach dem Wissenschafts-Angestellten-Tarif (WAT) eingestellt, die Richtlinie der Europäischen Union für ein einheitliches Arbeitsrecht im Öffentlichen Dienst der Mitgliedsländer schuf dafür die rechtlichen Voraussetzungen. Nach größeren Auseinandersetzungen mit der Gewerkschaft ver.di konnte der einheitliche Wissenschafts-Angestellten-Tarif vor drei Jahren abgeschlossen werden.³⁰ Die zunächst nur an privaten Hochschulen übliche Praxis, jenseits dieses neuen Tarifrechts auch freie Verträge über Forschungs- und Lehrleistungen zu vereinbaren, wird zunehmend auch für staatliche Hochschulen attraktiv. Schließlich hat sich der Kampf um Spitzenforscher deutlich verschärft. Ohne Joint-Ventures mit prominenten Firmen sind heute in einigen Fächern keine Lehrstühle mehr zu besetzen. Eine kleine Wissenschaftler-Spitzengruppe, die sich aus Professoren aktueller Trendfächer bzw. wirtschaftlich höchst wichtiger Bereichen der Natur- und Ingenieurwissenschaften sowie aus dem sonstigen Fächerspektrum der Universitäten zusammensetzt, verdient besonders viel. Die Professorenschaft in den Regionalhochschulen kann dagegen als Verlierer des Modernisierungsprozesses angesehen werden. Von Seiten dieser gleichsam „degradierten“ Akademiker hat es vereinzelt Proteste gegeben, die in die Gründung der „Arbeitsgemeinschaft der regionalen Hochschullehrer“ mündeten. Ihre Versuche, sich mit jenen Teilen der Professorenschaft zu verbinden, die an den Hochschulen der oberen Kategorien gegen Eingriffe der Hochschulleitungen in die Forschung vorgingen, scheiterten an den Statusunterschieden. Bei allen Bestrebungen, zu einer institutionell wirklich autonomen Hochschule zu gelangen, muss es doch bedenklich stimmen, dass die Autorität der Präsidenten bzw. Vorstandsvorsitzenden der Exzellenzhochschulen aufgrund der starken Stellung der Hochschulräte gefährdet ist.

²⁹ Jürgen Lühje: Hamburg hat es gewagt!, in: DUZ 12/2010, S. 18

³⁰ ver.di: Der neue WAT, Berlin 2008

Rekrutierungen

Auch im Berufsrecht hat es grundlegende Veränderungen gegeben. Jede Hochschule fragt heute bei der Besetzung von Professorenstellen selbstverständlich bei den Besten des jeweiligen Fachgebietes an. Das Ausschreibungsverfahren ist generell um ein Rufverfahren ergänzt worden, das vorschreibt, die ersten zehn Personen auf der europäischen Rangliste und die ersten fünf der nationalen Rangliste des betreffenden Faches/Forschungsgebietes zur Bewerbung aufzufordern. Die Streitigkeiten um die Fächerranglisten, die in den ersten Jahren fast zum Scheitern dieser Verfahrensneuregelung geführt hätten, sind abgeklungen. Die „Stiftung Forschung“, die neben der „Stiftung Bildung“ die Ranglistenzusammenstellung im Hochschulbereich übernimmt, genießt seit ihrer Integration in den Verbund europäischer Forschungsbewertungseinrichtungen allgemeine Anerkennung.³¹ Die Zahl der Klagen von Forschern gegen ihre Einstufung ist in jüngster Zeit deutlich zurückgegangen, denn zu Beginn eines jeden Jahres lässt die Stiftung Forschung den Professoren ihre Rangplatzierung sowie die zugrunde liegenden Daten mit der Bitte um Überprüfung zukommen. So können Klassifizierungskonflikte frühzeitig verhindert werden. Weiterhin umstritten ist im Rat der Stiftung Forschung, welche Forschungsfelder als „Ranking-fähig“ angesehen werden, d.h. welche Subdisziplinen und Forschungsgebiete eigene Ranglisten erhalten. Die Tendenz zur Erhöhung der Anzahl der Ranglisten hält an.

Als vor kurzem bei einem schlicht gehaltenen Festakt das endgültige Ende der Habilitation begangen werden konnte, dominierte die Freude über die gelungene Neuordnung der Nachwuchsförderung - abgesehen von Protesten einer kleinen Gruppe „Humboldt heute“. Die Juniorprofessur ist zum Erfolgsmodell geworden: Schon frühzeitig entscheidet sich, wer die Hochschullehrerlaufbahn einschlägt. Zwar gibt es immer wieder Hinweise, dass Universitäten versuchen, Hausberufungen durchzusetzen oder ausländische Bewerber zu benachteiligen, doch schafft die Regulierungsbehörde mit ihrem wettbewerbspolitischen und Verbraucherschutzrechtlichen Instrumenten den erforderlichen Druck.³² Auf der anderen Seite gibt es fortgesetzte Klagen, inländische Bewerber hätten aufgrund

³¹ BMBF/Stiftung Forschung (Hrsg.): Mut zur Qualität. Deutschland braucht die besten Köpfe, Berlin 2007

³² Nationale Regulierungsbehörde Bildungsmarkt: Jahresbericht 2010, Berlin 2011

ihrer Voraussetzungen weniger Chancen als Bewerber aus den USA bzw. anderen EU-Staaten.³³

Wettbewerbe

Die Bildungsmarkt-Regulierungsbehörde, geschaffen im Rahmen des „Nationalen Bildungspaktes“, übernimmt heute wichtige Aufgaben in der Gestaltung des Wettbewerbes zwischen den Hochschulen.³⁴ Zum einen überprüft sie - nach Aufhebung der letzten Landesgebührenordnungen 2008 - die von den Hochschulen erhobenen Gebühren auf ihre Wettbewerbskonformität. Zum anderen sichert sie die Konformität der deutschen Hochschulentwicklung mit den Anforderungen des europäischen und internationalen Wettbewerbsrechts. Die GATS-Verhandlungen zur Dienstleistungsliberalisierung im Rahmen der World Trade Organization hatten ja bereits im Jahre 2006 ergeben, für Gesundheits- und Bildungseinrichtungen eine zwanzigjährige Übergangszeit zur Einführung vollständigen Freihandels vorzusehen – mit einer Festlegung von jährlich steigenden Quoten für ausländische Anbieter.³⁵ Gegenüber dem Vorjahr erhöhte sich 2011 die Auslandsquote um zwei Prozentpunkte auf jetzt 6 Prozent. Es wird allgemein erwartet, dass sich die Qualitätsanbieter Harvard und Chicago sowie der Massenanbieter Phoenix - nach der Übernahme durch ein Medienunternehmen nunmehr unter dem Namen Warner Education firmierend - den zusätzlichen Marktanteil sichern können. Die Wettbewerbsklagen der britischen Open University und die Sammelklage der australischen Universitäten wegen Wettbewerbsbehinderung sind nach dem Scheitern des Widerspruchsverfahrens bei der Bildungsmarkt-Regulierungsbehörde nun bei den ordentlichen Gerichten anhängig.

Bestrebungen, die Übergangsphase zur vollen Marktliberalisierung weiter zu strecken oder gar eine GATS-Revisionsrunde in Gang zu setzen, sind gescheitert. Stattdessen wird versucht, die Bildungsmarkt-Regulierungsbehörde gezielt zu beeinflussen und deren Demokratisierung

³³ Forderungen nach Quotierung weist EU-Kommissar Stig Ekman energisch zurück (siehe Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24. Oktober 2011).

³⁴ Volker Then: Die Bildungsmarkt-Regulierungsbehörde im Kontext des deutschen Verwaltungssystems, in: Die Verwaltung 42 (1) 2009, S. 34-61

³⁵ WTO: Sidney Ministerial Declaration, 20. Oktober 2006

zu fordern.³⁶ Durch das überraschende Engagement von Bertelsmann bei der Humboldt-Universität zu Berlin haben die Befürchtungen, dass der Prozess der Vermarktlichung zu weit gehen könnte, neuen Auftrieb erhalten. Selbst Skeptiker räumen ein, dass es gelungen sei, anfänglich auftretende negative Begleiterscheinungen der Privatisierung einzelner Bildungseinrichtungen³⁷ zu beseitigen. Zudem reagierte die Politik auf die Skandale um das Kuratorium einer Technischen Universität im Jahre 2008 mit einem überzeugenden Hochschul-Antikorruptionsgesetz, dessen strikte Regelungen international als vorbildlich gelten können.³⁸

Im Weiterbildungssektor konnten die Hochschulen gegenüber nicht-hochschulischen Anbietern weiter deutlich gewinnen, haben aber auch hier zunehmend Konkurrenz aus den angelsächsischen Ländern zu gewärtigen. Der verstärkte Einstieg der Universitäten in den Weiterbildungsmarkt erfolgte, als die Anrechenbarkeit von Weiterbildungsveranstaltungen auf das Lehrdeputat der Professorenschaft deren nachhaltiges Interesse weckte.³⁹ Verbunden mit dem monetären Anreiz der Beteiligung an den Veranstaltungsgebühren setzte eine auch als „Flucht in die Weiterbildung“⁴⁰ bezeichnete Bewegung ein. Nach anfänglichen Problemen, das grundständige Studium im gewohnten Umfang aufrechtzuerhalten, ist heute eine angemessene Verteilung zwischen BA-Lehre (ca. 50%), MA-Doktoranden/Postdoktoranden-Studium (ca. 20%) und Weiterbildung (30%) erreicht. Die Fortentwicklung des vormaligen Seniorenstudiums und des Gasthörerstatus zur Einrichtung des „Bildungsstudiums“⁴¹ hat den Hochschulen weitere Nachfrageschichten erschlossen, führte allerdings in einigen Orten zur Schließung der Volkshochschulen.

³⁶ Oskar Negt: Endlich Demokratie wagen, Köln 2009

³⁷ Ingrid Lohmann, Rainer Rilling (Hrsg.): Die verkaufte Bildung. Kritik und Kontroversen zur Kommerzialisierung von Schule, Weiterbildung, Erziehung und Wissenschaft, Opladen 2002

³⁸ Hochschulantikorruptionsgesetz in: Bundesgesetzblatt Nr. 30 vom 24. Juni 2008

³⁹ Rüdiger Vorwärts: „Weiter voran mit der Weiterbildung“, in: DUZ 12/2005, S. 18

⁴⁰ Jürgen Kaube: „Flucht in die Weiterbildung“ in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12. September 2006

⁴¹ Zur Einführung dieses Begriffs und der Geschichte des Seniorenstudiums vgl. Dietrich Schwanitz/Petra Gerster: Generationenvertrag Lernen. Wie wir die Bildungszukunft unserer Eltern sichern, Frankfurt a.M. 2008

Rationalisierungen

Heute stammen nur noch 70% der Einnahmen bundesdeutscher Hochschulen aus öffentlichen Mitteln. Neben Studiengebühren, Drittmitteln von privater Seite und Spenden/Sponsoring konnten nach Aufhebung der steuerrechtlichen Beschränkungen in der 2009 verabschiedeten zweiten Hochschulfinanzreform, die die Maßnahmen der ersten Finanzreform - eines Bestandteils des Nationalen Bildungspaktes - ergänzte, auch die Einnahmen aus wirtschaftlicher Betätigung (darunter Merchandising) entscheidend gesteigert werden.⁴²

Für den Ruf der deutschen Hochschulen zentral waren aber nicht allein diese finanziellen Verbesserungen. Die Internationalisierung der Studiengänge im Gefolge des Bologna-Prozesses führte zu einem grundlegenden Wandel im Lehrbetrieb. Eine Vielzahl neuer Studienfächer und Abschlüsse entstand, die Lehre wurde auf ausbildungs- und abschlussrelevante Themen konzentriert und in ihrer Gestaltung auf die Bedürfnisse der Studierenden ausgerichtet. Je Studienjahr werden Lehrberichte und Lehrveranstaltungsevaluationen vorgelegt. Begutachtungen von Studiengängen erfolgen im Drei-Jahres-Rhythmus. Lehr- und Forschungseinheiten werden im Rahmen von externen Forschungs- und Systemevaluationen bewertet. Die meisten Universitäten führen ein internes jährliches System einer alle Fächer, Studiengänge und Forschungszentren umfassenden Statusanalyse durch, um frühzeitig auf Fehlentwicklungen reagieren zu können.

Der Erfolg dieser systematischen Innovationspolitik in Lehre und Studium: Zwischen 2000 und 2006 konnten bereits weit über zweitausend neue BA/MA-Studiengänge akkreditiert werden, seitdem hat sich ihre Zahl verdreifacht. Heute existieren nur noch einige hundert Magister- und Diplomstudiengänge. Die Übergangsquote von BA-Absolventen zu MA-Studierenden liegt zur Zeit bei 33%, eine Zahl, die noch als zu hoch eingeschätzt wird.⁴³ Der Wechsel zu europäischen Studiengängen gestaltet sich zunehmend erfreulich, auch wenn die Verpflichtungen aus Bologna II, bis 2015 75% aller Studiengänge in europäische (Studium in drei Ländern der EU) Studiengänge umzuwandeln, noch nicht sicher erreicht werden können. Die Durchführung einer Wiederholungsstudie zum

⁴² Hochschulfinanzbericht 2011, Berlin 2012

⁴³ Hans-Olaf Henkel: Unentwegte Einmischungen, in: Berliner Zeitung, 23. Mai 2011

Kenntnisstand der deutschen Hochschulabsolventen (ATLANTIS II) ist zurzeit noch strittig.

Rücksichten

Ende des 20. Jahrhunderts waren vielerorts Einwände gegen die wettbewerbsgeprägte Zukunft des Hochschulsektors zu vernehmen. „Staatliche und öffentliche Bildungseinrichtungen sind, historisch betrachtet, ein transitorisches Phänomen. Da wo sie am längsten bestehen, sind sie kaum älter als zweihundert Jahre, und sehr viel älter werden sie wohl nicht werden“,⁴⁴ lautete eine pessimistische Prognose, überboten von antikapitalistischen Verschwörungstheorien, die nicht von einer Privatisierung und Liberalisierung sprachen, sondern von der „Kolonisierung des Bildungswesens“ durch das Kapital: „Besteht das Geheimnis der vielgepriesenen Wissensgesellschaft vielleicht gerade darin, dass mit ihr eine Zurichtung der Köpfe gemeint ist, die sie unweigerlich zur Selbstdarbietung gegenüber dem Kapital veranlasst?“⁴⁵

Differenziert argumentierte damals der ehemalige Bundesverfassungsrichter Paul Kirchhof und verwies auf das Spannungsverhältnis von Wissenschaft, Gesellschaft, Wirtschaft und Staat: Die Wissenschaft brauche Köpfe, Kapital und einen Kulturauftrag - Erkenntnis- und Wahrheitsuche entzögen sich gerade dem Nützlichkeitsgedanken.⁴⁶ Professoren trugen ihren Beharrungs-Optimismus vor, wenngleich in seiner verhaltenen Version: „Nun haben die Universitäten freilich schon vieles ausgesessen“.⁴⁷ Die meisten dieser skeptischen bis hyperkritischen Ansichten sind heute widerlegt, auch wenn es hier und da noch einzelne Vertreter dieser Positionen geben mag. Dagegen hat sich die frühe Diagnose des Liberalen Lord Ralf Dahrendorf bewahrheitet, dass die Universität zum „Warenhaus der Wissenschaft“ werde. Sein pragmatisches Credo: Die

⁴⁴ Lohmann/Rilling (Hrsg.), a.a.O., S. 104

⁴⁵ Ebenda, S. 297

⁴⁶ Siehe Frankfurter Rundschau, 21. März 2002

⁴⁷ Wolfgang Schieder: Bürokratie statt Demokratie, in: Süddeutsche Zeitung, 16. April 2002

Angst vor der Wirtschaft gehöre einem vergangenen ideologischen Zeitalter an.⁴⁸

⁴⁸ Frankfurter Rundschau, a.a.O.

Szenarien der Profilbildung im deutschen Hochschulsystem

Einige Vermutungen

Frank Meier
Uwe Schimank
Hagen

Profilbildung ist eines derjenigen Instrumente, denen in der gegenwärtigen hochschulpolitischen Reformdiskussion besonders viel zugetraut wird. Und das, obwohl – oder vielleicht weil? – nicht ganz klar ist, was überhaupt mit dem Begriff gemeint sein soll (Nickel 1998).

Klar zu sein scheinen hingegen die – natürlich positiven – Konsequenzen. Vor allem wird Profilbildung mit den Vorteilen von Diversifizierung auf der Ebene des Hochschulsystems in Verbindung gebracht. Diese soll dann ihrerseits positive Wirkungen auf die einzelnen Hochschulen haben (Brinckmann 1998: 178-191). Vorbild ist hier, wie so oft, das amerikanische System. Diversifizierung könnte demnach den zielorientierteren Einsatz von Ressourcen ermöglichen, z.B. durch Abbau von Doppelkapazitäten.¹ “Centers of excellence” ließen sich hervorbringen, die wiederum Ausstrahlung auf andere Bereiche hätten. So würden dann auch Vorteile des nationalen Innovationssystems im internationalen Konkurrenzkampf erzeugt. Schließlich würden an den einzelnen Hochschulen leistungshomogene Lernmilieus geschaffen, die günstige Voraussetzungen zur Entfaltung der Leistungsfähigkeit von Studierenden böten (Teichler 1999).

Es ist allerdings keinesfalls ausgemacht, dass Profilbildung zu einem diversifizierten Hochschulsystem und den damit verbundenen Vorteilen führt. Es lassen sich vielmehr, abhängig von zukünftigen Kontextbedingungen und auch den Strategien der Hochschulen, sehr unterschiedliche Entwicklungen denken. Im Folgenden seien drei Szenarien skizziert, denen eines gemein ist: das Verhältnis von Profilbildung der Hochschulen auf der einen und Homogenität bzw. Diversität des Hochschul-

¹ Nur etwas weniger euphemistisch kann man auch von Einsparpotentialen sprechen.

systems auf der anderen Seite stellt sich in ihnen anders dar, als es die programmatische Reformdiskussion gerne postuliert.

Szenario I: Profilbildung durch talk

Dem Beobachter von Hochschulen im Allgemeinen und dem deutschen Hochschulsystem im Besonderen drängt sich eine Vermutung mehr als jede andere auf: Wahrscheinlich wird auch Profilbildung an der Realität der Hochschulen nichts Substanzielles ändern. Die Trägheit und strukturelle Beharrungsfähigkeit von Hochschulorganisationen sind vielfach beschrieben worden. So klassifiziert ein wissenschaftlicher Beobachter Universitäten als "dumme Organisationen" (vgl. Willke 1998: 107 f.), während ein Hochschulrektor mit der polemisch gemeinten Zuspitzung provoziert, die deutschen Hochschulen unterschieden sich in ihrer Eigenschaft als staatliche Einrichtungen kaum von dem, was das Preußische Allgemeine Landrecht 1794 etabliert habe (Meyer 2000). Allerdings gelingt es den Hochschulen doch immer wieder, auf wechselnde Umwelterwartungen mit strukturellen Änderungen zu reagieren. Diese bleiben freilich oftmals auf die "Peripherie" beschränkt: Während die Aktivitätsstruktur, der "Kern", weitgehend unbeeinflusst bleibt, bildet die Formalstruktur (Meyer/Rowan 1977) bzw. der organisationale *talk* (Brunsson 1989) ebenso demonstrativ wie flexibel Konformität mit externen Erwartungen ab. Dass auch Profilbildung vornehmlich auf dieser Ebene ablaufen könnte, lassen die ersten Erfahrungen vermuten. Dabei können drei Phänomene unterschieden werden.

Das erste besteht darin, dass die Profile der Hochschulen ironischer Weise in weiten Teilen durch Gleichförmigkeit gekennzeichnet sind, weil sie sich an denselben Mythen von Rationalität und Effizienz im Hochschulbereich orientieren. Die sogenannten "Leitbilder", in denen inzwischen Hochschulen ihre Profile in kompakter und vorgeblich auch handlungsinstruktiver Form niederzulegen pflegen, sind in größeren Passagen oft nicht mehr als blumig ausgeschmückte Gemeinplätze. Da möge jeder vor seiner eigenen Tür kehren, illustrative Beispiele sind allerorten leicht zu finden.

Das zweite Phänomen, das einem im Zusammenhang mit Profilbildung immer wieder begegnet, besteht im kommunikativen Herausstreichen derjenigen Besonderheiten der eigenen Hochschule, die sowieso schon längst da sind. Man betreibt eben im besonderen Maße und mit be-

sonderen Erfolg Festkörperphysik, man hat besonders lebenserfahrene Studenten, man verfügt über besonders enge Kontakte zu finnischen Technologiekonzernen. All das kann man mitteilen und dabei suggerieren, diese Profilierungsansätze seien das Ergebnis einer mit langem Atem betriebenen strategischen Organisationsentwicklung.

Auch ein drittes Reaktionsmuster von Hochschulen ist sattsam bekannt: "Man richtet Stellen ein" (Krücken 2001: 340). Wer sich mit Ausgründungen aus Hochschulen hervortun will, schafft eine Existenzgründungsstelle. Wer glaubt, ein gemeinsames Logo zur markanten Außendarstellung zu brauchen, setzt auf ein Logo-Büro (sic!). Das solche Stellen nicht zwingend Konsequenzen für den Rest der Universität haben müssen, ist klar, aber immerhin kann man seine besonderen Bemühungen dokumentieren, und hat überdies eine Adresse, an die sich etwaige Beschwerden richten können.

Die genannten Phänomene sind kennzeichnend für die gegenwärtige Realität von Profilbildung, und zunächst spricht wenig dafür, dass sich daran zukünftig viel ändert. Allerdings sollte man sich darüber im Klaren sein, dass auch Profilbildung qua *talk* durchaus handfeste Konsequenzen für die Hochschulen haben kann, etwa indem der universitäre *talk* als eine Art selbsterfüllende Prophezeiung wirkt. Weil man durch eine bestimmte Außendarstellung eine bestimmte Klientel anspricht, motiviert man – nicht zuletzt durch die Stimulierung externer Erwartungen – eine Organisationsentwicklung, die dem eigenen Image entspricht. *Talk* kann *action* initiieren, substanzielle Profilbildung lässt sich zu einem gewissen Grad herbeireden.

Womöglich ist das überhaupt die einzige realistische Chance, in den verkrusteten Entscheidungsstrukturen der deutschen Hochschulen substanzielle Profilbildung voranzutreiben: indem die Hochschulleitung selektiv für bestimmte Besonderheiten, die sich warum auch immer historisch ergeben haben und einem nun profilierungswürdig erscheinen, das Interesse einflussreicher Bezugsakteure außerhalb der Hochschule schürt, auf dass diese Akteure sodann die Hochschulleitung so unter Druck setzen, dass sie nach innen zu reklamieren vermag, nun gar nicht mehr anders zu können, als diese Besonderheiten weiter zu fördern. Dieses Spiel über die Bande lässt sich mit dem Ministerium ebenso betreiben wie mit der Kommune oder mit großen Unternehmen. In gewissem Umfang mögen solche begrenzten Phänomene die interne Diversifizierung des Hochschulsystems verstärken. Die ambitionierten Erwartungen, die in der Re-

formdebatte mit Profilbildung verbunden werden, lassen sich so aber sicherlich nicht erfüllen.

Szenario II: Profilbildung und Nachahmung

Aber selbst wenn es – durch welche Maßnahmen auch immer – gelingen sollte, in den Hochschulen Profilbildung in einem substanziellen Sinne zu initiieren, folgte daraus noch nicht unbedingt ein in sich diversifizierteres Hochschulsystem, denn mutmaßlich ist Nachahmung auch auf dieser Ebene eine wichtige Strategie in der Entwicklung von Profilen. Das scheint zunächst überraschend, da man Profilbildung für gewöhnlich mit der Entwicklung von *Differenzen* zu anderen Hochschulen in Verbindung bringt. Dennoch spielen wohl mehrere Varianten der Nachahmung eine Rolle:

- Eine heißt: Kopieren der Erfolgreichen. Als erfolgreich beobachtete Hochschulen werden zum Vorbild genommen, und man versucht, es ihnen mit den – oftmals geringeren – eigenen Möglichkeiten nachzutun. Diese Variante setzt offensichtlich in der Regel eine bereits entwickelte vertikale Differenzierung (Teichler 1999) voraus und ist daher in dem durch weitgehende Homogenität gekennzeichneten deutschen Hochschulsystem zunächst nicht zu erwarten. Denkbar ist jedoch auch, dass die Vorbilder zunehmend global gesucht und etwa in den US-amerikanischen Forschungsuniversitäten gefunden werden. Dann bemüht man sich eben beispielsweise, wie ein deutscher Universitätspräsident sich öfters geäußert hat, aus der eigenen Hochschule “ein deutsches Harvard” zu machen.
- Auch die vielfältigen Erfahrungen mit binären Hochschulsystemen und dem Phänomen des “academic drift”, der Annäherung eines statusniedrigeren Hochschultyps an die statushöheren Universitäten also, lassen plausibel erscheinen, dass sich Hochschulen an Vorbildern orientieren. Dieser academic drift, der etwa in Großbritannien schließlich zur Gleichstellung der ehemaligen “polytechnics” mit den Universitäten geführt hat – Analoges ließe sich etwa aus Australien hinsichtlich der “colleges of advanced education” berichten – ist auch in Deutschland im Verhältnis der Fachhochschulen zu den Universitäten wirksam. Zu “universities of applied sciences”, also zum Status*anspruch* “ungleichartig, aber gleichrangig”, haben es die Fachhochschulen bereits gebracht.

- Eine dritte Variante des Nachahmens ist vermutlich für das deutsche Hochschulsystem noch wichtiger: Man kopiert Andere, die anders sind als Andere, in ihrem Anderssein. Man greift darauf zurück, was vorrätig ist an Vorbildern für Andersartigkeit. Das jedenfalls ist die typische Strategie von Individuen, mit dem Zwang zum Individualismus umzugehen: “Wenn die Erwartungsstruktur für Individuen Einzigartigkeit vorsieht und wenn Individuen in der Introspektion diese nicht entdecken können, bleibt nur der Rückgriff auf einen sozialen Vorrat an Mustern für Individualität” (Stichweh 2000: 255). Analoges könnte auch für Hochschulen gelten – und zwar insbesondere immer dann, wenn noch gar nicht erkennbar ist, was erfolgreich sein könnte. Dann bilden sich oftmals “bandwagon”-Effekte, nacheinander springen immer mehr Hochschulen auf einen Zug, etwa ein bestimmtes Modethema wie gender studies – denn keiner will sich im nachhinein sagen müssen oder vorwerfen lassen, etwas Erfolgreiches verpasst zu haben. Diese Variante veranschaulicht, was für institutionelle Prozesse der Strukturangleichung grundsätzlich gilt: Es handelt sich um prinzipiell unabgeschlossene Vorgänge. Immer wieder tauchen neue Trendsetter und mit ihnen neue Trends auf, es gibt keinen Endzustand totaler Strukturgleichheit – Profilbildung als *perpetuum mobile*.

Generell lässt sich mit Ulrich Teichler formulieren: "Offenkundig fällt es in fast allen Ländern der Welt den Hochschulen nicht leicht, auf ihre substantziellen Besonderheiten so stolz zu sein, daß dadurch der Wunsch nach Imitation im Zaum gehalten wird" (Teichler 1999: 37).

Entsprechende Erfahrungen sind auch in den Niederlanden trotz gezielter Anstrengungen, Profilbildung voranzutreiben und Detailregulierung abzubauen, gemacht worden. Dort wurde Ende der achtziger Jahre eine neues “dialogisches” Planungssystem eingeführt, dessen Ziel es unter anderem war, den Hochschulen institutionelle Profilierung zu ermöglichen und so letztlich die Diversifikation des niederländischen Hochschulsystems zu erhöhen. Dies gelang allerdings nicht, im Gegenteil haben sich die Forschungs- und Lehrprogramme sowie die organisationalen Strukturen der Hochschulen einander angenähert. Bestehende Differenzen wurden zwar zum Teil kontiniert, Innovationen scheinen aber grundsätzlich in Richtung auf Homogenisierung zu verlaufen (Maassen/Potman 1990). All dies lässt vermuten, dass Profilbildung auch in Deutschland nicht zur gewünschten Diversifizierung führen wird. Allerdings verändert sich wohl der primäre Mechanismus der Strukturanglei-

chung von Isomorphismus durch Zwang zu Isomorphismus durch Nachahmung (DiMaggio/Powell 1983). Dies gilt natürlich umso mehr, je entschiedener die staatliche Seite ihre Ankündigungen wahr macht und zunehmend auf detaillierte Regulierung verzichtet.

Wenn man nun Angleichungsprozesse diagnostiziert, lassen sich dann über alle verbleibenden Differenzen hinweg, und die beschriebene Dynamik von Isomorphismen in Rechnung stellend, grundlegende institutionelle Eigenschaften der Hochschulen von morgen benennen? Wir wollen hierzu einige begründete Vermutungen anstellen.

Zunächst wird die Hochschule der Zukunft in der Regel eine Volluniversität sein.² Dafür spricht vor allem, dass strukturelle Angleichung im Wesentlichen durch Expansion – und eben nicht Einschränkung! – des organisationalen Zielbündels erfolgt.³ In Zeiten knapper Kasse mag eine solche Expansion mit Einsparungen an anderer Stelle erkaufte sein, diese erfolgen aber für gewöhnlich einigermaßen opportunistisch und nur bedingt in Richtung auf ein Profil.

Weiterhin wird auch fürderhin das humboldtsche Universitätsideal von Relevanz sein. Trotz gegenteiliger Behauptungen eines ehemaligen Zukunftsministers erfreut es sich unverändert äußerster Lebendigkeit (Krücken 1999). Zudem wird es gerade von den zur Zeit angesagtesten Trendsettern, den führenden amerikanischen Forschungsuniversitäten, hochgehalten. In Verbindung mit dem erstgenannten Argument spricht dies gegen eine Spezialisierung auf Forschung oder Lehre.

Schließlich wird die Hochschule von morgen durch wechselnde Modethemen geprägt sein. Welche das im Einzelfall sein mögen, ist natürlich schwer vorherzusagen. Dass so manche Hochschule noch lange an den *sunk costs* verflüssener Moden, die nun nicht wieder abgebaut werden können, zu tragen haben wird, scheint hingegen ein ziemlich sicherer Tipp.

Trotz aller Angleichungstendenzen wird natürlich von den Hochschulen erwartet – und inzwischen erwarten sie das ja wohl auch von sich selbst – im Rahmen von Profilbildung tatsächlich Besonderheit zu entwickeln und Differenzen herauszuarbeiten. Wie gehen sie bisher damit um?

² Das schließt nicht aus, dass einige besonders profitable Lehrsegmente durch – private – Spezialhochschulen dominiert werden.

³ Hochschulen entsprechen – nicht nur – in dieser Hinsicht weitgehend dem brunssonschen Idealtypus der "politischen Organisation" (Brunsson 1989).

Wir haben oben schon vermutet, dass sich Hochschulen, wenn sie in der Introspektion keine Einzigartigkeit vorfinden, auf gesellschaftlich vorrätiger Muster der "Individualität" bedienen. Was entdecken Hochschulen in der Introspektion, und auf welches Muster der Einzigartigkeit könnten sie zurückgreifen? Natürlich finden die Hochschulen, wenn sie in sich blicken, die schon oben genannten, ungeplant entstandenen Besonderheiten. Diese beziehen sich aber im Wesentlichen auf einzelne Fakultäten, einzelne Fachbereiche, einzelne Studiengänge, einzelne Lehrstühle. Ein kohärentes Profil der Hochschule ergibt das in der Regel nicht. In dieser Situation scheint sich ein dominantes Muster herauszuschälen, um dennoch so etwas wie eine spezifische, einzigartige Identität für die Gesamtorganisation zu konstruieren: Die Hochschulen suchen Besonderheit in ihrer internen Differenzierung, nicht im Vergleich mit anderen. Die Einzigartigkeit der Hochschule besteht dann in den kleinen Eigenarten der Fachbereiche, der Rest ist Kombinatorik. So konstruieren Hochschulen ihre Andersartigkeit, und darin gleichen sie sich. Während sich im Ergebnis auf der Ebene der Hochschulen Homogenität abzeichnet – alle sind Volluniversitäten mit einer unzusammenhängenden Liste von Besonderheiten der Fachbereiche – verschiebt sich das Diversitätsproblem auf die "Mikroebene".

Diese Form der Konstruktion von Besonderheit ist einigermaßen neu. Weniger gilt das für die Frage der spezifischen Fächerkombination, damit ließ sich schon lange Außendarstellung betreiben. Es gilt aber für die Differenzen zwischen den Fachbereichen verschiedener Hochschulen. Natürlich wussten die, die es anging, immer schon, dass beispielsweise die Soziologie in Heidelberg ein markant anderes Profil als die Kölner Schule aufweist oder die Dortmunder Informatik andere Schwerpunkte setzt als die Saarbrücker. Aber offiziell deklariert und offen kultivierbar war das eben nicht, weil man nach der herrschenden Ideologie der Kultusministerkonferenz ein Fach überall, wo es angeboten wird, mit gleichen Inhalten und gleichwertig studieren könne.

Szenario III: "Mikroprofile"

Welche Konsequenzen lassen sich daraus für zukünftige Profilierungsbestrebungen ziehen? Oder anders gefragt: Wie sieht unter den genannten Bedingungen eine gleichermaßen realistische wie wünschbare Form der Profilbildung aus?

Wenn man das Diversitätsproblem von der Hochschul- auf die "Mikroebene" der Fachbereiche und Fakultäten verschiebt, wird eine Unterstellung erkennbar, die wir im Einklang mit den Debatten über Profilbildung (z.B. Teichler 1999) bis jetzt gemacht haben: dass sich eine Hochschule als Ganze ein konturiertes Profil zuzulegen habe. Ist aber – die grundsätzliche Sinnfälligkeit von Profilbildung einmal vorausgesetzt – wirklich zwingend, dass eine Hochschule ein "Makroprofil" besitzt, oder ist dieses nicht vielleicht sogar abträglich für das, was hochschulpolitisch erreicht werden soll?

Man könnte dem vorherrschenden Konzept des "Makroprofils" das einer organisatorischen "patchwork-Identität"⁴ entgegensetzen. Eine Hochschule stellte sich dann als Ganze als buntes Bild vieler je für sich klar konturierter "Mikroprofile" dar – ohne erkennbares "Makroprofil". Diese "Mikroprofile" würden dezentral erarbeitet – mal auf der Ebene eines Fachbereichs, mal auch nur auf der Ebene eines Instituts oder eines Lehrstuhls. Dieses Modell wäre mit zentralen Elementen des "new public management" vereinbar. Neben Konkurrenzintensivierung erforderte es geradezu Deregulierung, also den möglichst weitgehenden Abbau staatlicher Detailvorschriften für den Personal- und Finanzmitteleinsatz sowie für die Gestaltung von Studiengängen. Entgegen dem ersten Augenschein setzt eine Hochschule mit "patchwork-Identität" auch starke Leitungsfiguren voraus. Die Hochschulleitung hätte zum einen die dezentralen Einheiten bei ihrer Profilbildung nicht nur gewähren zu lassen, sondern aktiv zu unterstützen – nicht zuletzt gegen gleichmacherische Tendenzen der Selbstverwaltung, etwa bei der Ressourcenverteilung. Zum anderen müsste die Leitung eine umsichtige übergreifende Strategie der organisatorischen Risikosteuerung betreiben und zumindest in dieser Hinsicht die "patchwork-Identität" so wie der Manager eines Aktienfonds gestalten. Risikosteuerung beruht übrigens gerade darauf, dass kein eindeutiges "Makroprofil" besteht. Denn wenn sich etwa eine ganze Hochschule als grundlagentheoretisch ausgerichtete "research university" ohne Anwendungsbezüge der Forschung und ohne größeren Lehrbetrieb profiliert, kann diese Einseitigkeit sehr gefährlich werden, wenn die staatliche Finanzierung der Grundlagenforschung zurückgefahren wird. Die Hochschulleitung hätte also die dezentralen Profilierungsbestrebungen inso-

⁴ Für Personen in zeitgenössischen Gesellschaften wird dies als adäquate Form der individuellen Profilbildung diskutiert (z.B. Hitzler 1996).

weit zu kanalisieren, dass eine “gesunde Mischung” unterschiedlichster Profilausrichtungen zusammenkäme.

Als Ganzes profillos, doch in jeder Einheit profiliert und leistungsfähig: Das wäre das Gegenmodell zur vorherrschenden Idee eines ganzheitlichen Hochschulprofils. Hochschulen wäre dann nach wie vor “Gemischtwarenläden” (Schimank 2001) – aber eben nicht mehr solche, die in ihrem Sortiment jede Menge Ramsch anbieten, sondern im Idealfall “Gemischtwarenläden”, die für jedes ihrer Produkte ein Gütesiegel vorweisen können. Das Gesamtbild der “Mikroprofile” wäre freilich, abgesehen vom Aspekt der Risikostreuung, völlig beliebig; kein substantielles Band hielte die Teile des Ganzen zusammen.

Schluss

In der Sozialwelt sind Prognosen, sobald sie öffentlich bekannt werden, unweigerlich Teil der prognostizierten sozialen Dynamik – und dies kann und sollte man wissen. Prognosen werden dann entweder zu sich selbst erfüllenden oder zu sich selbst widerlegenden Prophezeiungen. Letzteres nennt man Warnungen (Clausen/Dombrowsky 1984), ersteres sind herbeigeredete Hoffnungen. Wenn dieser Beitrag von vielen heutigen und zukünftigen hochschulischen Entscheidungsträgern so gelesen werden würde, dass sich das erste Szenario selbst wiederlegt und sich das dritte Szenario selbst erfüllt, könnten wir mehr als zufrieden sein.

Literatur

- Brinckmann, Hans (1998): Die neue Freiheit der Universität. Operative Autonomie für Lehre und Forschung an Hochschulen. Berlin: edition sigma.
- Brunsson, Nils (1989): The Organization of Hypocrisy. Chichester: Wiley.
- Clausen, Lars/Wolf Dombrowsky (1984): Warnpraxis und Warnlogik. In: Zeitschrift für Soziologie 13, 293-307.
- DiMaggio, Paul J./Walter W. Powell (1983): The Iron Cage Revisited. In: American Sociological Review 48, 147-160.
- Hitzler, Ronald (1996): Die Bastel-Existenz. In: Psychologie Heute 23, H. 7, 30-35.
- Krücken, Georg (Hrsg.) (1999): Jenseits von Einsamkeit und Freiheit. Institutioneller Wandel von Universitäten. Eine Untersuchung zum Wissens- und Technologietransfer an den Universitäten des Landes Nordrhein-Westfalen. Projektbericht. Bielefeld: Fakultät für Soziologie. Elektronisch verfügbar unter: www.uni-bielefeld.de/kruecken.lfg.

- Krücken, Georg (2001): Wissenschaft im Wandel? Gegenwart und Zukunft der Forschung an deutschen Hochschulen. In: Uwe Schimank/Erhard Stöling (Hrsg.): Die Krise der Universitäten. Leviathan Sonderheft 20/2001. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 326-345.
- Maassen, Peter A.M./Henry P. Potman (1990): Strategic Decision Making in Higher Education. An Analysis of the New Planning System in Dutch Higher Education. In: Higher Education 20, 393-410.
- Meyer, Hans (2000): Was ist Autonomie – und warum brauchen wir sie? In: Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft: Reform Universitäten. Leistungsfähigkeit durch Eigenverantwortung. Essen, 56-61.
- Meyer, John W./Brian Rowan (1977): Institutionalized Organizations: Formal Structures as Myth and Ceremony. In: American Journal of Sociology 83, 340–363.
- Nickel, Sigrun (1998): Profilbildung oder Profilneurose? Ein Erfahrungsbericht über die Leitbild- und Organisationsentwicklung an Hochschulen. In: Christine Roloff (Hrsg.): Reformpotential an Hochschulen. Frauen als Akteurinnen im Hochschulreformprozess. Berlin: Edition Sigma, 193-213.
- Schimank, Uwe (2001): Festgefahrene Gemischtwarenläden – Die deutschen Hochschulen als erfolgreich scheiternde Organisationen. In: Erhard Stöling/Uwe Schimank (Hrsg.): Die Krise der Universitäten. Leviathan Sonderheft 20/2001. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 223-242.
- Stichweh, Rudolf (2000): Die Weltgesellschaft. Soziologische Analysen. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Teichler, Ulrich (1999): Profilierungspfade der Hochschulen im internationalen Vergleich. In: Jan-Hendrik Olbertz/Peer Pasternack (Hrsg.): Profilbildung – Standards – Selbststeuerung. Ein Dialog zwischen Hochschulforschung und Reformpraxis. Weinheim: Deutscher Studien Verlag, 27-38.
- Wilke, Helmut (1997): Dumme Universitäten, intelligente Parlamente. In: Ralph Grossmann (Hrsg.): Wie wird Wissen wirksam? iff-texte, Bd. 1, Wien/New York: Springer, 107-110.

Der systemische Umbau der Universität Hamburg

Rückblick und Vision

Margret Bülow-Schramm
Hamburg

Wie sind die Reformen der letzten Jahre an der Universität Hamburg zu beurteilen und wie sollte sich die Universität die nächsten Jahren entwickeln? Diesen beiden Fragen soll im Folgenden nachgegangen werden. Den empirischen Hintergrund der Überlegungen bildet

das Projekt Universitätsentwicklung (ProUni) an der Universität Hamburg. Das Projekt wurde für eine Dauer von fünf Jahren von der Volkswagen-Stiftung im Programm „Leistungsfähigkeit durch Eigenverantwortung“ gefördert. ProUni nahm 1996, ein Jahr nach der Haushaltsglobalisierung, seine Arbeit auf mit einem universitätsweiten beteiligungsorientierten Prozess. Am Anfang stand die Einigung auf ein Leitbild und darin als erste Operationalisierung des Selbstverständnisses die Nennung von sechs Entwicklungszielen, zu denen sowohl die Qualitätssicherung als auch die Offenheit des Zugangs zu Bildung und Wissenschaft gehören (Leitbild-Teilprojekt 1). Zeitlich versetzt wurde die Reorganisation der Verwaltung in Angriff genommen und schluckte bald einen Großteil der Ressourcen (Teilprojekt 3). Das Teilprojekt 4 (Aufbau eines Berichts- und Controllingsystems) ist in der Einführung von SAP R/3 Campuslösung aufgegangen. Im Teilprojekt 2 stand die Stärkung der Fachbereiche über die Einführung einer neuen Leitungsstruktur im Mittelpunkt; Fachbereichsvorstände waren die zentralen Ansprechpartner für weitergehende Reformen der Fachbereiche, die in der zweiten Phase des Projekts über Zielvereinbarungen abgesichert wurden.

ProUni hatte die Aufgabe, ein Gesamtkonzept mit strukturellen Folgen umzusetzen. Vorausgegangen waren an der Universität Hamburg nicht nur die Haushaltsglobalisierung, sondern auch die Ausweitung der Lehrevaluation zu einem Instrument der Qualitätssicherung. Die in diesem Kontext aufgeworfenen Fragen (Ist Bildung ein Produkt? Was bringt

diese Sichtweise für die Universität und ihre Mitglieder? Soll die Universität stromlinienförmig an ökonomischen Effizienzüberlegungen ausgerichtet werden?) haben die Initiativen von ProUni zum Wandel der Organisationsstruktur bis zum Ende begleitet.

Das betriebswirtschaftliche Vokabular des Reformprojekts verhiess für viele künftige Ansprechpartner in der Universität nichts Gutes: Qualitätssicherung erfordert Qualitätsmanagement, Wettbewerb und Profilbildung und die Einführung der dazu notwendigen Instrumente: Kostenrechnung, Controlling, Globalhaushalte. Vieles war schon angepackt und ProUni sollte die verstreuten Modernisierungsbaustellen konzeptionell zusammenführen und „rund“ oder systemisch machen. So hat ProUni nicht bei Null angefangen und nicht auf einer Tabula rasa. Es hatte die positiven und negativen Erfahrungen mit den Vorläufern als Hypothek.

Wollen wir mit diesem Rückblick Bilanz ziehen, interessieren die Erfolge. Wollen wir aus dem Vergangenen für die Zukunft lernen, interessieren die Widerstände gegen die Reformstrategien und das Rasonnieren darüber, warum wir nicht weiter gekommen sind. Rückblick und Vision sind deshalb auf zwei Punkte komprimiert:

- Welche Veränderungen hat ProUni in dem Ausschnitt der Leitbildorientierung und den darauf fußenden Zielvereinbarungen gebracht?
- Wie es hätte kommen sollen: eine Vision?

Abschließend soll nach dem Widerständen gegen eine umfassende, systemische Veränderung an Universitäten gefragt werden.

1. Welche Veränderungen wurden durch Zielvereinbarungen und Leitbildentwicklung bewirkt?

Nach einem langen Auseinandersetzungsprozess mit den Mitgliedern der Universität hat die Universität Hamburg im Jahr 1998 ein Leitbild verabschiedet. 2002 sind die Diskussionen über das Leitbild verstummt. Es ist in elektronischer und in Papier-Form präsent, wird aber eher selten zu konkreten Entscheidungen über die Entwicklungsrichtung der Universität herangezogen.

1999 wurden Zielvereinbarungen als Instrument der Universitätsentwicklung auf einer Klausurtagung auf die Tagesordnung gesetzt. Daraufhin wurden bis zum Jahr 2001 mit elf von 17 Fachbereichen (ohne Medizin) Zielvereinbarungen geschlossen.

Seit 2002 stagniert der Abschluss von Zielvereinbarungen, weil Belohnungen relevanter Art ausbleiben und die Nichterfüllung von vereinbarten Projekten nicht sanktioniert wird. Den Fachbereichen erscheinen die vereinbarten Zielprojekte entweder zu kleinteilig, um darauf ein Arbeitsprogramm für die gesamte Universität aufzubauen, oder nicht mehr aktuell. Ferner ist ein Trend festzustellen, dass sich die Fachbereiche im Rahmen der Vereinbarungen fast ausschließlich auf ihre eigenen Stärken beziehen, ohne die Gesamtentwicklung der Universität zur Richtschnur zu nehmen.

Wenn wir rückblickend fragen, welche Fortschritte durch Zielvereinbarungen abgesichert wurden, so sind vor allem anderen folgende Highlights zu nennen:

- Für Studierende ist das Beratungsangebot dort, wo Lernen und Studieren stattfindet, erweitert worden. Es gibt auf Fachbereichsebene Studierendenzentren in drei Fachbereichen, in einem Fachbereich ist die Verstetigung gescheitert. ProUni hat in allen Fällen Anschubfinanzierung und Konzeptentwicklung geleistet.
- Für Studierende sind die Optionen fürs Studium erweitert worden. Es gibt in 7 Fachbereichen gestufte Studiengänge oder beschlussfähige Studienordnungen.
- Auslandsstudien sind durch Leistungspunkte für einzelne Veranstaltungen gemäß ECTS erleichtert worden. Darüber hinausgehende Creditpunktsysteme werden universitätsweit diskutiert, in einem Fachbereich sind sie bereits auch verwirklicht worden.
- Die Fachbereichsleitungen haben Unterstützung für die Bildung von Fachbereichsvorständen bekommen, in drei Fachbereichen gibt es bereits über mehrere Amtsperioden Dekanatsteams mit wechselnder Besetzung.
- Ein Qualifizierungsangebot für die Führungsebene der Fachbereiche wurde realisiert und wiederholt mit großer Resonanz durchgeführt.
- Die Fachbereichsverwaltungsstruktur wurde und wird exemplarisch reformiert, mit zeitlichem Lag zur Reorganisation der Zentralverwaltung und gerade rechtzeitig, um nicht die Fachbereichsverwaltungen unter der Last der neuen Aufgaben zusammenbrechen zu lassen.
- Die Universität tritt verstärkt in die Öffentlichkeit mit einem neuen Corporate Design, das auf Fachbereichsebene entsprechend umgesetzt wird, und dem Aufbau von Alumnibeziehungen sowohl auf zentraler wie auf dezentraler Ebene.

2. Wie es hätte kommen sollen: eine Vision

2002 nach erfolgreicher Beendigung von ProUni greifen die Entwicklungen an den verschiedenen Ecken der Universität ineinander und sind aufeinanderbezogen über die gemeinsame Klammer des Leitbildes, das auch nach seiner Verabschiedung für lebhaftere Diskussionen über Gehalt und Wirksamkeit sorgt. Anlass zu Fragen und Kritik gibt immer wieder die Spannung zwischen Allgemeinem und Besonderem, zwischen Betroffenheit und Handlungsorientierung. Die Grundsätze sind notwendig allgemein, da sie für alle Untergliederungen der Universität Geltung haben sollen. Und so klingt auch die allgemeine Formulierung der Aufgaben der Universität - angefangen bei der Trias Lehre, Forschung, Bildung - unverbindlich, wenn sie 18 Fachbereiche gleichermaßen treffen und betreffen soll: die Natur- und Geisteswissenschaften, die Sozial-, Wirtschafts- und Erziehungswissenschaften, Jura und Mathematik, Theologie, Informatik und die senatsunmittelbaren Einrichtungen ebenso wie die Verwaltungseinheiten.

Das Leitbild ist für eine große Universität gedacht und wurde nicht per Dekret entschieden: Viele haben sich an den Formulierungen beteiligt und der Entstehungsprozess hat 1 ½ Jahre gedauert. Allen Führungskräften ist bewusst, dass es einerseits darauf ankommt, die fixierten Formulierungen nicht zur Lebllosigkeit erstarren zu lassen. Andererseits darf die Flexibilisierung nicht soweit gehen, dass das Leitbild beliebig durch Ziele erweitert wird, die gerade plausibel erscheinen. Hierauf achten insbesondere die Dekane beim Abschluss von Zielvereinbarungen für ihren Fachbereich, in denen das Leitbild bereichsspezifisch interpretiert und operationalisiert wird. Zwischen den Fachbereichen ist ein Wettbewerb entstanden um eine Profilschärfung im Sinne der sechs Entwicklungsziele. Dazu finden Strategietage auf Fachbereichsebene statt, zu denen alle Fachbereichsmitglieder Zugang haben. Insbesondere Studierende nutzen diese Foren, um ihre inhaltlichen und organisatorischen Anforderungen ans Studium wirkungsvoll zur Diskussion zu stellen. Auf den Strategietagen werden sowohl der Erfolg der in Angriff genommenen Projekte wie die Entwicklung neuer Impulse analysiert und bewertet und in Vorschläge für die Fortschreibung der Zielvereinbarung gegossen. Den Dekanen und insbesondere den Dekaneteams, die immer weitere Verbreitung finden, dienen diese Strategietage zugleich zur Festlegung eines Arbeitsprogramms für ihre Amtsperiode, für das sie verantwortlich zeichnen, dessen

Erfüllung sie aber an andere Fachbereichsmitglieder delegieren. Antriebsfeder ist das Prestige des Fachbereichs und der Wunsch, eine herausragende Rolle nicht nur in der Scientific Community zu spielen, sondern auch in den Verhandlungen mit der Behörde über neue Ziel- und Leistungsvereinbarungen zwischen Universität und Senat.

Darüber hinaus hat der Akademische Senat für alle sechs Entwicklungsziele des Leitbildes fachbereichsübergreifende Empfehlungen zur Zielerfüllung verabschiedet, die das Profil der Universität Hamburg nach innen und außen konturieren. Diese Empfehlungen werden in den Zielvereinbarungen in fächerspezifischer Weise aufgegriffen und konkretisiert, so dass Zielvereinbarungen flächendeckend die Erreichung von Projekten in allen Aufgabenbereichen der Universität unter Angabe von Teilzielen, den Kostenbedarfen und der Finanzierungsquelle regeln. Finanzierungsquellen sind erstens – wenn auch in geringem Umfang - zusätzliche Mittel des Präsidiums, zweitens der Gewinn von Ressourcen durch Eigeneinnahmen der Fachbereiche und drittens überwiegend einvernehmliche Umschichtungen der Haushaltsmittel, um neue Schwerpunktsetzungen in Forschung und Lehre orientiert an den Entwicklungszielen des Leitbildes zu ermöglichen. Die Zielerreichung ist zeitlich fixiert mit der Angabe von Zwischenschritten bis zur Erreichung des Abschlussresultates. Die Zielüberprüfung ist unbürokratisch geregelt und den Verhandlungen zwischen den Vertragspartnern anheim gestellt.

Zielvereinbarungen sind zwischen den verschiedenen Arbeitsebenen der übliche Weg, Neuerungen zu perpetuieren. Sie haben sich insbesondere im Wissenschaftsbereich bewährt und haben auch ihren Platz zwischen Fachbereichen und Instituten und Instituten und Mitgliedern bis zu Kontrakten zwischen Lehrenden und Studierenden. Die Zielvereinbarungen gelten auf Wunsch der Studierenden auch in Prüfungsgesprächen. Die Kontrakte sind hochschulöffentlich, um den Entwicklungsprozess transparent und der allgemeinen Beurteilung zugänglich zu machen

Die zentralen Themen der Zielvereinbarungen zwischen Fachbereichen und Universitätsleitung sind in einem leitbildorientierten Arbeitsprogramm der Universität zusammengefasst und gerahmt, das zur Grundlage der Verhandlungen mit der Behörde für Wissenschaft und Forschung bei der Fortschreibung der Ziel- und Leistungsvereinbarungen dient. Damit ist ein Gegenstromverfahren etabliert, das die Stellung des Präsidenten der Universität stärkt, nicht indem er eine monokratische Position einnimmt und alleiniger Verhandlungspartner des Senats für

Wissenschaft und Forschung ist, sondern dadurch, dass er die Fachbereiche mit ihren dokumentierten Entwicklungsvorhaben repräsentieren kann und sie hinter sich weiß.

Im Wechselspiel zwischen der Abteilung Universitätsentwicklung in der Zentralverwaltung und dem Institut für strategische und systemische Universitätsentwicklung (ISSUE) (vgl. Abschlussbericht des Projekts Universitätsentwicklung 2001: S. 197), einer zentralen wissenschaftlichen Einrichtung der Universität, werden sowohl die neuen Wege zur Hochschulerneuerung wissenschaftlich begleitet wie Impulse für die weitere Entwicklung, z. B. auf der Grundlage von benchmarking, in die Universität eingespeist.

Die Förderung der Kommunikation zwischen Wissenschaft und Verwaltung und der interkulturellen Kommunikation, der Aufbau interdisziplinärer Arbeitszusammenhänge sind neben der Hochschulentwicklung im engeren Sinne Aufgabenfelder des ISSUE. Sie werden in Forschung und Lehre traktiert und bilden einen Teil der Personalentwicklung des wissenschaftlichen Personals, die in Kooperation mit der zentralen Abteilung Personal und Organisation und mit je nach Themenstellung wechselnden Kooperanten aus den Fachbereichen organisiert ist. ISSUE ist im Übrigen auch beratend für andere Hochschulen tätig.

3. Was wissen wir heute über Widerstände gegen eine umfassende, systemische Veränderung?

Der Beginn von ProUni stand in gewisser Hinsicht unter einem guten Stern: Studierende forderten die Selbstbesinnung der Universität auf ihren Auftrag und eine offensive Bestimmung ihrer Zielsetzungen, um ein Gegengewicht gegen die Außenbestimmung der Universität zu schaffen. Außerdem verlangten Sie, dass die universitäre Autonomie verantwortungsbewusst wahrgenommen werden sollte. Der akademische Senat griff diese Initiative auf und der Projektleiter von ProUni, zugleich Präsident der Universität und Vorsitzender des Akademischen Senats, verknüpfte die Zieldiskussionen mit dem Teilprojekt 1, Entwicklung und Erprobung inneruniversitärer Zielvereinbarungen. Auf diese Weise war ProUni integriert in die bestehende Gremienstruktur der Universität und die aktuellen Diskussionen. Dies war die im Nachhinein entscheidende Bedingung für das Gelingen eines Leitbildentwurfs, der auf der intensiven hochschulweiten Debatte über universitäre Entwicklungsziele aufsetzen konnte. Den-

noch tat sich hier schon der das Projekt bis zum Ende begleitende Widerspruch auf: die Studierenden betonten - in diesem Falle im Einklang mit ProUni und dem Präsidenten der Universität - die gesamtuniversitäre Ebene. Die Fachbereiche sahen hierin eine Chimäre und stellten in Frage, ob es überhaupt eine handlungsrelevante Ebene oberhalb der Fachbereiche gäbe. Diese Position hatte eine Stärkung erfahren durch die ein Jahr vor Beginn von ProUni stattgefundene Globalisierung des Universitätshaushalts, in deren Zuge die Mittel restlos auf die Fachbereiche aufgeteilt worden waren. Diese umfassende Dezentralisierung schien durch jede Betonung einer gesamtuniversitären Ebene wieder gefährdet. So wurden zwar Impulse zur Stärkung der Fachbereiche je nach deren Bedürfnislage aufgegriffen, die Rückkoppelung an eine über die Fachbereichsebene hinausgehende Zielsetzung aber höchstens formal hingenommen. Ich glaube mich in Übereinstimmung mit Luhmann, wenn ich hierin die Grundschwierigkeit für eine systemische Entwicklung der Universität sehe. Die Einführung scharfer Praktiken in die Auseinandersetzung zwischen den universitären Gruppen, das *Wabuwabu*, beginnt nach Luhmann mit „der Zerstörung der Legende, von der die andere Seite ausgeht – der Legende des Einklangs mit der Institution, mit den Gesamtzielen der Universität, mit der gemeinsamen Sache. Das *Wabuwabu* beginnt, wenn diese Darstellung nicht mehr angenommen, auch nicht mehr taktvoll-konzilient honoriert, sondern offen (für Dritte sichtbar) diskreditiert wird. Die Identifikation eines Teils (auch oder gerade wenn es das Präsidium ist, d.V.) mit dem Ganzen wird als Anmaßung von Herrschaft entlarvt.“ (Luhmann 1992, S. 36) Die Vision in Punkt 2, die durchaus der Logik des umfassenden Konzepts einer Universitätsentwicklung entspricht, wie sie mit ProUni angestrebt war, hatte also spätestens nach der ersten öffentlichen Kritik an dem Unterfangen eines gesamtuniversitären Leitbildes, die auf einem *Dies Academicus* 1997 von einem Dekan geäußert wurde, mit dem Widerstand der Fachbereichsleitungen zu rechnen.

Wenn auch die scharfen Praktiken nur ausnahmsweise die Form des offenen Widerstands annahmen, so wirkten doch die Eigenarten der universitären Organisation beständig so, dass punktuelle Erfolge bei kleinstem Nachlassen der reformerischen Kräfte von ProUni in den alten Strukturen und verfestigten Handlungsmustern zu versanden drohten.

Zu diesen Eigenarten gehört z. B. die Neigung zu „talk“ und das Vermeiden von „action“ (Brunsson 1989, Hanft 2000, Bülow-Schramm 2002):

Im Wissenschaftsbereich gilt eine andere Entscheidungsrationali-tät als in Organisationen mit Unternehmenscharakter. Die Reflexion des Für und Wider einer Entscheidung ersetzt oftmals die Entscheidung selber, Beschlussvorlagen nehmen lange Wege, um alle relevanten Institutionen, die oftmals Einzelpersonen sind, zu beteiligen. Möglichst viele Entscheidungsalternativen mit all deren Konsequenzen werden bedacht und die Frage nach den Umsetzungsmöglichkeiten einer akzeptablen Alternative weit weggeschoben; der Austausch von Argumenten ist wichtiger als über die Talkebene hinaus auf die Handlungsebene zu gelangen. Diese kulturelle Eigenheit der Organisation Hochschule wird durch die Anwendung von Zielvereinbarungen nicht dauerhaft außer Kraft gesetzt. Dennoch wird die talk-Ebene mit dem Akt des Unterschreibens vorübergehend überschritten. Aber was macht Versprechungen zu Handlungen? Der Wichtigkeit der Zielvereinbarung für das Renomé des Fachbereichs kommt hierbei entsprechend der zweiten Eigenart der universitären Organisation eine entscheidende Rolle zu: der losen Koppelung der Organisationsbestandteile, also der Fachbereiche, der Verwaltung, den Dienstleistungseinrichtungen (Kern 2000, Pellert 1999, Weick 1976). Sie bewirkt einerseits eine Stabilität des Gesamtgefüges. Andererseits obliegen damit in den Hochschulen die wichtigsten Entscheidungen über die Kernprozesse wie Lehre, Forschung, Rekrutierung von Wissenschaftlern den autonomen, fragmentierten, dezentralen Basiseinheiten. Die Unterschiede der Fachkulturen führen zu einer extremen Differenzierung der einen Institution. Dagegen war der Leitbildbezug in den Zielvereinbarungen, der den Gesamtzusammenhang repräsentieren sollte, ein schwaches Gegengewicht, das durch passive Duldung gut unterlaufen und unwirksam gemacht werden konnte. Stärkeres Gewicht hatte demgegenüber das Ansinnen, auf der Grundlage der fachbereichsspezifischen Zielvereinbarungen ein leitbildorientiertes Arbeitsprogramm zu entwickeln, das die Fachbereiche zu einer gemeinsamen, geteilten Schwerpunktsetzung führen sollte. Die Praktiken wurden entsprechend schärfer, ProUni gegen die bestehenden Verwaltungseinheiten ausgespielt, Dekanekonferenzen zur Abwehr und Abwertung weiterer Zielvereinbarungen genutzt, wohl wissend, dass die von ProUni verfolgte Strategie der Stärkung der dezentralen Ebene der Fachbereiche mit dem Ziel der Stärkung der Gesamtinstitution in ihr Gegenteil verkehrt werden könnte:

Solange die Gesamtebene nicht handlungsleitend ist, nicht die Zusammenfassung der Zielvereinbarungen zu einem Arbeitsprogramm er-

folgt ist, ist die Gefahr des Auseinanderfallens der Universität in einen durch die Entwicklung der Fachbereichsebene forcierten Partikularismus der Fächer nicht gebannt. Dann scheint als nicht intendierte Vision die Auflösung der Universität in einzelne schools auf.

So ist auch nach fünf Jahren geförderte Universitätsentwicklung immer noch die Frage virulent, wie geplante Veränderungen möglich werden und in die Richtung laufen, die intendiert war. Denn noch ist es nicht gelungen, die Ergebnisse von ProUni z. B. durch eine neue Kooperation zwischen Verwaltung, wo die Zuständigkeit für die Universitätsentwicklung nach ProUni liegt, und Wissenschaft abzusichern. Erst die Überwindung der Kluft zwischen Verwaltungs- und wissenschaftlichem Denken könnte die sanft implementierten kooperativen Instrumente der Steuerung in neue Denk- und Verhaltensstile überführen. Erst dann wäre von neuen Strukturen zu reden, die ihre Protagonisten überdauern und nicht mit ihnen wegbrechen.

Literatur

- Brunsson, Nils: The organization of hypocrisy. Chichester 1989
- Bülow-Schramm, Margret: Der Nutzen von Zielvereinbarungen und Evaluation für die Universitätsentwicklung in Hamburg. In: HRK (Hg.): Beiträge zur Hochschulpolitik 1/2002, Bonn S. 39 – 50
- Der Präsident der Universität Hamburg (Hg), „Systemische Universitätsentwicklung“ an der Universität Hamburg. Abschlussbericht des Projekts Universitätsentwicklung (ProUni), Hamburg 2001
- Hanft, Anke (Hg.): Hochschulen managen? Neuwied/Kriftel/Berlin 2000
- Kern, Horst.: Rückgekoppelte Autonomie. Steuerungselemente in lose gekoppelten Systemen. In: Hanft, Anke: Hochschulen managen? Neuwied/Kriftel/Berlin 2000, S. 25 – 38.
- Luhmann, Niklas: Universität als Milieu. Bielefeld 1992
- Pellert, Ada.: Die Universität als Organisation. Wien 1999
- Weick, Karl E.: Educational organizations as loosely coupled systems. In: Administrative Science Quarterly 21, S. 1-19, 1976

Erduldete Transformation Hochschulreform als Spielball der Politik

Sigrun Nickel
Hamburg

Die Zukunft von höchst eigenwilligen, tendenziell anarchischen Systemen wie Hochschulen sicher zu prognostizieren, ist unmöglich.¹ Wer das Gegenteil behauptet, frönt vermutlich heroischen Steuerungsphantasien, wonach es möglich ist, Entwicklungen sowohl im poli-

tischen als auch im ökonomischen Bereich in den Griff bekommen, d.h. im einzelnen planen und kontrollieren zu können². Das damit verbundene Leitungsverständnis ist das eines Managements, welches im Sinne der ur-

¹ Cohen M.D., March J., Olsen J.: A Garbage Can Model of Organizational Choice. In: Administration Science Quarterly 1/72.

² Demgegenüber stehen neuere, von der Systemtheorie und dem Evolutionsgedanken beeinflusste Steuerungskonzepte, die davon ausgehen, dass Organisationen keine Maschinen, sondern lebendige Systeme sind. Diese weisen ein derartig hohes Maß an Komplexität auf, dass sie nicht komplett, sondern nur punktuell gesteuert werden können und dann auch nur durch die Berücksichtigung des jeweiligen Kontextes. Vor diesem Hintergrund müssen Leitungskräfte sich von Allmachtsphantasien verabschieden. Vertreter eines solchen „postheroischen“ oder „systemischen“ Managements sind beispielsweise Dirk Baecker und Fritz B. Simon. Vergl.: Baecker, Dirk.: Ausgangspunkte einer soziologischen Managementlehre. Als download-Datei unter <http://www.uni-wh.de/wiwi/lehrstuhle/baecker>. Simon, Fritz B. und C/O/N/E/C/T/A: Radikale Marktwirtschaft. Grundlagen systemischen Managements. Heidelberg 1998.

sprünglichen Bedeutung des italienischen Verbes „maneggiare“³ Organisationen von oben lenkt und deren Ergebnisse (output) überprüft⁴ - wie der berühmte Kapitän auf der Kommandobrücke eines Tankers. Wer sich die derzeitige Hochschulreform im deutschsprachigen Raum genauer ansieht, kann zu dem Eindruck gelangen, dass genau dieses Managementdenken dort umgesetzt werden soll. Als Beispiele dafür sollen im Folgenden zwei aktuelle Hochschulgesetzentwürfe näher betrachtet werden: die Novellierung des österreichischen Universitätsgesetzes, mit dem das Nachbarland dieser Tage versucht, seine Universitäten in die „Weltklasse“⁵ zu katapultieren und das Hochschulmodernisierungsgesetz, welches seit April 2002 in Hamburg für heftige Diskussionen sorgt⁶. Beide Reformvorhaben zeigen sehr deutlich, dass Hochschulentwicklung weniger ein selbstgesteuerter Prozess ist, sondern vielmehr eine erduldeten Transformation⁷, die den wechselnden politischen Rahmenbedingungen unterworfen ist.

Interventionsstakkato in Österreich

Zunächst nach Österreich: Anfang März 2002 legte die österreichische Bildungsministerin Elisabeth Gehrler von der konservativen Regierungspartei ÖVP im Schulterschluss mit Finanzminister Karl-Heinz Grassler von der FPÖ⁸ den Entwurf eines neuen Universitätsgesetzes vor. Das Regelwerk sei ein „Meilenstein in der Wissenschaftspolitik“ und „die größte Universitätsreform der letzten Jahrzehnte“, lobten sie sich selber. Dieses plakative Eigenmarketing war wohl auch nötig, denn gleich darauf blies

³ maneggiare = ein Pferd trainieren, reiten und kontrollieren; vgl. lateinisch manus (die Hand)

⁴ Müller-Stewens, Günter, Lechner, Christoph: Strategisches Management. Wie strategische Initiativen zum Wandel führen. Stuttgart 2001.

⁵ Siehe Homepage des Wiener Wissenschaftsministeriums <http://www.weltklasse-uni.at>

⁶ Siehe Homepage der Hamburger Wissenschaftsbehörde <http://www.hamburg.de/fhh/behoerden> (Behörde für Wissenschaft und Forschung anklicken; Download befindet sich auf der Startseite)

⁷ Transformation wird hier verstanden als „Ersetzen der vorhandenen Regulationsstruktur durch eine neue, prinzipiell andere“. Vgl. Epskamp, Heinrich et.al.: Lernende Organisation. Verwaltungsmodernisierung am Beispiel des Bezirksamtes in Hamburg. Opladen 2001, S. 206

⁸ Die FPÖ ist die Partei, der der Rechtspopulist Jörg Haider angehört.

ihnen ein rauer Wind ins Gesicht: Ganz anders, als im harmoniebewußten Österreich sonst üblich, reagierte die universitäre Öffentlichkeit mit Proteststürmen und rüden Kommentaren – so war von „Innovationsterror“ und einer „Reform des Grauens die Rede“⁹ – und scheute selbst vor einem Streik der beamteten Professoren nicht zurück.

Grund für die ungewohnt heftigen Reaktionen war der Eindruck, einem Interventionstakkato der Politik ausgesetzt zu sein: Kaum hatten die österreichischen Universitäten vor einiger Zeit damit begonnen, sich nach den Maßgaben eines neuen Universitätsorganisationsgesetzes mit viel Kraft zu reorganisieren, platzten plötzlich wieder neue Vorgaben in den Entwicklungsprozess. Dabei knüpft „das Gesetz nicht an den praktischen Erfahrungen in der Hochschulentwicklung an. Ich glaube wenn man die jetzt amtierenden Hochschulmanager, also Rektoren, Vizerektoren und Dekane, gefragt hätte, dann wären andere Handlungsbedarfe herausgekommen“, urteilt beispielsweise Ada Pellert, Vizerektorin der Universität Graz. Die jetzige österreichische Regierung, die 1999 die jahrzehntelang amtierende SPÖ/ÖVP Koalition abgelöst hat, ist mit dem Anspruch angetreten, den sozialdemokratischen Mehltau zu entfernen und durch tief greifende Modernisierungsmaßnahmen den „Reformstau“ aufzulösen. Entsprechend groß ist der Modernisierungsdruck auch im Hochschulbereich. Dabei fällt es Ministerin Gehler wesentlich leichter als ihrer deutschen Amtskollegin Edelgard Bulmahn (SPD), ihre Vorstellungen durchzusetzen, denn die insgesamt 18 österreichischen Universitäten sind zentral dem Wiener Wissenschaftsministerium unterstellt. Langwierige Abstimmungen wie in der bundesrepublikanischen Kultusministerkonferenz oder in sonstigen Bund-Länder-Runden entfallen. So sollen denn auch in Österreich viele Modernisierungsvorhaben realisiert werden, über die in Deutschland derzeit nur diskutiert wird.

Parallelen und Unterschiede zu Deutschland

Betroffen von der österreichischen Gesetzesnovellierung sind gleich drei zentrale Bereiche: die Organisationsstruktur, Dienstrecht und Budget. Ergänzt wird das Gesamtpaket durch die flächendeckende Einführung von Studiengebühren.

⁹ Vergl. Nickel, Sigrun: „Die Reform des Grauens“, Die Zeit Nr. 19/2002, Seite 35

Dreh- und Angelpunkt des neuen Gesetzes ist die geplante rechtliche Verselbständigung der Universitäten, auch „Vollrechtsfähigkeit“ genannt. Dadurch sollen die Institutionen aus ihrer direkten organisatorischen Anbindung an den Staat entlassen werden und zwar nicht etwa als Privatunternehmen oder als Stiftungen, so wie es in Deutschland das neue niedersächsische Hochschulgesetz ermöglicht, sondern als eigenständige juristische Persönlichkeiten des öffentlichen Rechts. Ähnlich wie Rundfunkanstalten unterliegen dann weiterhin der Rechtsaufsicht des Staates, können aber im eigenen Namen und auf eigene Rechnung Geschäfte tätigen und Verträge abschließen. Damit – so jedenfalls die Hoffnung des Gesetzgebers – sollen die Universitäten mehr Eigenständigkeit vor allem in ihren finanziellen und personellen Entscheidungen gewinnen.

Entsprechend werden die Verwaltungsmitarbeiter in Zukunft nicht mehr Angestellte des Bundes und Professoren nicht mehr staatliche Beamte sein. Stattdessen arbeiten sie als Angestellte der jeweiligen Universität, die nach einem mit den Gewerkschaften noch auszuhandelnden Tarifvertrag bezahlt werden und dem Rektor als ihrem obersten Dienstherrn unterstehen. Im Gegensatz zur deutschen Dienstrechtsreform, an der die deutsche Bildungsministerin schon seit zwei Jahren mit schwindendem Erfolg herumlaboriert, ist die Änderung des österreichischen Dienstrechts bereits beschlossen und wird – auch ohne Vollrechtsfähigkeit – von den Universitäten seit dem 1. Oktober 2001 im Rahmen einer Übergangsregelung umgesetzt. Mit der Neuregelung wird zugleich eine erhebliche Veränderung der Personalstruktur in Gang gebracht. Bislang war der Job an einer österreichischen Universität eine sichere Sache: Wer als wissenschaftlicher Mitarbeiter die Promotion und die Habilitation schaffte, wurde automatisch verbeamtet. Das Resultat war eine „nachwuchsfeindliche“ Personalstruktur: nur wenige befristete Qualifizierungsstellen und dafür umso mehr verbeamtete Assistenten und Dozenten. Im Vergleich dazu sind die Professoren recht dünn gesät: der österreichische Hochschulbericht weist 2.001 Professoren und 6.709 Assistenten/Dozenten aus. Im Vergleich dazu stehen sich in Deutschland laut Statistik des Wissenschaftsministeriums 24.124 Universitätsprofessoren und 14.187 Dozenten und Assistenten gegenüber. Das neue österreichische Dienstrecht will die Personalstruktur nun dahingehend verändern, dass es mehr Promotions- und Habilitationsmöglichkeiten auf befristeten Stellen gibt, weniger verbeamtete Dozenten und eine breitere Decke an Professoren.

Letztere können entweder auf sechs Jahre befristet oder unbefristet eingestellt werden.

Auch wirtschaftlich sollen die Universitäten durch ihre volle Rechtsfähigkeit weitgehend auf eigenen Füßen stehen. Sie sind kreditfähig, können Gelder einnehmen und Gewinne erzielen. Die Grundfinanzierung erfolgt weiterhin durch den Staat in Form von Globalbudgets, die für drei Jahre festgelegt sind und damit eine erhöhte Planungssicherheit gewährleisten sollen. Das Volumen des jeweiligen Uni-Haushaltes wird nach Schweizer Vorbild größtenteils über Vereinbarungen gesteuert, in denen die Universitäten die von ihnen zu erbringenden Leistungen verbindlich fixieren. Die Leistungsvereinbarungen, die derzeit auch in der Bundesrepublik mit mehr oder minder großem Erfolg als Steuerungsinstrument zwischen Staat und Hochschulen erprobt werden¹⁰, werden in einem individuellen Aushandlungsprozess zwischen der jeweiligen Universität und dem Ministerium festgelegt und ausgewertet, damit, so die offizielle Lesart, den Besonderheiten jeder einzelnen Hochschule Rechnung getragen werden kann. Das Ergebnis in Form des Budgets wird anschließend veröffentlicht. Europaweit bislang einmalig ist der österreichische Ansatz, dass Basis und Argumentationsgrundlage für die Leistungsvereinbarungen eine Wissensbilanz sein soll. In diesem aus der Privatwirtschaft adaptierten Konstrukt sollen die Universitäten ihr Humankapital, Strukturkapital und Beziehungskapital ausweisen. Unter Humankapital ist das für die Aufgaben der Universität relevante Wissen des wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen Personals zu verstehen. Beim Strukturkapital handelt es sich um die materielle Ausstattung wie zum Beispiel Labors oder Datenbanken und mit Beziehungskapital wird das Netzwerk von sozialen Beziehungen bezeichnet, das eine Universität knüpft, um ihre Aufgaben erfüllen zu können. Dieses Modell ist in der Praxis jedoch noch nicht erprobt.

Starke Männer im Uni-Management

Klar ist also, dass eine Welle von Managementaufgaben auf die österreichischen Universitäten zurollt. Aber wer soll diese bewältigen? Laut Ge-

¹⁰ Vergl.: Fangmann, Helmut: Zielvereinbarungen zwischen Staat und Hochschule / Nickel, Sigrun: Interne Zielvereinbarungssysteme. Beide in: Hanft, Anke (Hrsg.): Grundbegriffe des Hochschulmanagements, Neuwied/Kriftel 2001, S. 508-520

setzungswurf kommt die Aufgabe vor allem auf das Rektorat zu. Das Führungsquartett, bestehend aus einem hauptamtlichen Rektor und bis zu drei haupt- oder nebenamtlichen Vizerektoren, hat bei der Gestaltung der internen Organisation ihrer Universität relativ freie Hand, denn die Organisationsstruktur ist gesetzlich nicht mehr vorgegeben. Eine Universität muss also nicht länger zwingend aus Fakultäten oder Fachbereichen bestehen, sondern kann sich auch anders untergliedern. Wie, das legt sie selber per Satzung fest.

Diese Form der Deregulierung liegt im europäischen Trend und findet sich auch in etlichen bundesdeutschen Hochschulgesetzen. Auffallend ist im österreichischen Gesetzesvorschlag jedoch, dass die Leiter der universitätsinternen Organisationseinheiten, also beispielsweise die Dekane, nicht länger von der Fakultät gewählt, sondern vom Rektor auf Vorschlag der Professoren ernannt werden. Kontrolliert wird das Rektorat von einem starken Universitätsrat, der seinerseits den Rektor und die Vizerektoren wählt und zugleich über umfangreiche, zum Teil operative Kompetenzen verfügt. So obliegt ihm beispielsweise die Beschlussfassung des internen Organisationsplans sowie die Genehmigung des strategischen Entwicklungsplans der Universität. Auch die Leistungsvereinbarungen, die der Rektor dem Ministerium vorlegt, oder geplante Kreditaufnahmen bedürfen seiner Zustimmung. Das Gremium umfasst, je nach Größe der Universität, zwischen fünf und neun Mitglieder. Die Hälfte davon darf die Regierung bestellen, wenn auch nicht aus den eigenen Reihen oder aus ihrem direkten aktiven politischen Umfeld. Die andere Hälfte wählt der Akademische Senat der jeweiligen Universität. Anschließend muss sich die Runde auf ein weiteres Mitglied einigen. Gelingt dies nicht, darf der Akademische Senat das Mitglied aus einem Dreivorschlag der Akademie der Wissenschaften wählen.

Weitgehend entmachtet wird der Akademische Senat, der überwiegend beratende Funktion besitzt und in dem die Professoren in Zukunft die absolute Mehrheit haben. Wirklich entscheiden darf das bislang höchste Selbstverwaltungsorgan nur noch über die Curricula der angebotenen Studiengänge. Bei Berufungen hat der Senat kein Vorschlagsrecht. Stattdessen setzen die in ihm vertretenen Professoren eine Kommission bestehend aus drei externen und einem internen Experten ein, welche den Berufungsvorschlag erstellt. Welche Gremien es außer dem Senat noch gibt, ist, mit Ausnahme des Gleichstellungsausschusses, ins Belieben der jeweiligen Universität gestellt.

Die starke Fokussierung der österreichischen Hochschulreform auf mächtige Professoren und die Etablierung privatwirtschaftlicher Managementstrukturen rechtfertigt Stefan Titscher, Leiter der Arbeitsgruppe für Strategie und Planung im Wiener Ministerium, mit der notwendigen Schaffung klarer Verantwortlichkeiten: „Ohne die würden die Politiker das von den Universitäten seit langem gewünschte Globalbudget nicht genehmigen“. Titscher, beurlaubter Soziologie-Professor der Wirtschaftsuniversität Wien und erfahrener Unternehmensberater, gilt neben dem höchsten Beamten des Wissenschaftsministeriums, Sigurd Höllinger, als einer der Macher des Gesetzesentwurfes. „In den Kollegialorganen geht viel Zeit für die Wissenschaft verloren. Nach dem neuen Gesetz wird es weniger und kleinere Gremien geben“, prognostiziert Sigurd Höllinger.

Für den 62jährigen ist die Universitätsreform so etwas wie sein Lebenswerk. Seit knapp 20 Jahren gestaltet er als Sektionschef maßgeblich die österreichische Hochschulpolitik und zwar indem er seine Ideen in einem Vakuum durchsetzt, „in dem es sich gut leben lässt“, wie er dem Magazin „Profil“ vor geraumer Zeit freimütig verriet. Der Sozialdemokrat hat mehrere Minister überdauert und möchte nun „keinen Kompromiss mehr machen“, wie noch bei der letzten Universitätsreform unter der großen SPÖ/ÖVP-Koalition, sondern er will jetzt ein „Gesetz, das lange hält“. Höllinger, Titscher und Ministerin Gehrler betonen immer wieder, dass sie die Universitäten nicht ökonomisieren wollen.

Hamburger Hochschulmodernisierung

Das betont auch der Hamburger Wissenschaftssenator Jörg Dräger, wie Stefan Titscher ehemaliger Unternehmensberater, selbst wenn ihm gelegentlich Vokabeln rausrutschen wie zum Beispiel „Wertschöpfungsbeiträge der einzelnen Hochschulen für die Metropolregion Hamburg“ oder „Geschäftsfelder der Hochschulen“¹¹. Dem parteilosen Minister, der im Herbst 2001 auf Vorschlag der FDP ins Kabinett des CDU-Bürgermeisters Ole von Beust kam, geht es nach eigenem Bekunden vielmehr um „Qualität und Innovation“¹², weshalb er eine Strukturbegutachtung

¹¹ Letter of Intent, Wissenschaftsbehörde Hamburg 2002, nachzulesen im Internet unter www.chemie.uni-hamburg.de/FS/texte/LOI.pdf

¹² Pressemitteilung bwf/06 der Staatlichen Pressestelle der Freien und Hansestadt Hamburg vom 6. Mai 2002

der Hamburger Hochschulen von externen Experten durchführen lassen will. Ziel ist es, Synergieeffekte zu ermitteln und ggf. sogar Organisationseinheiten zusammenzulegen. Auf Wunsch von Dräger sollten die sechs amtierenden Hamburger Hochschulpräsidenten eine Blankovollmacht unterzeichnen, in der sie erklären, dass sie die Empfehlungen der Strukturkommission bedingungslos umsetzen. Dieser Versuch scheiterte allerdings kläglich an den Akademischen Senaten der Hochschulen, die ihren Präsidenten ein solches Vorgehen untersagten.

Nun soll es wenigstens mit einem neuen Hochschulgesetz klappen. Seit April 2002 liegt ein „Hochschulmodernisierungsgesetz“ vor, das in Teilen vom österreichischen Universitätsgesetz inspiriert ist. „Wir gucken fasziniert nach Österreich“, so ein hochrangiger Behördenmitarbeiter in einem persönlichen Gespräch. Gegenüber dem umfassenden Reformpaket Wiener Machart wirkt das Hamburger zwar arg dünn, jedoch finden sich tatsächliche einige Parallelen zum Vorbild:

- Ein starker Hochschulrat soll eingerichtet werden, der z.B. den Präsidenten und den Kanzler wählt sowie die Grundordnung erläßt.
- Der Präsident wird gestärkt. Er sucht sich seine Vizepräsidentinnen und –präsidenten selber aus und lässt diese nur noch durch den Akademischen Senat bestätigen. Ferner wählt der Präsident auch die Dekane aus, die von den entsprechenden Selbstverwaltungsorganen bestätigt werden müssen.
- In Berufungskommissionen müssen externe Mitglieder vertreten sein. Der Akademische Senat behält indes das Vorschlagsrecht.
- Studiengebühren sollen diejenigen Studierenden zahlen, die die Regelstudienzeit überschritten haben. Damit wird ein Einstieg in die Abschaffung des kostenfreien Studiums gewagt.

Diese heilige Kuh ist in Österreich freilich schon flächendeckend geschlachtet worden. Nicht nur an den Universitäten sondern auch an den Fachhochschulen, die privatrechtlich betrieben werden und deshalb von den sonstigen Reformen nicht betroffen sind, wurden im vergangenen Jahr Studiengebühren eingeführt. An den Universitäten geschah das allerdings über Nacht und völlig überraschend. „Das war ein ungeplanter Vorgang, der nicht vom Wissenschaftsministerium ausgegangen ist“, umschreibt Sektionschef Höllinger dezent die Tatsache, dass Finanzminister Grasser mit Hilfe des Bundeskanzlers seine Amtskollegin Gehrler rüde überrumpelt hat. Seitdem müssen Studierende pro Semester rund 360 Euro berappen, Ausländer aus Nicht-EU-Staaten zahlen ungefähr das Dop-

pelte. Eine entsprechende Wirkung blieb nicht aus: So ist beispielsweise die Zahl der Studienanfänger Österreich weit um 13,8 Prozent zurückgegangen. Dennoch gab es kaum Proteste.

Insgesamt werden durch die Studiengebühren Einnahmen in Höhe von 123,5 Millionen Euro erzielt. Daraus finanziert das Wiener Wissenschaftsministerium einerseits einen Förderungsfonds in Höhe von 32,7 Millionen Euro, aus dem Studierende, die keine Studiengebühren zahlen können, eine Unterstützung erhalten. Andererseits werden den Universitäten in diesem Jahr Investitionsmittel in Höhe von 72,6 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Dieser „Gabe“ ging allerdings eine umfangreichere Kürzung der Universitätshaushalte voraus. Zusammengerechnet fließen also von den 123,5 Millionen Euro 105,4 Millionen Euro an die Universitäten zurück. Und wo bleiben die übrigen 18 Millionen Euro? In Zukunft sollen jedenfalls laut neuem Uni-Gesetz die Studiengebühren bei den Universitäten verbleiben- ob mit oder ohne vorherige Budgetkürzung steht nicht im Paragrafen.

Das österreichische Beispiel ist Wasser auf die Mühlen der deutschen Studiengebührengegner, die stets davor warnen, dass Studiengebühren nicht den Hochschulen zu gute kommen, sondern stattdessen zur Füllung staatlicher Haushaltslöcher benutzt würden. Dennoch wächst die Schar der Studiengebühren-Befürworter in der Bundesrepublik.¹³ Dazu zählt auch der Hamburger Wissenschaftssenator Dräger. Der 33jährige steht – wie seine österreichische Amstkollegin - unter dem Erwartungsdruck, nach mehreren Jahrzehnten SPD-Regierung relativ schnell Richtungsänderungen präsentieren zu können; schließlich zählt in der Politik am Ende immer die Profilierung gegenüber den Wählerinnen und Wählern. Deshalb sehen sich nun auch die Hamburger Hochschulen einem „Interventionsstakkato“ ausgesetzt: Nachdem Drägers Vorgängerin, die Grüne Krista Sager, erst im Sommer 2001 nach einem aufwendigen diskursiven Verfahren das Hamburgische Hochschulgesetz novelliert hatte und die Hochschulen gerade damit begonnen haben, die Neuerungen umzusetzen, kommen nun schon wieder Änderungen auf sie zu. Fazit: Hochschulreform per Gesetz orientiert sich offenbar weniger an Sachzielen und Um-

¹³ In der Ausgabe der DUZ 10/2002 machen sich z.B. der Generalsekretär der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) Jürgen Hess und der ehemalige Berliner CDU-Staatssekretär Josef Lange für Studiengebühren stark. S. 25 -26

weltanforderungen, sondern eher an (partei-)politischen Zielen und Profilierungswünschen.

Ist das New Public Management gescheitert?

Dieses Vorgehen steht jedoch konträr zum Gedanken des New Public Management (NPM), das stets als eine der Hauptgrundlagen der Hochschulreform genannt wird. Dieser Ansatz der „wirkungsorientierten Verwaltungsführung“ ist als Reaktion auf die öffentliche Finanzkrise entstanden und versucht, „privatwirtschaftliche Konzepte auf den öffentlichen Sektor“ zu übertragen¹⁴ mit dem Ziel, die Wirtschaftlichkeit und die Wirksamkeit öffentlicher Leistungen zu erhöhen. Davon einmal abgesehen, dass bezweifelt werden kann, dass ein Verwaltungsführungskonzept für den wissenschaftlichen Bereich überhaupt tauglich ist¹⁵, ist das NPM als Management-Ansatz zumindest an Sachzielen, an Produkten und Leistungen und nicht an den Auffassungen von Personen orientiert. Es setzt so etwas wie ein übergeordnetes, an „objektiven“ Anforderungen ausgerichtetes Interesse am Gemeinwohl voraus. Das heißt konkret, im NPM steuert die Politik strategisch mittels längerfristiger Zielsetzungen, die u.U. über eine Legislaturperiode hinausreichen, handelt auf dieser Basis Umsetzungsschritte mit den nachgeordneten Einrichtungen aus und schafft dafür verlässliche Rahmenbedingungen. Doch in der Praxis der Hochschulgesetzgebung scheint genau das Gegenteil einzutreten: Der Staat steuert seine Hochschulen künftig nicht mehr sondern weniger strategisch, sondern überlässt dies zunehmend einem professionellen Management vor Ort und sorgt durch indirekte oder direkte Privatisierung dafür, dass Marktmechanismen steuernd wirken. Ist das NPM in der Hochschulreform also gescheitert? Diesbezügliche Äußerungen mehren sich. „Das New Public Management als ganzheitlicher Ansatz in der Universitätsreform scheint an den Schwierigkeiten zu scheitern, das politisch-

¹⁴ Thom, Norbert, Ritz, Adrian: Public Management. Innovative Konzepte zur Führung im öffentlichen Sektor. Wiesbaden 2000, S. 5

¹⁵ Z.B. Peter Heintel stellt die Frage, ob ein Modell, das auf die Belange von Verwaltungen zugeschnitten ist und zudem auf einer ökonomischen Logik basiert, für wissenschaftliche Einrichtungen geeignet sein kann. Er spricht von einem „partikularen Universalismus“, was bedeutet, „ein auf seinem Gebiet erfolgreich verwendetes Denken und seine Modelle werden auf alles andere übertragen(...), ob es passt oder nicht“. Siehe: Heintel, Peter.: Über die Universität und die „Einheit der Wissenschaft“. In: Laske, Stephan et.al. (Hrsg.): Universität im 21. Jahrhundert. München / Mehring 2000, S. 135-162

administrative System in den Reformprozess mit einzubeziehen. Es ist zwar in sich theoretisch konsistent, für das in der mediengesteuerten Politik und Administration vorherrschende Alltagsbewusstsein aber offenbar zu anspruchsvoll“, urteilt z.B. Lothar Zechlin, ehemaliger Präsident der Hamburger Hochschule für Wirtschaft und Politik (HWP) und heute als Rektor der Universität Graz in Österreich tätig¹⁶.

Beschleunigung als Modernisierungsfaktor

Stattdessen regiert der Zeitgeist, meint zumindest Stephan Laske, ebenfalls aus Deutschland zugewandeter Professor am Institut für Organisation und Lernen an der Universität Innsbruck und über die Grenzen Österreichs hinaus bekannter Hochschulforscher: „Das neue österreichische Hochschulgesetz ist ein modernistisches Gesetz, in dem hemmungslos den Phantasien vom starken Mann gefrönt wird“. Hinzu kommt die Beschleunigung als Modernisierungsfaktor – gemäß dem Motto „die Schnellen fressen die Langsamen“. Dieses Politikverständnis hat im Zuge der Globalisierung an Bedeutung enorm gewonnen. Begründet wird dies „mit dem wachsenden Konkurrenzdruck auf den Weltmärkten. (...) Dementsprechend seien die institutionalisierten Regelsysteme der modernen Gesellschaften an die Prämissen der Ökonomie anzupassen und prozessverzögernde, zeitaufwendige Verfahren zu vermeiden“.¹⁷ Dies trifft auch auf den Hochschulbereich zu. Auch hier wird ständig der internationale Wettbewerb, insbesondere mit den amerikanischen Universitäten, um die „besten Köpfe“ und das Zusammenwachsen des europäischen Bildungsraumes als Reformmotor beschworen und entsprechend auf das Tempo gedrückt – Hochschulen bewegen sich laut öffentlicher Meinung viel zu langsam.

Dabei ist Langsamkeit jedoch ein prägendes Merkmal von Wissenschaft - jedenfalls bislang. Nachdenken kostet nun mal Zeit und Forschung ist auf Kreativität angewiesen, als auf etwas, was sich nicht auf

¹⁶ Zechlin, Lothar: No Public Management. Die österreichische Politik verabschiedet sich von der strategischen Steuerung ihrer Universitäten. In: Schnedl, Gerhard, Ulrich, Silvia (Hrsg.): Hochschulrecht – Hochschulmanagement – Hochschulpolitik. Erscheint demnächst im Boehlaue-Verlag.

¹⁷ Bender, Christiane: Modernisierung durch Beschleunigung? Sozialphilosophische und sozioökonomische Analysen des Zusammenhangs zwischen Reform und Temporalisierung gesellschaftlicher Prozesse. In: Brieskorn, Norbert, Wallacher, Johannes (Hrsg.): Beschleunigen, Verlangsamung. Stuttgart, Berlin, Köln 2001, S. 39-68

Knopfdruck erzeugen lässt, sondern sich erst entwickeln muss. Zudem ist Wissenschaft nicht auf Kurz- sondern auf Langfristigkeit ausgerichtet. Wie passt das zur Beschleunigung? Welche Wissenschaft will und braucht die Gesellschaft eigentlich? Diese inhaltliche Frage fällt in der augenblicklichen Management-Euphorie, die die Hochschulreform-Debatte beherrscht, hinten runter. Das Hauptaugenmerk liegt viel mehr darauf, Wissenschaft besser zu organisieren und sie darüber inhaltlich zu modernisieren - und nicht umgekehrt¹⁸.

Faszinierter Blick über die Grenze

Dennoch betrachten manche deutsche Hochschulreformer Entwicklungen wie die in Österreich mit einer gewissen Faszination und deutlichem Wohlwollen. So zog der baden-württembergische Wissenschaftsminister Peter Frankenberg (CDU) am Ende einer Rede, die er im Februar 2002 in Wien hielt, das Fazit: „Die im deutschen System angelegte Dualität von Bundesrahmenkompetenz und Hochschulgesetzgebungskompetenz der Länder stellt ein erhebliches Hindernis für eine umfassende Reform dar.“ Besonders bemerkenswert erscheint daher dem ehemaligen Rektor der Universität Mannheim, dass die Reform in Österreich sich nicht auf Teilaspekte beschränkt ist, sondern eine Gesamtkonzeption zugrunde legt. Auch Wolfgang Frühwald, ehemaliger Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG), lobt die Nachbarn: „Das neue österreichische Universitätsgesetz ist sicher nicht völlig ausgereift, aber die Richtung stimmt“. Endlich werde die Selbstverwaltung auf ein professionelles Management übertragen. „Wissenschaftler treiben also wieder Wissenschaft und verbringen ihre kostbare Lebenszeit nicht mit endlosem Gremienpapalaver“, so Frühwald in einem Gastkommentar der österreichischen Tageszeitung „Die Presse“. Nicht zuletzt Detlef Müller-Böling, Chef des CHE (Centrum für Hochschulentwicklung) in Gütersloh, bescheinigt Österreich in punkto Hochschulreform „im Vergleich zu Deutschland viel Mut und Innovationskraft“. So sei die Dienstrechtsreform sehr viel weitreichender als die in der Bundesrepublik. Zahlreiche weitere Ansätze fänden sich zwar auch in Deutschland wieder – „nur in Österreich scheinen die Bemühungen jedoch schneller und tatkräftiger umgesetzt zu werden“.

¹⁸ Nickel, Sigrun: Universitäten auf dem Weg zu Public-Profit-Organisationen? In: hochschule ost, 2/2001, S. 167-182

Differenzierung durch Rekrutierung

Personalauswahlstrategien an deutschen und französischen Universitäten

Christine Musselin
Paris

Sowohl in Frankreich wie in Deutschland sind die Universitäten den *research universities* der USA und auch den englischen „*old universities*“ (vor 1992) ähnlich. Traditionsgemäß werden diese Institutionen in Frankreich wie in Deutschland als gleichwertig behandelt.

In den letzten Jahren wurde offiziell auch weiterhin diese Linie vertreten. Trotzdem gibt es eine Reihe von Indizien für eine wachsende Heterogenität und auch Akzeptanz dieser Differenzierung, wie das jährlich in der Wochenzeitschrift „Stern“ publizierte Hochschul-Ranking zeigt. Genau wie das Wort „Wettbewerb“ in Frankreich immer häufiger benutzt wird, ist in Deutschland der Ausdruck „Spitzenuniversitäten“ in aller Munde. Trotzdem kann man beide Länder noch nicht mit Großbritannien und den USA vergleichen, wo schon seit langem große Unterschiede zwischen den Hochschulen akzeptiert sind.

Im Folgenden wird am Beispiel von Prozessen der Personalrekrutierung gezeigt, dass diese auf dem Papier gleichwertigen Hochschulen in der Realität doch bemerkenswerte Unterschiede aufweisen. Die Untersuchung konzentriert sich auf Konstrukt des „besten Kandidaten“. Ein Ergebnis der Studie ist, dass die Frage, was den „besten Kandidaten“ auszeichnet, von den Fachbereichen ganz unterschiedlich beantwortet werden kann: Die Spanne reicht vom „Spitzenforscher“ bis zum „Normalwissenschaftler“. Daraus lässt sich nicht ohne weiteres ableiten, dass erst neuerdings die Besetzungsstrategien von Fachbereichen für eine derartige Differenzierung sorgen. Um diese Frage zu untersuchen, wären historische Studien nötig, die jedoch nicht zur Verfügung stehen. In diesem Aufsatz soll zum einen gezeigt werden, dass es eine Vielfalt an Rekrutierungsprofilen gibt, und zum anderen soll die Spannbreite dieser Vielfalt untersucht werden. Die Ergebnisse beruhen auf einer empirischen Feld-

studie über die Rekrutierung von Hochschullehrern in den Fächern Geschichte und Mathematik. Für die Untersuchung wurden Mitglieder von Berufungskommissionen und Dekane in den Fächern Geschichte und Mathematik an zehn Instituten bzw. Fachbereichen in Frankreich und an acht in Deutschland befragt. Pro Fachbereich wurden 10 bis 15 Interviews geführt.

1. Zwei verschiedene Laufbahnsysteme

Das Berufungssystem der französischen Hochschulen ist zentralistisch ausgerichtet, das deutsche Berufungssystem ist dezentral organisiert. In Frankreich wird zwischen Lebenszeit-Dozenten *„maître de conférences“* und Professuren unterschieden. Alle an französischen Universitäten zu besetzenden Dozenten werden jeweils an einem festgesetzten Zeitpunkt gleichzeitig ausgeschrieben. Nur Kandidatinnen oder Kandidaten, deren Promotion vom *Conseil National des Universités* (CNU) als für die Hochschullehrerlaufbahn „qualifiziert“ anerkannt ist, können sich bewerben. Die Fachbereiche wählen Berufungskommissionen auf vier Jahre, die die Unterlagen sichten und Bewerber zur Anhörung auswählen. In der Regel werden dann Berufungslisten mit drei bis fünf Namen aufgestellt. Im Gegensatz zu Deutschland spielen externe Gutachten dabei keine Rolle. Nach Verabschiedung der Liste durch den Universitätssenat wird der oder die Erstplazierte von der Universität berufen. Im Falle einer Rufablehnung wird der nächste Rangplatz berücksichtigt. Berufungsverhandlungen sind bei diesem Verfahren nicht vorgesehen. Mit der Rufannahme erfolgt die Ernennung zum Beamten auf Lebenszeit.

Mit Ausnahme der Gesellschaftswissenschaften ist das Verfahren bei der Besetzung von Professorenstellen analog. Bewerbungs- und Berufungsvoraussetzung ist hier die *„habilitation à diriger des recherches“* (der deutschen Habilitationsschrift sehr ähnlich), und der Kandidat muß vom CNU als „für eine Professorenstelle qualifiziert“ anerkannt sein. Berufungsverhandlungen sind auch in diesem Fall nicht üblich.

Das deutsche Berufungsverfahren kennt keine zentrale Registrierung und Koordinierung. Wird eine Hochschullehrerstelle vom zuständigen Landesministerium zur Besetzung freigegeben, so setzt die betroffene Universität das Berufungsverfahren in Gang. Lebenszeit-Dozenten vor der Habilitation, die mit dem *„maître de conférences“* vergleichbar sind, kennt das deutsche System praktisch nicht. Erst mit der Berufung auf eine

C 3- oder C 4-Professur, die normalerweise eine abgeschlossene Habilitation voraussetzt, wird der Status eines Universitätsprofessors auf Lebenszeit erreicht. Dadurch beginnt die dauerhafte Anstellung an deutschen Universitäten im Schnitt zehn bis zwölf Jahre später als in Frankreich.¹⁹

Das Berufungsverfahren an deutschen Universitäten unterscheidet sich von dem französischen vor allem durch das große Gewicht, das auswärtigen Gutachten beigemessen wird, durch das sogenannte „Hausberufungsverbot“ und insbesondere durch die Bedeutung der Berufungsverhandlungen nach der Ruferteilung. Aufgrund der Tatsache, dass der Ruf vom zuständigen Landesminister, nicht von der Universität, ausgesprochen wird, kommt es vor allem bei der Besetzung von C 4-Professuren immer wieder zu einem zeitaufwendigen Ringen um die personelle und sächliche Ausstattung der Stelle und die persönlichen Bezüge.

Rekrutierungsprozesse sowie Laufbahn- und Karrieremuster an deutschen und französischen Universitäten unterscheiden sich somit deutlich voneinander. Dennoch gibt es einen vergleichbaren Aspekt: In beiden Ländern vollzieht sich die Besetzung von Hochschullehrerstellen in zwei Phasen, einer „Beurteilungsphase“, die mit der Auswahl und der Listenreihung von Kandidaten endet; zweitens einer „Einstufungsphase“, die von dem eigentlichen Beurteilungsprozess ziemlich unabhängig ist. In Frankreich herrschen dabei bürokratische Regelungen vor, während in Deutschland Verhandlungen stattfinden. Das bedeutet in beiden Fällen, dass die Abstimmung von Angebot und Nachfrage auf akademischen Arbeitsmärkten nicht primär über den Preis geschieht, sondern über die Beurteilung der Bewerberqualität. Solche Märkte können daher als eine „Ökonomie der Qualität“ beschrieben werden (Karpik 1989 und 1995; Musselin 1996).

Im Folgenden soll nun die erste Phase des Berufungsvorganges in Frankreich und Deutschland, also: die Phase der „Beurteilung“, genauer untersucht und gezeigt werden, dass dabei nicht nur die wissenschaftliche Qualität der Bewerber einer Bewertung unterzogen wird, sondern auch andere Aspekte ins Spiel kommen, denen unsere besondere Aufmerksamkeit gilt.

¹⁹ Nach K.U. Mayer (2000) wird man im Durchschnitt erst mit 42 Jahren (mit 38 in Mathematik und mit 44 in Sozialwissenschaften) Professor.

2. Die Mischung unterschiedlicher Qualitäten

2.1. *Der Forschungsstand*

Die meisten soziologischen Publikationen über die Rekrutierung und die Karriere von Hochschullehrern beruhen auf amerikanischen Analysen und beschäftigen sich immer wieder mit demselben Thema: Rekrutierungen werden als Ergebnis von Bewertungsprozessen der wissenschaftlichen Qualität verstanden. Dabei wird die Bewertung der Qualität als Hauptproblem bezeichnet. Einige Soziologen (zum Beispiel: Cole und Cole 1973; Hargens und Hagstrom 1967 und 1982) behaupten, dass wissenschaftliche Anerkennung und Karriere universalistischen Normen folgten: So besetzen die Hochschullehrer mit den meisten Publikationen auch die prestigeträchtigen Stellen. Viele Wirtschaftswissenschaftler (zum Beispiel: Tuckman und Leahey 1975; Hamermesh, Johnson und Weisbrod 1982; Diamond 1986) kommen zu dem Ergebnis, dass eine hohe Korrelation zwischen Gehalt und Zahl der Publikationen (oder der Qualität der Publikationen) besteht.

Andere Autoren widerlegen diese Ergebnisse und behaupten, dass Partikularismus eine größere Rolle spiele (zum Beispiel Crane 1970; Long, Allison und McGinnis 1979; Reskin 1979; Long und Fox 1995). Individuelle Eigenschaften der Kandidaten (wie die Universität oder das Institut des Doktorvaters, an dem der Abschluss erworben wurde; die Hochschullehrer, die für den Kandidaten Empfehlungsbriefe schreiben usw.) werden für wichtiger gehalten als die Bewertung der Qualität der Publikationen. Quantitative Studien versuchen wiederum, die entscheidenden prognostischen Faktoren zu identifizieren. Die meisten dieser Studien zeigen, dass das Institut des Doktorvaters der bedeutsamste Faktor ist.

2.2. *Positive Zeichen sammeln*

Die Bewertungsmethoden der in dieser Studie untersuchten Mitglieder von Besetzungskommissionen zogen zwar auch die wissenschaftlichen Leistungen der Kandidaten in Betracht, nahmen aber zudem die Persönlichkeit der Kandidaten und fast immer auch ihre Lehrfähigkeit in den Blick. Für die befragten Kommissionsmitglieder ist keiner dieser Faktoren allein hinreichend: Der erste ist immer notwendig. Der zweite ist not-

wendig, wenn der erste erfüllt ist. Und der dritte ist nicht immer notwendig, wenn die beiden ersten erfüllt sind. Das bedeutet, dass ein guter Kandidat nie (oder selten) nur ein außergewöhnlicher Wissenschaftler sein muss und dass er verschiedene zusätzliche Bedingungen erfüllen muss, um ausgewählt zu werden.

Jede der drei genannten Komponenten wird nie an nur einem einzigen Merkmal festgemacht. Um eine Beurteilung abzugeben, sammeln die Kommissionsmitglieder verschiedene Informationen über den Kandidaten: über seine wissenschaftliche Qualifikation, seine Lehrbefähigung und über seine Kollegialität. Die Untersuchung ergab, dass die ausschlaggebenden Merkmale nach Disziplin und Land variieren: Deutsche und französische Historiker legen jeweils auf andere Faktorenbündel wert, wobei in beiden Ländern die Herkunftsinstitution des Bewerbers keine große Rolle spielt.

Im Folgenden werden diese Faktoren beschrieben. Dabei wird die von F. Eymard-Duverney und E. Marchal (1997) eingeführte Unterscheidung zwischen Kriterien und Zeichen benutzt.

„Kriterien“ bestehen aus eliminierenden Informationen. Wenn solche Informationen in den Bewerbungsunterlagen erscheinen, wird der Kandidat sofort aus dem weiteren Prozess ausgeschlossen. Das können formale Ausschlusskriterien sein (z.B. der Kandidat erfüllt nicht alle Anforderungen), aber es gibt auch andere. Häufig wird die Diskrepanz zwischen dem Forschungsbereich des Kandidaten und dem Stellenprofil genannt. Für Professorenstellen stellt eine geringe Anzahl von Publikationen sowohl in Frankreich als auch in Deutschland ein Ausschlusskriterium dar. Bei jungen französischen Kandidaten führt eine Dissertation ohne die Note *très honorable* (sehr gut) zum Ausschluss. Französische Historiker schließen auch Kandidaten aus dem Auswahlprozess aus, die die „*agrégation du secondaire*“ (Befähigung zum Lehramt an Sekundarschulen) nicht bestanden haben. Und in Deutschland werden Kandidaten ausgeschlossen, die ihre Dissertation und Habilitation über dasselbe Thema angefertigt haben. Solche Ausschlusskriterien dienen dazu, die Bewerberzahl zu reduzieren. Zumeist herrscht hierüber unter den Kommissionsmitgliedern Einigkeit.

Im Unterschied dazu bestehen „Zeichen“ aus Informationen, die für sich genommen nicht für eine Entscheidung ausreichen. Denn die positive Beurteilung eines Kandidaten beruht nicht auf einer einzelnen Information. Es müssen mehrere solcher Zeichen zusammen kommen, um zu

einer positiven Beurteilung des Kandidaten zu gelangen. Im Folgenden werden einige Beispiele für solche Zeichen genannt. Wonach suchen die Kommissionsmitglieder also?

a) Positive Zeichen für wissenschaftliche Aktivität

Die Lektüre der wissenschaftlichen Publikationen des Kandidaten (oder einiger Seiten davon) ist eine erste Möglichkeit, die jedoch nicht immer genutzt wird. In drei von vier Fällen nehmen die deutschen Mathematiker nur die Publikationsliste zur Kenntnis. Deutsche und französische Historiker müssen einen Bericht über die ihnen zur Auswertung übergebenen Bewerbungsunterlagen schreiben. Dafür lesen oder überfliegen sie die von den Bewerbern beigelegten Publikationen. In Deutschland hält der Kandidat zudem eine Probevorlesung bzw. ein Seminar.

Ein anderer Aspekt besteht aus dem, was L. Karpik (1996) „Beurteilungsdispositiv“ (*dispositif de jugement*) genannt hat²⁰. Einige sind auf objektiven Daten aufgebaut, zum Beispiel auf der Anzahl der Publikationen in internationalen Zeitschriften (nach Rang auf Grundlage des Zitationsindex). Andere basieren auf subjektiven Informationen. Hierbei spielen der Ruf des Institutes oder Fachbereichs, an dem der Kandidat seine Doktorarbeit (oder Habilitation) angefertigt hat, die Namen der Teilnehmer an seiner Verteidigung, der Ort seiner Post-doc-Stelle usw. eine große Rolle. Insofern wird die wissenschaftliche Qualität eines Kandidaten nicht anhand eines einzigen Faktors bewertet, sondern anhand eines Bündels von Zeichen. Der Ruf hängt mehr vom Vorhandensein solcher Zeichen als von der Bewertung des wissenschaftlichen Outputs des Kandidaten ab.

b) Positive Zeichen bezüglich der erwartbaren Kollegialität

Die wissenschaftliche Tätigkeit ist nicht der einzige Faktor, der in Betracht gezogen wird. Von den Kommissionsmitgliedern wurde die Kollegialität des Kandidaten ebenfalls sehr häufig genannt. Darüber steht aber nichts in den Bewerbungsunterlagen. Wie kann man trotzdem darüber zu einer Einschätzung gelangen?

Für die Deutschen ist das einfacher als für die Franzosen (außer bei

²⁰ L. Karpik unterscheidet zwischen den auf personalem Vertrauen (z.B. Freundeskreis) und den auf unpersönlichem Vertrauen (Führer, Rankings, Garantizeichen) aufgebauten Dispositiven.

der Rekrutierung eines Professors), weil die Zahl der möglichen Kandidaten niedriger ist. Deswegen können mehr Informationen zusammengetragen werden. Es gibt immer jemanden, der den einen oder anderen Kandidaten bereits kennt, der mit ihm am selben Institut oder Fachbereich gewesen ist oder der ihn schon einmal auf einer Konferenz getroffen hat:

„Die Leute haben einen Ruf, sie sind ein Teil des Netzes (...). Wir brauchen nicht ihre Kollegen anzurufen. Wir haben immer schon von dieser Person gehört. Über die meisten haben wir schon Informationen.“ (Deutscher Professor)

In Frankreich ist das schwieriger, wenn es sich um *maîtres des conférences* handelt. Mit der Ausnahme der Kandidaten, die bereits an dem Institut arbeiten, sind die anderen den Kommissionsmitgliedern meist nicht bekannt. Um zusätzliche Informationen zu bekommen, werden einige Kommissionsmitglieder einen Kollegen des Kandidaten oder seinen Doktorvater anrufen. In diesem Fall wird das persönliche Netzwerk der Kommissionsmitglieder genutzt.

In Deutschland werden während des Vorstellungsgesprächs, das vor oder nach dem Bewerbungsvortrag stattfindet, auch Zeichen über die Persönlichkeit des Kandidaten gesammelt.

„Manchmal erfahren wir etwas nur zufällig, aber meistens ist das Gespräch lang genug, um sich eine Meinung über den Kandidaten zu bilden, um zu verstehen, wie er seine Verpflichtung hier sieht. Selbstverwaltung hat man nie gern, sie kostet viel Zeit. Aber so `was muss man tun. (...) Manchmal haben wir jemanden im Auge, aber wenn diese Person nicht bereit ist, Vorlesungen zu geben oder an Selbstverwaltung teilzunehmen (...).“ (Deutscher Professor)

In Frankreich wird das Bewerbungsgespräch, obwohl es sehr kurz ist (nie länger als 30 Minuten), immer als die beste Gelegenheit bezeichnet, zu einem Urteil über die Persönlichkeit des Kandidaten zu gelangen. Während des Gesprächs kann ein positiver Eindruck sowohl verstärkt als auch aufgehoben werden.

„Das Anhörung ist fundamental. Jemand, der vorher keinen besonderen Eindruck machte, kann sehr interessant erscheinen und umgekehrt. Kriterien über die Persönlichkeit interferieren (...) Während der Anhörung spielt die Subjektivität eine große Rolle: wie die Person sich bewegt, ob sie arrogant oder scheu ist, ob sie mit Eleganz spricht (...). Dies wird ebenfalls in Betracht gezogen.“ (Französischer Professor)

c) Positive Zeichen bezüglich der Lehrfähigkeit

Die Lehrfähigkeit ist der letzte Faktor, für welchen die Kommissionsmitglieder meistens, wenn auch nicht immer, „Zeichen“ sammeln. Im Durch-

schnitt achten die Historiker mehr auf die Lehrfähigkeit der Kandidaten als die Mathematiker.

Aber wie kann man solche Fähigkeiten bewerten? Es gibt erstens Zeichen für die Fähigkeit und den guten Willen des Kandidaten, Vorlesungen über Themen zu halten, die breiter angelegt sind als seine speziellen Forschungsbereiche. Deshalb ziehen französische Historiker Kandidaten vor, die *agrégés* sind, weil es für sie bedeutet, dass diese Kandidaten über sehr breite Kenntnisse verfügen. In Deutschland erwartet man von den Kandidaten, dass sich ihre Dissertation und ihre Habilitation thematisch unterscheiden.

Pädagogische Qualitäten sind ein anderes Zeichen. Französische Historiker präferieren Kandidaten, die vorher Gymnasiallehrer waren. Sie vermuten, dass jemand, der schon Schüler unterrichtet hat (besonders in schwierigen Kontexten), auch fähig ist, Studierende zu unterrichten.

Deutsche Kommissionsmitglieder haben mehr Gelegenheit, die pädagogischen Fähigkeit nachzuprüfen. Das von den Kandidaten abzuhalten Seminar bzw. die Probevorlesung ist von großer Bedeutung. Man kann die Verständlichkeit und die Struktur des Vortrags, die Art und Weise, wie der Kandidat die Tafel nutzt etc., beobachten. Einige Fachbereiche oder Institute bitten die Kandidaten eher um eine Vorlesung als um ein Forschungsseminar, um ihre Lehrqualitäten besser bewerten zu können. So meinte zum Beispiel dieser Mathematiker:

„Einer der Kandidaten war ein Spitzenforscher, der mehrere Preise bekommen hatte, aber sein Seminar war so schlecht, dass wir ihn nicht in Betracht gezogen haben. Niemand konnte ein Wort verstehen. Wir haben ihm Fragen gestellt. Er hat uns erklärt, dass wir vielleicht wissen, wie man ein Seminar geben sollte, aber dass er wohl wisse, wie er es geben wolle und dass es nur für Experten sein sollte (...). Wenn er unsere Regeln nicht respektieren will (...).“ (Deutscher Professor)

Zwei Ergebnisse können aus diesen verschiedenen Beobachtungen festgehalten werden. Erstens ist die Bewertung der Forschungsleistung immer sehr wichtig, aber nie hinreichend. Die Kollegialität des Kandidaten und meistens seine Lehrfähigkeit spielen ebenfalls eine wichtige Rolle. Zweitens gibt es für jeden dieser Faktoren einige Ausschlusskriterien, aber kein Zeichen hat genug Gewicht, um allein den Ausschlag für die Entscheidung zu geben. Kandidaten werden nicht aufgrund einer Folge von Ausschlusskriterien aus dem Prozess ausgeschlossen. Der Hauptauswahlprozess besteht aus der Sammlung von positiven Zeichen: Übrig bleiben

nur die Kandidaten, die mehrere positive Zeichen auf sich vereinigen können.

3. Die unterschiedliche Gewichtung der Faktoren

Im vorangegangenen Abschnitt wurde dargelegt, dass der Beurteilungsprozess drei Faktoren in Betracht zieht: die wissenschaftliche Aktivität, die Persönlichkeit des Kandidaten und meistens seine Lehrfähigkeit. Die Untersuchung hat gezeigt, dass zwar alle Kommissionsmitglieder sagen, sie suchten nach dem „besten Kandidaten“, dass aber die drei Faktoren je nach Institut oder Fachbereich unterschiedlich gewichtet werden. Der „beste Kandidat“ bedeutet nämlich nicht überall dasselbe.

Der „beste Kandidat“ ist eine von mehreren Möglichkeiten zwischen zwei Extremfällen: dem „Spitzenforscher“ auf der einen Seite und dem „Normalwissenschaftler“ auf der anderen. Diese beiden Typen stehen sich nicht im strengen Sinne gegenüber. Die Kennzeichen des einen sind nicht das Gegenteil des anderen. Ein „Spitzenforscher“ kann ein guter Lehrer sein. „Spitzenforscher“ zu sein bedeutet vor allem, dass Lehre und Selbstverwaltung nicht seine Hauptpriorität sind und dass die Kommissionsmitglieder auf seine Kollegialität und seine Lehrfähigkeit nicht besonders achten. Ein „Normalwissenschaftler“ ist nicht automatisch ein schlechter Forscher (er könnte auch sehr gut in der Forschung sein), sondern er ist eine Person, die sich auch für Lehre und Selbstverwaltung interessiert.

Die beiden Extremprofile und alle Varianten dazwischen definieren unterschiedliche Erwartungen der Kommissionsmitglieder und unterschiedliche Gewichtungen der drei Faktoren. Wird nach einem „Spitzenforscher“ gesucht, bekommt die wissenschaftliche Aktivität mehr Gewicht als die Lehre. Aber für einen „Normalwissenschaftler“ wird das Gewicht der Forschung durch die Qualität der Lehre und die Kollegialität relativiert.

In den jeweiligen Fachbereichen wird immer wieder nach demselben Kandidatenprofil gesucht. Bei der Auswertung der Interviews konnte für jeden Fachbereich und jedes Institut ein dominantes Profil identifiziert werden. Einige Fachbereiche suchen vorrangig nach „Spitzenforschern“, während andere den „Normalwissenschaftler“ vorziehen. In den untersuchten deutschen Fachbereichen sind die Unterschiede im Durchschnitt größer als in den französischen. In Geschichte sind die Differenzen größer als in Mathematik.

Die französischen Institute für Mathematik sind sich sehr ähnlich. Sie suchten meistens nach „Spitzenforschern“. Die interviewten Kommissionsmitglieder der fünf betroffenen Institute betonten häufig, dass sie an der Lehre wenig Interesse hätten. Sie suchten also alle nach Kandidaten mit einem ähnlichen Profil.

Die fünf in die Studie einbezogenen französischen Institute für Geschichte verfolgten unterschiedliche Strategien. Zwei suchten ebenfalls nach „Spitzenforschern“ und zogen externe Kandidaten den lokalen vor. Im Unterschied dazu vertraten die Kommissionsmitglieder des dritten Instituts die Ansicht, dass eine gute Forschungsleistung nicht ausreichend sei. Sie suchten nach jemandem, der nicht zu spezialisiert war und verschiedene Epochen und Themen in der Lehre vertreten konnte. Sie erwarteten vom Kandidaten, dass er zum einen am Hochschulort präsent ist und sich zum anderen an der Selbstverwaltung beteiligt. Die beiden anderen Institute boten ein gemischtes Bild. Das vierte zog meistens „Spitzenforscher“ vor, rekrutierte manchmal aber auch „Normalwissenschaftler“, während das fünfte umgekehrt meistens „Normalwissenschaftler“ rekrutierte und nur ab und zu versuchte, „Spitzenforscher“ zu gewinnen.

Die vier deutschen Fachbereiche für Geschichte waren sehr unterschiedlich. Der erste war klein und auf Studiengänge für das Lehramt spezialisiert. Bevorzugt wurden dort Hochschullehrer rekrutiert, die Interesse an der Lehre hatten. Ein zweiter war forschungsorientiert und suchte nach Kandidaten mit weltweiter Reputation. Die beiden anderen Fälle glichen eher dem zweiten Fachbereich, hatten aber ein größeres Interesse an der Lehre.

Die untersuchten deutschen Fachbereiche für Mathematik waren ähnlich unterschiedlich, aber die Unterschiede zwischen den extremen Polen waren noch größer. Ein Fachbereich war sehr berühmt: Alle Interviewpartner äußerten sehr elitäre Präferenzen. Sie suchten ausschließlich nach „Spitzenforschern“. Ein zweiter Fachbereich suchte ausdrücklich nach Kandidaten, die keine schnelle Karriere im Sinn hatten, sondern sich gerne am Hochschulort niederlassen wollten.

Es ist überraschend, dass an Universitäten, die als „vergleichbar“ bezeichnet werden, eine solche Vielfalt von Rekrutierungsmustern zu finden ist. Wie kann man erklären, dass sie nicht alle nach derselben „seltenen Perle“ suchen? Zum Teil spiegelt die Vielfalt die spezifischen Anforderungen wider, die an die Institute bzw. Fachbereiche gestellt werden, sie ist aber auch Teil einer expliziten Strategie.

4. Unterschiedliche Institutstrategien

Unsere Ergebnisse widersprechen der Vorstellung von homogenen Rekrutierungsmustern. Es wird also nicht im selben institutionellen Sektor nach demselben Kandidaten gesucht, so dass also der „beste“ Kandidat auch vom „besten“ oder „anerkanntesten“ Institut oder Fachbereich rekrutiert wird usw. Diese Heterogenität resultiert aus drei Faktoren.

4.1. *Unterschiedliche Institutsprofile*

Die Definition des „besten Kandidaten“ ist abhängig von den spezifischen Aufgaben in Forschung und Lehre, die sich dem jeweiligen Institut stellen. Ein großer Fachbereich mit vielen Hochschullehrern glaubt, weniger Bedarf an Lehrenden zu haben, die eine breite Palette von Themen abdecken können als ein kleines Institut. Er kann nach hoch spezialisierten Kandidaten suchen, während kleinere Institute eher nach polyvalenten Kandidaten Ausschau halten. Darüber hinaus kann die Existenz von Forschungsgruppen oder -einheiten (wie Sonderforschungsbereichen in Deutschland oder CNRS-Forschungszentren in Frankreich) innerhalb der Universität die Definition der gesuchten Kandidatenprofile beeinflussen. Selbst wenn die Studierenden Druck hinsichtlich der Lehrfähigkeit von Kandidaten ausüben, werden trotzdem „Spitzenforscher“ vorgezogen.

Ein weiterer Faktor ist der Wunsch nach personaler Kontinuität: Meistens erwartet man von dem gesuchten Kandidaten, dass er dieselben Eigenschaften besitzt wie der frühere Stelleninhaber. Vielfach wird ein „Normalwissenschaftler“ einem anderen „Normalwissenschaftler“ nachfolgen, weil die Aufgaben des Vorgängers weiterhin erledigt werden müssen.

4.2. *Unterschiedliche Bewerberlagen*

Die Auswahlstrategie der Institute und Fachbereiche bildet die eine Seite der Medaille, auf der anderen Seite steht die Frage, welche der potenziellen Kandidaten sich überhaupt auf die angebotene Stelle bewerben. So wollen „Spitzenforscher“ eher selten an kleine Institute mit hoher Lehrbelastung und schwacher Forschungsinfrastruktur gehen. Selbst wenn sich solche Kandidaten bewerben (falls sie keine Alternative haben), wird die

Rekrutierungskommission an solchen Instituten kaum Gefahr laufen, diese Kandidaten auf einen Listenplatz zu setzen, weil sie davon ausgehen, dass sie andere Angebote erhalten werden und diese dann vorziehen. Die Kommissionsmitglieder können nicht die Kandidaten auswählen, die ihrer Meinung nach interessant sind, weil sie vor allem Kandidaten finden müssen, die bereit sind, an ihr Institut zu kommen. Meistens wissen die Institute bzw. Fachbereiche genau, für welches Kandidatenprofil sie attraktiv sind.

4.3. Unterschiedliche Differenzierungsstrategien des Instituts bzw. des Fachbereichs

Die beiden ersten Faktoren müssen aus der Perspektive des Instituts als gegeben betrachtet werden. Aber Institute bzw. Fachbereiche können selbst auch eigene Differenzierungsstrategien entwickeln²¹, wie anhand der folgenden drei Beispiele belegt werden soll.

Ein erstes Beispiel finden wir an einem deutschen Fachbereich für Mathematik, der nach „Spitzenforschern“ sucht. C3-Professoren werden rekrutiert, die nicht lange bleiben werden, weil sie sich so schnell wie möglich auf eine C4-Stelle bewerben werden. Wenn sie aber an den Fachbereich kommen wollen, müssen sie innovative Ideen, internationale Forschungsergebnisse usw. mitbringen. Von den rekrutierten C4-Professoren wird an diesem Fachbereich erwartet, dass sie sich als Forschungsmanager betätigen. Kein Kommissionsmitglied hat Interesse an der Lehre geäußert. Kollegialität schien ebenfalls kein allzu wichtiger Faktor zu sein, besonders nicht für die C3-Professoren, da niemand erwartete, dass sie mehrere Jahren bleiben würden.

Im Unterschied dazu hatte ein anderer deutscher Fachbereich für Mathematik eine an Grundlagenforschung orientierte Entwicklung vernachlässigt. Seine Mitglieder wollten vor allem für ihre pädagogische Exzellenz im Bereich der angewandten Forschung bekannt werden. Da sie mit sinkenden Studentenzahlen konfrontiert waren und Stellenstreichungen

²¹ Das ist kein selbst initiiertes Prozess. Meistens werden solche Strategien als Antwort auf externen Druck entwickelt. In dem zweiten deutschen Fachbereich für Mathematik spielte das Landesministerium eine große Rolle. Die vom Fachbereich entwickelte Strategie war das einzige Mittel, dem Druck des Ministeriums ausweichen zu können. In einem französischen Institut für Geschichte führte der Kandidatenmangel zur Entwicklung einer speziellen Strategie.

vermeiden wollten, hatten sie begonnen, für andere Fachbereiche ihrer Universität neue Seminare anzubieten. Sie strebten auch nach Forschungsverträgen mit lokalen Firmen. Diese neue Orientierung schützte zwar den Fachbereich vor dem Druck des Landesministeriums, bedeutete aber auch Veränderungen in den Rekrutierungsmustern. Erstens stellten die pädagogischen Fähigkeiten des Kandidaten einen wichtigen Faktor dar. Zweitens zogen sie Kandidaten vor, die sich auf Dauer an dem Fachbereich engagieren wollten. Sie suchten nicht nach Kandidaten, die sich bald möglichst woanders bewerben würden. Sie suchten gute Forscher mit Projekterfahrung aber ohne besonderen Ehrgeiz; sie suchten Kandidaten, die in der in der Universitätsstadt wohnen wollten oder dort bereits wohnten.

Der erst genannte Fachbereich entwickelte also eine externe Strategie, der zweite Fachbereich verfolgte eine eher interne und lokale Strategie.

Als letztes Beispiel nehmen wir den Fall eines französischen Instituts für Geschichte, das mit zwei Problemen konfrontiert ist. Erstens liegt es in der Nähe von Paris. Von daher befürchtet es, ausschließlich Kandidaten zu rekrutieren, die in Paris wohnen und nur an die Universität kommen, um ihre Vorlesungen und Seminare zu halten. Zweitens gibt es keine herausragende Forschungsinfrastruktur²² in der Nähe des Instituts. Für „Spitzenforscher“ sind die Stellen dort deshalb wenig attraktiv. Das Institut hat sich daher entschieden, Kandidaten den Vorzug zu geben, für deren Forschungsprojekte die lokalen Archive und die lokale Geschichte interessant sind.

Der „beste“ Kandidat wird für die beiden letztgenannten Fachbereiche bzw. Institute nicht derselbe sein wie für das erste. Damit ist die Annahme bestätigt, dass auf demselben institutionellen Sektor Marktsegmentierung zu finden ist.

5. Strategien und Risiken

Rekrutierungen sind immer mit einem gewissen Risiko verbunden. Erstens, weil die Qualität der Kandidaten bewertet werden muss, und zweitens, weil aus dieser Bewertung der zukünftige Beitrag des Kandidaten

²² Erstens gibt es kein vom CNRS anerkanntes Institut, zweitens sind die verfügbaren Archive nur regional. Historiker, die kein regionales Forschungsprojekt entwickeln möchten, recherchieren in Archiven, die meist nur in Paris angesiedelt sind.

gefolgert werden muss. Meistens wird allgemein angenommen, dass ein zum Zeitpunkt der Rekrutierung guter Forscher (oder guter Kollege oder guter Lehrer) auch in der Zukunft ein guter Forscher (usw.) sein wird. Selbst wenn man die Probleme außer acht lässt, die sich durch die Antizipation der Zukunft auf der Grundlage aktueller Informationen ergeben, bleibt die Beurteilung der aktuellen Qualität eines Kandidaten dennoch mit Unsicherheiten behaftet.

Es soll nun nachgewiesen werden, dass der Grad der Ungewissheit davon abhängt, ob ein „Spitzenforscher“ oder ein „Normalwissenschaftler“ gesucht wird. Das gesuchte Kandidatenprofil wirkt sich auf Mechanismen aus, die für die Bewertung und Entscheidung maßgeblich werden.

Die Bewertung der Forschungsleistung ist der am wenigsten ungewisse Teil der Kandidatenbeurteilung. Die Kommissionsmitglieder sagen, dass ihnen dies am leichtesten fällt, vor allem dann, wenn der Forschungsbereich des Kandidaten ihr eigenes Spezialgebiet betrifft. Auch Spezialisten fällt es nicht schwer, zu einer gemeinsamen Beurteilung der Kandidaten ihres Faches zu gelangen. Je länger die Kandidaten bereits Wissenschaftler sind, desto einfacher ist es, zu einer Beurteilung zu gelangen, da es Wissenschaftlern immer gelingt, Zeichen ihrer Forschungsaktivität (Artikel, Bücher etc.) zu liefern. Das einzige Problem betrifft den Fall, in dem eine Wahl zwischen sehr guten Kandidaten mit unterschiedlichen Spezialgebieten erfolgen muss. Dann stellt sich zum Beispiel im Bereich Mathematik die folgende Frage: Soll man den besten Kandidaten in Algebra oder den besten Kandidaten in Geometrie wählen?

Die Einschätzung der Persönlichkeit scheint viel schwieriger zu sein. Da es in den Bewerbungsunterlagen kaum Zeichen darüber gibt, gibt es kaum feste Beurteilungsschemata. Vor allem ist der während des Interviews oder der Anhörung vermittelte Eindruck (Siow 1991) wichtig. Ferner spielen die aus dem Kollegenkreis übermittelten Informationen über den Kandidaten und die Erfahrungen, die man mit dem Kandidaten – in Frankreich als Doktorand an dem eigenen Institut – gemacht hat, eine Rolle.

Die Bewertung der Lehre ist noch schwieriger, wie die meisten Kommissionsmitglieder berichteten. Die gesammelten Zeichen sagen etwas über das Spektrum der Themen aus, die ein Kandidat lehren kann oder sie zeigen, dass er keine deutliche Behinderung hat (Stottern, ungenügendes Sprachniveau etc.). Eine echte Beurteilung der Lehrfähigkeit ermöglichen sie dagegen nicht.

Aufgrund der größeren Ungewissheit über die Kollegialität und die

Qualität der Lehre ist die Rekrutierung von „Normalwissenschaftlern“ risikoreicher als die Rekrutierung von „Spitzenforschern“. Für die letztgenannten können die Kommissionsmitglieder sich stärker auf das Marktregime²³ verlassen. Dabei vergleichen sie quasi standardisierte Zeichen (Zahl der Publikationen, Ansehen des Promotionsprogramms etc.). Wird nach einem „Normalwissenschaftler“ gesucht, werden Netzwerkregime und Interaktionsregime mobilisiert, um die Ungewissheit über die Qualität zu reduzieren. In Frankreich, wo Mobilität nicht zwingend ist, wird häufig dem lokalen Kandidaten der Vorzug gegeben, weil man bereits gewohnt ist, mit ihm zu arbeiten²⁴.

Die Orientierung der Rekrutierung am „Spitzenforscher“ oder „Normalwissenschaftler“ beeinflusst auch die zukünftige Entwicklung des Instituts bzw. des Fachbereichs sowie die Laufbahn des Kandidaten. In zweien der zuvor beschriebenen Fälle (der deutsche Fachbereich für Mathematik, der nach guter Lehre und angewandter Forschung strebte, und das französische Institut für Geschichte, das Kandidaten mit regionalen Forschungsprojekten vorzog) kann man voraussagen, dass ihre Kandidaten weniger Mobilitätschancen haben werden als die Kandidaten des an Spitzenforschung orientierten Instituts. Das bedeutet auch, dass in solchen Fällen eher interne als externe Arbeitsmärkte (Doring und Piore 1971) favorisiert werden.

6. Implikationen und Schlussfolgerungen

Die Ergebnisse dieser Untersuchung (die auch einen amerikanischen Teil umfasst, über den hier nicht berichtet wird) bestätigen, dass aufgrund der

²³ Ich lege hier die von F. Eymard-Duvernay und E. Marchal entwickelte Typologie zugrunde. Sie unterscheiden zwischen vier Beurteilungsregimen auf dem Arbeitsmarkt: das institutionelle Regime, innerhalb dessen Kompetenzen durch Qualifikationsregeln evaluiert werden; das Marktregime, in welchem Kompetenzen stabil und Güter homogen sind; das Netzwerkregime, in welchem Kompetenzen „durch eine Arbeit dokumentiert werden, (...) von der der Arbeitgeber über seine Peers Kenntnis erlangt hat“ (1997: 33); das Interaktionsregime, innerhalb dessen die Beurteilung im Rahmen einer Interaktion zwischen dem Arbeitgeber und dem Kandidaten entsteht.

²⁴ Diese Erklärung setzt herkömmliche Argumente über „lokale Rekrutierungen“ nicht außer Kraft, die behaupten, dass Kommissionsmitglieder unfähig sind, dem von lokalen Kandidaten ausgeübten „moralischen“ Druck zu widerstehen, oder dass Vetternwirtschaft in französischen Instituten herrscht. Aber die Erklärung macht eine Neuformulierung dieses Problems erforderlich: lokale Rekrutierung ist eine gute Lösung, um Ungewissheit über Lehrfähigkeit und Kollegialität zu reduzieren.

Unterschiede in den nationalen Rekrutierungsprozessen die akademischen Arbeitsmärkte aus nationalen Märkten bestehen. Ferner ist innerhalb einer bestimmten Disziplin (in einem bestimmten Land) eine große Homogenität der Rekrutierungskriterien zu beobachten. So werden zum Beispiel jeweils dieselben Zeichen benutzt, um die Qualität der Forschung oder die der Lehre zu evaluieren.

Dennoch kann nicht behauptet werden, dass auf diesen Märkten ein homogenes Angebot auf eine heterogene Nachfrage trifft und dass dies ausschließlich das Resultat der Bewertung von Forschungsleistungen ist. Auf demselben institutionellen Sektor konnten Institute bzw. Fachbereiche beobachtet werden, die nach sehr unterschiedlichen Kandidaten suchen. Das kann damit zusammenhängen, dass diese Institute ganz unterschiedliche Anforderungen stellen, oder dass sie für dieselben Kandidaten unterschiedlich attraktiv sind. Die beobachteten Unterschiede in der Rekrutierung sind aber auch eine Konsequenz der von den Instituten verfolgten Strategie. Hinzu kommt, dass die Passfähigkeit zwischen Angebot und Nachfrage, wie in anderen Märkten auch, sich aus der Evaluation der Qualität und nicht aus dem Preis ergibt, und dass die Bewertung der Qualität eine offene Frage ist (Callon, Méadel und Rabeharisoa 2001). Aber im Unterschied zu den von Callon et al. untersuchten Fällen liegt die Definition der nachgesuchten Qualitäten weiterhin in den Händen der Peers (Experten). Das Auftauchen von hybriden Arenen²⁵ zur Aushandlung der Definition von Qualitätsansprüchen an die Bewerber ist nicht zu beobachten. Dennoch muss festgehalten werden, dass die Strategien der deutschen Fachbereiche zwar von den Fachbereichsmitgliedern entwickelt werden, aber durchaus auch vom starken Druck des Ministeriums beeinflusst werden.

Die Definition von Qualität wirkt sich auf die vom Institut nachgesuchten Kandidatenprofile und die Gewichtung der drei Aspekte Forschung, Kollegialität und Lehre aus. Weil die letzten beiden Faktoren schwieriger einzuschätzen sind, werden dann Netzwerkregime und Interaktionsregime häufiger zur Anwendung gebracht, wenn nach „Normalwissenschaftlern“ und nach Kandidaten gesucht wird, von denen man erwartet, dass sie lange am Institut bleiben werden.

²⁵ M. Callon, C. Méadel und V. Rabeharisoa (2001) behaupten, dass Gütermärkte nicht nur von Wirtschaftsexperten kontrolliert werden, sondern dass Akteure, die keine Experten sind (Kunden, Verbrauchergemeinschaften, (...)) immer mehr an der Definition der Güterqualität teilhaben. Foren, auf denen diese Qualitäten diskutiert werden und die nicht mehr ausschließlich Expertenforen sind, werden daher zunehmend hybrid.

Solche Ergebnisse stellen die traditionelle Auffassung von akademischen Arbeitsmärkten in Frage. Ihre Segmentierung wurde als ein Produkt der institutionellen Vielfalt und der starken Spezialisierung der Disziplinen verstanden (Youn und Zelterman 1988; Youn 1992). Man ging davon aus, dass innerhalb einer bestimmten Disziplin im selben institutionellen Sektor Homogenität vorherrschte. Diese Annahme hat sich in dieser Untersuchung als fragwürdig herausgestellt. Vielmehr wurde herausgearbeitet, dass innerhalb einer bestimmten Disziplin im selben institutionellen Sektor die Rekrutierungsmuster und die Qualitätsdefinitionen heterogen sind. Abhängig von der zugrunde gelegten Qualitätsdefinition erfolgt die Beurteilung auf der Basis unterschiedlicher Regime (Markt-, Netzwerk- oder Interaktionsregime). Außerdem kann man im selben Sektor unterschiedliche Institutsstrategien feststellen. Werden eher „Spitzenforscher“ gesucht, nutzen die betroffenen Institute eher externe Arbeitsmärkte; werden eher „Normalwissenschaftler“ gesucht, nutzen die betroffenen Institute vor allem interne Arbeitsmärkte.

Literatur

- Bauer M., Bertin-Mouroit B. (1996): Vers un modèle européen de dirigeants ou trois modèles contrastés de production de l'autorité légitime au sommet des grandes entreprises. Comparaison Allemagne, France, Grande-Bretagne, Paris, CNRS et Boyden.
- Callon M., Meadel C., Rabeharisoa V. (2001): „L'économie des qualités“, *Politix*, 52 (1): 211-239.
- Chevaillier T. (2000a): „Academic Staff in France“, in Enders, J. (ed.) (2000): *Employment and Working Conditions of Academic Staff in Europe*, Materialien und Dokumente, Hochschule und Forschung, Frankfurt a.M., Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, pp. 103-116.
- Chevaillier T. (2000b): „French Academics: Between the Professions and the Civil Service“, in Altbach, P. (ed.) (2000): *The Changing Academic Workplace. Comparative Perspectives*, Boston, Boston College Center for International Higher Education, pp. 73-104.
- Cole J.R., Cole S. (1973): *Social Stratification in Science*, Chicago, University of Chicago Press.
- Diamond A.M. (1986): „What is a Citation Worth?“ *The Journal of Human Resources*, pp. 200-215.
- Doeringer P. B. und Piore M. J. (1971): *Internal Labour Markets and Manpower Analysis*, Massachusetts-Lexington, Heath Lexington Books.
- Enders J. (ed.) (2000a): *Employment and Working Conditions of Academic Staff in Europe*, Materialien und Dokumente, Hochschule und Forschung, Frankfurt a.M., Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft.

- Enders J. (2000b): „A Chair System in Transition: Appointments, Promotions, and Gate-keeping in German Higher Education“, in Altbach, P. (ed.) (2000): *The Changing Academic Workplace. Comparative Perspectives*, Boston, Boston College Center for International Higher Education, pp. 25-50.
- Eymard-Duvernay F., Marchal. E (with the participation of P. Boissard, A.-K. Hemery und M.-M. Vennat) (1997): *Façons de recruter. Le jugement des compétences sur le marché du travail*, Paris, CEE - Editions Metallié.
- Hamermesh D.S., Johnson G.E., Weisbrod B.A. (1982): „Scholarship, Citation and Salaries: Economic Rewards in Economics“, *Southern Economic Journal*, 49, pp. 472-481.
- Hargens L.L., Hagstrom W.O. (1967): „Sponsored and Contested Mobility of American Academic Scientists“, *Sociology of Education*, 40, pp. 24-38.
- Hargens L.L., Hagstrom W.O. (1982): „Consensus and Status Attainment Patterns in Scientific Disciplines“, *Sociology of Education*, 55(4), pp.183-196.
- Karpik L. (1996): „Dispositifs de confiance et engagements crédibles“, *Sociologie du travail*, 38(4), pp. 527-550.
- Karpik L. 1989: „L'économie de la qualité“, *Revue Française de Sociologie*, 30(2), pp. 187-210.
- Long J.S., Allison P.D., McGinnis R. (1979): „Entrance into the Academic Career“, *American Sociological Review*, 46, pp. 816-830.
- Long J.S., Fox M.F. (1995): „Scientific Careers: Universalism and Particularism“, *Annual Review of Sociology*, 21, pp. 45-71.
- Mayer K.-U. (2000): „Wissenschaft als Beruf oder Karriere?“, Beitrag zur Konferenz „Wissenschaft zwischen Geld und Geist“, Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte, Berlin, 16 - 18 November.
- Musselin C. (2000): *Le recrutement et la carrière des historiens et des mathématiciens dans des universités privées américaines, Rapport d'enquete CSO Paris*.
- Musselin C. (1996): „Les marchés du travail universitaires, comme économie de la qualité“, *Revue Française de Sociologie*, 37(2), pp. 189-208.
- Reskin B. (1979): „Academic Sponsorship and Scientist Careers“, *Sociology of Education*, 59, pp.129-146.
- Siow A. (1991): „Are First Impressions Important in Academia?“, *Journal of Human Resources*, 26(2), pp. 236-255.
- Tuckman H.P., Leahey J. (1975): „What Is an Article Worth“, *Journal of Political Economy*, 83 (5), pp. 951-967.
- Youn T.I.K. (1992): „The Sociology of Academic Careers and Academic Labor Markets“, *Research in Labor Economics*, 13, pp. 101-130.
- Youn T.I.K., Zelterman D. (1988): „Institutional Career Mobility in Academia“ in Breneman, D.W., Youn T.I.K. (eds.): *Academic Labor Markets and Careers*, New York, Philadelphia, London, Falmer Press, pp. 52-73.

Innerer Aufbruch und Reform

Die Wende an der Universität Jena 1988 – 1991

Michael Ploenus
Jena

**Zwischen Anpassung und
Widerstand – Zur Tradition
universitären Protestes**

Die Universitäten und Hochschulen der ehemaligen DDR machten im Herbst 1989 „kaum Schlagzeilen“ und standen „weder im Blickpunkt des öffentlichen Interesses“, noch waren sie Impulsgeber für gesellschaftliche Veränderungen (Fischer 1992, 342). Lapidar formuliert es Bernd-Reiner Fischer, ehemals Bildungsforscher:

„Die Studentenschaft und der Wissenschaftlerstand verfügten über kein nennenswertes, gesellschaftlich relevantes Kritikpotential. Dafür hatten die Mechanismen ihrer Rekrutierung und eine langjährige wissenschaftsfeindliche Funktionalisierung der Wissenschaft erfolgreich gesorgt.“ (Ebd.)

Zu gleichem Fazit kommt Renate Mayntz, wenn sie konstatiert, daß die Universitäten alles andere als ein „Hort der Opposition“ gewesen seien, zumal es enge Verknüpfungen mit der Bürgerbewegung nicht gegeben hätte (Mayntz 1994, 284). Dies bedeutet allerdings nicht, daß sich an den Hochschulen der DDR kein Widerstand gegen Bevormundung und Indoktrination geregt hat. Gerade die Alma mater Jenensis galt als tendenziell eher unruhige Universität. Gleichwohl war sie eine Universität *in* der DDR und als solche eingebettet in die systemischen Strukturen. Die zweifellos richtigen Einschätzungen von Mayntz und Fischer hinsichtlich feh-

lender gesellschaftlich relevanter Impulskraft der Hochschulen im Wendeprozess sollten außerdem nicht dahingehend mißverstanden werden, als hätte es während des gesellschaftlichen Umbruchs keine Initiativen zur Reform – vor allem der eigenen Hochschule – gegeben. Wie auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens zog der allgemeine Aufbruch in der DDR auch die Universitäten in den Strudel der Veränderungen und zwang sie *nolens volens* zum Handeln. In diesem Kontext sticht die Friedrich-Schiller-Universität wiederum besonders hervor, da sie sich im Vergleich zu anderen Hochschulen als fähig und entschlossen zur konsequenten personellen und strukturellen *Selbsterneuerung* zeigte. Die „Existenz einer geschlossenen Erneuerergruppe“ in Form einer professoralen Aktionsgemeinschaft erwies sich dabei als entscheidender Faktor. Nachfolgend soll der Prozess des Wandels mit seinen wichtigsten Stationen skizzenhaft nachgezeichnet werden (vgl. Mayntz 1994, 300).

Seit Wiedereröffnung der Jenaer Universität nach dem Zweiten Weltkrieg und der bald einsetzenden massiven ideologischen Indoktrination hat es immer wieder unterschiedlich stark akzentuierten Protest gegen die Gleichschaltung gegeben. Hier kann die Universität auf eine Kontinuität der Auflehnung und des Protestes individueller und kollektiver Art verweisen. Es waren in den fünfziger und sechziger Jahren vor allem bürgerliche Professoren wie Karl Heussi, Hans Leisegang oder Walter Brednow, die die Fahne akademischer Freiheit hochzuhalten versuchten. Nicht unerwähnt bleiben dürfen auch die studentischen Formen des Protestes im sogenannten *Eisenberger Kreis* oder die beißenden Satiren des Physikerballs von 1956 (vgl. z.B. von zur Mühlen 1995; Herrmann et al. 1997). Kam der Protest in dieser Zeit aus der bürgerlichen Ecke, so wurde seit den siebziger Jahren die Kritik von links geäußert. Literaten wie Lutz Rathenow oder Jürgen Fuchs und mit ihnen sympathisierende Studenten suchten nach der moralischen Alternative zum real existierenden Sozialismus und klagten die propagandistischen Versprechungen des Regimes auf ihre Weise ein. Es waren schließlich auch in dieser Tradition stehende junge linke Gruppen, die die Wende an Universität einleiteten und forcierten. Etwas zeitversetzt brachen sich jedoch auch die verschütt geglaubten, aber virulenten bürgerlichen Positionen die Bahn und gewannen schließlich die Oberhand.

Auf dem Weg in den Herbst 1989 – Vom Verbot des „Sputnik“ zur Kommunalwahl

Das Verbot des sowjetischen Digest „Sputnik“ im November 1988 steht symbolisch für die zugespitzte politische Situation in der DDR. Es kam zwar nicht zu spektakulären Aktionen im Kontext dieser Zensurmaßnahme, aber die Wellen der Empörung schlugen allerorten – nicht zuletzt in der SED selbst – hoch. Das Verbot wurde als endgültige Absage an politische Reformen verstanden und demonstrierte einmal mehr die Starrheit der Führungsriege. Besonders bedauert wurde, daß der als konstruktiv empfundene Meinungsstreit der sowjetischen Öffentlichkeit, der ja auch DDR-ähnliche Probleme thematisierte, nicht mehr verfolgt werden konnte. Die nahezu gleichzeitige Verleihung des Karl-Marx-Ordens an den sinistren rumänischen Diktator Nicolae Ceausescu war da bedrückend folgerichtig. Beide Ereignisse lösten vereinzelt Protest an der Universität aus, zumindest aber einen Unmut, der nachhaltig wirkte.

Wie groß der Vertrauensschwund in die SED inzwischen war, zeigte sich besonders deutlich bei den Kommunalwahlen im Mai 1989. An der Universität gab es nach Erkenntnissen des Ministeriums für Staatssicherheit eine deutlich höhere Zahl von Nichtwählern und Gegenstimmen als bisher. Zusammen mit dem traurigen Höhepunkt der Rechtfertigung des Massakers auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking vom Juni 1989 durch die SED-Führung führte dies kurz vor und während der Semesterferien zu einer dramatischen Verschlechterung der Lage – landesweit und damit auch an der Universität (vgl. Kluge/Meinel 1997, 198ff.).

Es waren bei diesen Gelegenheiten im Raum der Universität hauptsächlich Studenten, die durch ihre Äußerungen und Handlungen auffielen. Seit geraumer Zeit schon versuchten engagierte Studierende, die verkrusteten Strukturen aufzubrechen, um sich Freiräume zu erobern. Anfang der 80er Jahre hatte sich ein loser, halboffizieller Gesprächskreis von – pikanterweise – Theologie- und Jurastudenten gebildet, der über weltanschauliche Barrieren hinweg den Dialog probte. In der zweiten Hälfte der achtziger Jahre wurden die Gespräche über Gott und die Welt intensiviert, die 1988 schließlich zu der für DDR-Verhältnisse kühnen Idee führten, eine gemeinsame Aktion abseits der FDJ-Strukturen zu starten. In privater Initiative wollte man Geld für einen Ambulanzwagen sammeln, der einem Krankenhaus in Nicaragua zugute kommen sollte. Das republikweite Echo war beachtlich, ebenso wie der Erfolg. Die Aktion

fand zahlreiche Unterstützer, wie etwa den Liedermacher Gerhard Schöne oder die Schriftstellerin Rosemarie Schuder. Auch Professoren wie der Verfassungsrechtler Gerhard Riege stellten sich hinter die Studierenden und deren Anliegen. Trotz letztlich erfolgreicher Usurpation der Initiative durch die FDJ-Leitung war die Ambulancia-Aktion hinsichtlich ihrer Intentionen ein Erfolg. Der erwartungsgemäß erfolglose Versuch der Gründung einer unabhängigen und kritischen Studentenzeitung im Frühjahr 1989 war schließlich ein weiteres Indiz für das studentische Unruhepotential.

Bei allem Protest und Unbehagen darf freilich nicht übersehen werden, daß die universitäre Masse passiv blieb. Professoren und Studenten bewegten sich fließend zwischen halblautem Protest und halbprivaten Reformdiskussionen einerseits sowie einfach angepaßter Fraglosigkeit andererseits. Eine detaillierte Typisierung scheint kaum möglich, da die individuellen Arrangements mit dem System zu mannigfaltig waren. Man kann auf eine Formulierung von Peter Bender zurückgreifen, der die Atmosphäre der DDR der achtziger Jahre als „halbtolerante Langeweile“ charakterisierte (Bender 1992, 11). In dieser halbtoleranten Gesellschaft suchte sich der Einzelne seinen Platz und seine Nische, mit unterschiedlicher Vehemenz die Grenzen der „Halbfreiheit“ auslotend.

Der Herbst der Studenten

Es ist aber nicht verwunderlich, wenn Studenten auch im Herbst 1989 die deutlichsten Akzente an der Alma mater setzten. Schon im September fielen sie in der Zeit allgemeiner Protestbriefe und Stellungnahmen zur gesellschaftlichen Situation durch eine sektionsübergreifende Briefaktion auf, an der sich 12 der 16 Jenaer Sektionen beteiligten. „Ein Versuch, diese Entwicklungen zu stoppen, mißglückte der Universitätsleitung – für uns das erste Erlebnis des Erfolgs über den Apparat“, schreibt der daran beteiligte Tilo Schieck (Schieck 2000, 227). Verantwortlich für die Aktion zeichnete ein studentischer Kreis, der hauptsächlich aus renitenten FDJ-Funktionären aus den Sektionen Mathematik, Psychologie, Biologie und Theologie bestand und der sich überdies, quasi interdisziplinär, schon Anfang 1989 als halbprivater Stammtisch gefunden hatte.

Am 9. Oktober faßte dieser Kreis unter dem Eindruck der Berliner Ereignisse vom 7. Oktober den Beschluß, ein Plenum für den dringenden Diskussionsbedarf an der Universität zu schaffen. Zehn Tage später fand

tatsächlich unter dem Namen „Reformhaus“ die erste freie Veranstaltung mit etwa 800 beteiligten Studenten, einigen Universitätsmitarbeitern und Gästen statt. Weitgehend unstrukturiert und recht chaotisch und stets basisdemokratisch bemüht, diskutierten die Studenten in verschiedenen Arbeitsgruppen zu Fragen der Demokratisierung der Hochschule, zu allgemeinen Problemen des Rechtsstaates oder der Bedeutung gesellschaftlicher Werte. Mit dem Titel „Mut statt Wut“ gelang es den Initiatoren des „Reformhaus“ im Anschluß auch noch, ein erstes unzensuriertes Informationsblatt als Sonderdruck der Universitätszeitung „Sozialistische Universität“ zu publizieren, womit, ebenfalls erstmalig, das Informationsmonopol der Universitätsparteileitung durchbrochen wurde.

Vor allem aber kreiste das Problem, wie es mit dem „Reformhaus“ selbst weitergehen könne, also ob man für eine Reformierung der FDJ oder eine autonome Studentenvertretung streiten sollte, über dem Plenum. Recht bald wurde diese Frage konkret zugunsten der Idee eines Studentenrates beantwortet. Eine Woche nach der „Reformhaus“-Veranstaltung beschlossen studentische Arbeitsgruppen, ein Papier für die weitere Arbeit zu entwerfen. Am 2. November lag das Konzept eines Studentenrates als unabhängige und demokratische Studentenvertretung, deren Mitglieder persönlich und geheim in jeder Sektion gewählt werden sollten, auf dem Tisch. Auf einer Versammlung von Delegierten aller Sektionen billigte man den Entwurf und berief eine Urabstimmung der Studentenschaft zu diesem Thema ein. Der Rektor Hans Schmigalla kam trotz rechtlicher Bedenken nicht umhin, den sich bildenden Studentenrat formal anzuerkennen und seine Zusammenarbeit anzubieten. An der Urabstimmung Mitte November 1989 beteiligten sich schließlich 70% der Studenten, die mit 90% für den Studentenrat votierten. Am 23. November konstituierte sich auf dem zweiten „Reformhaus“-Plenum dann die studentische Vertretung und wählte den Geschichtsstudenten Gert Noack zum Vorsitzenden.

Der Versuch der Parteileitung, den Aufbruch der Studenten noch durch die Gründung eines „Sozialistischen Studentenbundes“ kontrollierend aufzufangen, scheiterte wegen des Boykotts der Studierenden. Überhaupt stand die Reform der FDJ-Arbeit an der Universität nun nicht mehr zur Debatte. Dabei war man anfangs durchaus um ein konstruktives Miteinander bemüht. Die FDJ-Leitung der Universität aber zeigte sich halsstarrig, und so forderten die Initiatoren des „Reformhauses“ den Rücktritt der Leitung, zumal auch Verhandlungen über die Mitnutzung der Infra-

struktur gescheitert waren. Zwar konnte die FDJ-Leitung auf der letzten Delegiertenversammlung am 29. November nicht zur Selbstauflösung bewegt werden. Jedoch ließen sich „Reformhaus“-Studenten als neue Leitung wählen und beschlossen daraufhin sofort, die Arbeit der FDJ zum 31. Dezember 1989 einzustellen.

Trotz aller Erfolge ging der „revolutionäre Schwung“, der Teile der Studentenschaft erfaßt hatte, durch die gravierenden sozialen und studienbedingten Probleme, vor die man sich gestellt sah, über den Jahreswechsel 1989/90 verloren. Auf den Gang der Veränderungen an der Universität hatten die Studierenden kaum mehr Einfluß. Zwar saßen Vertreter in den wichtigsten Gremien der Alma mater, konnten sich dort aber mit dem sicher auch unter der Studentenschaft nicht zwingend mehrheitsfähigen „Konzept“ einer sich diskursiv von unten erneuernden Hochschule bei paritätischer Besetzung der entscheidenden Gremien nicht durchsetzen. Bestenfalls agierten sie als Korrektiv. Dennoch bleibt ihre Vorreiterrolle bei den Veränderungsprozessen an der Universität unbestritten. Sie griffen die inflationär gebrauchte Dialogfloskel beherzt auf und setzten im November 1989 konsequent ihre Forderungen durch. Noch bevor sich Professoren und Dozenten in anderer Qualität an die Reform der Universität machten, hatten die Studenten das für sie vorerst Erreichbare erreicht.

„Staffelübergabe“ – Die professorale Initiative seit Dezember 1989

Mit der Grenzöffnung am 9. November 1989 war der Weg vom Protest zur Gestaltung leidlich geebnet. Die Proteste hatte das System ins Wanken und schließlich zum Fallen gebracht. Wie sollte es nun aber weitergehen? Es war klar, daß die Reform einer Institution wie der Universität in erster Linie von innen heraus erfolgen mußte. Dazu bedurfte es der Selbstaktivierung demokratischer Kräfte aus dem Kreis der Lehrenden. Da berechtigte Zweifel an dem konsequenten Reformwillen der bisherigen Entscheidungsträger bestanden, mußten demnach zunächst die leitenden Stellen neu und demokratisch legitimiert besetzt werden. Die demokratische Gestaltung der Hochschule war also *vorläufig* ein personelles und weniger ein strukturelles oder Statutenproblem. Spektakuläre Aktionen von Universitätsmitarbeitern waren bislang jedoch ausgeblieben. Eine Ausnahme bildete der Mediziner Ulrich Zwiener, der im Oktober 1989 in

einer ungenehmigten Veranstaltung offen das Ende des SED-Machtmonopols und die Erarbeitung demokratischer Prinzipien für das Universitätsleben forderte, was seitens der Universitätsleitung zum Vorwurf des verfassungswidrigen Verhaltens und zur Androhung seiner Entlassung führte. Sein Vorstoß blieb im Herbst 1989 allerdings ein Einzelfall (vgl. Zwiener 1998, 30ff.).

Ein kleiner Kreis von nicht nur reform-, sondern auch aktionswilligen Dozenten organisierte sich erst am 7. Dezember. Auf Initiative des Internisten Dietfried Jorke und sieben weiterer Kollegen gründete sich die „Aktionsgemeinschaft zur demokratischen Erneuerung der Hochschule“ (ADEH). Die Aktionsgemeinschaft wurde bald zu der schlagkräftigsten und einflußreichsten Gruppierung an der Universität, deren Vertreter im Laufe des Jahres 1990 in allen wichtigen Leitungsgremien zu finden waren. Die Reformen kamen dabei fast ausnahmslos aus dem medizinischen und naturwissenschaftlichen Bereich. Jenseits vollmundiger Reformrhetorik benannte die ADEH genaue Ziele und Schritte, die für eine glaubhafte Demokratisierung notwendig waren: auf staatlicher Ebene die Erarbeitung eines neuen Hochschulgesetzes, vor Ort zunächst der Rücktritt der wissenschaftlichen Räte, des Senats, des Rektors und anschließende demokratische Neuwahlen. Hinzu kam die Forderung nach Stornierung der Berufungslisten. Ein darüber hinaus gehendes Anliegen schimmerte vorerst nur durch: die Wiederherstellung der klassischen Universitätsstruktur. Es ist nicht verwunderlich, wenn aus dem Umfeld der ADEH heraus im Dezember 1989 zu einem gesamtdeutschen Wartburgtreffen aufgerufen wurde, das der Einheit von Wissenschaft Ost und Wissenschaft West im Geiste des Humanismus den Weg ebnen sollte (vgl. Zwiener 1990). Diesem Ideal folgend, wurde Anfang 1991 das *Collegium Europaeum Jenense* gegründet (vgl. Zwiener/Fenk 2001).

Die Mühen (mit) der Demokratie – Neuwahl der Universitätsleitung

Der Rektor mußte sich dem nachhaltigen Druck der ADEH beugen und empfahl die Neuwahl des Wissenschaftlichen Rates. Das Vorgehen der Reformen war in Hinblick auf diese Neuwahlen unnachgiebig, dabei aber taktisch klug. Die Vertreter der Aktionsgemeinschaft zweifelten nicht – zumindest nicht öffentlich – an der Integrität leitender Funktionäre, sondern beanstandeten allein formaljuristische Fehler bei der vorangegangenen

nen Wahl. Bei jeder sich bietenden Gelegenheit machten die ADEH-Vertreter zudem ihre Positionen deutlich und verhinderten so die Verschleppung dringender Fragen. Dadurch gelang es ihnen, Versuche der Leitung, die notwendige Erneuerung ins seichte Fahrwasser eines fortgesetzten, aber konsequenzlosen Dialoges zu führen, abzuwehren. Am 19. Januar 1990 erfolgte die Wahl des Wissenschaftlichen Rates, was die Möglichkeit der Neukonstituierung der Fakultätsräte und des Senats eröffnete. Als sich am 29. Januar 1990 der Wissenschaftliche Rat zu seiner konstituierenden Sitzung zusammenfand, forderte Dietfried Jorke den amtierenden Rektor Hans Schmigalla in einer scharfen Rede auf, von seinem Posten zurückzutreten. Das Ergebnis der vom Rektor daraufhin gestellten Vertrauensfrage fiel deutlich aus. Damit stand der Wahl eines neuen Rektors nichts mehr im Wege. Die ADEH konnte einen ersten großen Erfolg verbuchen, der Machtverlust der Universitätsparteilitung (UPL) und der alten Funktionäre in den universitären Gremien war evident.

Dieser Machtverlust kündigte sich freilich schon im Herbst 1989 an. Versuche der UPL, die Proteste zu kanalisieren und sich als Erfinder und als Speerspitze eines breiten Dialoges zu präsentieren, scheiterten kläglich. Von der Heftigkeit des Aufbruchs überrollt, zogen sich die Vertreter des alten Systems mehr und mehr zurück, formulierten Aufrufe und Stellungnahmen oder debattierten Grundsätzliches, so z.B., ob der Sozialismus ohne die Führung durch eine marxistisch-leninistische Partei denkbar wäre oder ob die neu gegründete Sozialdemokratische Partei in der DDR (SDP) die Spaltung der Arbeiterklasse bezwecke.¹ Dennoch wurde der alte Apparat zu keiner Zeit von den Reformern unterschätzt. Immerhin war er noch gut organisiert und im Besitz der besseren Informationsmöglichkeiten (vgl. Zwiener 1998, 37).

Sich den Zeichen der Zeit stellend, hatte die Gesellschaftswissenschaftliche Fakultät, deren Angehörige sich von den Veränderungen am stärksten betroffen fühlen mußten, mit Gerhard Riege einen zwar reformorientierten Sozialisten, aber auch profilierten DDR-Staats- und Verfassungsrechtler als Kandidaten für das Amt des Rektors nominiert. Die ADEH hatte mit dem Mediziner Wolfgang Klinger schon seit Ende Januar ihren Wunschkandidaten, der offiziell als Kandidat der Medizinischen

¹ Vgl. SDP in der DDR?, Sonderdruck der SED-Parteiorganisation der FSU vom 11. Oktober 1989.

Fakultät antrat. Die Mathematisch-Naturwissenschaftlich-Technische Fakultät schickte den Chemiker Egon Uhlig ins Rennen.

So kam es am 23. Februar 1990 zu einer denkwürdigen Wahl, bei der im zweiten Wahlgang überraschend Gerhard Riege zum Rektor gewählt wurde. Für die ADEH-Vertreter war es ein regelrechter Schock. Sie mutmaßten Wahlbetrug und drängten wenige Tage später auf Annullierung der Wahl. Die Berechtigung dafür sahen sie in einem unklaren Briefwahlmodus, der letztlich Riege zum Vorteil gereicht hätte. Der Wissenschaftliche Rat beugte sich mit einem knappen Votum dem Druck der ADEH und ordnete Neuwahlen an. Der erboste Gerhard Riege und Egon Uhlig verzichteten auf eine erneute Kandidatur. Statt dessen stellten sich mit Wolfgang Klinger und dem Physiker Ernst Schmutzer gleich zwei Exponenten der ADEH. Dabei hatte man sich innerhalb der Aktionsgemeinschaft darauf geeinigt, daß man im Falle eines zweiten Wahlgangs für Schmutzer votieren würde. Am 2. April 1990 wurde so schließlich Ernst Schmutzer zum 314. Rektor der Alma mater Jenensis gewählt. Damit war das gestellte Ziel der ADEH im wesentlichen erreicht. Alle wichtigen Gremien waren nun neu besetzt und hinreichend demokratisch legitimiert. Der erste Wahlakt vom 23. Februar 1990 mit dem unerwarteten Sieger Gerhard Riege bleibt jedoch ein sensibler Punkt der jüngsten Universitätsgeschichte, an dessen Recht- bzw. Unrechtmäßigkeit sich die Geister scheiden.

Erneuerungsversuche mit ungewissem Ausgang

Am 19. April wurde der neue Rektor ins Amt eingeführt. Zuvor hatte sich Ernst Schmutzer mit Vertretern der ADEH getroffen, die ihm einen Katalog mit strukturellen Aufgaben vorlegten. Das Programm, welches dann auch in Schmutzers Investiturrede einfloß, war beachtlich. Man nahm sich vor, schnell mit dem Wissenschaftsrat Verbindung aufzunehmen, die MfS-Tätigkeiten an der Alma mater zu analysieren und gleichzeitig die Stasi-Mitarbeiter in Leitungsfunktionen auszuschalten, die Universität wieder klassisch in Fakultäten und Institute zu gliedern, einen Kanzler zu berufen, ebenso zwei Prorektoren. Die Arbeit ging zügig voran. Noch vor der Sommerpause sollte die Verwaltungsreform abgeschlossen sein. Der Zeitplan wurde eingehalten. Am 1. Juni 1990 ernannte Schmutzer Dezenten, Referenten und Sachgebietsleiter. Von dieser Maßnahme versprach man sich Entbürokratisierung und Transparenz. Nicht zuletzt war

es eine Angleichung an die Verhältnisse der Bundesrepublik. Mit einem Festakt am 26. Juni wurden daran anschließend elf Fakultäten gegründet, deren Dekane frei und geheim gewählt wurden. Freilich hatte dieser Gründungsakt eher symbolischen Charakter. Immerhin bewegte man sich in einer juristischen Grauzone, ohne Absegnung durch das Berliner Hochschulministerium und ohne Gewißheit, wie nach der deutschen Einigung verfahren werden würde. Ernst Schmutzer erinnert sich dieser Ungewißheiten:

„Es war eine turbulente Zeit, in der ich aus verständlichen Gründen auf Anträge der verschiedensten Art bei diesem vorgesetzten Ministerium nur in Ausnahmefällen und nach wiederholtem Mahnen Antwort bekam. Noch jetzt habe ich die Standard-Antwort auf all mein Drängen im Ohr: 'Nur keine Fakten schaffen. Es wird alles anders kommen.'“ (Schmutzer 1995, 134)

Schwieriger gestaltete sich dagegen die fachliche und personelle Erneuerung. Vor allem Fragen der arbeitsrechtlichen Konsequenzen für politisch belastete und wissenschaftlich nicht kompetente Universitätsangehörige sowie der notwendigen Personaleinschränkungen im Mittelbau wurden zu universitätspolitischen Dauerbrennern, die die Salana bis weit in die neunziger Jahre hinein in Atem hielten. Was die fachliche Erneuerung der ideologisch belasteten Fächer betraf, so berief der Rektor paritätische Kommissionen. Diese wurden mit kompetenten Wissenschaftlern aus der Bundesrepublik und aus Jena besetzt, die Konzepte für den Umbau der betroffenen Fächer erarbeiten sollten. Allerdings kam man über Ansätze nicht weit hinaus. Zudem endete die Arbeit der Kommissionen abrupt im Dezember 1990 auf Beschluß der Thüringer Landesregierung, die eine eigene Hochschulstrukturkommission ins Leben rief, um gerade die sensiblen Bereiche zentral neu zu organisieren. Die Landesregierung hatte wohl die Befürchtung, daß sich gerade Juristen, Pädagogen oder Philosophen um ihre eigene Qualifikation herum Konzeptionen schaffen würden, wie dies im Falle der ehemaligen Sektion Marxismus-Leninismus offensichtlich schien. Die hatte sich nämlich, ministeriell abgesegnet, zum 1. Januar 1990 in „Sektion Politik- und Sozialwissenschaften“ umbenannt, wohl im Glauben, mit altem Mitarbeiterstamm für neue Inhalte stehen zu können. Der Verdacht des bloßen Etikettenwechsels lag mehr als nahe.

Das größte Problem überhaupt stellte die personelle Erneuerung dar, weil diese natürlich Entlassungen bedeuten mußte. Wohlwissend hatte Schmutzer in seiner Investiturrede dieses Thema ausgespart, obwohl klar war, daß tiefe Einschnitte erfolgen würden – einerseits aus Gründen der

Glaubwürdigkeit hinsichtlich des Willens zur tatsächlichen Erneuerung, denn eine ganze Reihe von Akademikern war nicht mehr tragbar, andererseits aus ökonomischen Motiven.

Die Stasi-Problematik eröffnete mehr oder weniger den personalpolitischen Reigen. Nachdem die entscheidenden Gremien mit Reformern besetzt waren, gerieten Verstrickungen von MfS und Universität ins Visier der Erneuerer. Bekannte Stasi-Mitarbeiter zogen sich, sobald enttarnt, meist selbst zurück. In anderen Fällen konnten Regelungen bezüglich ihres Ausscheidens aus dem Universitätsbetrieb vereinbart werden. Als juristisch bedenklich erwies sich aber das vom Senat diskutierte generelle Abverlangen einer ehrenwörtlichen Erklärung von allen Mitarbeitern. Es gab zahlreiche Abwehrreaktionen, die schließlich zur Einstellung dieses Verfahrens führten. Erst mit den rechtlich abgesicherten Überprüfungen der Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes durch das Land Thüringen kehrte dann in die MfS-Thematik eine gewisse bürokratische Ruhe ein.

Der erste richtige Anstoß zu umfangreichen personellen Veränderungen kam von außen. Am 23. Mai 1990 beschloß der Ministerrat der DDR die Abberufung der ML-Hochschullehrer. Allerdings räumte der Minister die Möglichkeit von Umberufungen, Abstufungen und neuen Arbeitsverhältnissen ein. Zu diesem Zweck setzte der Jenaer Senat einen Ausschuß ein, der über die wissenschaftliche Kompetenz der Betroffenen zu befinden hatte. Damit fand erstmals eine von außen initiierte, interne Evaluierung der Lehre statt. An der Sektion Marxismus-Leninismus arbeiteten vor der Wende 32 Hochschullehrer. Neun waren schon ausgeschieden bzw. für ein Ausscheiden vorgesehen, nach Meinung des Rektors war bei acht Hochschullehrern eine Umberufung denkbar. Im September 1990 schließlich beschloß der Senat die Umberufung von zwei Professoren, die Weiterbeschäftigung von sieben anderen auf befristeten Stellen. Außerdem entschloß man sich zur Kündigung von neun Dozenten, wobei der Senat über die Intentionen des Rektors hinausging, der befristete Assistenzen auch für diese vorgeschlagen hatte. Hier deutete sich bereits der Konflikt zwischen dem Senat und dem eher integrationswilligen und konfliktscheuen Rektor an, der dann während der Abwicklungsdiskussionen im Dezember 1990 offen ausbrach.

Reform von unten – Die Jenaer Initiative zur Eigenevaluierung

Ein beachtlicher Schritt zur Erneuerung in personeller Hinsicht wurde vor der deutschen Einheit von Angehörigen der Universität mit der Initiative zu einer internen Evaluierung der Hochschullehrer selbst gemacht. Das war vor allem deswegen beachtlich, da es zum Jenaer Vorstoß kein Pendant an den anderen Universitäten und Hochschulen der ehemaligen DDR gab. Am 1. August 1990 erreichte den Rektor ein Brief von Mitgliedern der ADEH, die vorschlugen, im Rahmen der neu geschaffenen Strukturen Ausschau nach solchen Hochschullehrern zu halten, die ihre Position dubiosen Verfahren verdankten und deren wissenschaftliche Kompetenz zweifelhaft sei. Das Procedere sollte nach Vorstellung der Unterzeichner so transparent und dadurch so unanfechtbar wie möglich sein. Die Anregung, den inzwischen gegründeten Personalrat einzubeziehen, war dazu ebenso geeignet wie in problematischen Fällen das Urteil externer Gutachter aus den alten Bundesländern. Einer negativen Evaluierung sollten nach Willen der Initiatoren auch Konsequenzen folgen. In einer außerordentlichen Senatssitzung wurde am 28. August 1990 der Vorschlag diskutiert und im Anschluß daran ein Evaluierungsausschuß ins Leben gerufen, der bindende Richtlinien erarbeitete. Demnach waren alle Hochschullehrer dazu aufgerufen, ihren wissenschaftlichen Werdegang darzustellen und im jeweiligen Dekanat für zwei bis drei Wochen auszulegen, um die Öffentlichkeit der Prozedur zu gewährleisten und um Kollegen die Möglichkeit zu geben, Bemerkungen zur persönlichen Integrität oder zu schweren Verfehlungen zu machen. Die einzureichende Liste sollte unter anderem Auskünfte enthalten zu Qualifikationen, beruflichem Werdegang, Arbeitsgebieten und Veröffentlichungen, aber auch zu Ehrungen und staatlichen Ämtern von 1949-1989. Dabei war es der erklärte Anspruch der Kommission, die persönliche Integrität eines Hochschullehrers nicht zu bezweifeln.

Trotzdem der Evaluierungsbeschluß des Senats einer hochschulrechtlichen Grundlage entbehrte, hielt sich der Protest in Grenzen. Wie zu erwarten war, kamen die kritischen Stimmen vor allem aus den ideologielastigen Bereichen. Aufgrund der zügigen Arbeit waren bereits Anfang Dezember erste Bereiche evaluiert. Was vorerst freilich die Konsequenzen bei negativen Voten der Kommission bzw. des Senats betraf, operierte man freilich wieder im rechtsfreien Raum. Wurden Stasi-Verdächtigungen oder schwere Amtsvergehen ruchbar, verließ der Betreffende

meist freiwillig die Alma mater. Komplizierter war es bei Fällen, in denen die fachliche Kompetenz als nicht ausreichend erachtet wurde. Hier konnte in intensiven Einzelgesprächen nur auf die – z.T. mit Abfindungen geförderte – Einsicht des betreffenden Kandidaten gebaut werden.

Reform von oben – Die Abwicklung und ihre Folgen

Die demokratische Erneuerung der Alma mater erhielt ihre juristische Beschleunigung schließlich durch den Abwicklungsbeschluß des Landes Thüringen vom Dezember 1990. Was den Erneuerern an der Universität aus rechtlichen Gründen nicht bzw. nicht schnell genug gelingen konnte, vermochte der Beschluß des Thüringer Wissenschaftsministers Ulrich Fickel binnen kürzester Frist umzusetzen. Es ist daher nicht verwunderlich, wenn der Kanzler, der Senat und die Prorektoren die Abwicklung prinzipiell begrüßten, ja sogar in ihrer eigenen Konzeption im Vorfeld über die letztlich vom Minister beschlossenen Maßnahmen hinausgingen.

Die Emotionen schlugen nach dem Bekanntwerden der Absichten der ostdeutschen Landesregierungen im Herbst 1990 hoch, und der Ton der Auseinandersetzung wurde mit dem Näherrücken des Stichtages zunehmend unsachlicher und polemischer. Die Angst vor einer „Kahlschlagsanierung“ grassierte (vgl. Kuczynski 1993, 41f.). Die einsetzenden Proteste, mit denen sich die Jenaer Universitätsleitung in dieser Zeit, aber auch nach vollzogener Abwicklung konfrontiert sah, zeigten die Verunsicherung unter Studenten und Lehrkräften, die bis zu übertriebenen und realitätsfernen Befürchtungen reichten. So kursierte ein Flugblatt der „Studentischen Linken“, das das nahe Ende der Universität thematisierte. Protest regte sich allerorten. Die Jenaer Studenten demonstrierten vor dem Rektorat, später mit anderen Thüringer Kommilitonen sogar vor dem Wissenschaftsministerium in Erfurt.

Vielfach wurde der Verdacht geäußert, die Abwicklung sei eine politische motivierte Säuberung. Man wird diesen Verdacht letztlich nicht vollständig ausräumen können. Der amerikanische Historiker Charles S. Maier meint: „Unabhängig von allen guten Absichten, alle 'Säuberungen' haben etwas strukturell Willkürliches; das war selbst bei der Entnazifizierung vor vierzig Jahren nicht anders.“ (Maier 1999, 466) Ob man aber soweit gehen kann, der Bundes- wie den Landesregierungen und letztlich auch dem Senat der Salana in erster Linie eine politisch motivierte Säuberungsabsicht zu unterstellen, ist zu bezweifeln. Vielmehr muß die univer-

sitäre Abwicklung als ein in vielen Fällen schmerzlicher und im Falle der Geisteswissenschaften zwangsläufig von politisch-ideologischen Erwägungen begleiteter, aber insgesamt notwendiger Aderlaß begriffen werden.

In der angespannten Lage spitzte sich der Konflikt zwischen dem Senat und dem Rektor zu, der die umfassenden Abwicklungsideen dieses Gremiums nicht mehr teilte. Als Schmutzer sich bei einer Personalvollversammlung mit einer aufgebrachten Mitarbeiterschaft konfrontiert sah, fühlte er sich veranlaßt, einen persönlichen Brief an den Thüringer Wissenschaftsminister zu schreiben, in dem er eine großzügige Abwicklung ablehnte und sich auf Seiten des Personalrates und der Abwicklungsgegner stellte. Das Verhältnis Schmutzers zum Senat, zum Kanzler und zu den Prorektoren verschlechterte sich nach seinem Brief. Die atmosphärischen Störungen währten schließlich bis zum Ende von Schmutzers Amtszeit. Der Thüringer Wissenschaftsminister blieb schließlich von diesen Ereignissen bei seiner Entscheidungsfindung nicht ganz unbeeindruckt, denn die sogenannte Positivliste, die das Ministerium beschloß, machte evident, daß sich der Minister nicht völlig für die vom Senat gewünschte Konzeption entschieden hatte.

Massive Kritik kam nach Vorlage des Abwicklungsbeschlusses vor allem aus dem Bereich Rechtswissenschaft. Deren Dekan informierte die Universitätsleitung bereits Ende Dezember, daß eine Klage der Fakultät gegen die Abwicklung beim Verwaltungsgericht Gera eingereicht worden sei. Diese wurde zwar später wieder zurückgezogen, der Graben aber war weder zu übersehen noch einfach so zu überbrücken. Ebenso wehrte sich die abgewickelte Sektion Politik- und Sozialwissenschaften. Die Klage wurde Mitte 1991 abgewiesen.

Das provisorische Konzil vom Juni 1991

Unter dem Eindruck der Abwicklung und der dadurch verursachten Unsicherheiten beantragte die studentische Gruppe im Senat die schnellstmögliche Einberufung eines Konzils. Absicht der Initiative war es, die universitäre Öffentlichkeit über den Stand der Erneuerung und über Grundsätze und Ziele der weiteren Entwicklung der Universität zu informieren. Mit Nachdruck ging man daran, die Universitätsangehörigen für ein Konzil mit Entscheidungsbefugnissen zu mobilisieren. Ab Mitte Januar 1991 lief eine entsprechende Unterschriftenaktion. Unterstützung fand der Studen-

tenrat bei Gewerkschaften und Personalrat, die sich ebenfalls für ein Konzil aussprachen.

Die Idee eines Konzils stieß beim Senat nicht auf Gegenliebe. Das Thema wurde gemieden und kam nur durch die Unnachgiebigkeit von Studenten- und Personalrat immer wieder, allerdings halbherzig, zur Sprache. Die bewußte Verzögerung deutet darauf hin, daß der im Januar 1990 gewählte *provisorische* Senat als Speerspitze der Erneuerung an der Universität in Teilen Züge einer Versammlung von *patres universitatis* angenommen hatte, die sich bei ihrer Arbeit nur bedingt in die Karten schauen ließen und auch in dieser Phase die Zügel nicht aus der Hand nehmen lassen wollten. Der Vergleich der Arbeit der neuen Universitätsleitung und der Undurchsichtigkeit von Entscheidungsprozessen zu DDR-Zeiten war freilich polemisch, zeugt aber von der Enttäuschung. Der Elan des Aufbruchs im Herbst 1989 war endgültig der Ernüchterung gewichen. Andererseits muß zur Verteidigung der Universitätsleitung bemerkt werden, daß auch sie mit Intransparenz von Entscheidungsprozessen zu kämpfen hatte, was besonders deutlich vor der Abwicklung der Fall war. Zudem gab es neben den statutbedingten Unklarheiten ganz pragmatische Gründe, die Einberufung des Konzils hinauszuzögern. Eine emotional aufgebrachte und daher unberechenbare Mitarbeiterschaft Grundsatzentscheidungen treffen zu lassen, hätte womöglich die Verlangsamung der notwendigen Strukturmaßnahmen zur Folge gehabt. Und selbst wenn solche, den Strukturierungsprozeß retardierenden Grundsatzentscheidungen wegen juristischer Unhaltbarkeit keine Umsetzung erfahren hätten, so wäre man doch in der prekären Lage gewesen, die Universität gegen den Willen einer Majorität zu leiten. Der Schaden, den die Alma mater damit genommen hätte, wäre nicht unerheblich gewesen und hätte unter Umständen den völligen Verlust der ohnehin eingeschränkten Autonomie bedeutet.

Der Senat sah sich auf dem schließlich dennoch einberufenen, provisorischen Konzil im Juni 1991 auch prompt mit einem Mißtrauensantrag des Studentenrates konfrontiert. Der Leitung der Salana gelang es aber, die schon erreichten Veränderungen, die Notwendigkeiten und Chancen eines grundlegenden Um- und Aufbaus positiv herauszustellen. Das Votum einer Zweidrittelmehrheit gegen den Antrag zeigte jedoch die Differenzen, die zwischen einem Teil der Mitarbeiterschaft und der Leitung bestanden. Zwar war die Gefahr einer echten Krise gebannt, allerdings auch ein ernstes Zeichen für die Universitätsleitung gesetzt. Das proviso-

rische Konzil war ein ganz wesentlicher Stimmungstest für Senat und Rektor und das Abstimmungsergebnis zugleich ein Abbild der Stimmungslage unter den Universitätsangehörigen. Bei aller Emotionalität hatte sich schließlich der Pragmatismus und die Einsicht in die Notwendigkeit struktureller und personeller Maßnahmen durchgesetzt. In einer der nächsten Sitzungen begrüßten die Senatoren den Dialog mit Studenten- und Personalrat und bekundeten ihren Willen zu dessen Fortsetzung, um die beklagte Intransparenz abzubauen. Die Öffentlichkeit von Senatsitzungen und die umgehende Information über das Referat Öffentlichkeitsarbeit sowie in besonderen Fällen kurzfristig einzuberufende Informationsveranstaltungen sollten nun helfen, das Mißtrauen abzubauen. War der Prozeß der Umstrukturierungen mitnichten im Juni 1991 abgeschlossen, so war er doch zumindest durch das Votum der Mitarbeiter hinreichend legitimiert und durch die inzwischen externe Steuerung durch das Thüringer Wissenschaftsministerium ohnehin irreversibel.

Vorläufiges Fazit

„Die historisch-wissenschaftliche Analyse der Wende in Jena ist noch ausstehend“, formulierte der Jenaer Physiologe Ulrich Zwiener zutreffend im Jahre 1995 (Zwiener 1995, 55). Inzwischen liegt allerdings eine Magisterarbeit zum nämlichen Thema vor (vgl. Ploenus 1999). Ein umfangreicherer Dokumentenband ist erarbeitet und wird noch in diesem Jahr erscheinen.² Ob damit erschöpfend Auskunft gegeben ist, darf offenbleiben. Wünschenswert für ein noch differenzierteres Bild wären zahlreiche Erinnerungen und Memoiren von damaligen Protagonisten – Verlierern wie Gewinnern der Wende. Angesichts der Geradlinigkeit der Erneuerung, ganz zu schweigen von Reformgeschwindigkeit und Selbsterneuerungsfähigkeit vor der Abwicklung, darf dennoch eine ganz klar positive Bilanz der Jenaer Wende gezogen werden, auch wenn manche Idealisten noch immer den basisdemokratischen Träumen von einst nachhängen und die Wunden derer, deren Universitätskarrieren abrupt endeten, noch nicht verheilt sind. Daß das jetzige System seine gravierenden Schwächen und Verkrustungen hat, ist ein Allgemeinplatz. Nur sollte man die Resultate ins richtige Verhältnis setzen. Nicht an den hochschulpolitischen Fehlern

² Verantwortlich zeichnen dafür Prof. Herbert Gottwald und Michael Ploenus. Die Publikation wird im Hain Verlag Rudolstadt erscheinen.

und Versäumnissen der alten Bundesrepublik ist demnach zu messen, sondern *zunächst* einmal an der totalitären Deformation der DDR-Hochschullandschaft. Alles andere wäre Augenwischerei.

Literatur

- Bender, Peter (1992): Unsere Erbschaft. Was war die DDR – was bleibt von ihr?, Hamburg/Zürich.
- Fischer, Bernd-Reiner (1992): Bildung und Wissenschaft im Einigungsprozeß, in: Eckhard Jesse/Armin Mitter (Hg.), Die Gestaltung der deutschen Einheit. Geschichte – Politik – Gesellschaft, Bonn, S.336-364.
- Herrmann, Peter/Heinz Steudel/Manfred Wagner (1997): Der Physikerball 1956. Vorgeschichte - Ablauf - Folgen, Jena.
- Kluge, Gerhard/Reinhard Meinel (1997): MfS und FSU. Das Wirken des Ministeriums für Staatssicherheit an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Erfurt.
- Kuczynski, Jürgen (1993): Kahlschlagsanierung, in: *hochschule ost* 6/1993, S.41f.
- Maier, Charles S. (1999): Das Verschwinden der DDR und der Untergang des Kommunismus, Frankfurt am Main.
- Mayntz, Renate (1994): Die Erneuerung der ostdeutschen Universitäten zwischen Selbstreform und externer Intervention, in: Renate Mayntz (Hg.), Aufbruch und Reform von oben. Ostdeutsche Universitäten im Transformationsprozeß, Frankfurt am Main/ New York, S.283-312.
- Mühlen, Patrik von zur (1995): Der "Eisenberger Kreis". Jugendwiderstand und Verfolgung in der DDR 1953-1958, Bonn.
- Ploenus, Michael (1999): Aufbruch und Erneuerung. Die Wende an der Friedrich-Schiller-Universität Jena 1988-1993, Magisterarbeit, unveröff., Jena.
- Schieck, Tilo (2000): Der Herbst der Jenaer Studenten? Persönliches Resümee des Wendejahres an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, in: Peer Paster-nack/Thomas Neie (Hg.), stud.ost 1989 – 1999. Wandel von Lebenswelt und Engagement der Studierenden in Ostdeutschland, Leipzig, S.225-229.
- Schmutzer, Ernst (1995): Interregnum und „Jenaer Modell“. Die Friedrich-Schiller-Universität Jena in der politischen Wende 1989-1991, in: Überlast in Freiheit. Festschrift für Dietrich Grille (Kultur und Geschichte Thüringens, Bd. 12), S.131-142.
- Zwiener, Ulrich (Hg.) (1990): Wartburgtreffen 1990. Ein demokratisches Deutschland für Europa, Jena.
- Zwiener, Ulrich (1995): Die Wende an der Jenaer Universität. Erlebnisbericht eines Beteiligten, in: *hochschule ost* 5-6/1995, S.55-67.
- Zwiener, Ulrich (1998): Zwischen Gestern und Morgen. Jenaer Begegnungen, Jena.
- Zwiener, Ulrich/Christel Fenk (Hg.) (2001): 1991 – 2001. Zehn Jahre Collegium Europaeum Jenense. Eine kleine Chronik, Jena

Walter Markov

Ein Leipziger DDR-Historiker zwischen Parteilichkeit und Professionalität

Sven Heitkamp
Hamburg

Die Geschichte der DDR-Geschichtswissenschaft ist nicht zu denken ohne einen Mann, der mehr als vier Jahrzehnte in Leipzig als Professor und Emeritus gewirkt und die Geschicke der Historischen Institute an der Alma mater lipsiensis mitgeprägt hat: Walter Mar-

kov. Unvergessen sind den Zeitzeugen seine Vorlesungen im Hörsaal 11 der Leipziger Universität, in dem viele wissenschaftliche Größen wie Hans Mayer und Ernst Bloch lasen, die zum persönlichen Freundeskreis der Markovs zählten. Als Nestor der Revolutionsforschung hat er zwei neue Schulen entwickelt. Die bis dato eurozentristische Kolonialismushistoriographie bereicherte Markov um die Perspektive der regionalen Revolutionsbestrebungen in den jeweiligen Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas. Die Untersuchung der Französischen Revolution ergänzte der kritische Marxist durch die Hinwendung zur äußersten Linken, der Enragés, und ihrem prominenten Wortführer Jacques Roux als „Vertreter eines konsequent plebejischen Egalitarismus“.¹

Markov ist allerdings nicht einzuordnen in die Reihe parteitreuer DDR-Gelehrter. Sein Ausschluss aus der SED im Januar des Jahres 1951 drängte ihn in eine Sonderrolle, die ihn fortan steter parteiamtlicher Kritik und Kontrolle aussetzte und ihm zugleich die Besetzung neuer historischer Themenfelder abverlangte, beziehungsweise – positiv interpretiert – ihm Freiräume jenseits des streng strukturierten Wissenschaftsapparates ermöglichte. So musste der zeitweise in Jugoslawien aufgewachsene Historiker sein eigentliches Hauptthema, die Geschichte Südosteuropas, mit

¹ Gespräch mit Walter Markov in: Gert Lange, Joachim Mörke: Wissenschaft im Interview, Leipzig, Jena, Berlin 1979, S. 131

dem er sich auch habilitiert hatte², aufgeben. Er wandte sich statt dessen der Kolonialgeschichte und – nicht zuletzt unter dem Einfluss des prominenten Romanisten Werner Krauss³ – der Französischen Revolution zu. Statt einer Fortschreibung der Geschichte der Herrschenden hatte sich der Universalhistoriker dabei der „Geschichte von unten“ verschrieben: Die Entwicklung der Länder Südosteuropas sah er unter dem Gesichtspunkt der Großmachtinteressen in Ost und West; das Ende des Kolonialismus-Zeitalters betrachtete er aus dem Blickwinkel der Befreiungsbestrebungen der Völker Afrikas, Asiens und Lateinamerikas; die Darstellung der Französischen Revolution bereicherte er um die Erforschung der Rolle der äußersten Linken, also der Vertreter der Volksbewegung. Aus der einstigen Not wurde bald eine Tugend: Markovs Impulse für die universalhistorische Revolutionsforschung – verbunden mit der ihm eigenen geistigen und sprachlichen Unkonventionalität – haben dem Historiker aus Passion bald ein nationales und internationales Renommee eingetragen.

Aufgewachsen in der "Balkanluft", studiert in der Weimarer Zeit

Eben dieses Leben im Spannungsverhältnis zwischen strenger Parteidoktrin und leidenschaftlicher Profession macht Markovs durchaus atypische DDR-Vita aus. 1919 im österreichischen Graz geboren erlebte er bereits eine wechselhafte Kindheit, da er kriegsbedingt und durch berufliche Verpflichtungen seines Vaters mehrfach umziehen und die Schule wechseln musste. Zu den Wohnorten zählten neben Graz auch Ljubljana, Belgrad und Susak. Seine politische Prägung erfuhr der aus einem liberalen Elternhaus stammende junge Mann in eben dieser „Balkanluft“, wie er selbst sagte, sowie als Student in verschiedenen Städten Deutschlands zur Weimarer Zeit. Er widmete sich in Leipzig, Köln, Berlin, Hamburg und Bonn einem breitgefächerten Studium in Alter, Mittlerer, Neuerer und

² Markov, Walter: "Grundzüge der Balkan-Diplomatie. Ein Beitrag zur Geschichte der Abhängigkeitsverhältnisse", Leipzig 1947; neu aufgelegt im Leipziger Universitätsverlag 1999, herausgegeben von Fritz Klein und Irene Markov

³ Information bei Walter Markov: Zwiesprache mit dem Jahrhundert. Dokumentiert von Thomas Grimm. Berlin, Weimar 1989, S. 186 und 223

Neuester Geschichte, Geographie, Philosophie, Kirchen- und Religionsgeschichte, Orientalistik und Slawistik.

Mit der Machtergreifung der Nationalsozialisten entschloss er sich zum kommunistischen Widerstand – allerdings ein unerfahrenes Bemühen, das den frisch Promovierten geradewegs ins Zuchthaus führte. Der 24-jährige Doktorand wurde nach der Enttarnung seiner Studentengruppe vom „Volksgeschichtshof“ 1934 verurteilt und bis zur (Selbst-)Befreiung 1945 im Siegburger Zuchthaus inhaftiert. Nachdem die Bonner Universität den Kommunisten nicht in ihren Reihen aufnehmen wollte, begann Markovs akademische Laufbahn 1947 in Leipzig, wo er bald am Institut für Kultur- und Universalgeschichte das Erbe Karl Lamprechts antrat.

Während die Menschen zu Hunderttausenden aus der Sowjetischen Besatzungszone flüchteten, war er aus Überzeugung in den Einflussbereich der kommunistischen Machthaber gezogen. „Ein Geisterfahrer?“ fragte sich damals sehr erstaunt seine neue Zimmerwirtin die Witwe Morawitz. Sie sollte Recht behalten. Eine Art Geisterfahrer ist Markov, der immer bereit war, seinen Kopf hinzuhalten, stets geblieben. Ungeachtet des Parteiausschlusses und trotz einer kritischen Beobachtung durch die Parteigremien veröffentlichte er bis zu seinem Tod im Sommer 1993 ein Oeuvre von mehr als 800 Publikationen und erarbeitete sich mit dieser strengen Selbstdisziplin einen Namen, der weit über Leipzig hinaus wies.

Markov hatte sich nach dem Parteiausschluss entschieden, in der DDR zu bleiben, weil er an das Ideal einer sozialistischen Gesellschaft glaubte. Er erhielt zwar Angebote aus dem Westen Deutschlands, wie zum Beispiel von Percy Ernst Schramm vom Max-Planck-Institut in Göttingen⁴, die er jedoch mit dem Argument ausschlug: „Ich gehöre nicht zu jenen, die auf den ersten Schreckschuß hin das Weite suchen. Warum soll ich (...) vor dem alten Onkel WU davonlaufen?“⁵ Zugleich beschloss Markov jedoch zwangsläufig, sich mit den Vorgaben der neuen Machthaber zu arrangieren, um nicht erneut von der Wissenschaft Abschied nehmen zu müssen und um Verantwortung als Ehemann und Vater übernehmen zu können: „Ich hatte Familie, Kinder und sagte mir: Nun hast

⁴ Percy Ernst Schramm (1894-1970), seit 1929 ordentlicher Professor, erregte Ende der 20er Jahre durch die Sammlung und Veröffentlichungen bildhafter Darstellungen von Kaisern und Königen im Mittelalter Aufsehen, später Darstellungen zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der Neuzeit, emeritiert 1963

⁵ Markov: Zwiesprache, S. 199 [gemeint war Walter Ulbricht]

Du schon zehn Jahre im Knast verloren, und jetzt geht der Ärger auf neue Weise los!"⁶

Bonbons und Bonzen – Grotteske Diskussionen in der Parteigruppe

Die Ausgrenzung von höheren Ämtern in der Partei oder an der Universität, etwa als Dekan, eröffneten ihm allerdings zugleich Freiräume, in denen er sich mit großer Energie seinen Forschungen widmen konnte. Mehr noch: Seine spätere Weigerung, wieder in die SED einzutreten, erwies sich als ein geschickter Schachzug. Als parteiloser Fürsprecher konnte er der DDR im In- und Ausland dienlich sein und sich dennoch ein gewisses Maß an Unabhängigkeit bewahren.

Ohnehin war seit etwa 1958 eine Annäherung zwischen Markov und dem Staats- und Parteiapparat zu beobachten. Das angespannte Verhältnis und die parteiliche Isolation lockerten sich, der „Parteifeind“ erhielt staatliche Auszeichnungen wie zum Beispiel den Nationalpreis in Silber. Er vertrat zudem immer häufiger die DDR-Historiographie offiziell bei zahlreichen Auslandsaufenthalten vorwiegend in Europa und Afrika. Auch die tägliche Arbeit normalisierte sich. Markov leitete bald einen großen Kreis zumeist getreuer Schüler und Assistenten an, zu denen renommierte Historiker wie Manfred Kossok und der spätere Universitätsrektor Lothar Rathmann zählten.

Die Mitarbeiter und Studenten Markovs gerieten dennoch immer wieder in Konflikte zwischen persönlicher Sympathie, wissenschaftlicher Wertschätzung und privaten Kontakten einerseits sowie der offiziellen politischen Missachtung andererseits. Manche jungen Genossen äußerten sich in den internen Parteigruppen-Diskussionen zuweilen kritisch über ihren Mentor und ließen so eine zweifelhafte Loyalität gegenüber Markov erkennen. Wenn die Parteiorganisation beispielsweise einen Verhaltenskodex gegenüber dem Professor diskutierte, nahmen die Argumente mitunter groteske Züge an. Kleine Alltagsbegebenheiten wie das Spendieren von Bonbons und Schokolade oder die Art seines Kontaktes mit westdeutschen Kollegen wurden fein registriert und zu einem Politikum aufgebaut. Ein junger Genosse konstatierte dabei allen Ernstes über Mar-

⁶ Ebenda

kovs Umgang mit seiner Post: „Manchmal geht er eine Dreiviertelstunde aufs Klo und der Brief ist danach nicht mehr vorhanden.“

Undogmatische Positionen wie die theoretische Denkbareit eines Krieges zwischen sozialistischen Staaten ließen den Historiker dabei ebenso suspekt erscheinen wie seine Äußerungen, die unbestritten auf Parteilinie lagen. Selbst wenn der unkonventionell denkende Kommunist die marxistisch-leninistische Wissenschaftsauffassung des historischen Materialismus verfocht und sich positiv über die SED äußerte, konnte ihn dies nicht retten: Solche Aussagen wurden umgehend als listenreiche Finte abgetan. Alte Vorwürfe – von der jugoslawischen Herkunft bis zur angeblichen Verniedlichung des Kapitalismus – hatten statt dessen weiter Bestand. Folglich wagte es niemand in seinem Umfeld, Partei für den Ausgeschlossenen zu ergreifen, um sich nicht selbst zu gefährden.⁷ Markov galt nun mal nach dem Rauswurf aus der SED als bürgerlicher Historiker. Dass damit eine Umetikettierung ausgerechnet jenes Mannes erfolgt war, der sich seit seiner Umsiedelung nach Leipzig gegen den Willen der alten Eliten um die Etablierung der marxistischen Geschichtsauffassung bemüht hatte und der seine Forschungen nach wie vor auf Karl Marx gründete, wurde geflissentlich unter den Tisch gekehrt.

Schwärmerisches Lob vom Nationalkonservativen Kollegen Freyer

Das gereizte Klima besonders der kalten 50er und 60er Jahre hielt den überzeugten Marxisten dennoch nicht davon ab, stets gegen obrigkeitliche Vorgaben der Interpretation der Zeitläufte zu kämpfen. „Wenn wir Geschichte künstlich konstruieren, dem Vorurteil zuliebe den Strom des Mannigfaltigen auf einen vorgeschriebenen Nenner bringen und unterschlagen, was dorthin nicht passt, dann zeugen wir ein schwächliches Gespenst“, warnte Markov schon 1946.⁸ Seine Auffassungen trugen ihm dafür aber auch die Anerkennung von Nichtsozialisten ein. Schon der Gut-

⁷ Das gilt vielleicht auch für Eberhard Wächtler, der hier noch forderte, "daß die Genossen sich von Markov in keiner Weise beeinflussen lassen" dürften, der beim Gedenkkolloquium 1994 jedoch seine Verehrung und Bewunderung für Markov ausdrückte.

⁸ Walter Markov: Vom Nutzen der Historie, in: Fuldaer Volkszeitung, Fulda, 24. September 1946, Wiederabdruck in: Walter Markov: Kognak und Königsmörder, Historische Miniaturen. Hrsg. und eingeleitet von Manfred Kossok. Berlin, Weimar 1979, S. 23

achter seiner Habilitation, der nationalkonservative Soziologe Hans Freyer, würdigte die Art und Weise, in der Markov die Leistungsfähigkeit der historisch-materialistischen Geschichtsauffassung vorgeführt habe.⁹ Freyers Gutachten fiel fast schwärmerisch aus und soll auszugsweise wiedergegeben werden, um einen Eindruck zu vermitteln von dem hohen Ansehen das Markov selbst bei jenen Kollegen genoss, die zu seinen politischen Kontrahenten zählten. Freyer schrieb:

„Der Verfasser ist ein ungewöhnlich gescheiter Mensch, eine Menge von Ideen, Fragestellungen, Gesichtspunkten strömt ihm zu, er ist findig, kritisch, scharfsinnig, bleibt nie an der Oberfläche hängen, sondern geht den Dingen auf den Grund, zudem schreibt er eine flotte Feder, versteht auch sehr komplizierte Zusammenhänge elegant zu formulieren und sehr feine Nuancen mit dem Wort zu treffen. So ergibt sich eine Arbeit, die höchst interessant ist und die sich vorzüglich liest. Die allgemeinen Einleitungen, besonders aber der einleitende Abschnitt, in dem in großen Strichen die Geschichte des Balkans von der Antike an skizziert wird (...) sind für mein Gefühl kleine Meisterwerke historischen Überblicks. Schwerer ist die Frage zu beantworten, wie die Arbeit als wissenschaftliche Untersuchung zu bewerten ist (...). Ich komme auch in diesem Betracht zu einem durchaus positiven Urteil über die Arbeit. (...) Dr. Markov hat seit mehr als 10 Jahren für die vorliegende Arbeit Stoff gesammelt, er hat bei der Niederschrift Exzerpte und Notizen zur Verfügung gehabt. Unvollständig ist und bleibt seine Quellenausrüstung trotzdem (was den Umständen und nicht Markov geschuldet ist, wie Freyer betonte, S.H.), und er ist sowohl klug wie wissenschaftlich geschult genug, um das selbst zu wissen. (...). Seiner Geschichtsanschauung nach ist der Verfasser historischer Materialist. Gleichviel ob man diese Geschichtsauffassung teilt oder nicht, wird man konstatieren dürfen: die Zurückführung politischer Zustände und Entwicklungen auf ökonomische Verhältnisse wird in der Arbeit so umsichtig und so vorsichtig vorgenommen, daß der historische Materialismus nie zum blickverengenden Dogma, sondern zur aufschließenden Fragestellung und zur fruchtbaren Arbeitsmethode wird. Der Verfasser kennt die Balkanvölker so gut, und sein Blickkreis ist so weit, daß er immer auch die anderen wirksamen Kräfte, z.B. die sittenhaften, die historisch-traditionellen, die nationalen, die literarischen und die kulturellen in Rechnung setzt. (...)

Mancher wird vielleicht finden, daß sie (die Arbeit, S.H.) ‚zu gut‘ geschrieben ist, d. h. daß der Journalist Dr. Markov gelegentlich dem Wissenschaftler Dr. Markov durchgeht. In der Tat gibt es Stellen, (...), wo einen, vor zuviel stilistisch Überwürztem die Sehnsucht nach dem Roggenbrot einfacher Sätze ankommt.“

Markov unterwarf sich keinem Scheuklappen-Dogmatismus, sondern billigte – im Widerspruch zur offiziellen Auslegung – auch der anderen, der

⁹ Prof. Hans Freyer: Referat über „Grundzüge der Balkan-Diplomatie. Ein Beitrag zur Geschichte der Abhängigkeitsverhältnisse“, Leipzig, 17. März 1947, in: Universitätsarchiv Leipzig, Personalakte 1100, Walter Markov, Blatt. 26–29

bürgerlichen Geschichtsauffassung ihre Berechtigung zu. Schon im September 1946 war in der Fuldaer Volkszeitung sein Artikel „Vom Nutzen der Historie“ erschienen¹⁰, in der er postulierte, dass „unsere unfertige Gesellschaftsordnung (...) kein fertiges Geschichtsbild haben“ könne und sowohl „die vom Liberalismus herkommende bürgerliche Geschichtsauffassung“ als auch „der auf Marx fußende historische Materialismus“ ihre Chance haben sollten: „Es wird sich erweisen, wer die bessere Arbeit leistet“, so Markov.¹¹ 1947 appellierte er in der Zeitschrift Forum: „Zu fordern ist für alle deutschen Universitäten der freie Wettstreit beider Theorien, die Verpflichtung, sich mit ihnen bekannt zu machen.“¹² Wie kein zweiter kommunistischer Wissenschaftler in Ostdeutschland insistierte er auf der kreativen Konkurrenz der Konzepte von Ost und West und wider setzte sich so der Gefahr der Abkapselung durch den parteimarxistischen Absolutheitsanspruch – ein Appell zu mehr Professionalität in der Wissenschaft.

Charakteristisch für Markov ist ohnehin die Raffinesse, mit der er sich immer wieder durch die Instanzen lavierte. In Konfliktsituationen mit der Alma mater oder der SED erwies er sich als geschickt inszenierender Stratege. Schon seine Berufungen in Leipzig hatte er mit seiner Drohung erreicht, nach Halle abzuwandern, wo er zunächst als Gastdozent arbeitete. Auch den seit Jahren von ihm begehrten, einst von Karl Lamprecht begründeten Lehrstuhl für Kultur- und Universalgeschichte erreichte er nicht zuletzt durch das Gutachten seines Vorgängers Hans Freyer.

Zweifelhafte Kontakte zur Staatssicherheit

Es soll und darf an dieser Stelle aber nicht verschwiegen werden, dass es ab 1959 für den Zeitraum von etwa zwei Jahren Kontakte zwischen Markov und dem Ministerium für Staatssicherheit (MfS) gegeben hat. Aufschluss darüber geben die Dokumente im Berliner Zentralarchiv beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Berlin, der „Gauck-Behörde“, die Markovs Kontakte zur Stasi belegen. Hier gibt es sowohl eine Personalakte Markovs als auch

¹⁰ Markov: Vom Nutzen der Historie

¹¹ Ebenda

¹² Walter Markov: Historia docet? in: Forum. Zeitschrift für das geistige Leben an den deutschen Hochschulen, Berlin, Leipzig 1947, 1. Jg., H. 4, S. 8–9

Akten, die angelegt wurden, als er zunächst Objekt eines „operativen Vorganges“ wurde und später selbst als „Geheimer Informator“ mehrere Gespräche mit einem Stasi-Offizier führte.

Glaubt man den Berichten in den Akten der Gauck-Behörde, so führte ein Oberstleutnant Rauch aus der Berliner Hauptabteilung V/6/II im Februar 1959 mit Markov in dessen Wohnung ein so genanntes Verpflichtungsgespräch.¹³ Dem Gedächtnisprotokoll Rauchs nach erklärte sich Markov bereit, das MfS dabei zu unterstützen, Informationen über die politische Entwicklung an den Universitäten und Hochschulen zu sammeln. Zunächst hatte Markov angenommen, es gehe um seine Kontakte nach Westdeutschland und ins kapitalistische Ausland. Er legte aber großen Wert darauf, dass diese Verbindung nicht "schwarz auf weiß" festgelegt, sondern als eine Art Gentlemen's agreement betrachtet werde. Er fürchtete, so Markov laut dem Protokoll, dass ein Außenstehender etwas erfahren und dies seinen wissenschaftlichen Kontakten schaden könnte. Rauch habe dafür Verständnis gezeigt.

Es sei vereinbart worden, dass Markov Rauch anrufe, um einen Treffpunkt auszumachen, wenn er Mitteilungen habe. Besuche sollten, so der Bericht weiter, etwa alle zwei Monate im Institut oder in der Wohnung des Professors stattfinden. Rauch stellte zusammenfassend fest, dass die Haltung Markovs eine gute Zusammenarbeit verspreche. Auf eine schriftliche Erklärung und die Wahl eines Decknamens wurde verzichtet, Markov wurde in den Akten jedoch als Geheimer Informator ("GI") unter dem Titel "Jakobiner" geführt. Das Ministerium maß dem Kontakt zu Markov offenbar große Bedeutung bei. Solche Protokolle sind allerdings mit Vorsicht zu behandeln. Da eine Verpflichtungserklärung fehlt, ist die Betrachtung dieses Vorganges ausschließlich aus den Aufzeichnungen Rauchs zu verfolgen. Sie geben nur die Haltung dieses einen Beteiligten wieder. Aus den Akten ist ersichtlich, dass Rauch früher bei Markov studiert hatte. In Betracht gezogen werden muss daher, dass Rauch mit Hilfe dieser Kontakte seine Karriere zu befördern und sich persönlich zu profilieren suchte. Ob Markovs Anwerbung möglicherweise auch im Zusammenhang mit dem missliebig gewordenen Philosophen Ernst Bloch stand, der 1957 im Alter von 72 Jahren zwangseremitiert worden war und nach

¹³ Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BstU), Personalakte, Bl. 55-57

dem Mauerbau im August 1961 in Westdeutschland blieb, darüber kann hier nur spekuliert werden.

Über Markovs Kontakte zur Stasi ist in der Öffentlichkeit und in Fachkreisen bisher nichts bekannt geworden. Rauch hatte zwar bemerkt, dass der "GI", der nicht überprüft sei und in "Tagesfragen" nur als bedingt zuverlässig galt, über Stimmungen und politische Auffassungen in Kreisen der wissenschaftlichen Intelligenz informiere, die dem MfS schwer zugänglich seien. Allerdings sollte die Verbindung nicht überbewertet werden, da die Staatssicherheit selbst Markovs Informationen als wenig gehaltvoll bezeichnete. So war das MfS mit seinen Berichten häufig unzufrieden. Ein undatiertes "Perspektivplan", möglicherweise aus dem Jahr 1960, notierte: „Die Trefftätigkeit mit dem Kandidaten erstreckt sich über größere Zeitabstände. Die mündliche Berichterstattung des Kandidaten beschränkt sich bis auf wenige Ausnahmen in Allgemeinplätzen. Bisher wurden jedoch dem Kandidaten auch keine konkreten Aufträge übergeben.“¹⁴

Kein Mann des „Zitierismus“ und „Schallplatten-Marxismus“

Markov verhielt sich offenbar ähnlich geschickt wie auf dem wissenschaftlichen Parkett: Zwar willigte er einer Kooperation ein, verweigerte jedoch seine Unterschrift unter eine Verpflichtungserklärung. Er nutzte die wenigen Treffen mit dem Verbindungsoffizier entweder zur Unterstreicherung eigener Interessen oder enttäuschte den Spitzelapparat durch nichtssagende Informationen, so dass die Zusammenarbeit bald eingestellt wurde. Es ist anhand der Unterlagen nicht nachzuvollziehen, dass Markov als Zuträger der Staatssicherheit jemanden ernsthaft geschadet hätte, selbst, wenn er abfällige Bemerkungen machte. Markov war es auch im Umgang mit der Staatssicherheit gelungen – wie in den wissenschaftlichen und politischen Bereichen –, den von Seiten des Staates an ihn herangetragenen Aufgaben zu genügen, ohne sich jedoch wirklich vereinnahmen zu lassen. Eher schon hat er den Kontakt genutzt, um sich für jene Kollegen einzusetzen, die möglicherweise kritisch verfolgt wurden, wie im Falle Blochs. Eine ähnliche Interpretation trifft auch sein damaliger Kollege Werner Berthold:

¹⁴ BStU, Personalakte, Bl. 76 u. 78

„Markov, der in konspirativer Arbeit erfahren war und die Rolle der Geheimdienste der alten imperialistischen Staaten kannte, war sicher davon überzeugt, dass es einen Geheimdienst zum Schutz der DDR geben mußte. Zudem hat er sich wohl überlegt, dass es immer noch besser sei, wenn er die Staatssicherheit informieren würde, als wenn es irgendwelche anderen Informanten täten, die ihm oder anderen schaden könnten.“¹⁵

Markov bleibt im Rückblick auf die Historiographie der DDR ein besonderer Platz vorbehalten. Seine kosmopolitische Offenheit für die kreative Konkurrenz wissenschaftlicher Methoden und für den internationalen Austausch der Wissenschaftler in Ost und West prägten trotz des Parteiausschlusses von 1951 und der Gängelung durch die SED seinen Erkenntnisdrang – jenseits jener engstirnigen Erfüllung politischer Tagesaufgaben oder der Erbringung vorgegebener wissenschaftlicher Ergebnisse, die sich aus vermeintlichen historischen Gesetzmäßigkeiten ergäben. Dass sich der Ordinarius im engen staatspolitischen Korsett Freiräume suchte und mit beharrlicher, kontinuierlichen Arbeit ein internationales Renommee erwarb, macht das Bemerkenswerte seiner Biographie aus.

Zugleich wird deutlich, dass sich ein Historiker selten apolitisch verhalten kann, sondern immer auch in Beziehung zu den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und Entwicklungen steht, die ihn umgeben, und die er letztlich als Gesellschaftswissenschaftler auch mitbestimmt – was insbesondere für die sozialistischen Staaten wie die DDR galt. Markovs nach Karl Lamprecht entwickeltes, absolutes Verhältnis zur Historiographie, nach der Geschichte entweder total oder keine Geschichte sei, bewahrte ihn davor, zu jenen staatstreuen Akademikern zu gehören, die jeden Kurswechsel der SED mittrugen. Den parteiamtlichen Vorgaben und dem engen Korsett der staatlich gelenkten DDR-Wissenschaft der akademischen Nomenklatura hat sich der marxistische Historiker Markov nämlich nur dort gefügt, wo es ihm – nicht zuletzt zum Schutz seiner großen Familie – dringend geboten schien. „Zitierismus“ und „Schallplatten-Marxismus“¹⁶ blieben dem „Kommunisten ohne Parteibuch“¹⁷ stets fremd. Seine Biographie kann somit vielmehr als Beleg für die „lebendige Widersprüchlichkeit der DDR-Gesellschaft“ gesehen werden.¹⁸ Mar-

¹⁵ Interview mit Werner Berthold, in: Heitkamp, Sven: Geschichtswissenschaft in Leipzig: Walter Markov zwischen Partei und Professionalität 1946 bis 1958, Anhang

¹⁶ Markov: Zwiesprache, S. 175

¹⁷ Markov: Zwiesprache, S. 201

¹⁸ Thomas Kuczynski: Lebendige Widersprüche, in: Freitag, 12.9.1997, S. 12

kovs Beispiel verdeutlicht, dass ein Urteil über die DDR-Geschichtswissenschaft nicht pauschal gefällt werden darf.

Eine Markov-Biographie indes liegt bislang noch nicht vor. Aufschluss für die Rekonstruktion seiner Vita geben unter anderem die schriftlichen Quellen in Markovs Personalakte im Archiv der Universität Leipzig, Dokumente der SED-Bezirksleitung, der SED-Universitätsparteileitung und der SED-Grundorganisation der Historischen Institute, die heute im Sächsischen Staatsarchiv in Leipzig lagern. Als chronologischer Leitfaden dient die erzählte Autobiographie „Zwiesprache mit dem Jahrhundert“, die von Thomas Grimm dokumentiert wurde. Das Buch ist jedoch im Kontext seines außerordentlichen Zeitbezuges zu sehen, der sich nur indirekt widerspiegelt. Die „Zwiesprache“ entstand in der Aufbruchzeit 1988/1989, als in der DDR bisherige Denkkategorien und Geschichtsbetrachtungen zunehmend öffentlich in Frage gestellt wurden, ein nahes Ende des ostdeutschen Staates jedoch zumeist nicht vorhergesehen wurde. Dieses Dilemma, als das es sich später herausgestellt hat, hat Markov selbst in einem Interview 1992 thematisiert:

„Man tat gut daran, sich jede Formulierung reiflich zu überlegen, um zwischen Scylla und Charybdis heil durchzusegeln, also Verlässliches mit Sachkunde zu offerieren und gleichzeitig die Obrigkeit nicht all zu sehr zu verprellen. Dazu gehörte eine gewisse angewandte Kunst des Schreibens, gekennzeichnet dadurch, daß man die eine Hälfte zu Papier brachte und die andere dem Leser gewissermaßen als Denksportaufgabe übertrug.“¹⁹

Eine weitere Beschäftigung mit dem „König seines Fachs“ erscheint schon daher nach wie vor als lohnend.

¹⁹ „Nicht verzagen, sich etwas einfallen lassen“. Interview im Neuen Deutschland zum 200. Jahrestag der Erstürmung der Tuilerien, geführt von Volker Külow, 6. August 1992, 47. Jg., S. 11

Eine ideologische Hallstein-Doktrin?

Polemische Anmerkungen zu einem Buch von
Werner Mittenzwei

Günter Wirth
Berlin

Wenn ein für differenzierte Urteile und Wertungen bekannter Autor wie Werner Mittenzwei seinem letzten Buch den ‚absolutistischen‘ Titel „Die Intellektuellen“ gegeben hat, obwohl er damit nur eine bestimmte Gruppierung erfassen wollte, so waren Ausgangspunkt hierfür

nicht Laune oder Irrtum.¹ Es war dies ein Programm, und offensichtlich sind auf diese programmatische Linie nicht nur die geführt worden, die Mittenzwei ‚ideologischen‘ Positionen nahestehen oder sie teilen. Nein, sogar in der F.A.Z. ist ihm an prominenter Stelle (in der Literaturbeilage vom 6. November 2001) von Hans Ulrich Gumbrecht (sicher nicht nur aus Dankbarkeit, von Mittenzwei zitiert worden zu sein) attestiert worden, er habe die „Geschichte der Intellektuellen in Ostdeutschland“ geschrieben. (Die F.A.Z., in der es wenige Wochen später, am 15. Dezember 2001, in einer Rezension der Neuauflage von Ludwig Renns „Adel im Untergang“ hieß, dieser Roman sei „wenig bekannt“ gewesen, muß es wissen ...)

An dieser Stelle wäre Mittenzwei freilich zunächst in Schutz zu nehmen, weil bei solcher ‚absolutistischer‘ Rezeption eines ‚absolutistischen‘ Titels der Untertitel ausgeblendet blieb, und dieser verweist, allerdings etwas verschwommen, auf den Gruppierungs-Charakter: „Literatur und Politik in Ostdeutschland 1945-2000“. In anderen Worten: Die Intellektuellen, die sich als Fachwissenschaftler (sei’s in den Geistes-, in den Gesellschaftswissenschaften, wie es in der DDR hieß, sei’s in den Naturwissenschaften) einen Namen gemacht und diesen auch in den allgemeinen geistig-politischen Auseinandersetzungen auf je eigene Weise eingesetzt

¹ Werner Mittenzwei: Die Intellektuellen. Literatur und Politik in Ostdeutschland 1945-2000, Faber & Faber Leipzig 2001, 590 Seiten

hatten, blieben bei Mittenzwei von vornherein weitgehend ausgeblendet; selbst der in literarischen Debatten oft genug eigenständig aufgetretene Jürgen Kuczynski, der noch dazu wiederholt betont hatte, es sei eigentlich die DDR-Literatur, in der man mehr über dieses Land erfahre als in einschlägigen wissenschaftlichen Veröffentlichungen, ist nur fünfmal genannt, davon dreimal marginal. Und was für Kuczynski gilt, gilt auch, um nur noch einen Namen zu nennen, für Victor Klemperer.

Die Linie der Intellektuellen-Partei

Die Intellektuellen – es sind bei Mittenzwei also die produktiv oder rezeptiv (wissenschaftlich und kritisch rezeptiv) mit Literatur befaßten Intellektuellen. Allerdings erfährt der totalitäre direkte Artikel an dieser Stelle eine bemerkenswerte Einschränkung, die sich dann freilich als Überhöhung erweist: Es sind nämlich nicht alle mit Literatur in der DDR bzw. in „Ostdeutschland“ Befassten gemeint. Die (literarischen) Intellektuellen – es ist dies bei Mittenzwei eine elitäre Gruppierung mit politisch-ideologischen Optionen, die in Gestalt literarischer oder literaturwissenschaftlicher oder philosophischer, zumal auch essayistischer oder publizistischer Arbeiten auf die Gesellschaft einwirken und unter bestimmten Konstellationen politische Programmatik bzw. Strategie annehmen konnten. Um es noch deutlicher zu sagen: Letztlich ist für Mittenzwei diese elitäre Gruppierung – „Die Intellektuellen“ – eine sozialistische Parteigung, deren herausragende Exponenten – gewissermaßen das „Politbüro“ – Maßstäbe für die Gestaltungsprozesse im Realsozialismus statuierten, sicherlich reformerische bis utopische, ohne für diese, geschweige denn für den Zustand des Realsozialismus und dessen Veränderung, real verantwortlich zeichnen zu müssen und zu zeichnen. Auf solche Weise kann Mittenzwei den Weg „der“ Intellektuellen über 1989/90 hinaus verfolgen und deren Programmatik recht eigentlich als Wegweiser (als abstrakten Wegweiser) für Gestaltungsrichtungen jenseits des Realsozialismus wie des Realkapitalismus aufstellen (dabei die real agierende PDS als relativ harmlos rechts liegen lassend und ihr allerdings Zielvorstellungen präsentierend).

Um sich ein Bild davon machen zu können, wen Mittenzwei unter „Die Intellektuellen“ zählt, braucht man nur das Register zu bemühen und dort die am meisten Genannten festzuhalten: Bertolt Brecht (56), Christa Wolf (37), Heiner Müller (36), Stephan Hermlin (35), Stefan Heym (27),

Volker Braun (27), Wolfgang Harich (26), Georg Lukács (23), Wolf Biermann (22), Peter Hacks (19), Walter Janka (19), Ernst Bloch (16), Hanns Eisler (13), Franz Fühmann (13), Robert Havemann (12), Hans Mayer (11), Max Schroeder (8), Ernst Fischer (7) und Rudolf Bahro (6). Sich selber nennt Mittenzwei achtmal, Elmar Faber zehnmal: Sie bilden gewissermaßen das „Sekretariat“.

Johannes R. Becher ist zwar 36mal genannt, Anna Seghers 14mal, Erwin Strittmatter 13mal, aber irgendwie rechnet man sie nicht zu Mittenzweis Gruppierung, wohl auch nicht Hermann Kant (19) oder Erich Wendt (12), ganz zu schweigen von Kurt Hager (21), Alfred Kurella (15) und Wilhelm Girus (7), obwohl letzterer nicht zu Unrecht als Chefredakteur von „Sinn und Form“ eine gerechte Würdigung erfährt.

Allein schon die Namen der am meisten Genannten sagen viel über die ‚Linie‘ ‚der“ Intellektuellen aus. Die ‚Linie‘ selbst hat Mittenzwei in überaus anschaulichen und lebendigen, alle narrativen Register ziehenden Schilderungen – gewissermaßen in den Lebenserinnerungen des ‚Generalsekretärs‘ – an vielen Stellen, je auf die Kernfragen der jeweiligen Phase in der Entwicklung der DDR bezogen, festgemacht, übrigens oft ziemlich zugespitzt, wenn man die ideologischen Pointen aus ihrer narrativen Umhüllung herausholt.

Die letztlich zentrale Aussage zur Gesamtcharakteristik der ‚Linie‘ kann Mittenzwei mit einem geradezu klassischen Zitat Heiner Müllers treffen, auch wenn er es als „groteske Überspitzung“ zu relativieren sucht: „Wir haben hier in der DDR zwei Parteien: die SED und die Schriftsteller ...“ (S. 297).

Letztere hatten, wie Mittenzwei bemüht ist, nachzuweisen, stets eine klare ‚Linie‘ gehabt – diese Partei hatte also offenbar immer recht ...

In der Nachkriegsphase:

„Der Drang, mit den führenden Vertretern von Staat und Partei direkt ins Gespräch zu kommen, war nicht Eitelkeit, sondern innerhalb der absolutistisch geprägten Verkehrsformen durchaus üblich. Auf diese Weise versuchte man, direkt in die Politik einzugreifen ... Weder die Schriftsteller, die darauf bestanden, noch die Politiker, die so in Anspruch genommen wurden, sahen darin etwas Ungewöhnliches oder gar Unangemessenes ...“ (S. 85). „Zur Zeit der Aufklärung gab es Autoren, die mit den Herrschenden tafelten und zugleich mit einem Bein in der Bastille standen. Der ‚Voltaireische Typus‘ ...“ (S. 318).

1952/53 – im Zusammenhang mit dem 17. Juni:

„Was im Gefolge des 17. Juni zur Sprache gekommen war, wurde in den kommenden Jahren nicht mehr zugelassen ... Einige Postulate und Theoreme hatten einfach ihre Geltung verloren ... Insofern hat die Intelligenz am 17. Ju-

ni nicht versagt und sich auch nicht der Argumentationshilfen der westlichen Seite bedient ... Wiederum war es Brecht, der diese Phase einer schonungslosen Musterung unterzog ...“ (S. 121).

Sogar die 68er-Bewegung in der alten Bundesrepublik findet ihren Meister in der Partei „Die Intellektuellen“:

„Einen sichtbaren, in Demonstrationen wahrnehmbaren Einfluß der 68er-Bewegung auf die DDR gab es nicht. Äußerlich gesehen schwappte wenig über. Statt bloßer Nachahmung kam es aber zu Transformationen, die länger anhielten als die Bewegung in der Bundesrepublik selbst ...“ (S. 255).

Auch die Bürgerbewegung der achtziger Jahre war nichts im Vergleich mit der Intellektuellen-Partei:

„Sie (die Künstler usw.) traten nicht als verborgene Oppositionelle, nicht in verdeckten Gemeinschaften auf, sondern wirkten im vollen Licht der Öffentlichkeit, und zwar durch die mit ihrem schriftstellerischen Werk erworbene Autorität ... Das ... erwies sich als eine politische Kraft, über die die Bürgerbewegung in ihren Gemeinschaften nicht verfügte. Dafür konnte sie aber politisch konkreter agieren ...“ (S. 414).

Mehr noch:

„Die Opposition, die aus traditionellen Bindungen und Auffassungen gegen die sozialistische Gesellschaft war, trat kaum mit eigenen Losungen und Theorien auf. Ihre Wortführer übernahmen das Repertoire der westlichen Seite ... Unter den zwei oppositionellen Richtungen dominierte die marxistische, obwohl sie zahlenmäßig gering war und keine größeren Massen an sich binden konnte ... Ihre wichtigsten Vertreter waren Wolfgang Harich, Robert Havemann und Rudolf Bahro. Nicht nur durch ihre Aktionen eroberte sie sich einen Platz in der Geschichte, sondern auch durch ihre theoretischen Auffassungen ...“ (S. 330 f.).

Ihrem eigentlichen Höhepunkt steuerte die Intellektuellen-Partei am 4. November 1989 zu, mit dem Nachklang des Aufrufs „Für unser Land“ (26. November 1989): „Für die Künstler gestaltete sich dieser Sonnabend zu einem Tag ungeteilter Freude, ja des Jubels. An diesem 4. November waren sie so gewesen wie die Gestalten ihrer Bücher oder die Helden, die sie auf der Bühne darstellten ...“ Doch freilich: „An dem Tage, an dem die Schriftsteller zu Politikern wurden, hatten sie zwar ihr Wort eingelöst und ihren ethischen Rigorismus ... zur Tat werden lassen, aber ihren untergründigen Einfluß auf breite Schichten der Bevölkerung verloren ...“ (S. 381 f.). „Drei Wochen nach der Kundgebung am 4. November kam es zu einer letzten Aktion von (!) Intellektuellen. Sie wollten fortsetzen, was auf dem Alexanderplatz begonnen hatte ...“ (S. 382). Allerdings:

„Aus ‚Für unser Land‘ wurde zunehmend ‚Für die Wiedervereinigung‘ ... Bisher waren die Schriftsteller und Künstler feinfühligere Dolmetscher ihrer (der Bevölkerung) Unstimmigkeiten mit der bestehenden Situation gewesen. Was

sich das Volk nicht zu sagen getraute, trugen sie in der Sprache der Literatur vor. Sie hatten eine Mission ausgeübt, und mit der war es jetzt vorbei ...“ (S. 385 f.).

In den neunziger Jahren, zumal in deren zweiter Hälfte, stiegen die Chancen „der“ Intellektuellen wieder, zumal nach den Erfahrungen mit den Intellektuellen der alten Bundesrepublik, auch den linksorientierten, die nach dem Motto vorgegangen seien: „Dem (!) einstigen Partner im Dialog galt es jetzt ‚Mores‘ zu lehren ...“ (S. 530).

Also sammelte man die zum Rückzug veranlaßten Gewesenen unter diesem Horizont: „Die ostdeutsche Intelligenz mußte sich (nach der Wende) fragen, warum sind wir mit unseren Hoffnungen gescheitert? Sind wir falschen Idealen gefolgt oder wurden sie falsch umgesetzt? ...“ (S. 544). Und:

„Der Marxismus fand nach 1945 in der Form des Stalinismus Eingang in das Denken größerer Bevölkerungsschichten ... Deshalb rückte das Weltanschauliche, Propagandistische in den Vordergrund ... ‚Die Erlöserfunktion‘ der Lehre ließ sich leichter vermitteln als die materialistische Dialektik. So gelangten religiöse Züge in den Marxismus ...“ (S. 545).

Mit Eric Hobsbawm vor allem verschreibt Mittenzwei „den“ Intellektuellen die „pluralistische Öffnung“ des Marxismus (S. 547 f.). Und was Mittenzwei noch nicht thematisieren konnte – die militärischen Entwicklungen am Ende des 20. Jahrhunderts –, es scheint dies besonders günstig zu sein für die Reaktivierung der Intellektuellen-Partei. Als Bundeskanzler Schröder auf dem Höhepunkt der Terrorismus-Krise Schriftsteller ins Bundeskanzleramt rief, da waren die Exponenten „der“ Intellektuellen dabei: Christa Wolf, Volker Braun, Stefan Heym.

Allerdings wird man nach der Beschreibung und Charakterisierung der ‚Linie‘ eine Feststellung ganz am Ende von Mittenzweis Betrachtungen genauer zu beachten haben. Im „Nachdenken über das Scheitern“ grenzt er den Betrachtungshorizont nämlich ein und relativiert seine ‚totalitäre‘ Programmatik „Die Intellektuellen“: „Hier soll nur die geistige Situation der marxistisch orientierten Intelligenz nach der Niederlage blitzlichtartig erhellt werden“ (S. 544).

Es gab also auch, was man bei Mittenzwei bisher kaum zu ahnen wagte – von wenigen marginalen, ins Polemische reichenden Bemerkungen abgesehen –, eine andere Intelligenz in der DDR. Damit komme ich endlich zu dem, worum es mir recht eigentlich geht und was womöglich durch einige ironisierende Formulierungen verdeckt worden ist.

Rebus sic stantibus ist es sicher beachtlich, daß Mittenzwei – und zunächst muß doch noch ein wenig am bisherigen Kontext festgehalten werden – zu *den* Intellektuellen solche marxistisch orientierte, gerade auch im literarischen Leben massiv in Erscheinung getretene Persönlichkeiten wie Paul Rilla, Wolfgang Heise, Ernst Schumacher, Hans-Günther Thalheim, Claus Träger und Kurt Batt nicht nennt (Heise erscheint nur im Titel einer in einer Anmerkung angeführten Arbeit von Gerd Irrlitz, Rilla nur im Zusammenhang eines nicht verwirklichten Projekts). Auffallen muß auch, daß zwar führende Politiker der SED im Buch Mittenzwei Revue passieren, aber nicht der, von dem man sagen kann, daß er noch Erscheinungsformen des intellektuellen Lebens loyal verpflichtet war, nämlich Albert Norden (und ich weiß sehr genau, daß er es war, der 1972 als das im ZK für die „befreundeten Parteien“ zuständige Politbüromitglied die führenden Politiker der DDR-CDU harsch kritisierte, weil sie im Pragmatismus verharren, und er führte auf dem CDU-Parteitag 1972 in Erfurt vor, was aus der Geschichte der Christenheit für die CDU interessant sein könnte).

Das Ignorieren von Persönlichkeiten wie Heise und anderen könnte allerdings mit ‚fraktionellen‘ Auseinandersetzungen in der Partei „Die Intellektuellen“ zusammenhängen – im Falle Batts etwa auch damit, daß dieser den Verlag Hinstorff prägen half, und das Rostocker Unternehmen muß angesichts der Favorisierung des Aufbau-Verlages, zumal Elmar Fabers, durch Mittenzwei als Konkurrenz gewissermaßen des ‚Zentralorgans‘ dieser Partei angesehen werden.

Intellektuelle mit bildungsbürgerlichem Profil

Gewichtiger ist aber etwas ganz anderes, und an dieser Stelle müßte eine neue Rezension einsetzen. Natürlich ist es Mittenzwei unbenommen, eine Geschichte der „marxistisch orientierten“ Intellektuellen zu schreiben, und für sie kann er ebenso natürlich die auswählen, die er für solche hält; es ist also in seinem Belieben, außer den Katecheten des M-L auch reformerische Marxisten auszuschließen, die nicht in seine Gruppierung passen. Wenn Mittenzwei indes ein Buch „Die Intellektuellen“ schreibt und nur seiner Gruppierung dieses Prädikat zugesteht, dann bedeutet dies, daß er aus der Schicht der Intellektuellen (über die er einleitend knapp die soziologischen Befunde von B wie Benda bis W wie Alfred Weber mitteilt) alle anderen ausschließt, d.h. insonderheit die bildungsbürgerlich gepräg-

ten und unter ihnen zumal die aus dem protestantischen und katholischen Umfeld. An dieser Stelle gibt es eine gut zu beobachtende Nähe der Partei „Die Intellektuellen“ zur ehemals führenden realsozialistischen Partei – beide haben gleichermaßen die Bildungsbürger ausgeschlossen (man kann dies genau an den Arbeiten von Bahro, Brie und Harich ausgewiesen finden).

Sicherlich, im Blick auf die unmittelbare Nachkriegszeit kam Mittenzwei nicht umhin, diese Bildungsbürger noch ein wenig zu observieren und sie vor allem unter den Schatten des „Dritten Reichs“ zu orten, zu Recht etwa im Falle des Freiherrn von Münchhausen (der bei ihm Borries mit Vornamen heißt – statt Börries) und Friedrich Grieses, zu Unrecht mit Blick auf den Schwaben in Weimar, den etwa um die Schiller-Stiftung so verdienten Autor biographischer Romane Prof. Dr. Heinrich Lilienfein. So wundert man sich auch nicht, daß Mittenzwei mit sanfter Ironie Johannes R. Bechers authentische Versuche beschreibt, durch die Gewinnung der bürgerlichen, zumal auch literarischen Intellektuellen für den Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands und für eine – zusätzlich zum „Aufbau“ – von ihm geplante literarische Zeitschrift die äußere und die innere Emigration im Interesse der demokratischen Zukunft zu versöhnen. Es paßt dies nicht in die Linie der zwar noch nicht gegründeten, wohl aber im Zusammenhang mit den rückkehrenden Emigranten ins Visier genommenen Parteiung „der“ Intellektuellen, und überdies war für die unmittelbare Nachkriegszeit noch der gesamt-nationale Zustand zu beachten.

So muß natürlich auffallen, daß für Mittenzwei Ricarda Huch und Rudolf Hagelstange, die er erwähnt, keine literarischen Intellektuellen sind, die noch bis Ende 1947 ihren Platz in der SBZ hatten, Ricarda Huch in Jena (im Kulturbund und als Mitglied der thüringischen Landesversammlung), Hagelstange in seiner Heimatstadt Nordhausen (im „Sonntag“ und in der Weimarer „Abendpost“ publizierend). Hermann Kasack gar wird von Mittenzwei nur als „westdeutscher“ Schriftsteller geortet, obwohl er bis Anfang Februar 1949 in seiner Geburtsstadt Potsdam nicht nur gewohnt, sondern als stellvertretender Landesvorsitzender des Kulturbundes gewirkt hatte und nur unter Zwang fortgegangen war, und zwar gerade in einer Zeit, in der sich für ihn in Potsdam in der Zusammenarbeit mit Peter Huchel, Werner E. Stichnote und Werner Wilk in der Vorbereitungsphase von „Sinn und Form“ eine neue Perspektive ergab; er ist also nicht erst nach seinem Weggang im Blickfeld Huchels.

Ebenso wenig muß Mittenzwei in seiner Geschichte der Intellektuellen-Partei wissen, wie bürgerliche Schriftsteller eigentlich genau heißen. So wird der frühere Redakteur der „Bücherschau“ und spätere Mitarbeiter in Organen des Kulturbundes Gerhart Pohl zu Sieghard Pohl, und einer der Mitbegründer des Kulturbundes aus dem Umfeld der CDU, der aus der Deutschen Demokratischen Partei hervorgegangene Schulpolitiker Theodor Bohmer, der auch mit einem Schiller-Buch früh im Aufbau-Verlag vertreten war, wird Theodor Bohmer. Daß dann im Register ausgerechnet Kurt Barthel = Kuba den ambivalenten Max Barthel in seine Arme genommen hat (und dies dann gleich doppelt, unter B und K), ist wohl dem Verlagscomputer ebenso geschuldet wie die Vermischung von Werner und Hannes Krauss, hätte aber einem sorgfältig Korrekturen lesenden Verfasser auffallen können. Der Musikwissenschaftler und Kulturbundaktivist Bernhard Benedikt hat ein t zu viel ...

In späteren Phasen der DDR-Entwicklung kommen bei Mittenzwei bürgerliche Schriftsteller kaum noch vor, von Franz Fühmann abgesehen, dessen ursprüngliche Ausgangspositionen – auch in der NDPD – zugunsten seiner Aufnahme in die Intellektuellen-Partei allerdings von ihm ohnehin übergangen werden müssen, und von Johannes Bobrowski, von dem es charakteristischerweise (oder soll man sagen: verräterisch?) heißt, er sei „ein schwer einzuordnender Autor“, der „dennoch zum Ensemble dieser Literatur“ (S. 191) gehörte, also gleichsam als ‚Ehrenmitglied‘. Daß Karl-Heinz Berger von Mittenzwei in einer Aufzählung mitgeführt wird, hatte wiederum nichts mit seiner bildungsbürgerlichen katholischen Position zu tun, sondern damit, daß er (allerdings von dieser aus!) zum oppositionellen Donnerstag-Club im Kulturbund Mitte der fünfziger Jahre gehörte.

Allein schon diese wenigen Hinweise können verdeutlichen, daß Mittenzwei geistig-politische Ortsbestimmungen samt ‚kaderpolitischer‘ Unterfütterung des Bereichs „Die Intellektuellen“ tatsächlich einen programmatischen Charakter haben – sowohl in der Bestimmung der Positionen wie in der Akzeptanz bzw. Exmittierung von Persönlichkeiten. Denn schließlich muß sich aus einem solchen methodischen und inhaltlichen Ansatz ergeben, daß etwa fast die gesamte, bis in die sechziger Jahre hinein schöpferisch wirksam gewesene bürgerliche Elite an der Akademie der Wissenschaften, an der Mittenzwei lange tätig war, außen vor bleibt (mit der Ausnahme einer beiläufigen, fast polemischen Erwähnung von Theodor Frings). Analoges gilt für bedeutende Literaturwissenschaft-

ler wie Hermann August Korff, Leopold Magon und Joachim Müller sowie Joachim G. Boeckh, für Kunsthistoriker wie Johannes Jahn, Ludwig Justi und Wilhelm Fraenger, für Philologen wie Franz Dornseiff und Siegfried Morenz, für Historiker wie Karl Griewank, Martin Lintzel und Eduard Winter, um nur sie zu nennen. Dabei hätte an mehreren „Fällen“ herausgestellt werden können, wie diese bürgerlichen Gelehrten je auf ihre Weise auf die geistig-gesellschaftlichen Herausforderungen des „marxistisch orientierten“ Diskurses in der DDR reagiert hatten, Korff etwa in der Neugestaltung der Einleitung seines *opus magnum* „Geist der Goethezeit“ für die Neuauflage im CDU-Verlag Koehler & Amelang Leipzig, 1953 bis 1957.

Es kommt überdies hinzu, daß selbst der Untertitel von Mittenzweis Buch nicht gültig bedient wird, wenn man für das Verhältnis von Literatur und Politik so relevante Genres wie Memoirenliteratur, historische Romane und TV-Romane ausgeklammert findet.

Eine DDR-Besonderheit wird ignoriert

Außen vor bleibt bei Mittenzwei – soll man wieder sagen: natürlich? – die theologische Wissenschaft, obwohl diese in der DDR (und dies war allerdings singulär in den Staaten des Warschauer Vertrages) ihren Platz auch in der sozialistisch gewordenen Universität behalten hatte. Mittenzwei beklagt zwar, und das ist sicherlich des Bemerkens wert, daß es „in der DDR-Geschichte keinen wirklichen Dialog zwischen Marxisten und Christen“, „keinen Dialog über Marxismus und Christentum“ gegeben hatte, „der öffentlich ausgetragen wurde“ (S. 333). Er verzichtet aber – von ein paar allgemeinen Bemerkungen über die Zusammenarbeit von marxistischen Historikern „und der Kirche“ (!) „aus Anlaß kirchengeschichtlicher Höhepunkte, die zugleich nationale Ereignisse waren“ (e-benda), abgesehen – darauf, wenigstens ‚postum‘ einiges nachzuholen und füglich anzumerken, was von der theologischen Wissenschaft (der universitären und der außeruniversitären) geleistet worden ist.

Um unsererseits wenigstens einige Stichworte zu nennen: in der alttestamentlichen Forschung von Albrecht Alt, Leipzig, der sogar als „Hervorragender Wissenschaftler“ staatlicherseits ausgezeichnet worden war, von Otto Eißfeldt, immerhin erster Nachkriegsrektor der Hallenser Martin-Luther-Universität, von Hans Bardtke, Leipzig, der mit seinen Büchern über Forschungsreisen an die biblischen Stätten einen neuen Typus

von Literatur schuf, der so sogar in Kindlers Literaturlexikon registriert worden ist, im Neuen Testament von Erich Fascher, Halle, Greifswald, Berlin, und Johannes Leipoldt, Leipzig, zeitweiliger Volkskammerabgeordneter, mit relevanten religionswissenschaftlichen Studien, sowie Hans-Martin Schenke, Berlin, mit seinen koptischen Forschungen, die bis in die USA Beachtung gefunden haben, oder in der Kirchengeschichte von Walter Elliger, Berlin, Ernst Kähler, Greifswald, und Joachim Rogge, Berlin, in der Reformationgeschichte, von Gert Haendler, Rostock, in der Geschichte der frühen Kirche, von Konrad Onasch, Halle, und Hans-Dieter Döpmann, Berlin, in der Ostkirchenkunde sowie von Kurt Meier und (dem am 31. Dezember 2001 verstorbenen) Kurt Nowak, beide Leipzig, in der Kirchengeschichte des 20. Jahrhunderts (darunter Meier mit seinem Standardwerk zum Kirchenkampf, Nowak zusätzlich mit Schleiermacher-Arbeiten, von denen eine zum Dr. phil. führte). Nicht zu vergessen Karl Heussi, der bis zu seinem Tode in Jena lebte, Heussi, den es also wirklich gegeben hat und nicht nur „den Heussi“, das kirchengeschichtliche Kompendium *sui generis*, unentbehrlich für jeden historisch Interessierten.

Dabei habe ich gar nicht die theologischen Systematiker und die praktischen Theologen genannt, weil sie für den nichtchristlichen Intellektuellen *nolens volens* die fremdesten sind, also etwa Rudolf Hermann und Heinrich Vogel, Berlin; Julius Schniewind, Halle; Martin Seils, Jena; Ernst Sommerlath, Leipzig, und Hanfried Müller, Berlin (und letzteren hätte Mittenzwei sogar in seine Intellektuellen-Partei gut eingliedern können, freilich nicht als Beichtvater, als der sich Müller nicht geeignet hätte bzw. eignen würde), unter Systematikern, Klaus-Peter Hertzsch, Jena, und Hans-Hinrich Jenssen, Berlin, unter praktischen Theologen. Zusätzlich wären die ‚außeruniversitären‘ Forscher zu nennen, vor allem die Dozenten der nur geduldeten kirchlichen Hochschulen, also etwa Richard Schröder und Wolfgang Ullmann, der eine als Religionsphilosoph, der andere als herausragender Kirchenhistoriker, vom Sprachenkonvikt, Berlin, an dem Wolf Krötke als Systematiker und Jürgen Henkys als praktischer Theologe wirkten – alle ausgewiesen als bedeutende Wissenschaftler, Autoren und Bürgerrechtler. Zur außeruniversitären theologischen Wissenschaft würde auch die katholische gehören (mit der Erfurter Theologischen Akademie als Zentrum). Überdies hat es einige kirchenleitende Persönlichkeiten gegeben, die je auf ihre Weise prägend in Erscheinung getreten sind, und zwar über die Kirchengrenzen hinaus, so der katholi-

sche Bischof von Meißen, Otto Spülbeck, mit seinen Arbeiten zum Verhältnis von Kirche und Naturwissenschaft und der Cottbusser protestantische Generalsuperintendent Günter Jacob, der es 1958 fertigbrachte, Werner Heisenberg nach Cottbus zu holen und dort mit ihm in den Dialog einzutreten. Von katholischen Theologen soll nur der Religionsphilosoph Konrad Feiereis genannt werden.

Fragmente eines christlich-marxistischen Dialogs

Zusätzlich (ich muß mich ohnehin ‚bremsen‘) mag an einigen ‚ausgewählten‘ Beispielen gezeigt werden, wie es trotz des Versuchs der SED, den marxistisch-christlichen Dialog zu verhindern, und trotz der Bemerkungen Mittenzweis doch so etwas wie einen marxistisch-christlichen Dialog gegeben hat, sogar unter Beteiligung von Exponenten der Intellektuellen-Partei, ohne daß dies offenbar deren Historiograph zur Kenntnis genommen oder des Mitteilens für wert gehalten hätte.

Walter Markov, den Mittenzwei nicht übergeht, hat zu den Protagonisten der von ihm so genannten „goldenen fünfziger Jahre“ der Leipziger Universität auch Emil Fuchs gerechnet, und zwischen Ernst Bloch und Emil Fuchs gab es so enge politisch-geistige Begegnungen, daß diese auch nach der „Disziplinierung“ Blochs fort dauerten. Ich habe an anderer Stelle geschildert, daß einer der wenigen öffentlichen Auftritte Ernst Blochs in Leipzig ‚danach‘ einer CDU-Veranstaltung zu einem Geburtstag von Emil Fuchs galt. Daß Mittenzwei nicht einmal Emil Fuchs' Buch über „Marxismus und Christentum“ sowie die zwei Bände der „Christlichen und marxistischen Ethik“ in seine Überlegungen einbezieht, ist bezeichnend genug.

Max Steinmetz, der bedeutende marxistische Reformations- und Universitätshistoriker, gehört zu den von Mittenzwei Ignorierten. Von den protestantischen Reformationshistorikern wurde er demgegenüber genau zur Kenntnis genommen, und so kam es etwa zwischen Steinmetz und Siegfried Bräuer, seinerzeit Leiter einer kirchlichen Einrichtung und Hochschullehrer erst nach der Wende, zu einem permanenten, auch öffentlich wahrgenommenen Gedankenaustausch, der zumal im Vorfeld von Müntzer- und Luther-Ehrungen zu einer produktiven geistigen Atmosphäre führte.

Als in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre der Union Verlag Teilhard de Chardins „Der Mensch im Kosmos“ herausbrachte, legte er der

Lizenzausgabe (Nachworte waren vom Lizenzgeber nicht konzediert worden) eine Broschüre bei, in der sich ein evangelischer Theologe (Herbert Trebs) und der marxistische Religionswissenschaftler Olof Klohr zu den Thesen des katholischen Theologen und Paläontologen äußerten. Ein öffentlicher (übrigens von Kurt Hager harsch gerügter) Dialog ...

Und schließlich: Stefan Heym, sozusagen vom ‚Politbüro‘ der Partei „Die Intellektuellen“, hatte (König David und Ahasver lassen grüßen) einen Berater, der zu seinem Freund wurde: Walter Beltz. In der „Berliner Zeitung“ ist er nach der Beisetzung Stefan Heyms als Religionswissenschaftler bezeichnet worden; tatsächlich hat er als solcher sogar im Aufbau-Verlag publiziert. Von Haus aus war er aber Theologe an der Hallenser Universität, und er hat oft in der Reformierten Kirche in Dresden gepredigt.

Ein ganz früher dialogischer Vorgang verbindet sich mit dem Namen des Prager Theologen Josef L. Hromádka, der 1951 bei einem Besuch in Berlin von marxistischen Kollegen, dem Historiker Heinz Kamnitzer und dem bis 1953 in Berlin lehrenden Philosophen Walter Hollitscher, zu einem Dialog in die Humboldt-Universität eingeladen wurde. An diesem war auch die Philosophin Liselotte Richter beteiligt, die gerade die philosophische Fakultät in Richtung theologische Fakultät hatte verlassen müssen. In der Persönlichkeit dieser leider so früh verstorbenen Intellektuellen, der ersten deutschen Philosophieprofessorin, spiegelt sich allerdings die Kompliziertheit christlich-marxistischen Dialogs in der DDR.

Es geht hier nicht um die (ohnehin begrenzt bleibende und subjektiv ausgewählte) Fülle von Namen. Es geht vielmehr darum, daß sich mit ihnen Innovatives in wissenschaftlicher und literarisch-publizistischer Produktivität und allerdings auch im Reagieren auf neue gesellschaftliche Herausforderungen verbindet. Wir hatten dies bei Korff angedeutet, ohne daß seinerzeit die ‚marxistisch orientierte‘ Germanistik die neuen Einsichten des bürgerlichen Gelehrten gewürdigt, geschweige denn rezipiert hätte, und wir haben auf Emil Fuchs' Ethik hingewiesen, auf die allerdings in der „Deutschen Zeitschrift für Philosophie“ reagiert wurde – von Heinrich Schwartze, der vom Ludwigschluster Landespastor zum M-L konvertiert und als Leipziger „Philosoph“ mit Häme über seinen früheren religiös-sozialistischen Freund hergefallen war.

Letztlich geht es also um noch mehr, nämlich um ein intellektuelles Potential, das in der DDR und über sie hinaus produktiv wirksam war, das aber durch den ausgebliebenen pluralistischen Diskurs nicht andere

Wege gehen ließ, als sie der reale Sozialismus in der DDR gegangen war – und allerdings auch nicht genau jene, die die Partei „Die Intellektuellen“ gewiesen oder angedeutet hatte. (Ob dies auf einer realistisch beurteilten ökonomischen Grundlage überhaupt möglich gewesen wäre, steht auf einem anderen, freilich entscheidenden Blatt, das bei Mittenzwei fehlt.)

Frühe Debatten mit pluralistischem Zuschnitt

Von hier aus gibt es einen dritten methodischen Ansatz in der Beurteilung von Mittenzweis „Intellektuellen“. Bisher hatten wir einerseits gesehen, daß er ebenso programmatisch wie arrogant allein eine bestimmte Gruppierung von Schriftstellern, Literaturwissenschaftlern, Philosophen und Publizisten zu ihnen zählt, die marxistisch orientiert waren (bzw. sind) und einen reformerischen Sozialismus favorisierten (bzw. favorisieren), und wir hatten gesehen, daß er die gesamte bürgerliche Intelligenz aus dem Umfeld „Die Intellektuellen“ verbannte, ein Schicksal, das Mittenzwei, aus welchen Gründen auch immer, sogar einigen marxistisch orientierten Persönlichkeiten bereitete, die objektiv gesehen in dieses Milieu gehörten (bzw. gehören).

Diese Dichotomie ist es nun recht eigentlich, die das Problematische am Buch Mittenzweis ausmacht. Wenn die pathetischen Beschwörungen des Pluralismus durch die heutigen Verfechter eines reformerischen, demokratischen Sozialismus, die ihrerseits plurale Züge aufweisen, ernst genommen werden sollen, müßte das reale Drama des ausgebliebenen Pluralismus der real sozialistischen DDR rekonstruiert werden; dies kann man erstens nicht, wenn man den Pluralismus nur in den marxistisch orientierten Zirkeln, Gruppierungen usw. entdecken will, in wiederum strikter Abgrenzung gegenüber dem Bürgerlichen, und man kann dies zweitens nicht, wenn als Gralshüter des Pluralismus nur eine einzige derartige Gruppierung identifiziert wird, die Partei „Die Intellektuellen“.

Letztlich hatte sich das Schicksal des Pluralismus in SBZ/DDR dort entschieden, wo dessen ursprüngliche, authentische Elemente im politischen Leben (Parlamentarismus der Landtage in der SBZ bis 1948/49, in kommunalen Vertretungen bis Anfang 1950) und im geistig-kulturellen Leben festzumachen waren (eingeschränkt ohnehin durch die Besatzungspolitik, in manchen Bereichen freilich durchaus gefördert durch manche „Kulturoffiziere“), wo es also zu lebendigen Auseinandersetzungen

gen um Grundfragen der politischen Existenz (Debatten über die Länderverfassungen) und um solche der geistigen Existenz kam, deren Ausgang nicht von vornherein festgelegt und beschlossen war.

Offensichtlich war dies das elementare Anliegen Johannes R. Bechers in den ersten Jahren der Wirksamkeit des Kulturbundes gewesen, und es waren nicht nur die Bemühungen Bechers um bürgerliche Schriftsteller in den Westzonen, die hier in Ansatz zu bringen wären. Für Becher war wohl noch wichtiger, was er in der SBZ unmittelbar zur Wirkung bringen konnte – und es waren dies offensichtlich Erscheinungen, die dem Autor „der“ Intellektuellen besonders fremd vorkamen.

So mußte sich für Becher etwa die Konstellation der 1947 gewählten Leitung des Kulturbundes in Sachsen geradezu paradigmatisch darstellen: Der bei Mittenzwei nur einmal in einer Aufzählung erwähnte Ludwig Renn als Vorsitzender, er also, der sächsische Aristokrat und Offizier, der Kommunist geworden war und über Zuchthaus und Spanienkrieg ins mexikanische Exil gegangen war, mit Hans-Georg Gadamer, dem bedeutenden Hermeneutiker und noch als Rektor der Leipziger Universität amtierenden bürgerlichen Philosophieprofessor, und Gerhard Grüß, dem aus der Bekennenden Kirche hervorgegangenen christlichen Demokraten und Rektor der Freiburger Bergakademie, als seinen Stellvertretern.

Leider war es zu einer solchen Konstellation erst gekommen, als sich deren Möglichkeiten schon beinahe erschöpft hatten – Gadamer ging alsbald nach Frankfurt/M. und von dort nach Heidelberg, Grüß resignierte, zog sich auf seine Mathematikprofessur zurück und starb noch nicht fünfzigjährig 1950. Immerhin haben wir in den Jahren 1946 bis 1948 eine Reihe grundlegender geistiger Auseinandersetzungen, deren Charakter von solcher Art Konstellation geprägt erscheint.

Ich denke an die frühen Auseinandersetzungen um Ernst Niekischs Schrift „Deutsche Daseinsverfehlung“ und um Victor Klemperers „LTI“ (einerseits im Schatten von Wolfram von Hansteins früh in Dresden herausgekommenem Pamphlet „Von Luther zu Hitler“, andererseits im Kontext von Alexander Abuschs „Irrweg einer Nation“).

Ich denke weiter an Debatten im Kulturbund über das Geschichtsbild und über die Frage, ob es eine besondere geistige Krise in Deutschland gäbe; an die sog. Mehring-Debatte im Thüringer Landtag (1948), in der sich die CDU-Fraktion mit ihrem Sprecher Senior (Superintendent) Mebus gegen die verpflichtende Annahme der Mehringschen Deutung der Reformation in der Lehrerausbildung wandte und damit eine intellektuell

hochrangige Debatte auslöste, an der auf der Seite der SED auch der Landtagsabgeordnete Oberkirchenrat D. Erich Hertzsch auftrat; an die Auseinandersetzungen in Dresden um Veröffentlichungen im Feuilleton der CDU-Zeitung „Die Union“, das von dem von der linkskatholischen „Rhein-Mainischen Volkszeitung“ gekommenen Reinhold Lindemann geleitet wurde, etwa um das Verhältnis von Wand- und Tafelbild, um die Schuldfrage und um negative Seiten des nationalen Erbes; an die weltanschaulich gesättigte Diskussion zwischen Jean-Paul Sartre und dem marxistisch orientierten Völkerrechtler und Schriftsteller Peter A. Steiniger (Steinhoff) sowie dem katholischen Publizisten Gert H. Theunissen und dem evangelischen Pfarrer Wolf-Dieter Zimmermann, Redakteur der barthianischen Zeitschrift „unterwegs“, Anfang 1948 – aus Anlaß von Sartres Besuch der Aufführung der „Fliegen“ in Berlin; nicht zuletzt an die konfrontative und zugleich komplementäre Begegnung von Marx und Kierkegaard in den Darlegungen des damals noch in Jena lehrenden Philosophen Hans Leisegang in der Philosophischen Gesellschaft im Kulturbund, die für einige Zeit die Traditionslinie und die Linie geistiger Auseinandersetzung der alten Kantgesellschaft vertrat und verfolgte – im November 1947 waren am Gespräch über Leisegangs Vortrag u.a. Alfred Vierkandt, Liselotte Richter und der junge Wolfgang Heise beteiligt.

Auf zwei übergreifende Aspekte dieser Debatten zwischen 1945/46 und 1948 sollte gesondert eingegangen werden. In den anfangs erwähnten Kulturbund-Debatten, die protokolliert und in Klaus Gysis „Aufbau“ gedruckt wurden, war (wie dann auch im Berliner Sartre-Gespräch) einerseits der Zusammenhang mit den relevanten internationalen intellektuellen Diskussionen hergestellt, so etwa zu den Rencontres Internationales de Genève im September 1946 mit Denis de Rougemont, Karl Jaspers und Georg Lukács, und andererseits trafen in ihnen noch gleichberechtigt marxistisch orientierte und bürgerliche Intellektuelle aufeinander, etwa der Schriftsteller und seinerzeitige Herausgeber des „horizont“, Günther Birkenfeld, und Ferdinand Friedensburg, renommierter Wirtschaftswissenschaftler und CDU-Politiker, mit Jürgen Kuczynski, Heinrich Deiters, Alfred Meusel und Alexander Abusch (Ernst Niekisch in der Mitte). So sagte Birkenfeld damals, und wir konnten es im „Aufbau“ lesen:

„Ich glaube ..., daß man das objektive Geschichtsbild um so eher erreichen kann, je mehr man sich von einer zu stark und einseitig weltanschaulich gefärbten Überzeugung trennt, und je mehr man auch Schlagworte, Parolen oder Einstellungen aufgibt, die einseitig und eindeutig aus unserer heutigen historischen Erlebnissphäre kommen ... Wir werden richtig daran tun, die Geschich-

te des Volkes, die Geschichte der Massen sehr viel stärker als bisher auch im Ablauf unserer eigenen Geschichte zu betrachten ... Und wenn wir ... die wesentlichen Ergebnisse aus der deutschen Ideengeschichte und aus der europäischen Geistesgeschichte in einen gesunden Ausgleich bringen, so werden wir zu einem neuen Geschichtsbild kommen können, das seine höchste Gipfelung finden wird in dem vollkommenen Menschen, wie er in allen Jahrhunderten immer wieder aufgetreten ist, mag er vor Jahrhunderten Franziskus geheißen haben oder Karl Marx oder heute Albert Schweitzer ...“

Debatten und Dialoge, die einen solchen Charakter hatten, also einen des offenen Horizonts, aber auch der Bereitschaft zur Neuorientierung, verschwanden seit 1949 zusehends. Es mag bezeichnend sein, daß einer der letzten derartiger Dialoge zwischen Alexander Dymshitz, dem führenden sowjetischen Kulturoffizier, und Hermann Kasack am 7. Dezember 1948 im Potsdamer Kulturbundhaus stattfand, über das leidige Reizthema Formalismus, zu dessen Motiven Mittenzwei erhellendes Material beibringt, ohne allerdings diese damals stark beachtete Debatte auch nur zu erwähnen. Mit den Debatten verschwanden zumeist auch die bürgerlichen Debattenredner (Kasack Anfang Februar 1949), und wenn man eine Liste jener Intellektuellen zusammenstellen würde, die diesen Weg gegangen sind, schon früh (etwa Theodor Plivier), um 1948 (etwa Will Grohmann, 1945 Kulturdezernent in Dresden und 1946 Rektor der Hochschule für Werkkunst) oder (um von den späteren dramatischen Entwicklungen hier abzusehen) 1950/51 (etwa Karl Buchheim, der bedeutende Leipziger katholische Historiker), dann hätte man eine andere Partei „Die Intellektuellen“, eine Exilpartei, die ‚Emigranten‘ vereinigt, die es oft genug gar nicht werden wollten.

Um dies wenigstens noch anzudeuten: 1949 schimmerten in der Goethe-Ehrung noch unterschiedliche geistig-politische Positionen durch, die Mittenzwei ebenso übergeht wie die gerade für bürgerliche Kreise relevante, zum Teil verhängnisvolle Rezeption von Heinrich Manns „Ein Zeitalter wird besichtigt“ oder die des bedeutenden Romans von Anna Seghers „Die Toten bleiben jung“.

Überdies hat es in den siebziger und achtziger Jahren im Zusammenhang mit Preußen (die von ihrem Mann ignorierte Ingrid Mittenzwei und Ernst Engelberg lassen grüßen) und der Luther-Ehrung sowie der Nietzsche-Rezeption Debatten gegeben, die einen differenzierten weltanschaulichen bzw. politisch-geistigen Charakter aufweisen; in der Nietzsche-Debatte traten „die Intellektuellen“ Harich und Müller gegeneinander an, was Mittenzwei auch nicht interessiert. Es waren dies freilich im Gegen-

satz zu den Aufbruch-Debatten von 1945 bis 1948 solche schon der Endzeit (deren Zeichen ohnehin weitgehend andere waren als die, die Mittenzwei registriert).

An dieser Stelle kann ich nicht umhin, zu vermerken, daß ich am 20. April 1979 Mittenzwei ein 1977 ausgearbeitetes 'Memorandum' zugeleitet hatte, das die Notwendigkeit betonte, die Debatten der Jahre nach 1945 aufzuarbeiten, und ich hatte die meisten der vorhin knapp angeführten zur Disposition gestellt – damals sicherlich noch mit Begründungen, die die seinerzeitige ideologische Atmosphäre spiegelten, aber jedenfalls in dem Bestreben, den Sondercharakter der Jahre 1945 bis 1948/49 zu betonen (und dabei auch den Zusammenhang mit der damaligen Exil-Forschung herzustellen). Es ist dies übrigens ein Aspekt, auf den ich heute aus anderen Gründen insistiere – nämlich gegenüber jenen, die allzu forschen den nahtlosen Übergang von einer Diktatur zur anderen behaupten.

Ich bekam damals von Mittenzwei unter dem 20.4.1979 zwar eine rasche, aber (wie auch von Manfred Naumann und im Gegensatz zu Wolfgang Heise) eine ausweichende Antwort, die dann ohne weitere Folgen blieb:

„Ich bedanke mich für die Zusendung Ihres Entwurfs für ein Forschungsprogramm. Mich hat das sehr interessiert, und in der Tat erfordert das eine interdisziplinäre Gemeinschaftsarbeit wie bei unserem Exilprojekt. Ich selbst bin in der nächsten Zeit an andere Projekte gebunden, aber Ihre Idee ist interessant genug, um weiter verfolgt zu werden. Ich werde Ihren Entwurf an die Direktoren unseres Zentralinstituts weitergeben, damit Ihre Idee bei der Forschungsplanung für den nächsten Fünfjahrplan mit beraten werden kann.“

Eine Fußnote zu den bürgerlichen Parteien

Ich will noch knapp auf einen vierten Gesichtspunkt eingehen, der in gewisser Weise mit dem zweiten zusammenhängt:

Beinahe möchte man es natürlich nennen, wenn man feststellt, daß kirchlich geprägte Persönlichkeiten bei Mittenzwei nicht vorkommen bzw. kaum vorkommen, dies zumal, was den Zeitraum vor den achtziger Jahren angeht. Er erwähnt zwar den Bischof Graf Galen, aber nicht als tapferen antinazistischen Kämpfer gegen die „Euthanasie“, sondern im Zusammenhang eines polemischen Zitats von Thomas Mann gegen ihn. Der Zehlendorfer Pfarrer Otto A. Dilschneider (das A. fehlt im Register) wird immerhin als Mitbegründer des Kulturbundes und als jener genannt, der Becher zum Kulturbund-Präsidenten vorgeschlagen habe. „Der Pfar-

rer“ Karl Kleinschmidt – er war Domprediger und legte Wert auf diese präzise Beschreibung seines Schweriner kirchlichen Amtes – kommt zwar relativ am besten weg, weil von ihm eine 1953 gemachte Bemerkung gegen soziale Ungerechtigkeiten substantiell zitiert wird. In seinem Fall hat Mittenzwei indes verkannt, daß Kleinschmidt gewissermaßen als ‚Beichtvater‘ zur Intellektuellen-Partei gehört hat – in enger Freundschaft zu Brecht und in Kooperation mit Stefan Heym. Und dann ist noch von dem „Priester“ Paul Oestreicher die Rede. Dieser aber ist kein Priester, sondern Reverend, also Pfarrer, übrigens aus Thüringen stammend und – rassistisch verfolgt – mit der Familie seiner Eltern von dem schon genannten Erich Hertzsch gerettet worden.

Analoges wie für kirchliche Persönlichkeiten gilt bei dem Programmatiker der Intellektuellen-Partei für die ‚bürgerlichen‘ Parteien in SBZ/DDR. So werden zwar Ernst Lemmer, Ferdinand Friedensburg und Theodor Bohner (bei ihm, wie schon notiert, Bohmer) als christlich-demokratische Gründungsmitglieder des Kulturbundes rein statistisch angeführt – von den Debatten, an denen Friedensburg beteiligt war (und auch Victor Klemperer geht an neun Stellen seines Tagebuchs nach 1945 auf ihn ein), ist nicht die Rede, auch nicht von dem wichtigen Aufsatz Ernst Lemmers über Blockpolitik im „Aufbau“ 2/1946, die er dort dahingehend bestimmte, daß sie unter genau zu definierenden Umständen eine Zeitlang als mögliche Form von Kooperation anzusehen sei – eine Auffassung, der Ende 1946 an gleicher Stelle Peter Alfons Steiniger widersprach, ohne daß er selber die kanonische Ortsbestimmung des Blocks hatte formulieren können und daher Ärger mit der SED bekam. Die langjährige Vizepräsidentin des Kulturbundes, die Liberaldemokratin Gertrud Sasse, wird von Mittenzwei eher als Opportunistin eingeführt. Fühmanns Aktivitäten in der NDPD – in der Zeit, bevor er in die Intellektuellen-Partei trat – werden (wie erwähnt) ebenso übergangen, wie die Tatsache, daß Stefan Heym nach seiner Exmittierung bei List-Leipzig, die genau geschildert wird, beim LDP(D)-Buchverlag Der Morgen unterkam. Daß die auf S. 124 beschriebene Staatsbeteiligung an Privatbetrieben 1956 auf Initiative der DDR-CDU zustande kam, ist Mittenzwei fremd. Da folgt er den ihm eher zugänglichen Darstellungen realsozialistischer Federn, ebenso bei einer beiläufigen Bemerkung über den Auftrag der CDU: „Die CDU sollte die Christen an die Politik des Staates heranzuführen, sonst aber wurden alle Verbindungen als Angelegenheit der Staatsführung behandelt“ (S. 333). Daß die CDU sich auch eigene Aufträge gab, gerade in

kirchen- und kulturpolitischer Hinsicht – dies zumal zu Zeiten Otto Nuschkes, der bei Mittenzwei nicht vorkommt –, ist ihm entgangen.

Für die Endzeit der DDR und die Nachwendezeit ergeben sich auch für diesen Autor nolens volens doch einige andere Akzentsetzungen. Jetzt muß er ausführlicher auf die Kirchen zurückkommen, übrigens nur auf die evangelische – von der katholischen hat er offenbar überhaupt nichts zur Kenntnis genommen. So finden sich bei ihm die Namen authentischer bürgerrechtlicher Protagonisten wie Rainer Eppelmann, Friedrich Schorlemmer und sogar Harald Bretschneider, überdies zweimal der des Berliner Generalsuperintendenten Günter Krusche als Mitinitiator des Aufrufs „Für unser Land“. Allerdings bleibt selbst bei Respektierung dieser Tatsachen unverkennbar, daß die Gesamtproblematik einer Kirche im Sozialismus unerörtert bleibt, was insofern besonders relevant ist, als sie es war, die immer von neuem auf ihre Weise den Pluralismus in der DDR nicht nur einforderte, sondern lebte. Daß bei Mittenzwei Richard Schröder an einer einzigen Stelle als SPD-Politiker genannt wird, der sich gut mit Günther Krause vertragen habe, nicht aber als ein Intellektueller mit philosophischen und theologischen Alternativen zum realen Sozialismus und allerdings auch zu „den“ Intellektuellen, ist bezeichnend.

Daher auch kann Mittenzwei Manfred Stolpe nur im Zusammenhang mit den „IM“-Vorwürfen erwähnen, nicht aber als einen der Architekten der Kirche im Sozialismus – er versteht ihn also so wenig wie Richard Schröder, aber auch Joachim Gauck. Es paßt nicht zum Konzept „der“ Intellektuellen, daß allein ein Mann der Kirche in der Lage war, eine Behörde zu übernehmen, die die Stasi-Unterlagen zu verwalten und der Bearbeitung zuzuführen hatte. So verhöhnt er Gauck als eine Art zeitgenössischen Savonarola – wie ansonsten nur Günther Krause.

Damit sind wir noch einmal bei den bürgerlichen Parteien der DDR, vor allem bei der CDU. Mittenzwei kann nicht umhin, dieser Partei, die er zuvor mit einem Halbsatz abgefertigt hatte, seine bevorzugte Aufmerksamkeit zu schenken, gewann sie doch zur allgemeinen Überraschung, auch der zur Fassungslosigkeit neigenden „Intellektuellen“, die Wahlen vom 18. März 1990. So taucht für „Die Intellektuellen“ Lothar de Maizière an ihrem Horizont auf, ohne daß sie danach gefragt hätten, was denn die Voraussetzungen hierfür waren, die subjektiven bei de Maizière wie die objektiven in der Gesamtpartei (über deren Ambivalenz im Transformationsprozess ich mich an anderer Stelle ausführlich geäußert habe).

Dabei kommt de Maizière bei Mittenzwei im großen und ganzen noch relativ gut weg – wenn auch nicht ganz so gut wie sein Innenminister Diestel; immerhin ist der Fall de Maizière für Mittenzwei und den Verlag so verwirrend, daß bei ihm die Registerangaben vollkommen durcheinander geraten. (Übrigens stimmt auch nicht, daß de Maizière nach den Bundestagswahlen vom Dezember 1990 „aus der Regierungsverantwortung ausgeschieden“ sei – so S. 393; er war bis 1991 Bundesminister für besondere Aufgaben.)

Da die DDR-CDU von Mittenzwei indes unter den Schatten der altbundesdeutschen CDU mit den Hauptfeinden Kohl und Schäuble gesehen werden muß, müssen solche auch in ihr festgemacht werden. Dazu bieten sich ihm Eppelmann, der über den Demokratischen Aufbruch in die CDU kam, und der schon länger der CDU angehörende Günther Krause an – letzterer vor allem, von dem Mittenzwei ironisch bemerkt, daß er „als oppositionelles Verdienst nur in Anspruch nehmen konnte, die Jugendweihe ‚verweigert‘“ (S. 427) zu haben, womit Mittenzwei beweist, daß er keine Ahnung hat, was die Jugendweihe und deren Verweigerung (ohne Anführungszeichen!) damals bedeuteten.

Meine polemischen Äußerungen wollen die Stärken (oder genauer: die Stärke!) des Buches von Mittenzwei, seine genauen und stilistisch brillant vorgetragenen Analysen kultureller Prozesse und kulturpolitischer Konstellationen in unterschiedlichen Phasen der Entwicklung der DDR – bis hin zur meisterhaften Schilderung der Szene im Prenzlauer Berg (sich dabei übrigens stützend auf Arbeiten einer Ausstellungsmacherin, die ihr journalistisches Metier in der „Neuen Zeit“ gelernt hat und deren Vater CDU-Volkskammerabgeordneter war) – nicht infragestellen, im Gegenteil. Es geht allein um und es geht allein gegen den Alleinvertretungsanspruch „der“ Intellektuellen, und dies – gegen eine solche ideologische ‚Hallstein-Doktrin‘ – allerdings vehement.

*

Als Dieter Henrich, der Münchener Philosoph, der viel von „Konstellationen“ versteht, vor einigen Monaten von der „Berliner Zeitung“ interviewt und nach den geistigen Dimensionen und Konstellationen der Wiedervereinigung Deutschlands gefragt wurde, antwortete er sinngemäß, diese seien ihm in ihrer intellektuellen Brisanz am deutlichsten geworden insonderheit in den essayistischen Arbeiten von Friedrich Dieckmann.

In der Tat ist mit Dieckmann ein anderer Typus von Intellektuellen aus der DDR präsent, eines Intellektuellen, der seine Prägung in der DDR und durch sie nie geleugnet hat, dem es aber – in diesem Falle in der ungünstigen Lage, Sohn des Volkskammerpräsidenten gewesen zu sein – gelang, die ideologischen Grenzziehungen des realen, aber auch des reformerischen Sozialismus zu durchstoßen und sich früh, gewissermaßen als progressiver Konservativer, dem pluralistischen Diskurs einer offenen Gesellschaft zu stellen. So war er sofort nach 1990 fähig, als intellektueller Dolmetscher für DDR-Biographien in der alten Bundesrepublik zu agieren und umgekehrt Intellektuelle in der ehemaligen DDR auf den Diskurs vorzubereiten und einzuschwören.

Übrigens stand Friedrich Dieckmann schon von seinen Studien bei Bloch in Leipzig „den“ Intellektuellen nicht so fern (und zuletzt hat er nachgelassene Arbeiten von Jürgen Teller mit herausgegeben). Das heißt, daß Intellektuelle von seinem Typus keine Berührungängste haben, vor allem aber jedem Bestreben nach neuen Normierungen widerstehen. Neue Normierungen (oder auch gar nicht so neue) prägen indes „Die Intellektuellen“.

Übrigens: Wenn man tatsächlich etwas über die – nicht über „Die“ – Intellektuellen in der DDR erfahren will (bis zum Ende der fünfziger Jahre), dann lese man die beiden Bände der Klemperer-Nachkriegs-Tagebücher...

Nachrichten

Künftig werden an dieser Stelle Informationen aus politischen und journalistischen Originalquellen zum Thema Bildung und Wissenschaft in Osteuropa veröffentlicht, die kurze Einblicke in aktuelle Reformentwicklungen geben. Nicht immer sind solche Informationen ohne weiteres allen Interessierten rasch und problemlos zugänglich, da zahlreiche Originalquellen aus Osteuropa nicht in englischer Sprache oder deutscher Übersetzung publiziert werden. Dies trifft insbesondere auf die Nachfolgestaaten der Sowjetunion (und auf die Russische Föderation, den größten dieser Staaten, ohnehin) zu, in denen nach wie vor Russisch dominiert. Ziel der Veröffentlichung in der Übersetzung ist es, einen besseren Zugang zu Informationen für die Scientific Community und alle Interessierten zu eröffnen und aktuelle Entwicklungstrends aufzuzeigen, von denen bislang hierzulande nur relativ wenig zur Kenntnis genommen werden konnten.

Die erste Ausgabe konzentriert sich im wesentlichen auf zwei Informationsschwerpunkte:

1. die neue Bildungskonzeption der Russischen Föderation aus dem Jahr 2001 und deren Implikationen für das Hochschulwesen und
2. die aktuelle Entwicklung in der Wissenschaft der Republik Belarus nach den Präsidentschaftswahlen vom September 2001.

Christine Teichmann (Wittenberg)

Die Qualität des Studiums erhöhen. Wie kann man dieses Ziel erreichen, das der Präsident des Landes den Hochschulen gestellt hat

Quelle: Trud, 29.12.01, Nr. 241

<http://www.informika.ru/text/new/press/29-12.html>

Auf der in Moskau durchgeführten wissenschaftlich-praktischen Konferenz „Die Modernisierung des Bildungssystems in Russland: Strategie zum Handeln der Hochschulen unter den Bedingungen einer veränderten Haushaltfinanzierung“ hat wahrscheinlich die Frage nach der Einführung der EGE und des GIFO das größte Interesse hervorgerufen. Hinter diesen für die breite Öffentlichkeit nicht so geläufigen Abkürzungen verbergen sich die Einheitliche Staatliche Aufnahmeprüfung (EGE = **E**dinyj **G**osudarstvennyj **E**kzamen – d.Ü.) und die Staatliche personengebundene Finanzbeihilfe (GIFO = **G**osudarstvennye **i**mennye **f**inanzovye **o**b’jazatelstva – d.Ü.) - Kategorien, die in den nächsten Jahren in das Leben von Millionen Schulabgängern und Studenten Eingang finden werden. Das in diesem Jahr begonnene Experiment zur Einheitlichen Staatlichen Aufnahmeprüfung wird im Frühjahr – Sommer kommenden Jahres (2002 – d.Ü.) fortgesetzt und ausgeweitet. Ca. zwei Dutzend Republiken und Gebiete haben den Wunsch geäußert, diese Innovation auszuprobieren. Entsprechend den Plänen von Staatsrat und Regierung, die vom Präsidenten des Landes gebilligt wurden, sollen im Falle einer erfolgreichen Durchführung des Experiments EGE und GIFO Schlüsselfaktoren bei der Modernisierung des Systems der höheren beruflichen Bildung werden. Wir haben uns an Boris Rudnik, den Direktor des Instituts für Bildungsentwicklung der staatlichen Universität an der Hochschule für Wirtschaft, in der die wissenschaftlich-praktische Konferenz stattfand, mit der Bitte gewandt, über das Wesen, die Ziele und Probleme der EGE und des GIFO zu berichten. – Boris Lvovič, was hat dazu geführt, dass es notwendig wurde, von den traditionellen Abschlussprüfungen in der Schule und den Aufnahmeprüfungen an den Hochschulen zu einer einheitlichen Staatlichen Aufnahmeprüfung überzugehen? – Gründe dafür gibt es mehrere. Dieser Übergang soll die physische und psychische Belastung für die Schulabgänger verringern, die dadurch hervorgerufen werden, das zweifache Prüfungen abgelegt werden müssen. Auch die finanzielle Belastung wird geringer, die der Familie auferlegt wurde, wenn die Kinder an eine Hochschule wollen. Derzeit werden doch jährlich bis zu 30 Mrd. Rubel

aus dem Familienbudget für Nachhilfelehrer und Schmiergelder (verdeckte oder direkte) für den Hochschulzugang aufgewendet. Wenn die EGE richtig organisiert werden, werden Korruption und Bestechung an der Grenze zwischen „Schule und Hochschule“ viel schwieriger. Außerdem – wenn jemand erfolgreich die EGE bestanden hat und ein ausreichend hohes GIFO bekommt, so hat er die Möglichkeit, sich an jeder beliebigen Hochschule in Russland zu bewerben, indem er per Post seine Unterlagen dorthin schickt und er muss nicht erst in eine andere Stadt fahren, um dort an Aufnahmeprüfungen teilzunehmen. – Könnten Sie uns etwas näher erläutern, was das GIFO ist? Und bedeutet das neue System mit den Prüfungen nicht doch, dass die kostenfreie Ausbildung aufgegeben wird? – Beginnen wir damit, dass Hochschulausbildung bei uns heute für viele Studenten kostenpflichtig ist. Außerdem hat in diesem Jahr die Zahl der Erstsemester, die ein gebührenpflichtiges Studium absolvieren, die 50 Prozent-Marke von der Gesamtzahl überschritten. Heute werden an unseren Hochschulen nur zwei Kategorien von Studierenden aufgenommen – die, die vollkommen kostenfrei studieren und die, die komplett auf eigene Kosten studieren. Das GIFO ist in diesem Sinne ein flexibleres System. Es sieht nicht nur kostenfreie und gebührenpflichtige Studiengänge vor, sondern auch solche, die anteilig gebührenpflichtig sind. Die Höhe der staatlichen personengebundenen Finanzbeihilfen ist unmittelbar an die Ergebnisse aus der Einheitlichen Staatlichen Aufnahmeprüfung gekoppelt. In der Erprobung sind 5 Stufen des GIFO vorgesehen. Die erste, d.h. die höchste, erhalten diejenigen, die am besten in den EGE abgeschnitten haben. Sie können kostenfrei praktisch an jeder Hochschule Russlands studieren. Demjenigen, der am schlechtesten bei den EGE abgeschnitten hat, wird die fünfte, d.h. niedrigste Stufe des GIFO zuerkannt. Das bedeutet, dass dieser Abiturient an einer Hochschule ein gebührenpflichtiges Studium aufnehmen kann. Alle anderen werden in Abhängigkeit von der Stufe des GIFO nur anteilig für ihr Studium bezahlen müssen. GIFO – das sind keine „lebendigen“ Gelder, die der Abiturient auf die Hand bekommt, um ein Studium an der Hochschule zu bezahlen. Es ist eine Einstufung, die als Beleg dafür gilt, mit welchem Ergebnis die Einheitliche Staatliche Aufnahmeprüfung abgelegt wurde. Es ist eine Garantie des Staates dafür, dass er vollständig oder teilweise für die höhere Ausbildung einer Person aufkommt. - Und darin erschöpft sich die Garantie des Staates? – Nein. Entsprechend dem Gesetz „Über die Bildung“ werden jeweils von 10.000 Einwohnern Russlands 170 vollständig auf Kosten des Staats-

haushaltes studieren. Das System des GIFO trägt dem in vollem Umfang Rechnung. Gerade in der Erprobung ist vorgesehen, dass 50% der Studierenden komplett auf Kosten des Staatshaushaltes studieren sollen, die über das GIFO gezahlt werden. Außerdem sind alle Hochschulen dazu verpflichtet, kostenlos (auf Staatskosten) Personen zum Studium aufzunehmen, denen dies per Gesetz zusteht (Behinderte, Waisen u.a.). Somit wird bei der Einführung des GIFO der Anteil der Studierenden, die vollständig auf Kosten des Staatshaushalts ein Studium absolvieren, noch höher sein als derzeit. Um die föderalen und regionalen Prioritäten sicherzustellen, und um auch Studierende aus ärmeren Familien zu unterstützen, wird daran gedacht, persönliche Finanzhilfen (Subventionen) einzuführen, die dazu vorgesehen sind, den Unterschiedsbetrag zwischen der Höhe des GIFO und der Gebühr für die Ausbildung an einer konkreten Hochschule abzudecken. Diese Finanzhilfen können vollständig getilgt werden, wenn die Bedingungen des Vertrages des Studierenden mit dem Staat erfüllt werden. ... – Gut. Und wie wird sich nun die Einführung der EGE und des GIFO auf die Tätigkeit der Hochschulen, auf die Qualität der Ausbildung von Fachkräften auswirken? – Die Hochschulen werden daran interessiert sein, die Abiturienten aufzunehmen, die am besten vorbereitet sind, die eine hohe Stufe des GIFO erhalten und so natürlich solide Haushaltsgelder mitbringen. Im Kampf um die besten Abiturienten werden die Hochschulen die Ausbildungsqualität der Fachkräfte steigern und dabei vor allem derjenigen, die auf dem Arbeitsmarkt gefragt sind. Es ist doch kein Geheimnis, dass es derzeit kein sonderliches Interesse daran bei den Hochschulen gibt, es blühen Formalismus, „Vitamin B“, Bestechung in den unterschiedlichsten Formen. Ohne eine Reform des Aufnahmesystems, ohne die Einführung des EGE und GIFO und eine differenzierte normative Finanzierung der Hochschulen ist es äußerst schwierig, gegen all das anzukämpfen.

Die Studenten bekommen Voucher

Quelle: Izvestija, 19.01.02, Nr. 009

<http://www.informika.ru/text/new/press/19-01.html>

Gestern hat der Pressedienst des Bildungsministeriums mitgeteilt, dass die Regierung Russlands den Beschluss zur Durchführung eines Experiments in den Jahren 2002-2003, das den Übergang einzelner Hochschulen zu ei-

ner Finanzierung unter Nutzung von staatlichen personengebundenen Bildungsbeihilfen (GIFO) regelt, bestätigt hat. Innerhalb einer Monatsfrist werden das Bildungs- und Finanzministerium einen vollständigen Plan für das Experiment erstellen.

Nach Plänen der Väter der Bildungsreform soll jeder Schulabgänger einen Voucher über eine bestimmte Geldsumme erhalten, mit der er zu einer Hochschule geht. Je besser der Abiturient bei der Einheitlichen Staatlichen Aufnahmeprüfung abschneidet, desto höher wird die Summe des GIFO ausfallen. Dieses System unterstützt die starken Hochschulen, einige andere werden einfach geschlossen. Der Rektor der Hochschule für Wirtschaft, Jaroslav Kuz'minov, glaubt, dass die Einführung des GIFO die Zahl gebührenpflichtiger Ausbildungsgänge (sie liegt jetzt bei 50%) nicht erhöhen wird, sondern im Gegenteil, ihr Anteil wird auf 35-40% zurückgehen. Viele stehen der Innovation jedoch skeptisch gegenüber. Nach Meinung des Abgeordneten der Moskauer Stadtverwaltung, Jewgenij Bunimovič, ist die Finanzfrage die umstrittenste der Bildungsreform. – Nach Schätzungen von Wirtschaftswissenschaftlern erzielen die Hochschulen gegenwärtig von einem Drittel bis zur Hälfte ihrer Einkünfte auf halblegalem Weg – durch Nachhilfe, Kurse ... Es ist schwierig, sie deshalb zu verurteilen: die Gehälter der Lehrkräfte sind sehr niedrig, - sagt Bunimovič der „Izvestija“. – Dennoch drohen mit der Bindung des Ergebnisses aus der einheitlichen Prüfung an bestimmte Gelder neue Wege der Korruption aufzutauchen. Bislang gibt es kein Vertrauen in die einheitliche Prüfung.

Evgenij Bunimovič meint, dass das GIFO nur 20-30% der geforderten Summe abdecken könnte.

Die derzeitige Finanzierung des Bildungswesens erlaubt es dem Staat nicht, Bildungsbeihilfen zu garantieren. Zunächst einmal muss die Ausgabenstruktur im Haushalt verändert werden, erst dann kann das GIFO-System eingeführt werden – sagt Bunimovič. Eine weitere Schwierigkeit hängt damit zusammen, dass nicht ganz Russland an dem Experiment teilnehmen wird. Das heißt, dass ein Schulabgänger mit einem GIFO sich nur an einer Hochschule aus seiner Region bewerben kann.

Ein anderer Gegner des GIFO, der Rektor der MGU (= Moskauer Staatliche Universität – d.Ü.), Viktor Sadovničij, verweist darauf, dass die Ausbildung einer Fachkraft an der Moskauer Universität 20.000 Dollar kostet. Aber das GIFO kann nur den 40-sten Teil dieser Kosten abdecken ... Nach Meinung von Viktor Sadovničij wäre es sinnvoller, ein de-

zentralisiertes Finanzierungssystem zu schaffen, an dem sowohl der Staat als auch die Arbeitgeber und die Familien beteiligt wären. Beziehungsweise (fügen wir an) wäre es sinnvoll, Bildungskredite einzuführen.

Wie viel jeder Studierende kostet, wird noch in der Schule festgelegt

Quelle: Moskovskij komsomolez, 21.01.02, Nr. 22900

<http://www.informika.ru/text/new/press/21-01.html>

Die russischen Organe der Macht haben vor, im Prinzip die Schulabgänger dazu zu zwingen, an dem Experiment zur Einführung der Einheitlichen Staatlichen Aufnahmeprüfung teilzunehmen. Dieser Tage hat die Regierung zusammen mit dem Bildungsministerium beschlossen, gleichzeitig noch ein Experiment zur Finanzierung der Ausbildung der Studierenden an den Hochschulen durchzuführen. Wie ... (man) aus dem Apparat des Weißen Hauses verlauten ließ, sollen die Schulabgänger jetzt eine einheitliche staatliche Prüfung ablegen, anhand deren Ergebnisse sie staatliche personengebundene Bildungsbeihilfen erhalten werden. Dies ist eine Art Zertifikat über die Ergebnisse der abgelegten Prüfung, in dem ebenfalls beschlossen wurde festzulegen, welcher Teil der Mittel aus dem Staatshaushalt für ein Studium des Abiturienten an einer Hochschule bereitgestellt wird. Mit anderen Worten – mit diesem Dokument werden die Behörden festlegen, ob der Schulabgänger es verdient hat, kostenfrei an einer Hochschule zu studieren oder aber ob er für das Studium zuzahlen muss. ... Bei dem Experiment gibt es ein Plus: einen Studierenden, der einmal zu einem kostenfreien Studium angenommen wurde, kann man nicht in einen kommerziellen Studiengang überführen. Wie die Staatsorgane versprechen, werden mindestens die Hälfte von der Gesamtzahl der Studierenden und mindestens 25% in jeder Fachrichtung ohne Zuzahlung an den Hochschulen studieren. Wenn ein Abiturient nicht in die Kategorie der „Kostenfreien“ gekommen ist, dann schließt er mit der Hochschule einen Vertrag über seine Ausbildung ab und zahlt die Differenz zwischen den Kosten für das Studium und der Höhe der Bildungsbeihilfe, die ihm gewährt wurde. Interessant ist, dass beide Experimente als freiwillige deklariert wurden. (...)

Die einheitliche Prüfung wird in 17 Regionen durchgeführt

Quelle: *Izvestija*, 02.02.02, Nr. 019

<http://www.informika.ru/text/new/press/02-02.html>

Das Bildungsministerium hat beschlossen, dass das Experiment zur Einheitlichen Staatlichen Prüfung, die gleichzeitig sowohl als Abschlussprüfung in der Schule als auch als Aufnahmeprüfung für die Hochschule gilt, geographisch ausgeweitet wird. Im vergangenen Jahr haben 5 Subjekte der Föderation an dem Experiment teilgenommen. Der stellvertretende Bildungsminister der RF (= Russische Föderation – d.Ü.), Viktor Bolotov, übergab der „Izvestija“ eine Liste mit 17 Regionen: ... In Tschuwaschien und Marij El, wo die Ergebnisse aus der einheitlichen Prüfung im vergangenen Jahr vom Bildungsministerium als ermutigend eingeschätzt wurden, wurde beschlossen, einen nächsten und ganz wesentlichen Schritt zu tun – das Experiment gekoppelt mit den staatlichen personengebundenen Finanzbeihilfen (GIFO) durchzuführen, das heißt, dass in Abhängigkeit von den Ergebnissen der Prüfung an jeden Schulabgänger öffentliche Gelder (in bargeldloser Form) vergeben werden, mit denen er sich an einer ausgewählten Hochschule bewerben kann. Die einheitliche Prüfung ist, ohne dass dabei bereits über das System des GIFO gesprochen wird, Gegenstand heftiger Diskussionen, die weit über den Rahmen der pädagogischen Gemeinschaft hinausgehen. Die Opponenten dieser Innovationen – die Rektoren der angesehensten Hochschulen des Landes, Viktor Sadovničij (MGU) und Igor Fedorov (MGU) - sehen zwar die Schwächen des derzeitigen Aufnahmeverfahrens an den Hochschulen, sehen aber darin auch eine Gefahr für das Bildungswesen und die beabsichtigte Reform. Am 31. Januar wurden auf einer Beratung im Bildungsministerium erneut die Speerspitzen gekreuzt. „Die einheitliche Prüfung ist ein dringend notwendiges Erfordernis für ein Land, das ein hohes Bildungsniveau garantieren und die akademische Mobilität bewahren will“ – sagte der Rektor der Pädagogischen Herzen-Universität, Gennadij Bordovskij. Ihm entgegnete die Rektorin der Universität von St. Petersburg, Ljudmila Verbizkaja: „Jeder Rektor träumt davon, einmal zu erleben, dass ein normaler Sommer kommt. Aber ich verstehe nicht, wie die Idee der einheitlichen Prüfung technisch umgesetzt werden soll. In einem Monat – das scheint unrealistisch zu sein.“ Der stellvertretende Minister, Viktor Bolotov, nannte der „Izvestija“ die wichtigsten Schlussfolgerungen aus dem ersten Jahr des Experiments. Da ist zuallererst eine Erhöhung des Anteils von 3% bei

der Aufnahme in die Hochschulen von Kindern aus ländlichen Schulen. Sie haben einfach kein Geld, um zu den Aufnahmeprüfungen zu fahren, aber jetzt können sie ihre Zensuren an die Hochschule schicken (ein Zuwachs von 20%). Aber es entmutigt, dass die Zahl der „Fünfen“ von 0,1% auf 8-10% angestiegen ist, während die Zahl der „Einsen“ weniger wurde. Das zeugt davon, dass es die Lehrer in den Schulen mit ihren Schülern gut meinen, und gleichzeitig auch mit sich selbst. Eine unabhängige Kommission wird mit keinem Nachsicht üben ... Alle Regionen, in denen die erste Etappe des Experiment durchgeführt wurde, haben darum gebeten, es auszuweiten. Alle Eltern haben die Neuerung unterstützt. Das Ministerium hat aber nicht die Absicht, die kreativen Hochschulen und die Elitehochschulen in das Experiment einzubeziehen. Ein Problem bleibt die Qualität der Kontrollmaterialien zur Messung der Ergebnisse (einfacher gesagt: der Testmaterialien), die vorher veröffentlicht werden sollen. Noch ist es ein Experiment. Aber zwischen 2004 und 2005 wird, wie die Regierung beschlossen hat, das ganze Land die einheitliche Prüfung kennen lernen. Es wäre gut, wenn bis dahin keine Fragen offen blieben.

Die russischen Studenten bekommen eine Frist

*Quelle: Moskovskij komsomolez, 14.02.02, Nr. 22921
<http://www.informika.ru/text/new/press/14-02.html>*

Auf einer Pressekonferenz hat der Bildungsminister der RF (= Russische Föderation – d.Ü.), Vladimir Filippov, erklärt, dass es möglich sei, dass die staatliche Absolventenlenkung an die Hochschulen zurückkehrt. Der Terminus „Lenkung“, mit dem die Absolventen der sowjetischen Hochschulen abgeschreckt wurden, könne wieder im studentischen Vokabular auftauchen. Nach Worten von Vladimir Filippov ist es gegenwärtig so, dass 50% der Absolventen von Pädagogischen Hochschulen und 70% der studierten Agronomen nicht auf ihrem Fachgebiet arbeiten. Subventionen – so die Meinung von Vladimir Michajlovič – müssten diese Situation im Bildungsbereich verändern helfen. Alle Studierenden, die sich nicht um einen kostenfreien Platz bewerben, aber studieren möchten, werden aus der Staatskasse eine staatliche zurückzahlbare Finanzhilfe für die Ausbildung erhalten. Die Gelder aus dem Föderationshaushalt werden bargeldlos auf ein Verrechnungskonto der Bildungseinrichtung eingezahlt. Mit jedem Erstsemester schließt die Hochschule einen Vertrag, mit dem sich

die junge Fachkraft verpflichtet, nach dem Studium eine bestimmte Zeit lang (aber nicht mehr als 5 Jahre) in einem Staatsbetrieb zu arbeiten, den das föderale Staatsorgan zuweist. Dazu gehören Schulen und Krankenhäuser in den entlegensten ländlichen Regionen und Gegenden. Danach, wenn die junge Fachkraft die vorgeschriebene Frist abgearbeitet hat, gilt die Schuld als getilgt. Wenn der Absolvent allerdings „den Rücken“ nicht für den Staat „krumm machen“ will, muss er alles an den Staatshaushalt bis auf die letzte Kopeke zurückzahlen. Es ist geplant, dieses System in 2 Jahren einzuführen.

Noch einmal zur Modernisierung. Der Bildungsminister zu Fristen und Verfahrensweisen zur Umsetzung der gefassten Beschlüsse

Quelle: Nezavisimaja gazeta, 20.02.02, Nr. 33 (2587)

<http://www.informika.ru/text/new/press/20-02.html>

Die ganze vergangene Woche über hat der Bildungsminister Russlands, Vladimir Filippov, reichlich Interviews zum Thema der Modernisierung des russischen Bildungssystems gegeben.

Auf einer Pressekonferenz der Nachrichtenagentur „Novosti“ hat er noch einmal unterstrichen, dass die traditionelle russische breite Basisausbildung der Schüler Grundlage des Bildungssystems bleibt. Die Hauptsache ist – wie Minister Filippov sagte - die Qualitätsgarantie entsprechend den staatlichen Bildungsstandards Russlands zu erhalten.

Fragen zur tatsächlichen Finanzierung der Reform wurden auf der Pressekonferenz praktisch nicht diskutiert. (...)

Die schwierigste Frage der bevorstehenden Reform ist die Umgestaltung in der Schule, von der heute so viel gesprochen wird. Die Schule wird eine 12-Klassen-Schule: 10 Klassen werden Pflicht für alle, die beiden letzten Jahre sind einer Profilausbildung vorbehalten. Die Kinder werden mit 6 Jahren eingeschult, und mit 16 erhalten sie ein Zeugnis über den Abschluss der zehnten Klasse. Danach muss entschieden werden, „ob man in eine Berufsschule wechselt oder ob man die Ausbildung in einer höheren Profilschule fortsetzt.“

Das System der Abschluss- und Aufnahmeprüfungen wird vollständig geändert. Mit dem Jahr 2005 werden diese in Russland durch die Einheitliche Staatliche Prüfung (EGE) ersetzt. Nach Worten von Filippov soll

die Prüfung dazu beitragen, den Nachhilfeunterricht abzuschaffen. Die Schulabgänger werden 5 Prüfungen in Form von Tests ablegen und mit dem Ergebnis werden sie sich bereits an den Hochschulen bewerben. Es ist vorgesehen, die Prüfungen „außerhalb von Schulen und Hochschulen“ durchzuführen. Für die eigentlichen Tests ist ein solches Schwierigkeitsniveau vorgesehen, so dass nur ein Schulabgänger von Tausend die volle Punktzahl von 100 erreichen kann.

Filipov versprach demnächst Kontrollen der Qualität in der Lehre an den Hochschulen. Eine solche „Qualitätspolizei“ betrifft nach seinen Worten in erster Linie stark nachgefragte Fachrichtungen (die wirtschaftswissenschaftlichen und juristischen).

(...) Und so sehen die annähernden Fristen zur Umsetzung der Reform aus: für das Schuljahr 2006/2007 ist der komplette Übergang zur 12-Klassen-Schule vorgesehen, 2005 wird in ganz Russland die einheitliche staatliche Prüfung Pflicht. Bereits ab September dieses Schuljahres werden die oberen Klassen in den Schulen Profilklassen. An dem Experiment zur Einführung der EGE nehmen in diesem Jahr 17 Regionen anstelle von 5 im vergangenen Jahr teil. In einigen von ihnen wird auch der Mechanismus des GIFO erprobt.

Ohne Titel

Quelle: Belorusskaja Delovaja Gazeta, 06.11.01, Nr. 1062.

Von russischer (Seite – d.Ü.) wird die Neuerung von Lukaschenko auf dem Gebiet der Gesetzgebung und Verwaltung kommentiert. „Drei Mal habe ich versucht, die belorussische akademische Wissenschaft mit Hilfe der Wissenschaftler zu reformieren. Der hohe Grad an Konservatismus in diesem Milieu hat jedoch nicht das erhoffte Ergebnis gebracht. Aus diesem Grund beginnt der neuerliche Versuch die Effektivität zu erhöhen damit, dass für den Posten des Präsidenten der NAN (= Akademie der Wissenschaften von Belarus – d.Ü.) ein hervorragender Manager, Doktor der Wirtschaftswissenschaften und ehemaliger Leiter der Verwaltung des Präsidenten, Michail Mjasnikovič, ernannt wird.“

Auf diese Weise erläuterte Aleksandr Lukaschenko sein ungewöhnliches Vorgehen der Belegschaft der Nationalen Akademie der Wissenschaften während der Vorstellung des neuen Präsidenten der NAN, schreibt die GazetaSNG.ru. Das Oberhaupt des belorussischen Staates er-

klärte, dass der Beschluss im Rahmen seiner verfassungsmäßigen Vollmachten gefasst wurde und der bedingungslosen Ausführung unterliegt. Viele Wissenschaftler hoben in ihren Reden hervor, dass sie das Dekret kritisch aufnehmen, das mit einer über Jahrzehnte gewachsenen Lebensform der Akademie bricht, wonach die Leiter gewählt und nicht ernannt wurden. Aleksandr Lukaschenko reagierte darauf sofort: das von ihm unterzeichnete Dekret nimmt keinen Einfluss auf die Autorität der nationalen Wissenschaft, da sie vor allem anhand der Ergebnisse aus der Tätigkeit der Wissenschaftler beurteilt wird. Und sie sollen die besten sein. Zum Beispiel wurden im letzten Jahr zur Finanzierung wissenschaftlicher Forschungen, die in der NAN durchgeführt wurden, 70 Milliarden belorussische Rubel (\$1 = 1500 Rubel) bereitgestellt, im laufenden sind es 180 Milliarden Rubel. Die Erhöhung der Investitionen in der Grundlagenforschung führte paradoxerweise dazu, dass die Erträge aus der Forschungstätigkeit und wissenschaftlichen Arbeit zurückgingen. Die Wissenschaft in Belarus soll zu einem Instrument zur Umsetzung der Prioritäten der sozial-ökonomischen Entwicklung des Landes werden, wie Aleksandr Lukaschenko hervorhob. Er ist davon überzeugt, dass die in der NAN durchgeführten Reformen ihre Effektivität mindestens um das Doppelte steigern können. Bisher beträgt der Nutzeffekt, nach Worten von Aleksandr Lukaschenko, ganze 0,20. Ein schwaches Glied in der Arbeit der Nationalen Akademie der Wissenschaften ist gegenwärtig das Fehlen einer einheitlichen Innovationskette: Forschung – Entwicklung – Produktion. Noch handeln Wissenschaft und Produktion ohne den notwendigen Kontakt und der Transfer von Entwicklungen muss - wie es heißt - angeschoben werden. Das Oberhaupt des belorussischen Staates hat beschlossen, in der NAN, in der in 42 Instituten fast 11.000 Beschäftigte arbeiten, Innovationsabteilungen einzuführen, deren Hauptaufgabe es sein wird, sich mit dem Transfer der Erfindungen von belorussischen Wissenschaftlern zu beschäftigen. Nach Worten von Aleksandr Lukaschenko wird in nächster Zeit das Hauptaugenmerk auf die Entwicklung solcher Wissenschaftszweige gerichtet werden wie der Elektronik, Rechentechnik, Programmierung, Telekommunikation, Informationsdienstleistungen, biologischen und chemischen Technologien, neuen Werkstoffe. Außerdem hat das belorussische Staatsoberhaupt die Absicht, junge Wissenschaftler mit Perspektive zu unterstützen und entsprechende Bedingungen für ihre Arbeit zu schaffen. Er ist davon überzeugt, dass bei einer komplexen Lösung der organisatorischen und rechtlichen Fragen sowie der Personalfragen

eine Reform der nationalen Wissenschaft möglich ist. Der ehemalige Präsident der Nationalen Akademie der Wissenschaften, Aleksandr Vojtovič, den Aleksandr Lukaschenko mit dem Posten des Vorsitzenden der Obersten Kammer der Nationalversammlung betraute, hat sich kritisch zu dem Dekret des belorussischen Staatsoberhauptes zur Reorganisation der NAN geäußert. In einem Interview mit „Interfax“ erklärte er, dass „die Hauptprobleme der belorussischen Wissenschaft in der materiell-technischen Basis, der Versorgung mit Informationen und Personal liegen. Der Prestigeverlust der Wissenschaft ist nicht nur mit dem niedrigen Gehalt verbunden, sondern auch mit den fehlenden Möglichkeiten zur Selbstverwirklichung“ – sagte der Ex-Präsident der Akademie der Wissenschaften von Belarus. Seiner Meinung nach „wurde die Gesamtfinanzierung der AdW im Vergleich zu 1990 um das Fünffache reduziert.“ Äußerst kritisch sieht Aleksandr Vojtovič auch die Entwicklung der Innovationstätigkeit, auf die Aleksandr Lukaschenko setzt. Der Sprecher des Republikrates in der Nationalversammlung ist davon überzeugt, dass sie ohne Investitionen und ohne eine per Gesetz fixierte Regulierung nicht möglich ist. „Die Innovationstätigkeit birgt ein sehr großes Risiko in sich. Im Ausland weiß man darum und gewährt kleineren und mittleren Unternehmen Präferenzen bei der Innovationstätigkeit, selbst bei der Vergabe von Krediten. Bei uns gibt es das nicht“ – erklärte der Wissenschaftler.

Olga Tomaševskaja: In der Wissenschaft sein (Lukaschenkos – d.Ü.) Präsident - und jetzt richtet er eine Leitungs“vertikale“ unter seiner Person ein

Quelle: Belorusskaja delovaja gazeta, 23.01.02, Nr. 1099

In nächster Zeit soll die Reform der Nationalen Akademie der Wissenschaften beginnen, die übrigens alle wissenschaftlichen Einrichtungen von Belarus betreffen wird. Am Dienstag wurden auf einer Beratung in der Akademie der Wissenschaften, an der Aleksandr Lukaschenko teilnahm, gerade diese Fragen erörtert. Nach Worten des Präsidenten gibt es noch keinen Beschluss, der der Akademie den Status eines staatlichen Leitungsorgans verleiht und die Meinungen der Anwesenden „können von ausschlaggebender Bedeutung sein.“

Die Vorschläge zur Reformierung des Leitungssystems der wissenschaftlichen Tätigkeit wurden noch Ende des vergangenen Jahres erarbei-

tet. Der Urheber dieser Idee ist der neue Präsident der NAN (= Nationale Akademie der Wissenschaften – d.Ü.) Michail Mjasnikovič. Die Vorschläge zur Einrichtung eines neuen Systems wurden noch im Dezember vergangenen Jahres an die Verwaltung des Präsidenten übergeben. Faktisch laufen sie auf eine Zentralisierung des Leitungssystems der Wissenschaft hinaus. Nach Meinung von Michail Mjasnikovič, die er früher in einem Interview mit der „BDG“ (= Belorusskaja Delovaja Gazeta – d.Ü.) äußerte, „ist die Wissenschaft heute ... verzettelt, gibt es Dopplungen, die Aktionen sind nicht abgestimmt.“ Das erstellte Schema zur Reformierung macht es nach Auffassung der Akademieleitung möglich, ein effektiveres Leitungssystem der Wissenschaft zu etablieren. Entsprechend einer Vorabinformation wird die Akademie der Wissenschaften zum Zentralorgan (ähnlich dem Wissenschaftsministerium), das die gesamte Leitung und Koordination der Tätigkeit der wissenschaftlichen Einrichtungen des Landes übernehmen wird.

Man geht davon aus, dass das Organ, das die endgültigen Beschlüsse fällen wird, nicht die Vollversammlung sein wird, wie das früher war, sondern eine Generalversammlung. Dabei sollen der Generalversammlung nicht nur die Vertreter der Akademie der Wissenschaften angehören, sondern auch der wissenschaftlichen Forschungsinstitute und der ihnen gleichgestellten wissenschaftlichen Einrichtungen. Entsprechend der Vorabinformation ist vorgesehen, dass in der Generalversammlung eine Vertretung der wissenschaftlichen Institute erfolgen soll, in denen 10 und mehr Doktoren der Wissenschaften tätig sind. Man plant, auch das Präsidium der Akademie der Wissenschaften zu erweitern. Dem sollen nicht nur Vertreter der Akademie angehören, sondern auch der Staatsorgane, die eine Beziehung zur Wissenschaft haben, sowie Vertreter von Hochschulen und aus der Industrieforschung. Zu den höchsten Organen der Akademie sollen auch das belorussische Patentamt, das Komitee für Wissenschaft und die Höchste Attestationskommission gehören. Nach Worten von Michail Mjasnikovič soll in der Wissenschaft eine „organisatorische Leitungsvertikale“ errichtet werden.

Im Prinzip unterstützt man nicht nur in der Akademie der Wissenschaften eine solche Lösung des Problems. So sagte zum Beispiel der Vorsitzende des Komitees für Wissenschaft, Anatolij Lesnikovič, in einem Interview dem Korrespondenten der „BDG“: „Bislang war die Leitung der Wissenschaft ein System mit mehreren Zentren. Ich habe einige Zeit diese Tätigkeit ausgeübt und zu spüren bekommen, was das heißt. Es

geht nicht, wenn einmal das Komitee für Wissenschaft entscheidet und ein anderes Mal die Akademie der Wissenschaften. Dabei hat keine dieser Einrichtungen irgendein Übergewicht in Leitungsangelegenheiten. Zum Beispiel hat die Akademie stets ihre Interessen verteidigt, die nicht immer mit den Interessen der Wissenschaft an den Hochschulen übereinstimmen. Jeder bestand auf seinen Interessen, und das ist verständlich – das eigene Hemd ist einem näher. Deshalb bin ich für die Einrichtung eines einheitlichen Systems. Das sollte ein schlankes System sein, in dem alle Bereiche der Wissenschaft vertreten sein werden. Eine zentralisierte Leitung ermöglicht eine bessere Koordination der Fragen zur Verteilung der Finanzmittel, der Hauptrichtungen der Tätigkeit, der Grundlagenforschung und der angewandten Forschung.“ Dabei erklärte Anatolij Lesnikovič, dass er nichts dagegen hätte, wenn die Nationale Akademie der Wissenschaften im System der Leitung der Wissenschaft die Hauptrolle übernehmen würde.

Es ist klar, dass die Reform der Wissenschaft zu einer Reduzierung der Zahl der wissenschaftlichen Einrichtungen führen wird. Nach Auffassung der Akademieleitung gibt es heute eine Vielzahl von Instituten, die autonom voneinander arbeiten und sich deshalb mit ein und demselben beschäftigen. Dabei werden die staatlichen Finanzmittel auf die Tätigkeit aller Einrichtungen verteilt. Durch eine Zentralisierung glaubt die Akademieleitung, die staatliche Finanzierung für die Wissenschaft insgesamt kürzen zu können. Dabei wird angenommen, dass durch die Reduzierung der Zahl von Subjekten, die eine wissenschaftliche Tätigkeit ausführen, die Finanzierung, die jedes einzelne von ihnen erhält, größer wird. (...)

Man kann festhalten, dass im Ergebnis der Reform die Akademie der Wissenschaften faktisch den Status eines Ministeriums erhält. In der ganzen Welt gibt es nichts vergleichbares. In der Regel haben Akademien ausschließlich die Funktion wissenschaftlicher Zentren.

*Auswahl und Übersetzung:
Christine Teichmann (Wittenberg)*

Bibliografie: Wissenschaft & Hochschule in Osteuropa von 1945 bis zur Gegenwart¹

1. Nachträge: Erscheinungszeitraum 1990 - 1998²

Gethmann, Carl Friedrich/Plotnikov, Nikolaj: **Philosophie in Russland. Tendenzen und Perspektiven** (Graue Reihe Nr. 9). Hrsg. von der Europäischen Akademie Bad Neuenahr-Ahrweiler, Bad Neuenahr-Ahrweiler 1998. 65 S. Bezug bei: Europäische Akademie zur Erforschung von Folgen wissenschaftlich-technischer Entwicklung, Bad Neuenahr-Ahrweiler.

Die Untersuchung beschreibt die Lage der Philosophie in den Staaten der Sowjetunion vor und nach dem politischen Umbruch 1991.

Koslowski, Peter (Hg.): **Russische Religionsphilosophie und Gnosis: Philosophie nach dem Marxismus** (Philosophie und Religion Bd. 6). Bernward Verlag, Hildesheim 1992. 144 S. €14,-. Im Buchhandel.

Dieser Band dokumentiert verschiedene Vorträge einer Tagung über christliche Philosophie, die am 30. Oktober 1990 in der Moskauer Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Abteilung für Gesellschaftswissenschaften, stattfand. Neben der spezifisch russischen Religionsphilosophie, die zugleich auch religiöse Philosophie und philosophische Gnosis des Christentums ist, geben die Beiträge auch ein Bild der gegenwärtigen philosophischen und religiösen Lage Russlands und gehen der Frage nach, was aus dem „Ende des Marxismus“ für das Christentum und die Philosophie folgt. Die Beiträge im Einzelnen: „Einleitung: Philosophie nach dem Marxismus“ (Peter Koslowski), „S.N. Bulgakov im Streit mit der marxistischen Geschichtsphilosophie“ (Irina Rodnjanskaja), „Marxismus und Russland: Auf den Spuren von N.A. Berdjajevs Gedanken und über sie hinaus“ (Renata Galceva), „Christus im Werk Florenskijs“ (Natal'ja Boneckaja), „Christliche Gnosis als andere Aufklärung.

¹ „Osteuropa“ steht an dieser Stelle vereinfachend für die früher sozialistischen Staaten Ostmittel-, Ost- und Südosteuropas sowie die außereuropäischen Staaten, die vormals als Sowjetrepubliken zur UdSSR gehörten. Formal werden hier selbständige Publikationen erfasst, d.h. unselbständig erschienene Zeitschriften- und Sammelbandartikel finden sich nicht berücksichtigt. Thematisch sind Publikationen einbezogen, die sich (a) mit der Hochschul- und Wissenschaftsgeschichte osteuropäischer Staaten ab 1917 (Sowjetunion) bzw. ab 1945 (alle anderen Länder), (b) mit der Hochschul- und Wissenschaftsentwicklung in Osteuropa seit 1990 sowie (c) mit den west-ost-europäischen Hochschul- und Wissenschaftsbeziehungen beschäftigen. Berücksichtigung finden Publikationen in deutscher und englischer Sprache.

² „Nachträge“ bezieht sich auf folgende Veröffentlichung, die an dieser Stelle fortlaufend ergänzt wird: Peer Pasternack: Hochschule & Wissenschaft in Osteuropa. Annotierte Bibliographie der deutsch- und englischsprachigen selbständigen Veröffentlichungen 1990 - 1998, HoF Wittenberg, Wittenberg 1999, 81 S., ISBN 3-9806701-0-4, €12.50, Bezug bei: HoF Wittenberg, Collegienstr. 62, 06886 Wittenberg.

Überlegungen zur christlichen Philosophie“ (Peter Koslowski). Im Anhang findet sich zudem ein Briefwechsel zwischen dem Hrsg. und Natal'ja Boneckaja.

Florenski, Pawel: **Werke in zehn Lieferungen. Dritte Lieferung: Denken und Sprache.** Hrsg. von Mierau, Sieglinde und Fritz, KONTEXTverlag, Berlin 1993. 352 S. DM 39,80. **Vierte Lieferung: Namen.** Hrsg. von Mierau, Sieglinde und Fritz, KONTEXTverlag, Berlin 1994. 272 S. € 20,-. **Fünfte Lieferung. Raum und Zeit.** Hrsg. von Radetzkaja, Olga/Werner, Ulrich, KONTEXTverlag, Berlin 1997. 391 S. €30,-. Im Buchhandel.

Pavel Aleksandrovič Florenskij (1882-1937) – Priester, Philosoph, Theologe, Mathematiker Physiker, Chemiker, Elektrotechniker, Ingenieur, Geologe, Kunstwissenschaftler, Volkskundler und Archäologe – wurde von seinen Zeitgenossen wegen seiner vielfältigen Begabungen und tiefgründenden Gelehrtheit mit Leonardo da Vinci, Blaise Pascal und Gottfried Wilhelm Leibniz verglichen. Nach 1917 geriet er mehr und mehr in Konflikt mit den kommunistischen Machthabern und wurde schließlich nach vier Jahren Lagerhaft am 8. Dezember 1937 erschossen. Seine Werke wurden erst im Zuge des 1986 einsetzenden Wandels in der UdSSR (erneut) einem größeren Publikum bekannt. Heute gilt Florenskij als eine der bedeutendsten und zugleich eigenartigsten Persönlichkeiten der neueren russischen Geistesgeschichte. Die auf zehn Lieferungen angelegte Berliner Werkausgabe möchte die Voraussetzungen schaffen, damit nun die komplexe Auseinandersetzung mit dem großen Denker und Metaphysiker beginnen kann.

Florenski, Pawel: **An den Wasserscheiden des Denkens. Ein Pawel Florenskij Lesebuch.** Hrsg. von Sieglinde und Fritz Mierau. KONTEXTverlag, Berlin 1991. €18,-. Im Buchhandel.

Textsammlung, welche die Spannweite des Florenski'schen Denkens auszumessen sucht. Daneben ein 35seitige Chronik „Pawel Florenski (1882-1937)“.

Il'enkov, Eval'd Vasil'evič: **Dialektik des Ideellen. Ausgewählte Aufsätze** (Fort-schritte der Psychologie Bd. 9). Zusammengestellt und eingeleitet von Gudrun Richter. LIT-Verlag, Münster, Hamburg 1994, 338 S. €20,-. Im Buchhandel.

Dieser Band vereinigt neben nahezu „klassischen“ Aufsätzen zum Ideellen und zur Persönlichkeit auch kleinere Schriften des sowjetischen Philosophen Iljenkov (1924-1979). Eine Einleitung mit zahlreichen biographischen Angaben sowie eine Bibliographie runden die Zusammenstellung ab.

Adams, Mark B. (ed.): **The Evolution of Theodosius Dobzhansky. Essays on his life and thought in Russia and America.** Princeton University Press, Princeton 1994. 249 S. ISBN 0-691-03479-6. Bezug bei: Princeton University Press, 41 William Street, Princeton, New Jersey 08540, USA.

Der Band dokumentiert eine internationale Tagung zum Leben und wissenschaftlichen Wirken von Theodosius Dobzhansky, die im September 1990 in Leningrad (Petersburg) von der Akademie der Wissenschaften der UdSSR und der Internationalen Stiftung für Wissenschaftsgeschichte veranstaltet wurde. Dobzhansky (1900-1975), amerikanischer Biologe russischer Herkunft, war zunächst ab 1921 als Dozent in Kiew und Leningrad tätig gewesen. Im Jahre 1929 verlies er die Sowjetunion, wo er alsbald zur Unperson erklärt wurde. Bis 1940 hatte er eine Professur in Pasadena/Kalifornien inne. In den darauffolgenden Jahren lebte er an der Ostküste der Vereinigten Staaten und arbeitete an der New Yorker Columbia University (1940-62) und Rockefeller University (1962-71). Dobzhansky wurde

durch genetische und ökologische Untersuchungen an der Tauffliege sowie durch allgemeine Werke zur Evolution der Organismen bekannt ("Die Entwicklung zum Menschen" 1955, "Genetics of the evolutionary process" 1970). Auf jener Tagung wurde sich zum ersten Mal seit vielen Jahren in seinem eigentlichen Heimatland öffentlich mit seiner Person auseinandergesetzt. In diesem Kontext sind folgende im Band dokumentierte Tagungsbeiträge von besonderem Interesse: "Introduction. Theodosius Dobzhansky in Russia and America" (Mark B. Adams), "Theodosius Dobzhansky. A Family Story" (Sophia Dobzhansky Coe), "Dobzhansky and Russian Entomology. The Origin of His Ideas on Species and Speciation" (Nikolai L. Krementsov), "Filipchenko and Dobzhansky. Issues in Evolutionary Genetics in the 1920s" (Daniel A. Alexandrov) und "From the Archives. Dobzhansky in Kiev and Leningrad" (Mikhail B. Konashev).

Dorna, Wigbert: *N. W. Timoféeff-Ressovsky in Berlin-Buch 1925 - 1945. Sein Beitrag zur Genetik und dessen Verhältnis zur nationalsozialistischen Erblehre*. Dissertation. Institut für Theorie und Geschichte der Medizin der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, Münster 1995. 136 S.

Der sowjetische Genetiker N.W. Timoféef-Ressovsky lebte und arbeitete von 1925 bis 1945 am Kaiser-Wilhelm-Institut für Hirnforschung in Buch bei Berlin. Um seine Arbeit während der NS-Herrschaft und besonders eine etwaige Beteiligung an der wissenschaftlichen Grundlegung einer von nationalsozialistischer Ideologie geprägten menschlichen Erblehre ist gerade in den letzten beiden Dekaden des 20. Jahrhunderts unter Wissenschaftshistorikern ein heftiger Streit entbrannt. Die Dissertation will sein Leben in Buch sowie seine wichtigsten Forschungsrichtungen und -ergebnisse darstellen und im Hinblick auf ihre Relevanz für die Ausbildung oder Modifikation einer spezifisch ideologisch geprägten Erblehre diskutieren.

2. Publikationen ab 1999

Creuzberger, Stefan/Mannteufel, Ingo/Steininger, Alexander/Unser, Jutta (Hg.): *Wohin steuert die Osteuropaforschung? Eine Diskussion* (Bibliothek Wissenschaft und Politik Bd. 58). Verlag Wissenschaft und Politik, Köln 2000. 281 S. € 20,-. Im Buchhandel.

Im Sommer 1998 begann in der Zeitschrift "Osteuropa" eine – nach Selbsteinschätzung – recht späte, aber sehr kontroverse Debatte über die Folgen der politischen Umbrüche für die Osteuropaforschung selbst, welche in keinster Weise auf solch radikale Veränderungen wie die nach 1989 vorbereitet gewesen sei. Die derart in Gang gesetzte Diskussion über das Selbstverständnis, notwendige Neuansätze und praktische Verwertbarkeit vor allem der deutschen Osteuropaforschung liegt nun in diesem Sammelband in geschlossener Form vor. Er enthält folgende Beiträge: "Osteuropaforschung im Umbruch. Motive, Hintergründe und Verlauf einer Fachdebatte in Deutschland" (Stefan Creuzberger/Ingo Mannteufel/Alexander Steininger/Jutta Unser), "Das Ende der Osteuropäischen Geschichte. Bemerkungen zur Lage einer geschichtswissenschaftlichen Disziplin" (Jörg Baberowski), "Totgesagte leben länger. Die Osteuropa-Disziplinen im Dschungel der Wissenschaften" (Dietrich Beyrau), "Bemerkenswerte Diagnose – problematisches Rezept. Zum Plädoyer Jörg Baberowskis ‚Das Ende der Osteuropäischen Geschichte‘" (Andreas Kappeler), "Ende oder Wende? Historische Osteuropaforschung in Deutschland. Vier Anmerkungen zu Jörg Baberowski" (Stefan Troebst), "Baustelle Osteuropa – bedarf die Osteuropäische Geschichte einer neuen Architektur?" (Nikolaus Katzer), "Wider die ‚Schutzzonen‘. Zur aktuellen Debatte über die Lage des Faches Osteuropäische Geschichte" (Susanne Schattenberg), "Plädoyer für selbstkritischen Denksport und eine koordinierte ‚Publikumsoffensive‘. Mehr Osteuropäische Geschichte in die allgemeinen deutschen historischen Zeitschriften" (Klaus

Gestwa), "Osteuropäische Geschichte *en panne*" (Ralph Tuchtenhagen), "Mehr als eine Addition von Nationalhistoriographien. Chancen der Osteuropäischen Geschichte als Regionalwissenschaft" (Mathias Niendorf), "Zur künftigen historischen Osteuropaforschung in Deutschland. Inhaltliche und methodische Probleme" (Detlef Jena), "Zur Lage des Faches ‚Osteuropäische Geschichte‘. Auswertung einer Umfrage" (Anne Sunder-Plaßmann), "Die Vereinigten Staaten – das gelobte Land der Osteuropaforschung?" (Benjamin Nathans), "Deutsche Bohemistik – von außen gesehen" (Eva Hahn), "Deutsche Bohemistik von innen. Eine Replik auf Eva Hahn: Bohemistik von außen" (Ferdinand Seibt), "Deutsche Bohemistik – wozu?" (Dušan Třeštík), "Stand und Perspektiven der Bohemistik. Anmerkungen zur Kontroverse zwischen Eva Hahn und Ferdinand Seibt" (Wilfried Gilje/Tobias Wegner), "Deutsche Bohemistik – wie?" (Eva Hahn), "Vorhersage und Vergleich. Zur Osteuropaforschung in den USA" (J.C. Sharman), "Transformation in Russland und Probleme der politikbezogenen Forschung. These" (Heinrich Vogel), "Zukunftsperspektiven politikwissenschaftlicher Osteuropaforschung in Deutschland" (Frank Umbach), "Osteuropaforschung nach dem Systemwechsel. Der Paradigmawandel der ‚Transitologie‘" (Klaus von Beyme), "Wirtschaftswissenschaften und Osteuropaforschung. Grundsätzliche Probleme und künftige Aufgaben seit den Umbrüchen in Osteuropa" (Franz-Lothar Altmann), "Osteuropäische Regionalstudien oder Orchideenfach? Praktische Perspektiven für die deutsche Osteuropaforschung an der Schwelle des 21. Jahrhunderts" (Peter Danylow), "Osteuropaforschung – gestern, heute, morgen. Ein Interview mit Oskar Anweiler" (Alexander Steininger).

Hagemester, Michael/Metelka, Torsten (Hg.): *Appendix 1. Materialien zu Pavel Florenski* (als Anhang zu Pavel Florenski, Werke in zehn Lieferungen). KONTEXTverlag, Berlin/Zepernick 1999. 216 S. €16,-. Im Buchhandel.

Dieser als erster „Anhang“ zu der auf zehn Lieferungen angelegten Berliner Werkausgabe konzipierte Sammelband vereint mehrere Aufsätze zum Leben und Werk Florenskis: „Wahrheit als Subjekt. Überlegungen anlässlich Brief 2-4 in Florenskis ‚Der Pfeiler und die Grundfeste der Wahrheit‘“ (Wolfgang Ullmann), „Name und Zahl. Zum mathematischen Idealismus Pavel Florenskis“ (Rainer Goldt), „Das Auffinden des Noumen in den Phänomenen oder Das Gewahrwerden der Idee der Wirklichkeit. Pavel Florenskij und Rudolf Steiner“ (Tanja Gut), „Zur Rationalitätsauffassung von Pavel Florenskij“ (Frank Haney), „Pavel Florenskij als Missionar für das 21. Jahrhundert“ (Vladimir Fedorov), „Gespräche mit Abt Andronik (Trubačev), Natal'ja Boneckaja und Renata Gal'ceva“ (Johannes Schelhas), „Gedanken zu meinem Großvater“ (Pavel Vasil'evič Florenskij).

Oittinen, Vesa (ed.): *Evald Ilyenkov's Philosophy Revisited. Proceedings of the Ilyenkov symposium in Helsinki 7th and 8th September 1999*. Kikimora Publications, Helsinki 2000, 372 S. Bezug bei: Kikimora Publications, Aleksanteri Institute, P.O. Box 4, FIN-00014 University of Finland.

Evald Ilyenkov (1924-1979) was an outstanding philosopher, whose ideas not only influenced profoundly the Soviet philosophy, but even left their mark on the discussions concerning the role of the dialectical method, the theoretical foundations of psychology and the philosophy of Marxism in general. This book is based on the selected materials presented twenty years after the death of Ilyenkov at an international symposium dedicated to Ilyenkov's theoretical heritage. Content: "Opening Words" (Ilkka Niiniluoto, University of Helsinki), "The Paradoxes of Ilyenkov and the Soviet Philosophy" (Vesa Oittinen, University of Helsinki and University of Umeå), "The Living and the Dead in Ilyenkov's Philosophy" (David Bakhurst, Queens University, Ontario), "Dialektika kak logika reflektivnogo

myshlenya" (Feliks T. Mihailov, Russian Academy of Science, Moscow), "Evald Ilyenkov and Soviet Philosophical Culture Culture" (Evert van der Zweerde, Katholieke Universiteit Nijmegen), "Leontjew, Iljenkow und die Meschtscherjakow-Debatte : Methodologische Bemerkungen" (Wolfgang Jantzen, Universität Bremen), "Ilyenkov and Foucault : Paradoxes and Impossible Connections" (Jussi Silvonen, Institute of Occupational Health, Helsinki), "Ascending from the Abstract to the Concrete and Constructing a Working Hypothesis for New Practices" (Reijo Miettinen, University of Helsinki), "Vygotsky, Ilyenkov and Mamardashvili : Searching for the Monistic Theory of Mind. Methodological Notes" (Nikolai Veresov, University of Oulu), "Foundationalism and Anti-Foundationalism: Seeking Enchantment in the Rough Ground" (Jan Derry, London University), "Dialectics and Dialogue in Ilyenkov: Comparison of Two Approaches" (Matti Vartiainen, Helsinki University of Technology), "Denken, Sprache und Form: Iljenkow und Buhler - ein exemplarischer Vergleich" (Janette Friedrich, University of Geneva), "Semiosis and the Concept of Ideal" (Tarja Knuuttila, University of Helsinki), "The Dialectics of the Ideal and Symbolic Mediation" (Peter Jones, Sheffield Hallam University), "Social and Physical Form: Ilyenkov on the Ideal and Marx on the Value-Form" (Andrew Chitty, University of Sussex), "Ilyenkov and the Logic of Capital" (Pertti Honkanen, Helsinki), "Bemerkungen zu 'Die Leninsche Dialektik und die Metaphysik des Positivismus' von E. W. Iljenkow (Wladyslaw Hedeler, Berlin), "Ilyenkov i Spinoza" (A.G. Novokhatko, Ilyenkov archive), "Iljenkow, Kant und die Dinge an sich" (Vesa Oittinen, University of Helsinki and University of Umeå). And also: A previously unpublished text by Evald Ilyenkov "Nauka logiki" with foreword by Vesa Oittinen.

Satzinger, Helga/Vogt, Annette: *Elena Aleksandrovna und Nikolaj Vladimirovic Timoféeff-Ressovsky (1898-1973; 1900-1981)* (Reprint 112). Hrsg. vom Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte, Berlin 1999. 50 S. Bezug bei: MPI für Wissenschaftsgeschichte, Wilhelmstraße 44, 10117 Berlin.

Mit dem Forscherehepaar Timoféeff-Ressovsky wird in der Geschichte der Biologie des 20. Jahrhunderts im wesentlichen Forschungen auf dem Gebiet der Genetik, der Strahlenbiologie und der Evolutionstheorie verbunden. Die immense gesellschaftliche Bedeutung dieser Forschungsbereiche liegt im Kontext eugenischer Bestrebungen, der Nutzung von Atomenergie und der Ökologieproblematik – gerade im Zusammenhang der biographischen Verstrickungen des Forscherpaares in die großen Konflikte des 20. Jahrhunderts – auf der Hand. Die vorliegende Arbeit zeichnet nicht nur die persönliche und wissenschaftliche Vita der beiden Wissenschaftler nach, sondern bemüht sich gleichzeitig, die häufig unterbewertete wissenschaftliche Leistung Elena Aleksandrovna Timoféeff-Ressovskys angemessen zu würdigen.

Vogt, Annette: *The Timoféeff-Ressovsky's. A couple in science* (Reprint 157). Hrsg. vom Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte, Berlin 2000. 26 S. Bezug bei: MPI für Wissenschaftsgeschichte, Wilhelmstraße 44, 10117 Berlin. Der hier abgedruckte Vortrag wurde am 22.9.2000 anlässlich des Symposiums „Genetics in Russia and Germany“ am Max-Delbrück-Zentrum für Molekulare Medizin in Berlin gehalten und stellt im wesentlichen eine gekürzte Version der o.g. Biographie von Helga Satzinger und Annette Vogt dar.

Deutsche Assoziation der Absolventen und Freunde der Moskauer Lomonossow-Universität (DAMU) e.V. (Hg.): *Lomonossow – DAMU-Hefte* 1/2001. Berlin 2001. €2,-. Bezug bei: DAMU, Postfach 33, 10121 Berlin, vorstand@damu.de

Neben den zwei Beiträgen von Alexander Tambijew ("70 Jahre Biologische Fakultät der Moskauer Staatlichen Universität (MGU)") und Valerij Lukov ("Lebentwürfe russischer Studenten in den neunziger Jahren") widmet sich diese Ausgabe der Mitgliederzeitschrift des DAMU-Vereins dem Forscherpaar Timoféef-Ressovsky, das als sowjetische Staatsbürger von 1925 bis 1945 am Kaiser-Wilhelm-Institut für Hirnforschung in Buch bei Berlin tätig war. Folgende Beiträge dokumentieren das dazu im September 2000 durchgeführte DAMU-Seminar: "Das Forscherpaar Timoféef-Ressovsky. Wegbereiter der Molekulargenetik. Nachträge zu einem DAMU-Seminar im September 2000" (Rose-Luise Winkler), "Das Forscherpaar Timoféef-Ressovsky. Wissenschaftssoziologische Impressionen" (Rose-Luise Winkler), "Strahlenrisiken und Konfusionen" (Helmut Abel/Gudrun Erzgräber), "Begegnungen mit Nikolai Timoféef-Ressovsky" (Bernhard Hassenstein) und "Der Beitrag der Akademie der Wissenschaften der DDR zur Rehabilitierung von Nikolai V. Timoféef-Ressovsky" (Helmut Böhme/Helmut Abel).

Lindner, Rainer: *Historiker und Herrschaft. Nationsbildung und Geschichtspolitik in Weißrußland im 19. und 20. Jahrhundert* (Ordnungssysteme. Studien zur Ideengeschichte der Neuzeit Bd. 5). Oldenbourg Verlag, München 1999. 536 S. € 50,11. Im Buchhandel.

Die Dissertation untersucht das Verhältnis von Geschichtsschreibung und Politik im Weißrußland von der späten Zarenzeit bis zum ausgehenden 20. Jahrhundert. Der allgemeine Teil kann als moderne Geschichte Weißrußlands gelesen werden. Gegenstand der Studie im engeren Sinne ist die Herausbildung der Geschichtswissenschaft in der nicht-russischen Peripherie, ihre institutionelle und personelle Ausstattung, das Wechselverhältnis von nationalen und integralen Geschichtsbildern und die Einflussnahme von Historikern auf politische Entscheidungsträger bzw. auf den Prozess der Nationenbildung. Die Arbeit will damit als Grundlage für Rückschlüsse auf Wissenschaftsorganisation und die politische Ideengeschichte vom 19. Jahrhundert bis zur postkommunistischen Republik der Gegenwart dienen.

Sterbling, Anton: *Intellektuelle, Eliten, Institutionenwandel. Untersuchungen zu Rumänien und Südosteuropa*. Verlag R. Krämer, Hamburg 2001. 185 S. € 20,40. Im Buchhandel.

Die Beiträge dieses Bandes untersuchen die Rolle der Eliten und insbesondere die Beiträge der Intellektuellen im langfristigen Modernisierungsprozeß sowie im Systemwandel nach dem Ende der kommunistischen Herrschaft in Rumänien und Südosteuropa. Dabei stehen Prozesse der Institutionenbildung und des Institutionenwandels sowie auch die intellektuellen Auseinandersetzungen um entsprechende institutionelle Leitideen und Entwicklungsvorstellungen im Mittelpunkt. Das Buch will damit einen Überblick über grundsätzliche und konkrete Probleme der Intellektuellen und Eliten in Osteuropa liefern.

Organisation for Economic Cooperation and Development (OECD) (Hg.): *Reviews of National Policies for Education: Estonia*. OECD Publications, Paris 2001. 206 S. € 39,50. Bezug bei: OECD, 2 rue Andre Pascal, 75775 Paris 16, France, oder via Internet: www.SourceOECD.org.

Die Arbeit bietet eine umfassende und statistisch unterfütterte Analyse sämtlicher Aspekte des estnischen Bildungssystems und empfiehlt davon ausgehend eine Reihe von Reformen. Im hiesigen Kontext interessieren vor allem eine allgemeine Einführung in das estnische

Bildungssystem (Kapitel 2) sowie die Ausführungen zum Hochschulsystem Estlands (Kapitel 5).

Organisation for Economic Cooperation and Development(OECD): **Reviews of National Policies for Education: Latvia**. OECD Publications, Paris 2001. 178 S. €39,50. Bezug: OECD, 2 rue Andre Pascal, 75775 Paris 16, France, oder via Internet: [ww.SourceOECD.org](http://www.SourceOECD.org).

Die Studie bietet eine umfassende und statistisch unterfütterte Analyse sämtlicher Aspekte des lettischen Bildungssystems und empfiehlt davon ausgehend eine Reihe von Reformen. Im hochschulpolitischen Zusammenhang interessieren vor allem die allgemeine Einführung in das lettische Bildungssystem (Kapitel 2) sowie die Ausführungen zum Hochschulsystem Lettlands (Kapitel 6).

Peer Pasternack (Wittenberg/Berlin)

Bibliografie: Wissenschaft und Hochschulen in Ostdeutschland von 1945 bis zur Gegenwart

Peer Pasternack
Berlin/Wittenberg

1. Nachträge: Erscheinungszeitraum 1990 – 1998¹

Illner, Wilhelm R.: *Promotion in der DDR. Von der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses zur Elitebildung*. Inaugural-Dissertation, Fakultät für Sozialwissenschaft der Ruhr-Universität Bochum 1992. Mikroficheausgabe, Koebecke GmbH, Berlin 1993. 453 + VIII S. Im Buchhandel.

Der Autor zeichnet ausgehend von der Entstehung zusätzlicher Wege zur Promotion zu Beginn der 50er Jahre (Aspirantur, Forschungsstudium) die Transformation der Promotion in der DDR nach. Schwerpunkte bilden dabei die Abschnitte zur Etablierung einer einheitlichen Promotions- und Habilitationsordnung 1956, zu deren Revision 1969 und zur erneuten Diskussion um die Promotion sowie die Nachwuchsförderung in der zweiten Hälfte der 70er Jahre. Abschließend untersucht der Autor die Förderungskonzeption der 80er Jahre sowie ihre Rolle als Qualifikations- und Forschungsleistung.

Rosenkeller e.V. (Hg.): *Der Rosenkeller. Die Chronik eines Studentenklubs*, Verlag Dr. Bussert & Partner, Jena 1997. 320 S. €13,70. Im Buchhandel.

Anlässlich des 30. Geburtstages des legendären Studentenklubs im Jahre 1996 haben dessen Aktivisten eine Chronik zusammengetragen. In den Jahren 1965/66 hatten Studierende der landwirtschaftlichen Fakultät der Universität Jena in freiwilliger Arbeit mit den Ausgrabungen und der Rekonstruktion der Gewölbe begonnen. Am 3. Mai 1966 konnte dann der "Studentenclub Rosenkeller" – nach dem Weimarer "Kasseturm" der zweite seiner Art in der DDR – eröffnet werden. In der Folge hat sich der Rosenkeller zum wichtigsten jugendkulturellen Zentrum in Jenas Innenstadt entwickelt. Der Inhalt: Geleitworte von Georg Machnik, Rektor der Friedrich-Schiller-Universität Jena, und Günter Drefahl; „Zur Geschichte des Hauses ‚Zur Rosen‘“ (Manfred Schlegelmilch); „Die Pionierzeit“ (Jochen Oehme);

¹ „Nachträge“ bezieht sich auf folgende Veröffentlichung, die an dieser Stelle fortlaufend ergänzt wird: Peer Pasternack: *Hochschule & Wissenschaft in SBZ / DDR / Ostdeutschland 1945-1995*. Annotierte Bibliographie für den Erscheinungszeitraum 1990 – 1998, Deutscher Studienverlag, Weinheim 1999, 566 S., ISBN 3-89271-878-4, €49,-.

„Das Mannschaftsprinzip“ (Manfred Böse); „Goldene Weiblichkeit und femininer Rosenstolz. Barfrauen – aus Erfahrung gut“ (Petra Domes); „Eine ‚Rose‘-Frau ist nicht irgendwer“ (Carola Bleck); „Keller live“ (Steffen Bernhardt/Michael Wolle); „Zur Arbeit der Programmgruppe“ (Barbara Mergner); „Disko im Keller“ (Uta Trillhose); „Aus dem Leben eines Keller-DJ“ (Frank Blöbbaum); „Rosenkeller zwischen Kunst und Werbung“ (Annette Awege); „Kellerlarven – nur verkrachte Existenzen?“ (Helmut Hotzel); „Die Steine hören mit – das kulturpolitische Umfeld“ (Uta Trillhose); „Die Sache mit dem KUSS“ (Steffen Bernhardt); „Rosenkeller – Baumaßnahmen 1980-1989“ (Manfred Döring); „Wir bauen immer noch – Die 90er Jahre“ (Sven Lamprecht); „Wir lassen die Sau raus“ (Ronald Gebühr); „Von einer Clubfahrt oder wie Matte die Unstrut durchquerte“ (Rüdiger Bachmann); „Der Linguisten-Tisch“ (Rüdiger Bachmann); „Heimweg die I.“ und „Heimweg die II.“ (Holger Schmidt); „Der Hobbywinzerworkshop“ (Frank Blöbbaum); „Einfach bombig“ (Helmut Hotzel/Uta Trillhose); „Whisky, cigars and no sports – oder doch?“ (Borries Kutzbora); „Das Rose-Publikum befragt“ (Uta Trillhose); „Zahlenspielerereien“ (Michael Schuhknecht); „Die Neuzeit“ (Olaf Dreiling); „Unvollständiges Verzeichnis der ‚Kellerlarven‘“; „Das Rose-Wörterbuch mit Abkürzungsverzeichnis“.

Steinmetz, Ulrike/Wicke, Markus: *Vom roten Kreuz zur „Kaderschmiede“. Eine Chronik zur Bau- und Nutzungsgeschichte des Universitätsgeländes Babelsberg-Griebnitzsee*. Hrsg. von der Projektgruppe „Präsidialgebäude des DRK 1938-1945“ an der Universität Potsdam. Potsdam 1996. 38 S.

Im Jahre 1994 schlossen sich einige Studenten der Universität Potsdam zu der Projektgruppe „Präsidialgebäude des DRK 1938-1945“ mit dem Ziel zusammen, in mehreren Ausstellungen die Geschichte des Universitätsstandortes Babelsberg-Griebnitz von der Jahrhundertwende bis zu Besetzung des Geländes 1945 durch die Rote Armee zu dokumentieren. Die vorliegende Arbeit legt daher den Schwerpunkt auf den Zeitraum von 1937-1945, jene Jahre also, in denen die meisten größeren Gebäude auf diesem Gelände entstanden. Desweiteren werden die Zeiten der Nutzung durch die sowjetische Besatzungsmacht (1945-1952) und später durch die Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften der DDR angerissen und hauptsächlich anhand von Selbstdarstellungen der Akademie dokumentiert. Mit Bildanhang.

Richter, Peter/Universität (Greifswald)/Hochschulsportgemeinschaft Wissenschaft (Hg.): *Aus Geschichte und Gegenwart der Hochschulsportgemeinschaft Wissenschaft Greifswald*. Selbstverlag der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald, Greifswald 1990. 112 S.

Die Broschüre, die 1987/88 in Vorbereitung des 40jährigen Bestehens der Hochschulsportgemeinschaft Wissenschaft erarbeitet wurde, dokumentiert nicht nur die Entwicklung dieser Sportgemeinschaft, sondern ist zugleich ein historisches Zeugnis für die Zeit vor dem Umbruch 1989/90. Die einzelnen Beiträge: “40 Jahre Hochschulsportgemeinschaft Wissenschaft an der Ernst-Moritz-Arndt-Universität” (E. Jeran/G. Grasmann/K.-E. Tietz), “Vorsitzende der HSG Wissenschaft Greifswald” (B. Petschaelis/K.-E. Tietz), “Namen-Zahlen-Übersichten” (B. Petschaelis), “40 Jahre HSG Wissenschaft Greifswald – 20 Jahre Studententliga an der Ernst-Moritz-Arndt-Universität” (G. Kopp), “Ich liebe das Laufen” (J. Schröder), “Erinnerungen und Episoden aus der HSG-Geschichte” (K.-E. Tietz), “HSG-Sektionen heute” (W. Kethlow/L. Neumann/B. Petschaelis), “Literatur zur HSG-Geschichte” (G. Grasmann), “Impressionen aus der HSG-Geschichte in Wort und Bild” (W. Kethlow).

Wöhrle, Armin (Hg.): *Profession und Wissenschaft Sozialer Arbeit: Positionen in einer Phase der generellen Neuverortung und Spezifika in den neuen Bundesländern* (Übergänge: Aspekte gesellschaftlichen Wandels Bd. 2). Centaurus-Verlagsgesellschaft, Pfaffenweiler 1998. 475 S. €30,-. Im Buchhandel.

Im hiesigen Kontext interessieren folgende Beiträge in diesem Band: „Neue Wege im Osten. Das Ausbildungskonzept der Hochschule Zittau/Görlitz“ (Hermann Heitkamp/Wolfgang Preis), „Gewachsenes entwickeln und gestalten. Zum Studium an der Evangelischen Fachhochschule für Sozialarbeit Dresden“ (Ulfrid Kleinert), „Der Aufbaustudiengang Diplom-Sozialpädagogik an der Technischen Universität Chemnitz“ (Nando Belardi), „Aufbau im Dialog. Innenansichten vom Aufbau des Fachbereichs Soziale Arbeit der Hochschule für Technik und Wirtschaft Mittweida/Rosswein (FH)“ (Armin Wöhrle).

Jahn, Walter (Hg.): *Die Pädagogische Fakultät der Universität Leipzig. 1946 - 1955. Tagungsbericht. 4./5.10.1996*. Verlag Koebeke, Leipzig 1996. 24 S.

Dieses Heft dokumentiert ein Treffen anlässlich der 50. Gründungsjubiläums der Pädagogischen Fakultät der Universität Leipzig. Neben der Eröffnungsrede von Joachim Biener enthält die Veröffentlichung den Vortrag "Kritische Würdigung der Pädagogischen Fakultät der Universität Leipzig 1946-1955" (Walter Jahn). Weitere während der Veranstaltung gehaltene Grußworte und Reden (Veit Baer, Leipziger Lehrerverein; Siegfried Filling, Westsächsisches Schulmuseum; Uwe Preuß, GEW Leipzig) sowie Ergebnisse von Gesprächsrunden zu unterschiedlichen pädagogischen Themen (Literatur und Studium, Probleme der Gemeinschaftserziehung, Sportlehrerausbildung/Sportwissenschaft, Methodik, Schulmuseum) werden zusammenfassend dargestellt.

Ruben, Peter: *Widerspruch und Naturdialektik* (Preprint 20). Hrsg. von P. Beurton, W. Lefèvre und J. Renn, Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte, Berlin 1995. 212 S. Bezug bei: MPI für Wissenschaftsgeschichte, Wilhelmstraße 44, 10117 Berlin.

Der Autor reichte die in diesem "Preprint" der Öffentlichkeit zugänglich gemachte Schrift 1975 als Promotion-B-(Habilitation-)Schrift an der Humboldt-Universität Berlin ein. Trotz glänzender Gutachten wurde sie jedoch nicht publiziert. Unabhängig davon wurde Ruben als Philosoph in der DDR wenige Jahre nach dieser Arbeit im Rahmen der 'Ruben-Affäre' Anfang der 1980er Jahre mundtot gemacht. Sein philosophischer Ansatz war seinerzeit für die Theorie der Wissenschaftsgeschichte in der DDR und darüber hinaus einflussreich. Die Publikation seiner Habilitation enthält neben einer Bibliographie seiner Schriften auch ein Kontextualisierendes Nachwort von ihm.

Walser, Martin: *Das Prinzip Genauigkeit. Laudatio auf Victor Klemperer* (edition suhrkamp Sonderdruck). Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 1996. 52 S. € 2,50. Im Buchhandel.

Hunger, Bernd (Hg.): *Bruno Flierl 70. Geburtstagskolloquium am 2.2.1997*. AnsichtSache, Berlin 1998. 67 S. Bezug über: AnsichtSache, Dr. Manfred Hübner, Rykestr. 13, 10405 Berlin.

Bruno Flierl war in der DDR über die Grenzen des Landes hinaus bekannter Architekturtheoretiker und wirkte seit 1990 vornehmlich als Architekturkritiker. Seit 1980 lehrte er als Dozent für Architektur und Stadtentwicklung an der Sektion Ästhetik und Kunstwissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin. Die Schrift beinhaltet neben der Dokumenta-

tion des Kolloquiums und der Geburtsartikel in der Presse auch ein Publikationsverzeichnis des Jubilars.

Lange, Gert (Hg.): ***Sonne, Sturm und weiße Finsternis. Eine Chronik der ost-deutschen Antarktisforschung*** (Schriften des Deutschen Schifffahrtsmuseums Bd. 43). Verlag Kabel, Hamburg 1996. 295 S. €35,-. Im Buchhandel.

Dieser Band gibt Überblick über die Antarktis-Expeditionen der DDR. Er vereint hierzu 42 Originalberichte. Neben den Artikeln zu den Antarktis-Expeditionen der Sowjetunion und der DDR sei auf folgende Beiträge hingewiesen: "Hauptobservatorium Mirny" (Stephan Klemm), "Wostok. Ein Jahr im Inneren des Kontinents" (M. Martin Schneider), "Ein Observatorium entsteht" (Hartwig Gernandt), "Dem antarktischen Ozon auf der Spur" (Peter Plessing), "Y3G. 'Georg Forster' sendet" (Günther Peters/Reiner Frey), "Auftakt im Ausklang" (Gert Lange) und "Das große Reinemachen" (Gert Lange).

Gäde, Heinrich Helmut: ***Die Kulturpflanzenbank Gatersleben. Geschichte und Entwicklung***. Ruth Gerig Verlag, Quedlinburg 1998. 365 S. + Anh. €50,-. Im Buchhandel.

Dieses Buch soll ein umfassendes Bild über die Arbeit des über 50 Jahre alten Instituts für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung geben. Von einem Vorläufer in den 1920er Jahren, dem Institut für Züchtungsforschung, und von seinem Gründer Erwin Baur wird berichtet, ebenso von der Gründung des Instituts für Kulturpflanzenforschung 1943 durch die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Die Verbindung des ersten Direktors Hans Stubbe mit dem russischen Kulturpflanzenforscher N.I. Vavilov, die den Neubeginn nach dem Krieg erleichterte, wird dargestellt. Ebenfalls geht es um den notwendigen Erhalt alter Kulturpflanzen und um zukünftige Entwicklungen in der Kulturpflanzenforschung. Insbesondere sei auf folgende Abschnitte hingewiesen: "Beweggründe und Leitlinien für das Entstehen und Wirksamwerden der neuen Wissenschaftsdisziplin sowie eines deutschen Institutes für Kulturpflanzenforschung", "Wandel und Beständigkeit im Gebiet der SBZ/DDR - 1945-1990", "Anmerkungen zur Ressourcenkunde im vereinigten Deutschland seit 1990", "Lebenswerk und Vermächtnis deutscher Kulturpflanzenforscher. Kurzbiographien bedeutender Persönlichkeiten des Fachgebietes" und "Standortbeschreibung und Anmerkungen zur Infrastruktur von Gatersleben".

Lehmann, Angela/Kalb, Margret: ***100 Jahre meteorologische Beobachtungen an der Säkularstation Potsdam 1893-1992***. Deutscher Wetterdienst, Offenbach am Main 1993, 32 S. Bezug über: Deutscher Wetterdienst, Zentralamt, Frankfurter Str. 135, 63067 Offenbach am Main.

Die anlässlich des 100jährigen Bestehens des Observatoriums Potsdam erschienene Broschüre dokumentiert die Klimabeobachtungen in Potsdam im Verlauf der letzten einhundert Jahre. Enthält 12 Tabellen sowie 12 Abbildungen.

Körper, Hans-Günther: ***Die Geschichte des Meteorologischen Observatoriums Potsdam*** (Geschichte der Meteorologie in Deutschland 2). Deutscher Wetterdienst, Offenbach am Main 1993, 109 S. Bezug über: Deutscher Wetterdienst, Zentralamt, Frankfurter Str. 135, 63067 Offenbach am Main.

Die Studie widmet sich neben der Darstellung des Wandels und der Ausweitung der Forschungsausrichtung sowie verschiedener Forschungsprojekte des Observatoriums auch einigen seiner herausragendsten Mitarbeiter. Komplettiert wird das Buch durch eine Zeittafel sowie den Abdruck wichtiger Dokumente aus der Geschichte des Observatoriums.

Spielkamp, Alfred/Gerhard Becher/Marian Beise/Johannes Felder/Andreas Fier/Reinhold Kowalski/Werner Meske/Siegfried Ransch/Wilhelm Ruprecht/Reinhard Schüssler: **Industrielle Forschung und Entwicklung in Ostdeutschland** (ZEW-Wirtschaftsanalysen Bd. 29). Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 1998. 178 S. €30,-. Im Buchhandel.

Basierend auf umfangreichen empirischen Analysen wurden eine Beschreibung der Situation der industriellen Forschung und Entwicklung in Ostdeutschland bis einschließlich 1995/1996 als auch Entwicklungsszenarien bis zum Jahr 2010 erarbeitet.

Pleschak, Franz: **Technologiezentren in den neuen Bundesländern. Wissenschaftliche Analyse und Begleitung des Modellversuchs "Auf- und Ausbau von Technologie- und Gründerzentren in den neuen Bundesländern" des Bundesforschungsministerium** (Technik, Wirtschaft und Politik Bd. 14). Physica Verlag, Heidelberg 1995. 154 S. DM 89,90. Im Buchhandel.

Pleschak, Franz/Werner, Henning: **Technologieorientierte Unternehmensgründungen in den neuen Bundesländern. Wissenschaftliche Analyse und Begleitung des BMBF-Modellversuchs** (Technik, Wirtschaft und Politik Bd. 33). Physica Verlag, Heidelberg 1998. 230 S. DM 99,90. Im Buchhandel.

Fritsch, Michael/Meyer-Krahmer, Frieder/Pleschak, Franz (Hg.): **Innovationen in Ostdeutschland: Potentiale und Probleme** (Technik, Wirtschaft, Politik Bd. 34). Physika-Verlag, Heidelberg 1998. 392 S. Im Buchhandel.

Dieser Band dokumentiert eine Auswahl von überarbeiteten Diskussionsbeiträgen, die anlässlich einer gleichnamigen wissenschaftlichen Konferenz Anfang November 1997 in Freiburg, veranstaltet von der Forschungsstelle „Innovationsökonomik“, gehalten wurden. Im hiesigen Kontext interessieren folgende Beiträge: „Das Innovationssystem Ostdeutschlands: Problemstellung und Überblick“ (Michael Fritsch), „Innovationsstrategien und Forschungsaktivitäten ostdeutscher Unternehmen“ (Johannes Felder/Alfred Spielkamp), „Technologieorientierte Unternehmungsgründungen in Ostdeutschland“ (Franz Pleschak/Henning Werner), „Charakterisierung des Gründungspotentials aus Universitäten“ (Claudia Herrmann), „Existenzgründungen aus Universitäten und Fachhochschulen – Potentiale für den Aufschwung Ost“ (Oliver Pfirrmann), „Indikatoren der Wirksamkeit regionaler Innovationsaktivitäten – Eine Analyse zur Rolle der TU Ilmenau“ (Eva Voigt), „Öffentliche Forschung als notwendige Infrastruktur für Innovationen in Ostdeutschland“ (Werner Meske), „FuE-Förderung in Ostdeutschland durch das Bundesministerium für Wirtschaft – Ergebnisse aus einer Wirkungsanalyse“ (Kurt Hornschild), „Der Netzwerk-Ansatz der FuE-Förderung für die neuen Bundesländer – Das Beispiel des Programms ‚Auftragsforschung West-Ost‘“ (Wilhelm Ruprecht/Gerhard Becher), „Das ostdeutsche Innovationssystem in der Transformation: Zusammenfassende Schlussfolgerungen und Ausblick“ (Michael Fritsch/Franz Pleschak).

Tamasy, Christine: **Technologie- und Gründerzentren in Ostdeutschland. Eine regionalwissenschaftliche Analyse** (Wirtschaftsgeographie Bd. 10). LIT Verlag, Münster 1996, 240 S. DM 48,80. Im Buchhandel.

Technologie- und Gründerzentren (TGZ) gehören in Ostdeutschland seit der deutschen Vereinigung zu den populärsten Instrumenten insbesondere der kommunalen Innovationspolitik. Ungeachtet einer Vielzahl eröffneter Einrichtungen und einer unbekanntenen Anzahl weiterer Projekte, die sich im Planungsstadium befinden, fehlen bisher ausreichend

theoretisch sowie empirisch fundierte Untersuchungen zu den Wirkungen der TGZ und ihrer Determinanten. Hauptziel dieser Arbeit ist es, die TGZ in Ostdeutschland im Rahmen einer regionalwissenschaftlichen Analyse und anhand der von den TGZ-Managern selbst formulierten Zielsetzungen bewerten. In einem zunächst theoretisch-konzeptionellen Teil werden zunächst die grundlegenden Wirkungszusammenhänge erläutert, die für eine regionalwirtschaftliche Beurteilung der TGZ notwendig sind. Die anschließende Literaturanalyse der Standortvoraussetzungen innovativer Unternehmen in Ostdeutschland berücksichtigt besonders regional- und gründungsspezifische Auswirkungen der Systemtransformation. Im empirisch-analytischen Hauptteil, der auf umfangreichen Erhebungen in 36 TGZ und 272 Unternehmen beruht, werden die Konzeption und Struktur der ostdeutschen TGZ sowie die darin ansässigen Unternehmen untersucht (u.a. Motive der Standortwahl, Inanspruchnahme des Leistungsangebots in TGZ, Beschäftigungseffekte, Innovationsorientierung). Die Arbeit leitet abschließend politische Handlungsempfehlungen ab und gibt Anregungen für zukünftige Forschungsarbeiten.

2. Publikationen ab 1999

Enzyklopädie der DDR. Personen, Institutionen und Strukturen in Politik, Wirtschaft, Justiz, Wissenschaft und Kultur (Digitale Bibliothek 32). Directmedia Publishing GmbH, Berlin 2000. CD-ROM. €50,-. Im Buchhandel.

Die CD-ROM vereinigt zwei jüngere Standardwerke zur Geschichte der DDR mit dem letzten großen DDR-Handbuch der Bundesregierung aus dem Jahr 1985. Im Einzelnen sind das: Herbst, Andreas/Ranke, Winfried/Winkler, Jürgen (Hg.): *So funktionierte die DDR. Lexikon der Organisationen und Institutionen*. Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbek 1994. Baumgartner, Gabriel/Hebig, Dieter: *Biographisches Handbuch der DDR/SBZ 1945-1990*. K.G. Saur Verlag, München 1996/1997. Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hg.): *DDR-Handbuch*. Berlin 1985. Dem Nutzer steht neben diesen Werken eine Chronik der wichtigsten politischen und gesellschaftlichen Ereignisse der SBZ/DDR zur Verfügung, die elektronisch mit dem Handbuch des Bundesministeriums verknüpft ist.

Müller-Enbergs, Helmut/Wielgoß, Jan/Hoffmann, Dieter (Hg.): **Wer war wer in der DDR. Ein biographisches Lexikon** (Digitale Bibliothek 54). Directmedia Publishing GmbH, Berlin 2001. CD-ROM. €29,90. Im Buchhandel.

Die elektronische Ausgabe des mittlerweile zum Standardwerk avancierten Lexikons "Wer war wer in der DDR?" entspricht der erweiterten, aktualisierten und überarbeiteten Buchausgabe des Ch. Links Verlags aus dem Jahr 2001. Sie verzeichnet 2741 Biographien wichtiger Personen aus Politik, Verwaltung, Militär, Staatssicherheit, Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur, Medien, Kirche und Opposition. Ergänzend wurden auch wichtige Persönlichkeiten aus der Zeit zwischen 1945 und 1949, einflussreiche sowjetische Diplomaten und Militärs, welche die Politik der DDR maßgeblich beeinflusst haben, sowie Personen, die im Auftrag der DDR in der Bundesrepublik agierten, in das Lexikon aufgenommen.

Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung/Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung Berlin (Hg.): **Bibliographie Bildungsgeschichte 1994/1995; 1995/1996; 1996/1997; 1997/1998; 1998/1999; 1999/2000**. Schnei-

der Verlag Hohengehren, Baltmannsweiler 1995ff. Medienkombinationen Buch/Diskette. 368; 351; 390; 390; 389; 429 S.

Die fortlaufend publizierte Bibliographie verzeichnet u.a. DDR-hochschulgeschichtliche Publikationen.

Barth, Hendrik/Brähler, Elmar: *Zehn Jahre Deutsche Einheit. Die Bibliographie*. Verlag für Wissenschaft und Forschung, Berlin 2000. 275 S. €40,-. Im Buchhandel.

Seit 1990 ist durchschnittlich mehr als ein Buch pro Tag zum Thema Deutsche Einheit, DDR/SBZ, Ostdeutschland/Neue Bundesländer, Transformationsprozesse etc. erschienen. Aufgelistet werden über 5000 Titel nahezu aller Fach- und Themengebiete, die zwischen 1990 und Anfang 2000 veröffentlicht wurden. Die Bibliographie ist übersichtlich nach Fächern und Themen gegliedert und enthält umfangreiche Personen-, Autoren- Schlag- und Stichwortregister.

Berg, Wieland/Gerstengarbe, Sybille/Kleinert, Andreas/Parthier, Benno (Hg.): *Vorträge und Abhandlungen zur Wissenschaftsgeschichte 1999/2000* (Acta Historica Leopoldina Nummer 36). Johann Ambrosius Barth Verlag, Heidelberg 2000. 432 S. €22,95. Im Buchhandel.

In dem vorliegenden Band der Acta Historica Leopoldina, welche bisher der Veröffentlichung von Monographien und Tagungsbeiträgen vorbehalten war, werden erstmalig Vorträge aus dem wissenschaftshistorischen Seminar der Akademie sowie Abhandlungen und Forschungsberichte zur Wissenschaftsgeschichte veröffentlicht. Der Schwerpunkt des Bandes liegt auf Diktaturerlebnissen und -analysen des 20. Jahrhunderts. Im hiesigen Kontext sind folgende Beiträge von Interesse: "Eine Zeitdiagnose des XX. Jahrhunderts – Von einem Betroffenen" (Günter Bruns), "Zur Kirchen- und Hochschulpolitik der SED am Beispiel der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg in den fünfziger Jahren" (Friedemann Stengel), "Die Leopoldina in den konfliktreichen Jahren 1958–1962" (Sybille Gerstengarbe), "Genetik in der Klammer von Politik und Ideologie – Persönliche Erinnerungen" (Helmut Böhme), "„Klassenbiologen“ und „Formalgenetiker“ – Zur Rezeption Lyssenkos unter den Biologen in der DDR" (Ekkehard Höxtermann), "Die Auseinandersetzung des XX. Leopoldina-Präsidenten und Schweizerbürgers Emil Abderhalden um Eigentum und Entschädigung mit der sowjetischen und der amerikanischen Besatzungsmacht (1945–1949). Eine Dokumentation zur Erforschung der letzten Lebensjahre von Emil Abderhalden (1877–1950)" (Michael Kaasch/Joachim Kaasch).

Hartwig, Karin: *Zurückgekehrt. Die Geschichte der jüdischen Kommunisten in der DDR*. Verlag Böhlau, Köln 2000. 446 S. €50,-. Im Buchhandel.

Die hier vorgelegte Habilitationsschrift wurde einschließlich Vorarbeiten von 1991 bis 1999 durchgeführt. Im hiesigen Kontext ist besonders das erste Kapitel "Die DDR - eine 'Heimstatt' für Juden?" von Interesse. In ihm werden verschiedene Lebensläufe nachgezeichnet. Dazu gehören z.B. Hanna Wolf, Rektorin der SED-Parteihochschule, und die Sterns – Leo Stern war in den 50er und 60er eine zentrale Figur der DDR-Geschichtswissenschaft. Weitere Nachkriegskarrieren werden in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen und Organisationen untersucht, so u.a. dem Kulturbund.

Schuster, Ulrike: *Mut zum eigenen Denken? DDR-Studenten und Freie Deutsche Jugend 1961–1965* (Die Freie Deutsche Jugend. Beiträge zur Geschichte ei-

ner Massenorganisation, Bd. 6). Metropol Verlag, Berlin 1999. 239 S. €20,-. Im Buchhandel.

Im Mittelpunkt steht das Wirken der Freien Deutschen Jugend an den Universitäten und Hochschulen der SBZ/DDR von 1946 bis 1965. Der Schwerpunkt wird dabei auf die erste Hälfte der 1960er Jahre gelegt. Es werden politische Kampagnen, ideologische Konflikte wie auch der studentische Alltag beleuchtet. Die Autorin arbeitet heraus, daß die hochschulpolitische Praxis der Jugendorganisation keineswegs immer mit SED-seitigen Vorstellungen kongruent verlief. Dies bedeutete indes nicht, dass im Jugendverband liberale Akzente gesetzt und großzügige Praktiken verfolgt wurden. Im Gegenteil: Konzepte aus der SED-Führung, die den erkannten Modernisierungsbedarf des staatssozialistischen Systems decken sollten, konnte der starre FDJ-Apparat nur zu Teilen in praktische Politik umsetzen. Als Instrument studentischer Interessenvertretung konnte die FDJ zunehmend nur noch randständig, in bestimmten sozialen und alltagskulturellen Bereichen wirken.

Ash, Mitchell G. (Hg.): *Mythos Humboldt. Vergangenheit und Zukunft der deutschen Universitäten*. Verlag Böhlau, Wien 1999. 268 S. €29,65. Im Buchhandel.

In der gegenwärtigen hochschulpolitischen Auseinandersetzung werden nach Aussagen des Herausgebers Bilder aus der Vergangenheit bemüht. Diese seien insbesondere Vorstellungen, die mit dem Namen 'Humboldt' verknüpft sind. Der Sammelband dokumentiert eine interdisziplinär und international besetzte Tagung, die im November 1995 mit Unterstützung des American Institute for Contemporary German Studies an der School of Advanced International Studies (SAIS) der Johns Hopkins University in Washington D.C. stattfand. Ziel der Tagung war, eine sich durch die Geschichtsforschung bietende Einbeziehung einer längerfristigen Perspektive zu forcieren. Diese Sicht könne dazu beitragen, die bislang vorherrschende Einengung der Diskussion auf institutionspolitische Fragestellungen sowie auf kurzatmiges Krisenmanagement aufzubrechen und diese um eine historisch informierte Diskussion der Frage nach dem Sinn und Zweck der deutschen Universitäten zu erweitern. Im hiesigen Kontext sind folgende Beiträge von Interesse: "Humboldt im Staatsdienst. Ostdeutsche Universitäten 1945-1989" (John Connelly), "Die Universitäten im deutschen Vereinigungsprozeß. 'Erneuerung' oder Krisenimport?" (Mitchell G. Ash) sowie "Die Universitäten und die deutsche politische Kultur der Gegenwart" (Hans-Joachim Meyer).

Reschke, Renate: *Denkumbrüche mit Nietzsche. Zur anspornenden Verachtung der Zeit*. Akademie Verlag, Berlin 2000, 406 S. €65,-. Im Buchhandel.

In der vorliegenden Arbeit wird im dritten Teil mit der Thematisierung des „Nietzsche-Diskurses“ in der DDR ein eigenständiger Beitrag zur Geschichte der DDR-Philosophie vorgelegt. Im diesem Kontext sind folgende Beiträge relevant: „Hut ab vor dem Lyriker? Friedrich Nietzsches Dichtung und Sprache aus marxistischer Sicht (Zur Kritik einer Kritik)“ sowie „Das Gerücht Friedrich N. Zu Innen- und massenmedialen Ansichten der Nietzsche-Rezeption in der DDR der achtziger Jahre“. Darin widmet sich die Autorin ausgewählten, aber paradigmatischen Modellfällen der marxistischen Rezeptionsgeschichte. Sie zeichnet darin nicht nur die Verdammung Nietzsches in der DDR nach, sondern zeigt auch, wie dieses Verdikt all jene traf, die sich diesem Diktat nicht unterwerfen wollten. In dem Beitrag „Aufzeichnungen (1980-1989). Nietzsche-Biographisches/Begegnungen. Methodisches. Philosophie, Kulturkritik, Ästhetik“ beschreibt die Autorin schließlich unter anderem subjektive Erfahrungen zum Thema Nietzsche.

Stuhler, Ed/Hübner, Manfred (Hg.): *„Ich war nie Stalinist...“. Von der Schwierigkeit, Sozialismus demokratisch zu denken. Walter Hofmann zum Siebzigsten*

ten. Edition AnsichtSache, Berlin 2000. 138 S. €15,-. Im Buchhandel oder über: AnsichtSache, Rykestrasse 13, 10405 Berlin bzw. www.ansichtssache.de

Die anlässlich des siebzigsten Geburtstages des Kulturwissenschaftlers und Bloch-Schülers herausgegebene Schrift enthält folgende Beiträge: „Nie wieder Diktatur...“. Biographisches über Walter Hofmann“ (Ed Stuhler/Manfred Hübner), „Über Umwege“ (Walter Hofmann), „Schuld und Sühne“ (Ed Stuhler), „Wie beauftragt...“. Bericht eines IM über seine Tätigkeit als Agent provocateur“, „Ernst Bloch und seine Schüler. Für einen humanistischen Sozialismus“ (Klaus Fuchs-Kittowski), „Deshalb unterstütze ich den Antrag...“ (Ed Stuhler), „Wir haben denken gelernt...“. Aus Interviews mit Schülern und Kollegen“ (Ed Stuhler), „Ein begeisterter und begeisternder Hochschullehrer“ (Erwin Pracht), „Er hat sich, früher als wir, nicht mehr geirrt“ (Dieter Klein), „Ein Paradoxon“ (Günter Wendel), „Nach 20 Jahren“ (Walter Hofmann), „Nur Marx, Engels und Lenin“ (Walter Hofmann), „Die Rehabilitation“ (Ed Stuhler), daneben zahlreiche Dokumente und ein Publikationsverzeichnis des Jubilars.

„Helle Panke“ zur Förderung von Politik, Bildung und Kultur e.V. (Hg.): *Philosophische Gespräche I*. Berlin 1999. 58 S. €2,50. Bezug: „Helle Panke“ e.V., Kopenhagener Strasse 76, 10437 Berlin.

In loser Folge erscheinen in der Reihe „Philosophische Gespräche“ für den Druck bearbeitete Texte, die von den Autoren in der gleichnamigen Vortragsreihe des Helle Panke e.V. vorgestellt wurden. Diesmal: „Der moderne Kommunismus und die soziale Frage“ (Peter Ruben) und „Der junge Harich und die Philosophiegeschichte. Wolfgang Harichs Vorlesungen zur Geschichte der Philosophie 1951-1954“ (Camilla Warnke). Im Anhang befindet sich ein Verzeichnis der Vortragsreihe „Philosophische Gespräche“ 1996-1999.

Geisel, Christof/Sachse, Christian: *Wiederentdeckung einer Unperson. Robert Havemann im Herbst 89 - Zwei Studien. Eine Dokumentation* (Schriftenreihe des Robert-Havemann-Archivs Bd. 5). Hrsg. Von der Robert-Havemann-Gesellschaft, Berlin 2000. 217 S. Bezug bei: Robert-Havemann-Gesellschaft, Schliemannstrasse 23, 10437 Berlin.

Die beiden hier vorliegenden Studien gehen der politischen Bedeutung der öffentlichen Wiederentdeckung von Robert Havemann für die DDR im Herbst 1989 nach. Die zentralen Thema sind dabei einerseits die Bürgerrechtsbewegung und ihr Verhältnis zu Havemann im Wendeherbst sowie andererseits die Rehabilitation des ausgeschlossenen und verfeimten Kommunisten durch die marxistisch-leninistische Staatspartei. – Christof Geisel untersucht die Frage, welchen Stellenwert Havemann für die Politik der Bürgerrechtsbewegung hatte und wie es dazu kommen konnte, dass man in den einschlägigen Dokumenten, wie dem „Leipziger Appell ‚Demokratische Initiative‘, seinen Namen vergeblich sucht. Er stellt dabei fest, dass die Flugschriften, Aufrufe und Programmentwürfe der Oppositionsbewegung geradezu von Havemanns Ideen durchdrungen waren, ohne dass diese jedoch bei der politischen Selbstfindung dieser Bewegung eine explizite Rolle spielten. Im Anhang sind Interviews des Autors mit Katja Havemann, Bernd Gehrke, Reinhard Schult und Jens Reich abgedruckt. – Christian Sachse verfolgt in seiner Studie die Frage, wie die SED mit der Unperson Havemann in den Monaten umging, als sich mehr und mehr das Ende ihrer diktatorischen Macht abzeichnete. Ein positiver Rekurs auf Havemann innerhalb der Staatspartei setzte seine Rehabilitation voraus, die zwar begonnen, aber angesichts der sich überschlagenden Ereignisse nicht mehr ordnungsgemäß vollzogen werden konnte. Erst während des Transformationsprozesses von der SED zur PDS ab Januar 1990 spielte Havemann in den Debatten der Partei eine Rolle, jedoch nicht mehr mit dem Ziel, ihn auch formell zu rehabilitieren, sondern seine Ideen für neue politische Konzepte passfähig zu machen. Zwei Aspekte in Havemanns Biographie scheinen dabei besonders attraktiv gewesen zu sein: zum

einen die gelebte Möglichkeit, vom Stalinisten zum demokratischen Kommunisten zu werden, und zum anderen, dass auch ein von der Partei ungerecht behandelter Kommunist Kommunist bleiben kann – und sollte. Im Anhang befinden sich der Abdruck einiger Dokumente sowie ein Kurzcharakteristik der relevanten Personen.

Nowak, Kurt/Siegele-Wenschkewitz, Leonore (Hg.): **Zehn Jahre danach: die Verantwortung von Theologie und Kirche in der Gesellschaft (1989-1999)**. Evangelische Verlagsanstalt, Leipzig 2000. 133 S. €17,-. Im Buchhandel.

Am 28. und 29. Oktober 1999 versammelten sich in Leipzig Mitglieder der „Evangelischen Arbeitsgemeinschaft“, Studierende, Mitarbeiter und Hochschullehrer der Theologischen Fakultät mit Gästen aus Politik und Kirche, um an die Umbrüche des Herbstes 1989 weitergehende Reflexionen anzuknüpfen. Im hochschulgeschichtlichen Kontext sind folgende Beiträge von Relevanz: „Protestantische Universitätstheologie des 20. Jahrhunderts unter dem Einfluss der Politik“ (Leonore Siegele-Wenschkewitz) sowie die umfangliche Studie „Zur Rolle der Theologischen Fakultät in der DDR 1980-1990“ (Friedemann Stengel).

Deutscher Bundestag (Hg.): **Drucksache 14/6694. Bericht des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung (I. Ausschuss) zu dem Überprüfungsverfahren des Abgeordneten Dr. Heinrich Fink gemäß § 44b Abs. 2 des Abgeordnetengesetzes (AbgG) (Überprüfung auf Tätigkeit oder politische Verantwortung für das Ministerium für Staatssicherheit/Amt für Nationale Sicherheit der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik)**. Bundesanzeiger, Bonn 2001. 22 S. Kostenlos bei: Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.

Der Theologieprofessor Heinrich Fink wurde im April 1990 der erste nach Jahrzehnten wieder frei gewählte Rektor der Humboldt-Universität Berlin. In seiner kurzen Amtszeit war Fink eine so populäre wie streitbare und umstrittene Figur. Grundlage seiner fristlosen Kündigung durch den Berliner Senat waren Vorwürfe einer langjährigen Tätigkeit als inoffizieller Mitarbeiter der DDR-Staatssicherheit. Fink wurde 1998 als parteiloser Kandidat Mitglied der Bundestagsfraktion der PDS. Anfang 1999 hatte der Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung des Bundestages begonnen, die mutmaßliche Stasi-Verstrickung des Abgeordneten zu überprüfen. Die Drucksache des Bundestages gibt einen Überblick über die diesbezügliche Arbeit des Immunitätsausschusses und anderer Institutionen und beinhaltet neben Unterlagen des MfS zur Sache die Feststellungen des Ausschusses sowie die Stellungnahme des Abgeordneten Fink.

Ette, Ottmar/Fontius, Martin/Haßler, Gerda/Jehle, Peter (Hg.): **Werner Krauss. Wege. Werke. Wirkungen** (Aufklärung und Europa). Verlag Arno Spitz, Berlin 1999. 324 S. €32,-. Im Buchhandel.

Dem Romanisten Werner Krauss kommt in der deutschen Geistesgeschichte des 20. Jahrhunderts eine außergewöhnliche Stellung zu, die von seiner politischen Parteinahme für das Experiment des Sozialismus mit dem Wechsel von West- nach Ostdeutschland 1947 bis heute überschattet geblieben ist. Mit diesem Band werden die Ergebnisse eines im März 1998 unter gleichem Titel durchgeführten Kolloquiums vorgelegt. Folgende Beiträge sind hervorzuheben: "Deutsche Geistesgeschichte im Spiegel der Krauss-Korrespondenz" (Martin Fontius), "'Von einer höheren Warte aus'. Werner Krauss - eine Literaturwissenschaft der Grundprobleme" (Ottmar Ette), "Formen und Funktionen der literarischen Umsetzung biografischen Erlebens bei Werner Krauss" (Elisabeth Fillmann), "'Mein Standpunkt ist weder ein östlicher noch ein westlicher'. Zur Konzeption der Werner-Krauss-Briefausgabe" (Peter Jehle) und "Briefe von und an Werner Krauss" (Peter-Volker Springborn).

Siehr, Karl-Heinz (Hg.): *Victor Klemperers Werk. Texte und Materialien für Lehrer*. Aufbau-Taschenbuch-Verlag, Berlin 2001. 306 S. € 12,50. Im Buchhandel.

Der Band sucht Klemperers Werk und Biografie für den (insbesondere Deutsch-)Unterricht produktiv zu machen. Der Schwerpunkt liegt dabei auf den Jahren vor 1945. Wissenschaftshistorisch von Interesse ist zudem eine Auswahlbibliographie zum Werk Klemperers, zusammengetragen vom Hrsg.

Kreckel, Reinhard/Peer Pasternack (Red.): *Fünf Jahre HoF Wittenberg – Institut für Hochschulforschung an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Ergebnisreport 1996–2001* (HoF-Arbeitsberichte 1'02), hrsg. von HoF Wittenberg – Institut für Hochschulforschung an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Wittenberg 2002, 80 S. Kostenlos bei: HoF Wittenberg, Collegenstr. 62, 06886 Wittenberg. institut@hof.uni-halle.de

HoF Wittenberg – Institut für Hochschulforschung an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg bestand im Dezember 2001 fünf Jahre. Es war hervorgegangen aus der früheren Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst (1991-1996), welche wiederum im Zentralinstitut für Hochschulbildung der DDR wurzelte. Eine aus diesem Anlass durchgeführte externe Evaluation des Instituts war zu einem positiven Ergebnis gekommen. Der Ergebnisreport resümiert den Aufbau, die Arbeit und die Ergebnisse des Instituts von Dezember 1996 bis Dezember 2001. Er endet mit Darlegungen zur geplanten künftigen Entwicklung und Forschungsprogrammatisierung von HoF Wittenberg.

Paul, Hans-Georg (Hg.): *Die Pädagogische Fakultät der Universität Leipzig. 1946 - 1955. Tagungsbericht. Prägende Lehrerpersönlichkeiten. 23. April 1999*. Leipzig 1999. 35 S.

Mit dieser Veröffentlichung wird ein Treffen ehemaliger Studenten und Mitarbeiter der Pädagogischen Fakultät der Universität Leipzig dokumentiert, das prägende Lehrerpersönlichkeiten der von den Studenten in der Zeit zwischen 1946 und 1955 erlebten Ausbildung in den Mittelpunkt rückte. Mit folgenden Beiträgen: "Professor Hugo Müller. Verdienstvoller Lehrer. Lehrerbildner und pädagogischer Wissenschaftler" (Hans-Georg Paul), "Prof. Dr. habil Alfred Menzel. Ein unbeugsamer Lehrer, Hochschullehrer und Wissenschaftler" (Barbara Kowalzik), "Bertolt Brecht im Januar 1949 als Gast in der Vorlesung Prof. Hans Mayers" (Joachim Biener), "Prof. Dr. Walter Reißmann. Nestor wissenschaftlicher Unterrichtsmethodik und Menschenfreund" (Walter Jahn), "Prof. Dr. Paul Wagner. Erinnerungen an Leben und Werk eines hoch geachteten Lehrers und Hochschullehrers" (Friedrich Zimmermann) und "Werner Renneberg und Karl Werner. Zwei hervorragende Hochschullehrer der Pädagogischen Fakultät an der Universität Leipzig nach ihrer Wiedereröffnung im Jahre 1946" (Horst Möhle).

Pregel, Annedore (Hg.): *Ein historischer Augenblick. Feierliches Symposium zum Abschied des Instituts für Grundschulpädagogik Köthen am 22.9.1997. Dokumentation* (Diskurse zu Schule und Bildung, Werkstatthefte des ZSL, H. 19). Hrsg. vom Zentrum für Schulforschung und Fragen der Lehrerbildung (ZSL) der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Halle 1999. 76 S. + Anh. € 5,-. Bezug bei: Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, FB Erziehungswissenschaften, Institut für Grundschulpädagogik, Sekretariat, Franckeplatz 1, Haus 31, 06110 Halle/Saale.

Mit dem Umzug des Instituts für Grundschulpädagogik der Martin-Luther-Universität von Köthen nach Halle im Jahre 1997 ging eine wechselvolle Geschichte der fast vierhundertjährigen Köthener Lehrerbildung zu Ende. Die Dokumentation enthält neben der Eröffnungsrede der Herausgeberin u.a. folgende Beiträge des Abschiedssymposiums im September 1997: "Perspektiven der Grundschullehrerbildung" (Marianne Horstkemper), "Beitrag der Studierenden" (Ute Zengerling), "Beitrag des Rektors der Martin-Luther-Universität" (Reinhard Kreckel), "Zur Ausstellung 'Geschichte der Köthener Lehrerbildung'" (Herbert Egerland), "Übergänge in historischer und geschichtsphilosophischer Perspektive" (Brita Rang), "Aspekte philosophischer Forschung in Köthen" (Karl Friedrich Wessel), "Aspekte der Köthener Schulbuchforschung" (Günter Schulze), "Aspekte naturwissenschaftlicher Forschung" (Fritz Welsch), "Zur Zukunft der Grundschulpädagogik im Fachbereich Erziehungswissenschaften aus der Sicht ihrer Dekanin" (Ursula Rabe-Kleberg) und "Zur Zukunft der Fachhochschule Anhalt aus der Sicht ihres Rektors" (Dieter Orzessek). Briefe und Presseberichte geben darüber hinaus Einblick in das Echo, das die Veranstaltung fand.

Ichenhäuser, Ernst Zeno: *Wenn möglich - ehrlich. Lebensbericht von einem der auszog, Revolution zu machen.* Verlag am Park, Berlin 1999, 522 S., €12,50. Im Buchhandel.

Der Autor war als Chefredakteur der 'neuen schule' bzw. der späteren 'Lehrerzeitung' vielen DDR-Pädagogen bekannt. 1910 geboren, engagierte er sich während der NS-Zeit als Mitglied im Kommunistischen Jugendverband. Der Illegalität folgten Konzentrationslager und Gefängnis. Nach dem Krieg kehrte er 1946 aus dem englischen Exil zurück und wurde Journalist. Ichenhäuser legt mit diesem Buch seinen Lebensbericht vor.

Mierau, Johannes: *Die juristischen Abschluß- und Diplomprüfungen in der SBZ/DDR. Ein Einblick in die Juristenausbildung im Sozialismus* (Rechtshistorische Reihe Bd. 233). Verlag Peter Lang, Frankfurt am Main 2001. 276 S. €45,-. Im Buchhandel.

Im Mittelpunkt dieser Dissertation steht die Entwicklung der juristischen Abschluss- und Diplomprüfungen in der SBZ/DDR im Zeitraum von 1945 bis 1991. Dabei bettet der Autor das Thema zunächst in die Beschreibung der allgemeinen hochschulpolitischen Entwicklung in der DDR ein, in dem er die Auswirkungen der II. und III. Hochschulreform für das Fach sowie die Folgen der Babelsberger Konferenz für das juristische Prüfungswesen erläutert. In den darauffolgenden Kapiteln setzt er sich mit den Prüfungen zum Ersten juristischen Staatsexamen von 1947 bis 1953 und den Diplomarbeiten der 70er bis Ende der 80er Jahre auseinander. Dabei geht er insbesondere auf Unterschiede zwischen einzelnen Universitäten (HUB Berlin, FSU Jena, KMU Leipzig und ASR Potsdam-Babelsberg) ein. Im abschließenden Kapitel wird u.a. einerseits die öffentliche Diskussion um die Gleichwertigkeit der ost- und westdeutschen juristischen Abschlüsse nachgezeichnet. Andererseits kommentiert er, inwieweit das juristische Prüfungswesen der DDR ein Modell für eine Neuregelung im aktuellen Deutschland sein kann.

Müller, Eva/Richter, Horst/Tesch, Joachim (Hg.): *Ein Leben für die Wissenschaft der Statistik. Werk und Wirken von Felix Burkhardt. Beiträge des Kolloquiums in Leipzig am 31. Oktober 1998.* Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V., Leipzig 2000. 101 S. Bezug: Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, Harkortstrasse 10, 04107 Leipzig.

Felix Burkhardt lehrte seit 1930 an der Universität Leipzig, zunächst neben seiner Tätigkeit als Abteilungsleiter im Sächsischen Statistischen Landesamt, ab 1938 dann hauptberuflich als Professor für Statistik mit einer kurzen Unterbrechung bis zu seiner Emeritierung im

Jahre 1969. Seit 1952 leitete er den Lehrstuhl für Wirtschaftsmathematik und mathematische Statistik an der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät und den Lehrstuhl für Statistik an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät. Er lehrte auch viele Jahre an der Humboldt-Universität zu Berlin. Im hiesigen Kontext interessieren insbesondere folgende Beiträge: "Felix Burkhardt (1888-1973) – ein Leben für die Wissenschaft" (Carl Otto), "Felix Burkhardt als Hochschullehrer an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Karl-Marx-Universität Leipzig" (Horst Richter), "Das Wirken von Felix Burkhardt bei der Wiederaufnahme der statistischen Forschung und Lehre an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Leipziger Universität nach 1946" (Helmut Bernt/Eva Herrde), "Das Wirken Felix Burkhardts in Lehre und Forschung an der Humboldt-Universität zu Berlin" (Carl Otto), "Das Wirken von Felix Burkhardt aus der Sicht eines seiner Schüler" (Gotthard Forbig). Im Anhang befindet sich zudem ein Verzeichnis der wissenschaftlichen Veröffentlichungen von Felix Burkhardt sowie ein Verzeichnis ausgewählter Literatur über den Forscher.

Beyer, Klaus/Scholz, Dieter (Hg.): **Landschaft - Theorie, Praxis und Planung: Günter Haase zum 65. Geburtstag** (Abhandlungen der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig. Mathematisch-naturwissenschaftliche Klasse Bd. 59 H. 2). Verlag Hirzel, Stuttgart/Leipzig 2000, 38 S. €27,-. Im Buchhandel.

Die anlässlich des 65. Geburtstages des Geographen und ehemaligen Präsidenten der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig erschienene Schrift enthält neben dem obligatorischen Glückwunschsreiben (Gotthard Lercher), der Begrüßung (Alois Mayer) und der Laudatio (Rolf Schmidt) auch eine Bibliographie des Jubilars.

Weber, Wolfhard/Engelskirchen, Lutz: **Streit um die Technikgeschichte in Deutschland 1945 – 1975** (Cottbuser Studien zur Geschichte von Technik, Arbeit und Umwelt Bd. 15), Verlag Waxmann, Münster 2000. 446 S. €25,-. Im Buchhandel.

Im Mittelpunkt dieser Studie steht der gesellschaftliche und institutionelle Gründungskontext technikhistorischer Forschung sowie die Vorstellungen und Handlungen der Fürsprecher der Disziplin Technikgeschichte. Dabei werden west- wie ostdeutsche Entwicklungen bis Mitte der 1970er Jahre nachgezeichnet. So waren in der DDR frühe Ansätze zu einer politischen Deutung von Technik durch parteinahe Auffassungen stark beeinflusst worden. Im 3. Kapitel wird u.a. die Technikgeschichte an der Technischen Universität Dresden in der ersten Hälfte der 1950er Jahre untersucht. Dabei wird auch auf die Person Richard Woltd eingegangen. Das 4. Kapitel erörtert u.a. die Produktivkraftgeschichtsschreibung und Kaderplanung im Zeitraum 1956-1964. So wird sich mit dem Arbeitskreis für Geschichte der Produktivkräfte auseinandergesetzt. Ein Abschnitt im 5. Kapitel beschreibt die Bedeutung der Technikgeschichte an der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) und Dresden sowie den Berliner Hochschulen. Ein umfassendes Literaturverzeichnis sowie beigefügte Dokumente schließen den Band ab.

Parthier, Benno (Hg.): **Leopoldina Jahrbuch 2000** (Leopoldina Reihe 3, Jahrgang 46). Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina, Halle/Saale 2000. 534 S. Im Buchhandel.

Das Jahrbuch 2000 dokumentiert u.a. die Akademie-Gedenkveranstaltung für Kurt Mothes, dem XXII. Präsidenten der Leopoldina, anlässlich seines 100. Geburtstages mit verschiedenen Artikeln: "Der Leopoldina Dank und Anerkennung für ihren XXII. Präsidenten" (Benno Parthier) und "Dankeswort der Familie Mothes" (Winrich Mothes). Dieser Abschnitt enthält ebenfalls eine Auflistung aller Gedenkvorlesungen zu Kurt Mothes. Darüber hinaus sind im hiesigen Kontext folgende Beiträge des Bandes von Interesse: "Tradition und Zeitbezogenheit. Zum Porträt des Akademiepräsidenten Kurt Mothes von Conrad Felix-

müller" (Friedbert Ficker) sowie „N.W. Timoféef-Ressovsky als Mitglied der Leopoldina" (Benno Parthier).

UFZ-Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle (Hg.): **Leipzig Permoserstraße. Zur Geschichte eines Industrie- und Wissenschaftsstandorts**. Passage Verlag, Leipzig 2001. 346 S. €25. Im Buchhandel.

Der anlässlich des 10-jährigen Bestehens des UFZ-Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle herausgegebene Sammelband gibt einen Überblick über die Geschichte des Industrie- und Wissenschaftsstandortes Leipzig Permoserstrasse, der neben dem UFZ auch die Hugo Schneider Aktiengesellschaft (Hasag) und die naturwissenschaftlich-technischen Institute der Akademie der Wissenschaften der DDR beherbergte. Die Beiträge im einzelnen: Zur Hugo Schneider Aktiengesellschaft (Hasag): "Chronik", "Von der Petroleumlampe zur Panzerfaust", "Exkurse und Dokumente zur Geschichte der Hasag", "Die Standorte der Firma im Zweiten Weltkrieg" (Mustafa Haikal), "Die Entwicklung der Panzerfaust durch die Hasag" (Wolfgang Fleischer), "Der Einsatz von KZ-Häftlingen in den Werken der Hasag 1944/45" (Irmgard Seidel), "Zur Baugeschichte und zum Produktionsprofil des Leipziger Standorts" (Oliver Modes). – Zu den naturwissenschaftlich-technischen Akademieinstituten: "Chronik", "Ein neuer Wissenschaftsstandort - der Aufbau der physikalisch-chemischen Institute", "Exkurse und Dokumente zur Geschichte der Institute", "Die Stammdaten der Institute" (Mustafa Haikal), "Von den Nationalen Traditionen zur Nachkriegsmoderne – die Architektur des Forschungszentrums Permoserstraße" (Christoph Kühn), "Der Beginn der Anwendung stabiler Isotope im Institut für physikalische Stofftrennung" (Peter Krumbiegel), "Die Forschungen zur angewandten Radioaktivität am Wissenschaftsstandort Permoserstraße" (Rene Otto/Hans-Christian Treutler), "Das Zentralinstitut für Isotopen- und Strahlenforschung" (Frieder Bigl /Reiner Mehnert), "Stabile Isotope in der naturwissenschaftlichen Forschung" (Klaus Jung/Hans Faust/Christian Jonas), "Einige Bemerkungen zur Strahlenforschung am Zentralinstitut für Isotopen- und Strahlenforschung" (Reiner Mehnert), "Ein Rückblick auf die Arbeit des Instituts für Biotechnologie" (Hans-Dieter Pöhlend/Gerhard Otto), "Die Wende- und Nachwendezeit an den Zentralinstituten des Forschungsstandortes Permoserstraße" (Wolfgang Renker/Gerhard Otto/Christian Jonas/Hans-Heinrich Decke/Hans-Georg Wolf), "Der Weg in die Selbständigkeit. Ein Blick zurück" (Dieter Modes), "Nachwende-Neustart-Erinnerungen" (Frieder Bigl). – Zum UFZ-Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle GmbH: "Chronik" (Susanne Hufe/Doris Böhme), "Visionen und Konzepte. Ein Interview mit Hans Wolfgang Levi" (Mustafa Haikal), "In Leipzig war alles anders. Erinnerungen an die Anfangszeit des UFZ" (Karl Tichmann), "Die Philosophie und Struktur des UFZ", "Gefährliches Erbe" (Holger Weiß), "Biotechnologien für die Umwelt" (Ulrich Stottmeister) "Flüsse und Seen im Wandel" (Walter Geller), "Artenvielfalt verstehen und erhalten" (Klaus Henle), "Lebensraum Stadt"(Jürgen Breuste), "Der Wissenschaftspark Leipzig/Permoserstrasse e.V." (Benno Kocieczny/Reinart Feldmann), "Gedanken zur Entwicklung der Gebäude und baulichen Anlagen des Umweltforschungszentrums in den Jahren 1992 bis 2000" (Karl-Heinz Zimmermann), "Von der Lust, unterwegs zu sein. Der Wissenschaftler Peter Fritz" (Mustafa Haikal/Karlheinz Merkel).

Beneke, Klaus: **Die Kolloidwissenschaftler Peter Adolf Thiessen, Gerhart Jander, Robert Havemann, Hans Witzmann und ihre Zeit** (Mitteilungen der Kolloid-Gesellschaft, Beiträge zur Geschichte der Kolloidwissenschaften Bd. IX). Verlag Reinhard Knof, Nehnten 2000. 214 S. Bezug: Im Buchhandel oder bei Verlag Reinhard Knof, Am Holm 17, 24226 Nehnten.

Die vorliegende Arbeit widmet sich den unterschiedlichen Charakteren, der Zeit und Zeitgeschichte sowie der Forschungsgebiete der vier Kolloidwissenschaftler Thiessen, Jander,

Havemann und Witzmann. Alle vier wuchsen im Kaiserreich auf, erlebten den ersten Weltkrieg und die Inflation. Als besonders prägend erwies sich jedoch die Zeit des Nationalsozialismus. Nach dem Ende des zweiten Weltkrieges ging Thiessen als "Spezialist" in die Sowjetunion, Havemann und Witzmann wirkten in der SBZ, und Jander ging nach Westberlin. Bekannt wurden sie durch höchst unterschiedliches Engagement: Thiessen durch seine Rolle als Wissenschaftsorganisator sowohl im Dritten Reich als auch später in der DDR, Havemann als DDR-Dissident und Jander durch seine Lehrbücher zur Chemie. Im Anschluss an jede Biographie befindet sich ein Publikationsverzeichnis des jeweiligen Forschers.

Abele, Johannes/Barkleit, Gerhard/Hänseroth, Thomas (Hg.): *Innovationskulturen und Fortschrittserwartungen im geteilten Deutschland* (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung Bd. 19). Böhlau Verlag, Köln/Weimar/Wien 2001. 376 S. €44,-. Im Buchhandel.

Die Aufsätze des vorliegenden Sammelbandes gründen auf Vorträgen der Tagung "Politische Herrschaft und moderne Technik. Innovationskulturen in der DDR und der Bundesrepublik", die im Dezember 1999 in Dresden stattfand. Organisatoren dieser Tagung waren das Hannah-Arendt-Institut, welches erste Forschungsergebnisse zur Entwicklung von Schlüsseltechnologie in der DDR vorzuweisen hatte, und das Institut für Technikgeschichte, das erste Resultate des Forschungsprojektes "Rolle der Hochschulen im Innovationssystem der DDR zwischen 1945 und 1990 - ein Systemvergleich DDR - BRD" präsentieren konnte. Im engeren DDR-hochschul- und wissenschaftsgeschichtlichen Kontext sind folgende Aufsätze von Interesse: "Einige Besonderheiten der Kernenergieentwicklung in der DDR" (Peter Liewers), "Messen-Steuern-Regeln. Automatisierungstechnik im Verbund von Industrie, Hochschule und Akademie der Wissenschaften in der DDR" (Ralf Pulla), "Strategie des Nacherfindens. Die Mikroelektronik der DDR zwischen dem Embargo des Westens und der Kooperationsverweigerung des Ostens" (Gerhard Barkleit), "Die Innovation des Lasers in Deutschland - Forschungen an der TU Berlin und der Universität in Jena im Vergleich" (Helmuth Albrecht), "Fachleute für alle Fälle? Zum Neubeginn an der TH Dresden nach dem Zweiten Weltkrieg" (Thomas Hänseroth), "Regionalisierung in der DDR. Fragen zur Entwicklung des Hochschulwesens" (Johannes Abele) und "Innovationskollegs als Beitrag zur Profilerneuerung und innovativer Forschung an ostdeutschen Hochschulen" (Gabriele Valerius/Hans-Jürgen Wagner).

Pleschak, Franz/Fritsch, Michael/Stummer, Frank: *Industrieforschung in den neuen Bundesländern* (Technik, Wirtschaft und Politik Bd. 42). Hrsg. vom Fraunhofer-Institut für Systemtechnik und Innovationsforschung (ISI), Physica-Verlag, Heidelberg 2000, 163 + XI S. €45,-. Im Buchhandel.

Die Autoren charakterisieren die Entwicklung der ostdeutschen Industrieforschung nach 1990 und arbeiten die wachsenden Anforderungen an die Innovationstätigkeit heraus. Auf dieser Grundlage und unter Einbeziehung empirischer Untersuchungen zu Wettbewerbs- und Leistungsfähigkeit von innovativen Unternehmen, FuE-Dienstleistern, externen und institutionell geförderten Forschungseinrichtungen geben die Autoren sowohl Vorschläge für die Erhöhung der Wirksamkeit der industriellen Forschung und Entwicklung als auch Anregungen für Unterstützungsleistungen durch die Forschungs-, Technologie- und Innovationspolitik. Dabei greifen sie auf vergleichende Untersuchungen in westdeutschen Regionen zurück. Sie zeigen Entwicklungswege der Industrieforschung in den neuen Bundesländern und des deutschen Innovationssystems als Ganzes auf. Kapitel: Merkmale der ostdeutschen Industrieforschung. - Die ostdeutsche Industrieforschung in deutschen Innovationssystemen. - Untersuchungen zur Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der ostdeutschen Industrieforschung. - Fallbeispiele für die Forschungs- und Technologiepolitik in

westdeutschen Regionen. - Anforderungen an die ostdeutsche Industrieforschung zur Erhöhung ihrer Wettbewerbs- und Leistungsfähigkeit und Schlussfolgerungen für Unterstützungsmaßnahmen.

Gross, Bernd/Pleschak, Franz: ***Technologie- und Gründerzentren im Freistaat Thüringen. Untersuchungen zur Leistungsfähigkeit. Kurzfassung einer Studie für das Thüringer Ministerium für Wirtschaft und Infrastruktur.*** IRB Verlag, Stuttgart 1999. 72 S. €14,50. Im Buchhandel.

Die Autoren geben eine Übersicht über die Entwicklung der acht Thüringer Technologie- und Gründerzentren und ihre Unternehmensstruktur, FuE-Orientierung und Flächenstruktur, stellen für ausgewählte Aspekte der Leistungsfähigkeit dar, welche Arbeitsmethoden und Lösungswege die Zentren in Thüringen nutzen, um eine hohe Wirksamkeit zu erzielen. Abschließend werden Schlussfolgerungen für die weitere Arbeit und Schwerpunkte der Profilierung des Netzwerkes der Technologie- und Gründerzentren aufgezeigt.

Pleschak, Franz/Stummer, Frank/Ossenkopf, Birgit: ***Erfolgsmodell FUTOUR. Technologieorientierte Unternehmungsgründungen in den Neuen Ländern.*** Hrsg. vom Fraunhofer Institut für Systemtechnik und Innovationsforschung im Auftrag der tbG Technologie-Beteiligungsgesellschaft mbH der Deutschen Ausgleichsbank (Deutsche Ausgleichsbank Wissenschaftliche Reihe Bd. 14). Hrsg. von der Deutschen Ausgleichsbank, Berlin 2000, 91 S. Im Buchhandel.

Pleschak, Franz/Henning, Werner: ***Junge Technologieunternehmen in den neuen Bundesländern. Chancen und Risiken der im Modellversuch TOU-NBL geförderten Unternehmen.*** Hrsg. vom Fraunhofer-Institut für Systemtechnik und Innovationsforschung ISI. IRB Verlag, Stuttgart 1999.71 S. €15,-. Im Buchhandel.

Die Autoren charakterisieren die wirtschaftliche Entwicklung von Technologieunternehmen der neuen Bundesländer, deren Gründung das BMBF im Rahmen des Modellversuchs "TOU-NBL" förderte. Sie analysieren die Umsatz- und Beschäftigtenentwicklung sowie die Scheiterquote der Unternehmen über mehrere Jahre und vergleichen diese mit anderen Gründungskohorten. Untersuchungen zum Zusammenhang zwischen den Unternehmensmerkmalen und der wirtschaftlichen Entwicklung ermöglichen es, Schlussfolgerungen über das Wirken von Erfolgsfaktoren zu ziehen und damit den Unternehmen Anregungen für erfolgversprechende Entscheidungen zum Unternehmensaufbau zu vermitteln. Abschließend behandeln die Autoren Entwicklungsprobleme der Technologieunternehmen in Forschung und Entwicklung, beim Marketing und der Finanzierung.

Pleschak, Franz: ***Technologieorientierte Unternehmensgründungen - der Beitrag des Business Development Centers Sachsen.*** IRB Verlag, Stuttgart 2000. 94 S. €16,-. Im Buchhandel.

Der Autor stellt die Konzepte des sächsischen Business Development Center (BDCS) dar und zeigt, wie diese dazu beitragen, die Ausgangsbedingungen für technologieorientierte Unternehmensgründungen zu verbessern. Die empirischen Untersuchungen ermöglichen es, die Wirksamkeit der BDCS-Qualifizierungs-, Betreuungs- und Coachingleistungen zu bewerten und Aussagen über die Merkmale der mit BDCS-Unterstützung gegründeten Unternehmen zu treffen. Fallbeispiele veranschaulichen die Entwicklungswege und Entscheidungssituationen dieser jungen technologieorientierten Unternehmen.

Specht, Jürgen: *Industrielle Forschung und Entwicklung: Standortstrategien und Standortnetzungen: Am Beispiel de Regionen Rhein-Main, Bodensee und Dresden* (Wirtschaftsgeographie Bd. 14). LIT Verlag, Münster 1999, 245 S. €25,-. Im Buchhandel.

Innovationen sind in der modernen Wirtschaft zumeist das Resultat eines organisierten Forschungs- und Entwicklungsprozesses durch die privaten Unternehmen selbst. Dieser Prozess ist in Deutschland in einigen wenigen Regionen räumlich hoch konzentriert. Auf der Grundlage von neuen Konzepten der Unternehmensorganisation und des Netzwerkes möchte diese Untersuchung dazu beitragen, die Frage nach dem Verhältnis zwischen Aufbau räumlich dezentraler Strukturen auf Unternehmensebene und den regionalen Auswirkungen dieser Strategien beantworten. Dazu wird u.a. eine Regionalstudie Dresden vorgelegt.

Sächsisches Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst (SMWK) (Hg.): *Berufsakademie Sachsen. Der andere Weg zum Diplom*. Dresden 2001, 21 S. Kostenlos bei: Zentraler Broschürenversand der Sächsischen Staatsregierung, Hammerweg 30, 01127 Dresden, publikationen@sachsen.de

Zum zehnjährigen Bestehen der Berufsakademie als Bildungseinrichtung in Sachsen wurde diese Broschüre herausgegeben. Grundidee der Institution ist das sog. duale Prinzip, die enge Verknüpfung von Theorie und Praxis. Die Broschüre informiert über das Studienangebot, über Zulassungsvoraussetzungen, Abschlüsse und berufliche Perspektiven für die Absolventen. Die gegenwärtig sieben Standorte in Bautzen, Breitenbrunn, Dresden, Glauchau, Leipzig, Plauen und Riesa werden mit ihren inhaltlichen Profilen vorgestellt. Dozenten und Studierende, Praxispartner und Absolventen berichten von ihren Erfahrungen.

3. Unveröffentlichte Graduierungsarbeiten

Worschesch, Franz: *Der Weg der deutschen Geschichtswissenschaft in die institutionelle Spaltung (1945-1965)*. Inaugural-Dissertation, Philosophische Fakultät I der Universität Erlangen-Nürnberg, 1990, 349 S.

Die vorliegende Arbeit ist das überarbeitete Ergebnis eines zweijährigen Forschungsprojektes von 1980 bis 1982 und zeichnet die institutionelle Spaltung der deutschen Geschichtswissenschaft in vier aufeinanderfolgenden Etappen nach. Während in der ersten Phase (1945-1949) im wesentlichen noch gesamtdeutsche Aspekte den Neuanfang der Geschichtswissenschaft sowohl in Westdeutschland als auch in der DDR/SBZ beherrschten, ist die zweite Etappe (1949-1956/57) geprägt von einem Wechselspiel aus Kooperation und Auseinandersetzung. Die dritte Etappe (1958-1960) führt zu einer Konfliktverschärfung und schließlich auch zur formellen Separierung. Die vierte und letzte hier untersuchte Phase (bis 1965) endet schließlich in einer teilweise Normalisierung des Verhältnisses innerhalb der Geschichtswissenschaften auf der Grundlage der Spaltung.

Heitkamp, Sven: *Geschichtswissenschaft in Leipzig. Walter Markov zwischen Partei und Professionalität 1946 bis 1958*. Magisterarbeit an der Universität Hamburg, Hamburg 1999. 187 S.

Walter Markov prägte als Professor und Emeritus in Leipzig mehr als vier Jahrzehnte die Geschicke der Historischen Institute in der DDR. Die Arbeit versucht, einige Entwicklungslinien, Kontinuitäten und Brüche im Leben des Historikers und politischen Bürgers aufzuzeigen. Dabei bilden die Wechselwirkungen auf den Feldern der Wissenschaft und der

Politik die zentralen Ansätze der Untersuchung. Als Leitlinie dienen die Fragestellungen, wie sich Markovs Weg zum kommunistischen Akademiker vollzog und sich der allseitige Erkenntnisdrang des marxistischen Historikers, der am Beginn seiner Karriere aus der SED ausgeschlossen wurde, im Korsett der staatlich gelenkten DDR-Wissenschaft entwickeln konnte.

Nötzoldt, Peter: *Wolfgang Steinitz und die Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin. Zur politischen Geschichte der Institution (1945-1968)*. Inaugural-Dissertation, Philosophische Fakultät I der Humboldt-Universität zu Berlin, Berlin 1998. 376 S.

Ziel dieser Dissertation ist es, die wissenschaftspolitischen Ziele der SED-Führung im Zeitraum von 1946 bis zur Akademiereform 1968 zu verdeutlichen und in ihren Entstehungszusammenhang einzuordnen. Dabei werden auch die Einflussnahme der Gelehrten der Akademie auf die Gestaltung dieser Wissenschaftspolitik und ihre Wirkungen untersucht sowie der Frage nachgegangen, inwieweit es der SED-Führung gelang, ihren Anspruch auf die Lenkung und Kontrolle der Akademie durchzusetzen. Im Mittelpunkt dieser Untersuchung steht dabei das Wirken des Linguisten und Ethnographen Wolfgang Steinitz (1905-1967), der an zentraler Stelle der damaligen Auseinandersetzung um die Ausformung der praktizierten Wissenschaftspolitik stand.

Ploenus, Michael: *Aufbruch und Erneuerung. Die Wende an der Friedrich-Schiller-Universität Jena 1988-1993*. Magister-Abschlussarbeit, Historisches Institut, Philosophische Fakultät der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Jena o.J. [1999], 149 S.

Die Arbeit zeichnet ein sehr detailliertes Bild der Wende- und Nachwendereignisse an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Bereits in den Jahren 1988/89 zeigten einige studentische Aktionen (Proteste gegen Sputnik-Verbot, gegen die Fälschung der Kommunalwahlen, Versuch, eine eigene Studentenzeitung zu gründen) eine wachsende Unzufriedenheit mit den Verhältnissen an der Universität. Mit dem Beginn des Umbruchs setzte auch an der Universität eine breite, wiederum vornehmlich von Studenten getragene Protestbewegung ein, es begann ein "Herbst der Studenten" (Organisation erster freier Veranstaltungen, Zerschlagung der FDJ-Strukturen an der Universität etc.). Der eigentliche Träger des Umbruchs an der Universität war jedoch ein Kreis von hauptsächlich aus der Medizin stammenden Lehrkräften, der sich Anfang Dezember in einer Aktionsgemeinschaft zur demokratischen Erneuerung der Hochschule (ADEH) zusammengefunden hatte. Der ADEH gelang es, Neuwahlen des Wissenschaftlichen Rates und des Senats durchzusetzen, die einen erheblichen Einflussgewinn bedeuteten und schließlich die Neuwahl des Rektors ermöglichten. Diese Wahl stellte einen entscheidenden Wendepunkt der inneruniversitären Entwicklung dar, da zunächst mit Gerhard Riege ein Kandidat gewählt wurde, der nicht dem ADEH-Lager angehörte. Aufgrund formaljuristischer Beanstandungen wurde diese Wahl jedoch annulliert und im zweiten Wahlgang schließlich mit Ernst Schmutzer ein Anhänger der ADEH zum Rektor gewählt. Der Wahl folgte ein Zeit der Probierens, in der es zu massiven Stellenkürzungen und Um- und Neustrukturierungen kam, die etwa bis zum Ende der Amtszeit Schmutzers im Frühjahr 1993 andauerte.

Karin Zimmermann: Spiele mit der Macht in der Wissenschaft. Paßfähigkeit und Geschlecht als Kriterien für Berufungen. Ed. Sigma, Berlin 1999. 224 Seiten, ISBN: 3-89404-474-8, €18,90

Das deutsche Hochschulwesen sieht einer Emeritierungswelle entgegen. Die Generation, die als „68er“ einst die Hochschulen stürmte, um die alten Zöpfe abzuschneiden und den Mief aus den Talaren zu schütteln, wird in den nächsten Jahren fast so kollektiv wie sie die Hochschulbühne einst betrat, diese auch wieder verlassen. Obwohl die eine oder andere Professur Sparauflagen oder Umstrukturierungen zum Opfer fallen dürfte, wird die Anzahl der zu erwartenden Ausschreibungen mit Sicherheit über das übliche Maß hinausgehen. Es gibt also eine zweite Chance - eine Chance, etwas an dem nach wie vor männlich dominierten Erscheinungsbild der Professorenschaft zu ändern. Die erste - regional zwar begrenzte, dennoch von relevanter Größenordnung - wurde mehr oder weniger vertan. Über 10 Jahre ist es her, dass im Zuge der Wiedervereinigung die flächendeckende Neubesetzung der Professuren an den Hochschulen der neuen Bundesländer auf der Tagesordnung stand. Schon damals zählte die Beseitigung der für Wissenschaftlerinnen bestehenden Nachteile zu den im Hochschulrahmengesetz verankerten Aufgaben der Hochschulen. Noch fehlte allerdings die Kopplung von staatlicher Finanzierung und Fortschritten bei der Erfüllung des Gleichstellungsauftrages, die erst 1998 eingeführt wurde². Die Bilanz der Stellenbesetzung fällt ernüchternd aus. Der (plakativen) politischen Willensbekundung sind keine nennenswerten Taten gefolgt. Mitte der 90er Jahre, als das Berufungsgeschehen im wesentlichen abgeschlossen war, erreichte der Professorinnenanteil an ostdeutschen Hochschulen rund 11 Prozent. Er lag damit zwar über dem DDR-Wert (1989: 9,3 %) und deutlich über dem der alten Bundesländer (1995: 7,6 %), läßt sich aber schwerlich als spürbarer Schritt in Richtung Gleichstellung interpretieren³. Inzwischen wurde mit dem Eintritt in das neue Jahrtausend bundesweit die 10-Prozent-Hürde übersprungen (2000: 10,5 %). Sollte sich die Entwicklung nicht drastisch beschleunigen, werden bis zur paritätischen Besetzung der Professuren noch Jahrzehnte ins

² Hochschulrahmengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 9.4.1987 (BGBl. I S.), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 20.8.1998 (BGBl. I S. 2190).

³ Burkhardt, Anke (1999): Frauen und Mädchen in Bildung und Wissenschaft. Frankfurt/M., S. 71.

Land gehen. An renommierten, standortmäßig attraktiven Hochschulen auf C4-Professuren bzw. C3-Fachhochschulprofessuren wird man gegenwärtig in Ost wie in West zumeist vergeblich nach einer Frau Ausschau halten, erst recht, wenn es sich um ein männlich tradiertes Fach handelt.

Der Frage nach dem Warum, ging *Karin Zimmermann* nach, deren Dissertation in überarbeiteter Fassung nunmehr als Buch vorliegt. Geboten wird eine fundierte, neue Einsichten in bekannte Phänomene eröffnende Analyse, die sich in erster Linie für entscheidungskompetente Hochschulpolitiker, aber auch für Frauenforscherinnen als Lektüre empfiehlt. Kenntnis darüber, durch welche Machtverhältnisse und Rekrutierungsmechanismen die Reorganisation der Personalstrukturen an ostdeutschen Hochschulen determiniert wurde, ist nicht nur von wissenschaftlichem Interesse, sondern auch von politischer Brisanz, denn der bevorstehende Generationenwechsel öffnet den Akteur/-innen ebenso wie die Dienstrechtsreform erneut ein Feld für „Spiele mit der Macht“, deren Ausgang mit langfristigen Konsequenzen für die Personalstruktur und das Erscheinungsbild der Hochschule von morgen verbunden sein wird.

Im Focus der Untersuchung stand die Berufungspolitik an ostdeutschen Universitäten im Zeitraum 1990/91 bis 1995. Dabei wurde in einem ersten Schritt den Funktionsmechanismen der Personalrekrutierung nachgegangen: „Welches sind die eigentlich entscheidungsrelevanten Personen? Wie werden die handelnden Personen rekrutiert? Wie sehen die Entscheidungsprozesse aus, nach welchen Kriterien wird entschieden und wie wird diese Handeln begründet?“ (S. 57). Hauptinformationsquelle bildeten 35 Gespräche mit Expertinnen und Experten, die auf universitärer oder überuniversitärer Ebene aktiv an der Reorganisation beteiligt waren. Ergänzende statistische Angaben ermöglichen die Einordnung der empirischen Befunde in den Gesamtprozess. Mitglieder von staatlich beauftragten Wissenschaftsgremien kamen ebenso zu Wort wie Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte. Die zahlreichen, im Buch präsentierten Interviewauszüge vermitteln einen lebendigen Eindruck von der damaligen Atmosphäre, in der ein plötzliches Machtvakuum durch Ausdehnung des westdeutschen wissenschaftspolitischen Machtfeldes mit seinem eingeschliffenen Prozedere der Gremienbesetzung und Hochschullehrerberufung kompensiert wurde. Nach Auffassung der Autorin trafen hierbei zwei historisch kompatible Geschlechterordnungen aufeinander, die trotz voneinander abweichender Sozialstruktur über eine einheitliche symbolische Logik verfügten. Für die relative Reibungslosigkeit der Etablierung

des männlichen Machtmonopols im Verlauf der personellen Erneuerung werden im wesentlichen zwei Erklärungsansätze herangezogen. Einerseits hätte der Trugschluss ostdeutscher Wissenschaftlerinnen (die insbesondere im Mittelbau weit stärker vertreten waren als an westdeutschen Hochschulen), „daß die formale Gleichberechtigung (auch bei den Männern) ein Umdenken bewirkt habe und gleiche Durchsetzungschancen für Frauen beinhalte“ (S. 189), zu einer Dethematisierung des Geschlechterverhältnisses geführt. Andererseits hätten die mehrheitlich westlich sozialisierten Entscheidungsträger in der sozialen Auseinandersetzung mit der Frauenbewegung in den 80er Jahren einen Wissens- und Erfahrungsbestand erworben, der von ihnen im Reorganisationsverlauf in „Strategien der Konfliktvermeidung“ (S. 187) übersetzt worden sei. So wäre der Eindruck einer geschlechtsneutralen, ausschließlich fachlichen Qualitätskriterien folgenden Prozessgestaltung entstanden.

Der besondere Wert des Buches erwächst aus der Einbettung der empirischen Befunde in ein überzeugendes theoretisches Konzept der Bildung und Absicherung von Machtfeldern in sozialen Räumen sowie der Bedeutung von Passfähigkeit und Geschlecht für die Besetzung von Positionen innerhalb der Machträume. Das Rüstzeug liefert Bourdieu, der im „Homo academicus“ die allgemeinen Zusammenhänge zwischen Habitus und sozialen Feldern universitätsspezifisch ausdifferenzierte, um so „der sozialen Logik der Rekrutierung der Körperschaft“⁴ auf die Spur zu kommen. Operiert wird mit solchen Kategorien wie Kapital, Macht, sozialer Raum und Geschlecht, und zwar in einer Vielzahl begrifflicher Kombinationen und Variationen. Dies stellt angesichts potenzieller Interessent/-innen verschiedenster Qualifikation und Profession ein gewisses Handicap dar, denn dem mit soziologischer Terminologie nur wenig vertrauten Leser respektive Leserin gleitet der rote Faden schnell aus der Hand.

Ungeachtet der Teilfinanzierung des Projektes durch das „Förderprogramm Frauenforschung der Berliner Senatsverwaltung für Arbeit und Frauen“ – also positiven Erfahrungen mit sogenannten Sonderprogrammen – spricht sich die Autorin mit Vehemenz gegen eine Fortsetzung der Frauenförderung im herkömmlichen Sinne aus, der sie eher kontraproduktive Wirkungen zuschreibt. Sie bewegt sich damit in der Sphäre des Gender Mainstreaming – ein relativ neues, aber auch strittiges Konzept,

⁴ Bourdieu, Pierre (1992): Homo academicus, Frankfurt/M., S. 110, hier zitiert auf S. 26

das darauf zielt, die Geschlechterfrage in bislang männerzentrierte Denkweisen, Organisationsformen und Verfahrensweisen zu integrieren. Damit soll die bisher für die Frauenbewegung typische Distanz zur etablierten Politik durch das Einlassen auf Institutionen und die gestaltende Mitwirkung abgelöst werden. Intendiert ist ein Umdenkungsprozess innerhalb der Institutionen hinsichtlich der Leistungsrelevanz gleichstellungsspezifischer Kriterien – ob und in welchem Maß das gelingt, kann derzeit noch nicht beantwortet werden.

Als ursächlich für die Marginalisierung von Frauen hält *Karin Zimmermann* „die Wechselwirkungen zwischen den institutionellen und wissenschaftspolitischen Defiziten und dem sehr hohen Beharrungsvermögen der sozial-kulturellen und kognitiven Muster, die Entscheidungsprozesse in den Universitäten strukturieren“ (S. 206). Diese Einschätzung überrascht nicht und ist so oder ähnlich auch anderweitig nachlesbar. Neu ist vor allem die Prägnanz der Beweisführung über die Strategie des „Sich-auf-sich-Berufens“ (S. 75 ff) bei der Verteilung sozialer Positionen durch und zwischen gesamtstaatlichen Gremien und Organisationen (Makroebene), Landesstrukturkommissionen (Mesoebene) und universitären Personalüberleitungs- und Berufungskommissionen (Mikroebene). Die Professorenschaft kooptiere – so lautet eine zentrale Botschaft - aus den Mitgliedern der sozialen Netzwerke in den fachlichen Scientific Communities passfähige Professoren und steuere so die Entwicklung und Legitimierung von Selektionskriterien durch verschiedene inner- und außeruniversitäre Gremien der Personal- und Expertenrekrutierung. Die Autorin illustriert nachvollziehbar wie über den sozialen Mechanismus Kennen-Erkennen-Benennen eine wissenschaftliche Elite etabliert wurde, deren Mitglieder sich in erster Linie durch Passfähigkeit auszeichneten. Auch wenn dabei mehrheitlich keine explizite Bezugnahme auf Gender stattgefunden hätte – gar nicht hätte stattfinden müssen, weil Anerkennung und Bewährung implizit und essenziell mit dem „Mann-Sein“ verknüpft werde – sei eine geschlechtsspezifische Selektion in den homosozial-männlich geprägten universitären Interaktionsräumen erfolgt. Die Spielregeln der Kontrolle durch die Scientific Community grenze Frauen aus, beschränke die Zulassung zum Innercircle der Macht auf den Typus der „Legitimitätsfrau“. In diesem Fall wurde das Postulat geschlechtsneutraler Selektion nach Einschätzung der Autorin durchbrochen - das Geschlecht stellte das „i-Tüpfelchen“ (S. 202) der Auswahlentscheidung dar. Den selbst- wie fremdformulierten Erwartungen an eine Korrektur

der tradierten Präferenz- und Geschlechterordnung habe man im Interesse von Prestigegewinn und Imagepflege der Wissenschaft entsprochen, ohne die bestehende Machtkonstellation ernsthaft in Frage zu stellen. Die eigenproduzierte Rarität der Expertin/Professorin sichere die Wahrnehmung der nach außen signalisierten Integrationsfähigkeit und –bereitschaft und ließe mit Verweis auf die Objektivität der Statistik die Fortschreibung der Geschlechterdisparität plausibel erscheinen. Mit dem Argument, dass eine paritätische Besetzung der Professuren zwangsläufig an der geringen Habilitationsquote von Frauen scheitern müsse, hätte man sich eines im institutionellen System begründeten Defizits zur Abwehr kritischer Stimmen bedient. Subjektives Handeln sei also auf objektive Zwänge zurückgeführt und so der Bewertung entzogen worden.

Karin Zimmermann zieht den Schluss, dass es vor allem „Veränderung der kulturellen Codes“ (S. 206) und der Einführung von Innovationen bedarf, „die einen radikalen Abbau der Bevorteilung durch die institutionalisierte und staatlich sanktionierte Männerförderung herbeiführen“ (ebenda), wenn die theoretische Präsenz von Frauen durch eine faktische ersetzt werden soll. Wie die Crux der überwiegend in Männerhand befindlichen wissenschaftlichen und wissenschaftspolitischen Definitions- und Gestaltungsmacht gebrochen werden soll, bleibt zwar offen, doch leistet das Buch eine nicht zu unterschätzende Vorarbeit. Es deckt zum einen die Regeln des Doppelspiels auf, in dessen Verlauf Politik und Wissenschaft über wechselseitige Distanzierung und Bündnisbildung Entscheidungen treffen und legitimieren. Zum anderen wird nachgewiesen, dass die alltägliche (Re-)Konstruktion der Geschlechterhierarchie ein Teil dieses Regelwerks ist.

Anke Burkhardt (Wittenberg)

Anke Hanft (Hg.): Hochschulen managen? Zur Reformierbarkeit der Hochschulen nach Managementprinzipien. Luchterhand Verlag, Neuwied 2000, 272 Seiten, ISBN 3-472-03968-X, € 30,-

Eigentlich ist der Titel etwas ungenau formuliert. Weniger die Frage „Hochschulen managen?“ als das Problem, wie Hochschulreformen gemanagt werden, steht im Fokus der meisten Beiträge im Sammelband von Anke Hanft. Natürlich hängt beides zusammen. Ein (oder vielleicht sogar *der?*) Schlüssel zur Hochschulreform ist die Reform der Hochschulleitung (und -managements) und vice versa: Eine reformierte Hochschulleitung fungiert wiederum als Motor für Hochschulreformen.

Die Autorenschaft ist vorwiegend in Norddeutschland beheimatet, und hier wiederum hauptsächlich aus dem Oldenburger und Hamburger Kontext (Projekt Pro Uni). Bei dieser massiven Präsenz norddeutscher Hochschulreformer stellt sich einem Beobachter die Frage, woher dieser Reformeifer rührt. Angesichts der im Vergleich zum Süden der Republik knapperen Ausstattung der norddeutschen Hochschulen drängt sich die Mutmaßung auf, es gäbe einen Zusammenhang von Finanzknappheit und politisch gewährter und universitär in Anspruch genommener Autonomie der Hochschulen.¹ Insbesondere der Freistaat Bayern gilt als ein Schlusslicht in Sachen Finanzautonomie und Globalhaushalt. Wird also in Norddeutschland vornehmlich auf Grund knapper Kassen reformiert? Auch wenn es – wie Horst Kern in seinem Beitrag beklagt – eine kontraproduktive Politik sei, Erneuerung mit Einsparung zu verwechseln, so geht es doch bei den Hochschulreformen letztlich auch um Rationalisierung. Damit ist auch das Dilemma benannt, in dem sich die Autorinnen und Autoren des Sammelbandes (und die Hochschulen generell) befinden: einerseits Effizienz- und Qualitätsgewinne einzustreichen, andererseits aber nicht die marktwirtschaftlichen Einfallstore so weit zu öffnen, dass lieb und teuer gewordene Prinzipien von ökonomischen Imperativen hinweg gewischt werden.

Die 14 Aufsätze teilen sich in vier Abschnitte auf: Reformermöglichkeiten – Reformbehinderungen (*Anke Hanft, Horst Kern, Ada Pellert*),

¹ Vgl. Heiner Müller-Merbach: Hochschulfinanzen im Ländervergleich. Laufende Grundmittel im Vergleich zu Finanz- und Wirtschaftskraft der Bundesländer, in: *Forschung & Lehre* 5/2001, S. 254-257.

Leitungssysteme und Entscheidungsstrukturen (*Michael Daxner, Siegfried Grubitzsch, Frank Nullmeier*), Managementsysteme, -methoden und -instrumente: Zielvereinbarungen, Leitbilder, Qualitätsevaluation, Moderation und Personalentwicklung (*Anke Hanft, Margret Bülow-Schramm, Sigrun Nickel, Frank Nullmeier, Lothar Zechlin, Carsten Stagge, Thomas Breisig, H.-J. Kahlen*) sowie Hochschulen und Öffentlichkeit (*Henning Escher, Peter Faulstich*). Nur bei dem Beitrag über wissenschaftliche Weiterbildung von Peter Faulstich erschließt sich der Bezug zum Thema des Buches nicht ganz. Insgesamt aber zieht der Sammelband einen in sich schlüssigen Spannungsbogen von theoretischer Reflexion zu praktischen, aber durchaus literaturgesättigten Erfahrungsberichten in Sachen Hochschulmanagement und Hochschulreform.

Im ersten Abschnitt werden in den Aufsätzen von Anke Hanft, Horst Kern und Ada Pellert – durch die organisationstheoretische Brille betrachtet – die Spezifika von Hochschulen herausgearbeitet und die damit verbundenen Reformprobleme konstatiert. Über die Diagnose herrscht unter den Autorinnen und Autoren weitgehend Konsens (der in den anderen Buchabschnitten weitgehend fortgeführt wird) – da wären:

- das Eigenleben der Fachdisziplinen, die mangelnde Verbundenheit der Professoren und der Institute mit der Gesamtorganisation Universität (im Bezug zu Weik² wird dieses Phänomen auch als lose Kopplung von Teilsystemen genannt),
- die relative Autonomie der Wissenschaftler plus die relativ große Autorität des Staates und im Gegensatz dazu die Schwäche der Gesamtorganisation und deren Leitung gegenüber den Teilbereichen,
- die geringen Steuerungsmöglichkeiten der Hochschulleitung plus deren unprofessionelles, weil nicht „administrativ-managerial“ ausgebildetes Führungspersonal,
- die Dominanz der Experten (der Wissenschaftler), die reden und problematisieren, aber nicht handeln,
- die ritualisierten, zeitaufwändigen und ineffizienten Gremiensitzungen als der institutionelle Rahmen für die Bedenken tragenden Experten,
- das problematische Verhältnis von Administration und akademischer Selbstverwaltung, das verbunden mit dem Gremienwesen zu einer Art organisierter Unverantwortlichkeit führt.

² Karl E. Weik: Educational organizations as loosely coupled systems in: *Administrative Science Quarterly* 1976, S. 1-19.

Kurz und knapp: Es fehlt an einer klaren personalen Verantwortungszuschreibung und Steuerungskompetenz. Doch die Lage ist nicht so desaströs, wie diese Aufzählung suggeriert. Horst Kern zeigt in seinem leserwerten Aufsatz (in Anlehnung an Hans Brinckmann³), dass die Universität auch nach heutigen Gesichtspunkten modern strukturiert ist und damit dem New-Public-Management-Zeitgeist um Jahrzehnte (wenn nicht Jahrhunderte) voraus ist: flache Hierarchien und sehr starke dezentrale Einheiten bestimmen das Bild. Doch in Krisenzeiten gerate dieses Modell ins Trudeln. Um diesen Abwärtstrend entgegenzusteuern, schlägt Kern ein „Modell der ‚rückgekoppelten Autonomie‘“ vor (S. 35): Die Leitung müsse die Autonomie der operativen Einheiten überwachen und steuern können. Die Autonomie solle die Kontrolle nicht unterlaufen und die Kontrolle die Autonomie nicht ersticken. Die Organisationsregeln der rückgekoppelten Autonomie stammen aus der Betriebs- und Industriosozologie. Also doch: Der Blick über den universitären Tellerrand kann nützlich sein, die Hochschule kann von der Wirtschaft lernen. Insgesamt muss auch in diesem Modell die Universitätsleitung eine aktivere Rolle einnehmen. Die Stärkung der Gesamtorganisation und deren Leitung gegenüber den Teileinheiten und gegenüber dem Staat ist die Forderung, die den Sammelband wie ein roter Faden durchzieht.

Ideen aus hochschulfremden Bereichen sind also durchaus sinnvoll zu nutzen, insbesondere die Organisationsforschung liefert wertvolle Anregungen für die Hochschulforschung, in diese Richtung argumentiert auch Michael Daxner in seinem Beitrag über akademische Leitungsqualität. Doch kritisch wird es bei der Aufnahme betriebswirtschaftlicher (marktorientierter) Modelle. Hier sitzt die Gilde der Hochschulreformer zwischen den Stühlen. Einerseits ist ihnen der Sachzwang zur Reform verinnerlicht, sie identifizieren sich selbst als Reformer, andererseits ist ihnen die Gefahr bewusst, wertvolle universitäre Traditionen und Prinzipien vorschnell über Bord zu werfen. Dieses Dilemma kulminiert in der Frage, ob die Hochschulen wie Betriebe zu führen sind. Ja und Nein, heißt die Antwort. „Hochschulen sind keine Wirtschaftsbetriebe, aber sie sind Unternehmen!“, stellt der Präsident der Universität Oldenburg Siegfried Grubitsch in seinem Aufsatz über das Oldenburger Leitungsmodell fest (S. 93). Statt plumper „BWLisierung“ und blinder Übertragung von Ma-

³ Hans Brinckmann: Die neue Freiheit der Universität. Operative Autonomie für Lehre und Forschung an Hochschulen, Edition Sigma Berlin 1998.

nagement-Lehren muss auf die Besonderheiten der Hochschulen Rücksicht genommen werden – so lässt sich der Tenor des Buches beschreiben. Henning Escher geht in seinem Text zu Hochschul-Marketing noch stärker auf Distanz zur Marktausrichtung. Etwas sehr pathetisch klingt seine Beschreibung der Universität als „Institutionen des besten Wissens und Gewissens“, die das „Zepter von Fortschritt und (Werte-)Wandel selbst wieder stärker in die Hand“ nehmen müssten (S. 256). Anstelle eines BWL-orientierten Marketings fordert er – wiederum im besten Managerdeutsch – ein professionelles gesamt-universitäres „Kommunikations-Controlling als operative Basis für die Institutionenkommunikation“ (S. 253).

Es bleibt der Reformdruck: Auch wenn Hochschulen keine Dienstleistungsfirmen sind und sein sollen, muss sich doch etwas tun. Damit bin ich beim umfangreichsten Kapitel des Sammelbandes, den Berichten aus der Reformpraxis angelangt. Nicht nur reden und Bedenken tragen – die von der Herausgeberin diagnostizierte Uni-Krankheit! –, sondern handeln, lautet die Botschaft. In der Kritik steht „Reformtalk statt Reformhandeln“ (Hanft, S. VII).

Um die gewonnenen Erfahrungen zu verdauen (und wohl auch zu verkaufen), werden die Erfahrungen in den Beiträgen reflektiert und diskutiert. Die Autorinnen und Autoren sind hierbei durchaus selbstkritisch, Grenzen und Schwächen der Reformvorhaben werden thematisiert. Manchmal könnte ein wenig mehr Distanz zum eigenen Projekt nicht schaden: So z.B. wenn für die Idee eines Leitbildes geworben wird. Da wird folgende Formulierung eines Leitbildes für die HWP als inhaltlich sehr konkret – „kein Allgemeinplatz“ (S. 138) – beschrieben: Forschung solle sich „durch gesellschaftliche Relevanz und durch hohe wissenschaftliche Standards“ auszeichnen und solle den „Prinzipien der Methodenvielfalt, des Pluralismus und der Toleranz“ verpflichtet sein (S. 138). Braucht man für derartige Selbstverständlichkeiten ein Leitbild? Zum Thema Leitbild und strategisches Management steht ein zentrales Argument gegen strategisches Management versteckt in einer Fußnote: Bereits auf Seite 12 berichtet Anke Hanft von der Diskussion in den USA. Dort würden Prinzipien des strategischen Management (und damit der Leitbild-Thematik) im Hochschulbereich auf Grund ihrer Erfolglosigkeit in die Kritik geraten. Die geführte Erklärung „Chaos-Theorie“ ist leider etwas dürftig ausgefallen.

Neben dem Aufsatz zum Leitbild fallen in den anderen Artikeln des dritten Abschnitts die bekannten Stichwörter: Evaluation, Qualitätsmanagement, Personalentwicklung und Zielvereinbarung.

Besonders lesenswert ist der Aufsatz von Carsten Stagge über die Möglichkeiten der Moderationsmethode in Prozessen der Hochschulentwicklung. Die Erklärungen zu Ablauf von Moderationen, die Hinweise für die Moderationspraxis sind klar strukturiert und informativ. An einem (hypothetischen?) Beispiel werden auch offen die hochschulspezifischen Grenzen und die Widerstände gegen derartige Verfahren aufgezeigt.

Ein paar Seiten weiter vorne kann man sich über den Aufsatz von Margret Bülow-Schramm über Evaluation und Qualitätsmanagement wundern – und zwar deshalb, weil die Autorin in ihrer Kritik Evaluation mit Checklisten-Controlling in eins setzt, als gäbe es – auch im Rahmen der mehrstufigen Evaluation – nicht unterschiedliche Verfahrensweisen. Denn je nachdem, wie die einzelnen Verfahrensschritte ausgestaltet werden, gewinnt die Evaluation einen kontrollierenden oder unterstützenden Charakter. Zum Beispiel die Veröffentlichungsfrage: Die Autorin beklagt hier, dass Fachbereich ihre Berichte nicht publizieren würden. Wenn die Fachbereiche aber zur Veröffentlichung gezwungen werden, dann wird die Selbstanalyse sicherlich nicht schonungslos eigene Schwächen aufzeigen (wie die Autorin fordert) – im Gegenteil: der Fachbereich wird zu Schönfärbereien neigen. Meine Erfahrung ist, dass Gutachter dies aber merken und die Nachfragen bei der Begehung dann auch peinlicher ausfallen. Insgesamt ist die Selbstevaluation stärker von professioneller Seite zu unterstützen und zu begleiten, z.B. durch Beratung und Moderation. Hier liegen auch meiner Ansicht nach die Verbesserungspotenziale einer qualitätsorientierten Evaluation.

Fazit: An wen wendet sich das Buch eigentlich? An Freunde und Förderer der Hochschulreform – und solche, die es werden wollen. Doch auch im „Lager der Reformfraktion“ gibt es unterschiedliche Meinungen und Interessen. So findet nicht jeder jeden Beitrag in einem Sammelband richtig und wichtig. Folglich ist auch eine Rezension immer von den Neigungen des Rezensenten geprägt. Von daher hilft nur die eigene Lektüre. Die sei hiermit empfohlen.

Martin Winter (Wittenberg)

Anke Hanft (Hg.): Grundbegriffe des Hochschulmanagements, Luchterhand Verlag, Neuwied 2001, ISBN 3-472-04498-5, 525 Seiten, €34,-

Nachdem Anke Hanft im Jahr 2000 den Sammelband „Hochschulen managen?“ herausbrachte, folgte 2001 sogleich der zweite Streich: die Publikation der „Grundbegriffe des Hochschulmanagements“. Derartige Nachschlagewerke zu rezensieren, ist eine vergleichsweise trockene Angelegenheit; angesichts der vielen Einzelbeiträge wird in erster Linie auf Formales geschaut: Wie ist das Buch gegliedert? Was steht drin und was nicht? Wer schreibt? Wie ist die Qualität der Beiträge? Ist das Konzept und der Aufbau in sich schlüssig? Und schließlich: An wen wendet sich das Buch?

Zum formalen Aufbau: Ein aufschlussreiches formales Kriterium zur Charakterisierung eines `Nachschlagewerks` (so definiert die Herausgeberin selbst auf Seite XII ihr Buch) ist das Verhältnis von Anzahl der Beiträge und ihrer Länge. In den „Grundbegriffen des Hochschulmanagements“ werden 97 Stichwörter von A wie Akkreditierung bis Z wie Zielvereinbarungssysteme auf 525 Seiten abgehandelt. Die Länge der Beiträge schwankt zwischen 4 und 9 Seiten. Über die konzeptionelle Grundfrage, ob nun ein Lexikon wie das vorliegende (mit relativ wenig Begriffen und relativ viel Text pro Begriff) einem umfangreicheren Stichwortkatalog mit kürzeren Beiträgen vorzuziehen sind, lässt sich streiten. Da die Artikel etwas länger gefasst sind, könnte man das Buch eher als ein „Nach/esewerk“ denn als ein „Nachschlagewerk“ bezeichnen. Das Buch soll aber auch nicht als Einführungskurs in die Weihen der Hochschulleitung und als „Managementschulung“ fungieren, wie Hanft betont (S. XI). Wie bei einem Nachschlagewerk üblich sind die Texte auch alphabetisch und nicht nach Themenbereichen geordnet.

Hilfreich ist die kurze Literaturliste jeweils am Ende jeden Beitrags und die aufgeführten Internetadressen. Wie es sich für ein ordentliches Lexikon gehört, gibt es Querverweise zu anderen Begriffen und ein Stichwortregister. Wichtige Begriffe sind in fetten Lettern geschrieben, das erleichtert die Orientierung. Vielleicht wäre es für die ganz Eiligen sinnvoll, die Definitionen der Begriffe layout-technisch hervorzuheben. Und natürlich kann man sich immer mehr Grafiken und Schaubilder wünschen.

Zur Autorenschaft: Zu Wort kommen Didaktiker, Hochschulforscher, Hochschulreformer, Hochschulpraktiker (in Anlehnung an den Buchtitel könnte man sie auch Hochschulmanager nennen) und andere Wissenschaftler. Um einen Eindruck von Themen und Autoren zu erhalten, hier einige Namen aus der Hochschulreform-Szene mit den von ihnen behandelten Themen: Margret Bülow-Schramm (Interdisziplinäres Zentrum für Hochschuldidaktik - IZHD Hamburg) über Evaluation und über Leitbilder, der Hochschulforscher und -reformer Michael Daxner über Hochschulpolitik, Jürgen Enders (mittlerweile am Center for Higher Education Policy Studies CHEPS in Twente) über Nachwuchsförderung, Yorck Hener (Dezernat Planung Universität Oldenburg) über Globalhaushalt und Hochschulrat, der Leipziger Erwachsenenpädagoge Jörg Knoll über Hochschuldidaktik, ISO-Normierung und selbstorganisiertes Lernen, der Leiter des Bayerischen Staatsinstituts für Hochschulforschung und Bildungsplanung Hans-Ulrich Küpper zusammen mit seinem Mitarbeiter Gerhard Tropp über Doppik und Kameralistik, der Präsident der Universität Hamburg Jürgen Lüthje über Leitungsstrukturen und über Selbstverwaltung, der Leiter des Centrums für Hochschulentwicklung (CHE Gütersloh) Detlef Müller-Böling über ganzheitliche Hochschulreform und über Qualitätsmanagement, die (mittlerweile ehemalige) Geschäftsführerin des Akkreditierungsrats Heike Naderer über Akkreditierung, Aylâ Neusel (Wissenschaftliches Zentrum für Berufs- und Hochschulforschung WZ I Kassel) über Frauenuniversitäten, Sigrun Nickel (Reformprojekt Pro Uni Hamburg) über interne Zielvereinbarungssysteme, der (mittlerweile ehemalige) Leiter des Reformprojekts Pro Uni Hamburg Frank Nullmeier über Professionalisierung, Peer Pasternack (Institut für Hochschulforschung Wittenberg) über Personalvertretung, Hans Pechar (Arbeitsgruppe Hochschulforschung am Institut für Interdisziplinäre Forschung und Fortbildung) über Privatuniversitäten und Studiengebühren, die Vizerektorin der Universität Graz Ada Pellert über Organisationsentwicklung und Personalentwicklung, Ulrich Schreiterer (CHE Gütersloh) über Benchmarking, der Leiter des WZ I Kassel Ulrich Teichler über Profilbildung und, zusammen mit Stefanie Schwarz, über gestufte Studiengänge, Frank Ziegele (CHE Gütersloh) über Budgetgierung und indikatorengestützte Mittelvergabe.

Ein Teil der Autorenschaft stammt aus der Universität Oldenburg, der derzeitigen akademischen Wirkungsstätte der Herausgeberin Anke Hanft (die selbst den Beitrag zu Public Private Partnership verfasst hat): Marita

Hillmer (interne Märkte), Michael Reiners (Internet-Marketing, Web-Based-Training), Andreas Altvater (Corporate Design, Internet-Präsenz), Isabel Gehrlicher (Modularisierung) und der Präsident der Universität Siegfried Grubitzsch (Organisations- und Fachbereichsstrukturen). Nicht zu vergessen ist der oben schon genannte ehemalige Oldenburger Präsident Michael Daxner. Insgesamt sind die Herausgeberin und ihre Mitarbeiterin Karin Mühlbeyer zu der Koordinationsleistung zu beglückwünschen, die vielen Autorinnen und Autoren unter einen Hut zu bekommen.

Zur Qualität der Beiträge: Natürlich kann hier nicht über die Güte der knapp 100 Beiträge referiert werden, sondern es sollen nur zwei Bemerkungen gemacht werden. Erstens, bei den meisten Beiträgen werden Begrifflichkeiten und Konzepte auf die speziellen Belange der Hochschulen angewandt. Es gibt aber auch Ausnahmen, wo kein Bezug auf Hochschulen genommen wird; diese Texte könnten letztlich auch in anderen Handwörterbüchern stehen (z.B. Kommunikationsmanagement, EFQM von Anton Hahne, Image-Analyse von Klaus Merten). Zweitens, ist anzumerken, dass für manche Artikel im Informatik-Bereich wohl Einiges an technischem Vorwissen zum Verständnis der Texte notwendig ist. Ein Beispiel hierfür bietet das Stichwort Autorenumgebung. Ein EDV-Laien dürfte wohl mit folgenden Satz kaum etwas anfangen können: „Die eingeschränkten Möglichkeiten von HTML sind unter der Bezeichnung XML (eXtended Markup Language) erweitert worden, wobei XML eine Untermenge von SGML ist und deshalb mit diesem international etablierten Standard kompatibel sind“ (Reinhard Keil-Slawik und Harald Selke, S. 14).

Genug kritisiert, sonst entsteht noch der Eindruck, die Qualität des Buchs ließe insgesamt zu wünschen übrig. Im Gegenteil, die Kritikpunkte betreffen Einzelfälle, die meisten Beiträge lesen sich mit Gewinn.

Zum Gesamtkonzept: Passt der Titel des Nachschlagewerks zum Inhalt? Nicht ganz, es geht nicht allein um Hochschulmanagement, sondern – thematisch breiter angelegt – um Reformkonzepte von Hochschulen. Dahinter verbergen sich häufig Fragen des Managements, aber eben auch andere Themen (wie z.B. Studienreform). Von daher verspricht der Buchtitel nicht zu viel, sondern eher zu wenig. Die Herausgeberin selbst nennt drei Kerngebiete, die das Buch thematisch abdeckt (S. XII): Den Löwenanteil nehmen Beiträge zum „Management von Hochschulen“ ein, dazu zählen Begriffe wie Organisationsentwicklung (Ada Pellert), Mitarbeiter-

führung (Gertraude Krell und Richard Weiskopf), Kostenrechnung (Stefen Heise) und Controlling (Martin Brüggemeier).

„Reformansätze in Hochschulen“ etikettiert Hanft den zweiten Bereich. Damit sind vermutlich die Beiträge zu Studium und Studienreform gemeint, wie: Medienkompetenz (Heinz Mandl, Katharina Schnurer), Kontaktstudium (Peter Faulstich), gestufte Studiengänge (Ulrich Teichler und Stefanie Schwarz), Studienberatung (Gerhart Rott), psychologisch-therapeutischen Studierendenberatung (Waltraud Freese). Sicherlich fallen einem hierzu weitere Begriffe ein, die mit aufgenommen hätten werden können (wie lebenslanges Lernen). Allerdings fragt man sich schon, inwieweit diese studiumsorientierten Stichwörter noch vom Buchtitel „Grundbegriffe des Hochschulmanagements“ abgedeckt werden.

Ähnliches gilt auch für den dritten Bereich, den Hanft nennt: „Informations- und Kommunikationstechnologien“. Auch hier nehmen die jeweiligen Stichwörter zumeist Bezug auf den Didaktik- und Studiumsbereich: internetgestützte Wissensorganisation (Reinhard Keil-Slawik und Harald Selke), Online-Klausuren (Wolfgang Müskens), virtueller Studiengang (Udo Winand), computergestützte Hochschullehre (Heinz Lothar Grob) und Web-Based-Training (Michael Reiners), telemediale und multimediale Lernumgebungen (beide: Helmut F. Friedrich und Friedrich W. Hesse).

Dass die Themenabgrenzung etwas inkonsistent ausgefallen ist, stört den Rezensenten mehr als den normalen Leser, da letzterer das Nachschlagewerk gewöhnlich nicht von vorne nach hinten durch liest. Damit bin ich schon bei der Frage, an wen sich das Buch richtet: Das Buch sei denen empfohlen, die sich mit aktueller Hochschulpolitik befassen (wollen). Gerade für Einsteiger kann es nützliche Dienste leisten, denn: wer nicht erst nach dem dritten Buch und der fünften Tagung über die gegenwärtigen Hochschulreformdebatten Bescheid wissen will, der kann nun bei den „Grundbegriffen des Hochschulmanagements“ nachschlagen.

Martin Winter (Wittenberg)

Autorinnen & Autoren

Margret Bülow-Schramm, Prof. Dr., Interdisziplinäres Zentrum für Hochschuldidaktik (IZHD) der Universität Hamburg.

Email: buelow-schramm@prouni.uni-hamburg.de

Anke Burkhardt, Dr., HoF Wittenberg – Institut für Hochschulforschung.

Email: burkhardt@hof.uni-halle.de

Michael Daxner, Prof. Dr., Institut für Soziologie der Universität Oldenburg, UN-Administrator für das Hochschulwesen des Kosovo.

Email: daxner@un.org

Frauke Hamann, Journalistin, Hamburg. Email: frauke.hamann@gmx.de

Sven Heitkamp M.A., Historiker und Journalist, Dresden.

Email: Sven.Heitkamp@t-online.de

Reinhard Kreckel, Prof. Dr., Direktor des HoF Wittenberg – Institut für Hochschulforschung, Institut für Soziologie an der Universität Halle-Wittenberg.

Email: kreckel@soziologie.uni-halle.de

Georg Krücken, Dr., Fakultät für Soziologie der Universität Bielefeld.

Email: georg.kruecken@uni-bielefeld.de

Frank Meier, Dipl.-Soz., Institut für Soziologie an FernUniversität-Hagen.

Email: frank.meier@fernuni-hagen.de

Christine Musselin, Dr., Centre de Sociologie des Organisations - FNSP/CNRS in Paris. Email: c.musselin@cso.cnrs.fr

Sigrun Nickel M.A., Beraterin für Hochschulentwicklung und Hochschulmanagement in Hamburg. Bis März 2002 Leiterin des Projektes Universitätsentwicklung der Universität Hamburg. Email: sigrun.nickel@como-consult.de

Frank Nullmeier, Prof. Dr., Fachbereich 1 Philosophie, Geschichte, Religions- und Sozialwissenschaften, Fachgruppe Politikwissenschaft an der Universität Essen. Email: frank.nullmeier@uni-essen.de

Peer Pasternack, Dr. phil., beurlaubtes Mitglied von HoF Wittenberg – Institut für Hochschulforschung, Staatssekretär für Wissenschaft und Forschung des Landes Berlin. Email: pasternack@hof.uni-halle.de

Ada Pellert, Prof. Dr., Vizerektorin an der Universität Graz, Interuniversitäres Institut für Interdisziplinäre Forschung und Fortbildung IFF der Universitäten Innsbruck, Klagenfurt, Wien, Graz. Email: ada.pellert@kfunigraz.ac.at

Michael Ploenus, M.A., Historiker, Universität Jena, Senatskommission zur Aufarbeitung der Universitätsgeschichte im 20. Jahrhundert.
Email: Ploenus@web.de

Uwe Schimank, Prof. Dr., Institut für Soziologie, FernUniversität-Hagen. Email: uwe.schimank@fernuni-hagen.de

Ulrich Teichler, Prof. Dr., Direktor des Wissenschaftlichen Zentrums für Berufs- und Hochschulforschung an der Universität Kassel, WZ I.
Email: teichler@hochschulforschung.uni-kassel.de

Christine Teichmann, Dr., HoF Wittenberg – Institut für Hochschulforschung.
Email: teichmann@hof.uni-halle.de

Martin Winter, Dr., HoF Wittenberg – Institut für Hochschulforschung und Institut für Soziologie an der Universität Halle-Wittenberg.
Email: winter@hof.uni-halle.de

Günter Wirth, Prof. Dr. phil. Dr. theol. h.c., Kirchenhistoriker und Publizist, lebt in Berlin.

hochschule ost. leipziger beiträge zu hochschule & wissenschaft

Komplette Jahrgänge (1991-2001, je €50,-) können nachbestellt werden bei:
hso@rz.uni-leipzig.de

Einzeln lieferbar sind folgende Themenhefte:

Thomas Neie: Synopse hochschulrechtlicher Regelungen in Ostdeutschland (1995, 89 S.; € 12,50)

Edelbert Richter (Hg.): Ostdeutsche SozialwissenschaftlerInnen melden sich zu Wort. Chancen und Aufgaben der Sozialwissenschaften im Transformationsprozeß (1997, 101 S.; €12,50)

Peer Pasternack (Hg.): Eine nachholende Debatte. Der innerdeutsche Philosophenstreit 1996/97 (1998, 234 S.; €12,50)

Falk Bretschneider (Hg.): Hochschulpolitikerneuerung. Perspektiven für Sachsen (1998, 100 S.; €12,50)

Georg Schuppener (Hg.): Jüdische Intellektuelle in der DDR. Politische Strukturen und Biographien (1999, 382 S.; €17,50)

Falk Bretschneider / Peer Pasternack (Hg.): Akademische Rituale. Symbolische Praxis an Hochschulen (1999, 370 S.; €20,-)

Monika Gibas / Frank Geißler (Hg.): Chancen verpasst – Perspektiven offen? Zur Bilanz der deutschen Transformationsforschung (2000, 352 S.; €20,-)

Thomas Neie (Hg.): Ziemlich prekär. Die Reform der Hochschulpersonalstruktur (2000, 382 S.; €20,-)

Sebastian Gräfe / Peer Pasternack (Hg.): Abweichungen. Nachrichten aus der ostdeutschen Gesellschaft (2001, 340 S.; €25,-)

Komplettinhaltsverzeichnis unter:

<http://www.uni-leipzig.de/~hso>

Schutzgebühren: Einzelheft € 19,-. Jahresabonnement € 34,-. PrivatabonntInnen € 17,50
(Abogebühren inklusive Versandkosten)

Kündigungen: Jeweils bis 4 Wochen vor Ablauf des Jahres für den folgenden Jahrgang.

Konto: Sparkasse Wittenberg, Bankleitzahl 80550101, Kontonummer 31887

Gemäß §33 BDSG weisen wir unsere AbonntInnen darauf hin, dass wir Namen und Anschrift ausschließlich zum Zweck der Abonnementverwaltung maschinell gespeichert haben.

Kopiervorlage:

Bestellung		
Ich/wir bestelle/n:		
1. Probeexemplar		€,-
2. Einzelheft Nr.		€19,-
3. mal <i>die hochschule</i> im Jahresabonnement	à	€34,-
4. mal <i>die hochschule</i> im PrivatabonntInnen-Abo	à	€17,50
Die Bezahlung erfolgt nach Rechnungslegung mit dem ersten Heft. Ich erkläre mich damit einverstanden, dass sich mein Abonnement jeweils um ein Jahr verlängert, wenn ich es nicht bis vier Wochen (Poststempel) vor Ablauf der Bestellfrist (Jahresende) kündige.		
.....		
Name		
.....		
Adresse		
.....		
.....		
Datum		
Unterschrift		
Es ist mir bekannt, dass meine Bestellung erst wirksam wird, wenn ich sie gegenüber dem Anbieter nicht innerhalb von zehn Tagen (Poststempel) widerrufe.		
.....		
2. Unterschrift		

Einzusenden an:
HoF Wittenberg, Vertrieb *die hochschule*, Collegienstr. 62, 06886 Wittenberg